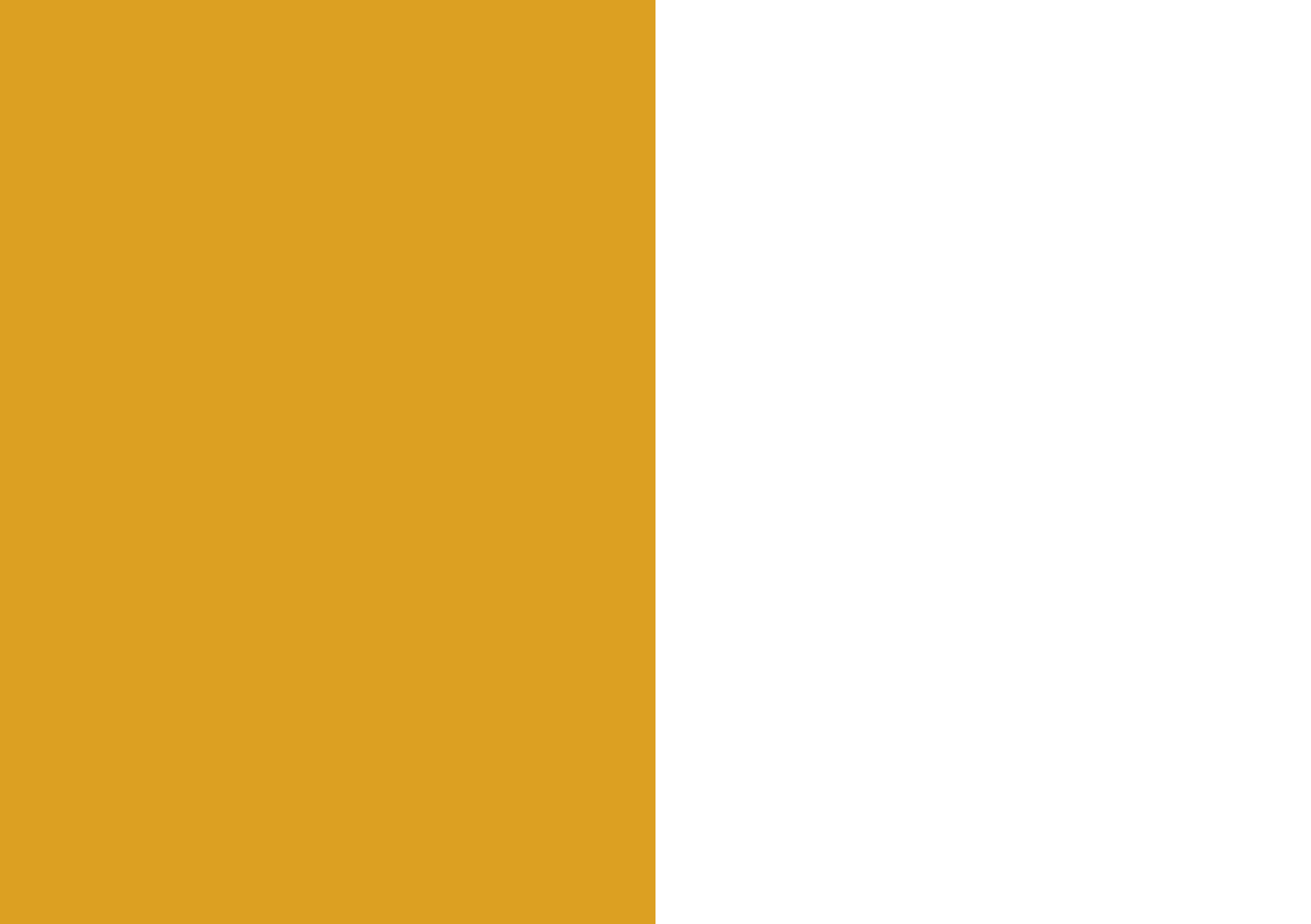




DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Der Ludwig-Erhard-Zitatenschatz



Die Soziale
Marktwirtschaft.

Der
Ludwig-Erhard-Zitatenschatz.

Herausgeber
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU/CSU, vertreten durch den
Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den
Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen.

Zusammengestellt von
Astrid B. Jantz

Eine Veröffentlichung der
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT).

1. Auflage November 2007

© 2007 Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
Charitéstraße 5
10117 Berlin
www.mittelstand-deutschland.de

Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Layout und technische Umsetzung:
brandung³
Müggelseedamm 70
12587 Berlin
www.brandung3.de

Bildnachweis Umschlag: dpa / picture-alliance
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany

ISBN 978-3-00-023130-8

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU dankt der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. für die tatkräftige Unterstützung und die freundliche Genehmigung zum Wiederabdruck der Texte von Ludwig Erhard. Die Rechtschreibung wurde aktualisiert

Liebe CDU – Auf ein Wort

„Die CDU würde sich selbst preisgeben und das deutsche Volk sozialistischen Experimenten überantworten, wenn sie nur einen Augenblick versagt und den Boden der Sozialen Marktwirtschaft verlässe. Diese zu verteidigen ist nicht um des Dogmas, sondern um des deutschen Volkes willen höchstes Gebot.“

Ludwig Erhard, Rede auf dem 1. Bundesparteitag der CDU, Goslar, 22. Oktober 1950 ‚Kühle Köpfe – Starke Herzen‘

Vorwort Dr. Schlarmann
Vorwort Hans-Dieter Lehnen
Vorwort Lars Vogel (Ludwig-Erhard-Stiftung e. V.)

I. Im Kontext der Geschichte	S. 23
1. Deutschland nach dem Krieg	S. 25
2. Vertrauen in die Zukunft	S. 28
3. Mit gradliniger Politik wider den Widerstand	S. 31
4. Im Kalten Krieg - Erhard an Ulbricht	S. 37
5. Zur Wiedervereinigung Deutschlands	S. 39
6. Aus der Geschichte lernen	S. 45
II. Ordnungsmodell Soziale Marktwirtschaft	S. 53
1. Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft	S. 55
2. Die Soziale Marktwirtschaft	S. 60
3. Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft	S. 68
4. Irrtum Planwirtschaft	S. 70
5. Lieber Freiheit statt Planwirtschaft	S. 74
6. Der recht verstandene Liberalismus	S. 77
III. Eckpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft	S. 79
1. Politik aus einem Guss	S. 81
2. Mehr Wohlstand durch Wettbewerb	S. 86

3.	Absage an Kartelle und Monopole	S. 96	6.	Von redlicher und unredlicher Politik	S. 191
4.	Ordnung in Freiheit	S. 101	7.	Demokratie schützen	S. 194
5.	Leistung und Vielfalt ihren Raum geben	S. 110	8.	Demokratie statt Zwang und Willkür	S. 199
6.	Subsidiarität fördern	S. 117	9.	Neue Herausforderungen	S. 202
7.	Eigenverantwortung stärken	S. 119			
8.	Kernaufgaben des Staates vs. Bürokratieflut und Dirigismus	S. 123	VI. Der Unternehmer im Fokus		S. 205
9.	Soziale Gerechtigkeit – Niemand soll in Armut leben	S. 127	1.	Mittelstand als Rückgrat der Gesellschaft	S. 207
			2.	Verantwortung des Unternehmers	S. 212
IV. Grundlagen und Grenzen der Sozialpolitik		S. 131	3.	Unternehmerfreiheit geht vor	S. 216
1.	Das Soziale an der Marktwirtschaft	S. 133	4.	Selbständigkeit fördern	S. 222
2.	Grenzen des sozialen Netzes	S. 139	VII. Der Bürger im Fokus		S. 227
3.	Deformation Versorgungsstaat	S. 144	1.	Freier Bürger statt Untertan	S. 229
4.	Schutz vor Sozialromantikern	S. 156	2.	Eigenverantwortung und Pflichten der Bürger	S. 232
5.	Herausforderungen für die Sozialpolitik	S. 157	3.	Das Leben selbst gestalten	S. 234
V. Orientierung für Politik und Staat		S. 163	VIII. Mit Blick auf unsere Gesellschaft		S. 237
1.	Die Rolle des Staates	S. 165	1.	Zur Gesellschaft allgemein	S. 239
2.	Staatsausgaben	S. 172	2.	Familie	S. 243
3.	Gegen Dirigismus und staatliches Diktat	S. 176	3.	Im Interesse der Frau	S. 244
4.	Steuerpolitik maßvoll gestalten	S. 182	4.	Unsere Jugend	S. 245
5.	Verantwortung der Politik	S. 185	5.	Die Neiddebatte	S. 245
			6.	Gemeinschaft gemeinsam gestalten	S. 247

IX. Arbeitsmarkt und Volkswirtschaft	S.251	4. Internationaler Wettbewerb	S.313
1. Zur Volkswirtschaft allgemein	S.253	5. Politik für den Frieden	S.316
2. Sinnvolle Arbeitsmarktpolitik	S.258	XII. Erhards Leben – Erhards Sicht	S.319
3. Maßlosigkeit	S.259	1. Liebe CDU – Auf ein Wort	S.321
4. Lohnpolitik mit Augenmaß	S.263	2. Erhard über die SPD	S.326
5. Zur Arbeitszeit	S.271	3. Unpopuläre Wahrheiten	S.328
6. Zur Rolle der Sozialpartner	S.273	4. Aus der Sicht von Ludwig Erhard	S.331
7. Wirtschaft und Bildung	S.275	XIII. Ludwig Erhard in aller Kürze	S.339
8. Qualifizierung von Fachkräften	S.278	XIV. Biographisches zu Ludwig Erhard	S.357
9. Fortschritt gestaltet Zukunft	S.279	XV. Quellenangaben	S.365
X. Elementares Verständnis von Wirtschaft	S.283	XVI. Stichwortregister	S.369
1. Plädoyer für ein besseres Verständnis von wirtschaftlichen Zusammenhängen	S.285		
2. Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik	S.287		
3. Wirtschaftliche Vernunft	S.294		
4. Wirtschaftspsychologie	S.297		
XI. Europa und International	S.301		
1. Europa in Freiheit	S.303		
2. Für ein gemeinsames Europa	S.309		
3. Internationale Politik	S.312		



**Dr. Josef Schlarmann, Bundesvorsitzender
der Mittelstands- und Wirtschafts-
vereinigung der CDU/CSU (MIT)**

16 Deutschland ist sich selber untreu geworden. Sein Erfolgskonzept, welches nach dem Krieg für Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und soziale Zufriedenheit stand, ist in Vergessenheit geraten. Die Soziale Marktwirtschaft ist im Niedergang, weil ihre wesentlichen Grundlagen durch immer neue Eingriffe des Staates schleichend zersetzt werden. Der Grundsatz: „Soviel Eigenvorsorge wie möglich, soviel solidarische Hilfe wie nötig.“ ist einer allgemeinen Versorgungsmentalität gewichen. Die freie unternehmerische Betätigung wird durch Bürokratie und zunehmende Kostenbelastung gebremst. Auf wirtschaftliche und soziale Probleme reagiert der Staat nicht mit einer langfristigen Ordnungspolitik, sondern mit kurzfristigen und populistischen Einzelfallregelungen.

Unsere bürgerliche Verantwortung verpflichtet uns, diese Fehlentwicklungen offenzulegen und um die

Rückbesinnung auf die wahre Soziale Marktwirtschaft zu ringen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die meisten Menschen ihr Glück nach ihren eigenen Vorstellungen schmieden wollen. Die nötige Energie, Kreativität und Solidarität steckt in uns. Wir brauchen endlich wieder die Freiheit, damit sich diese Potentiale entfalten können.

„Wohlstand für alle“, wie Erhard sein wohl bekanntestes Buch betitelte, wird es in Zukunft nur noch geben, wenn der Staat sich wieder auf seine Kernaufgaben beschränkt und dem Bürger erlaubt, durch Eigeninitiative und Eigenverantwortung einen persönlichen Beitrag zur Zukunftssicherung unseres Landes zu leisten. Mit diesem Ludwig-Erhard-Zitatenschatz rufen wir die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft in Erinnerung. Möge er zum treuen Wegbegleiter all jener werden, die sich für die Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft stark machen. Und möge er all jenen ein oft gefragter Kompass sein, die die Zukunft unseres Landes in ihren Händen halten.



**Hans-Dieter Lehnen, Hauptgeschäftsführer
der Mittelstands- und Wirtschafts-
vereinigung der CDU/CSU (MIT)**

Ludwig Erhard war der Meinung, dass sich der Staat weitestgehend aus allen wirtschaftlichen Prozessen heraushalten und nach einem klaren Ordnungsrahmen handeln sollte. Schon zu Lebzeiten wies Erhard darauf hin, dass in unserem Land dieser klare Ordnungsrahmen schleichend verlassen wird. Heute ist die Grundordnung „Soziale Marktwirtschaft“ in Deutschland kaum noch erkennbar. Eine Besserung dieser Situation ist nicht in Sicht, solange sich Politiker auf Grund permanenter Wahlkampfzeiten und der Angst vor dem Verlust der Wählergunst um die dringend notwendigen Reformen für unser Land herumwinden. Da möchte man fast meinen, dass man die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft im Grundgesetz verankern sollte, damit leistungs- und beschäftigungshemmende Maßnahmen, Zwangseingriffe und Überregulierungen durch den Staat qua Verfassung auf ein Mindestmaß begrenzt werden könnten.

Mit dem Ende der Ära Erhard hat ein schleichender Ausbau des Versorgungsstaates eingesetzt. Der Staat beansprucht heute über Steuern und Abgaben mehr als 50 Prozent des Volkseinkommens. Diese Verwandlung der Sozialen Marktwirtschaft in ein wohlfahrtsstaatliches Umverteilungssystem wäre Erhard ein Gräuelpiece gewesen.

Deutschland steht heute vor großen Herausforderungen, deren Meisterung nicht zuletzt durch die dynamische Entwicklung der Globalisierung ebenso mutiges wie kluges Handeln erfordert. Die Reform der sozialen Sicherungssysteme, die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für dauerhaft wettbewerbsfähige Beschäftigung und die Schonung der natürlichen Ressourcen wird nur gelingen, wenn dem Einzelnen wieder mehr Handlungsspielraum zugestanden wird. Der Staat muss sich auf jene Kernaufgaben beschränken, die ihm die Väter der Sozialen Marktwirtschaft einst zugestanden: Der Staat schafft den Ordnungsrahmen für die Wirtschaft und sichert die Einhaltung des Rahmens. Der Staat ist Schiedsrichter, aber kein selbstherrlich handelnder Akteur im Wirtschaftsgeschehen. Dies wäre dann wieder eine Ordnung, die den Namen „Soziale Marktwirtschaft“ verdient. Mit diesem Zitatenschatz wollen wir in Erinnerung rufen, was die wahre „Soziale Marktwirtschaft“ einst ausmachte und was unser Land dringend wieder benötigt.

Lars Vogel (Ludwig-Erhard-Stiftung e. V.)

„Ich kann den Mittelstand nicht anders verstehen – und nur auf dieser Grundlage bekenne ich mich zum Mittelstand –, als dass er diejenige Schicht von Menschen umfasst und umfassen will, die aus eigener Verantwortung und jeder für sich selbst kraft eigener Leistung seine Existenz sicherzustellen bereit ist.“ Dies sagte Ludwig Erhard auf der Handwerksmesse 1954 in München und dies schrieb er in seinem Buch „Wohlstand für alle“. Erhard, der selbst in mittelständischen Verhältnissen aufgewachsen war, sah im Mut, durch Eigeninitiative in einer freien Welt bestehen zu wollen, die eigentliche Tugend des Mittelstands.

Diesen Mut gilt es auch heute zu bewahren – im Mittelstand wie in der gesamten Gesellschaft. Erhard machte den Unternehmer zum Vorbild und gab ihm zugleich den Auftrag, auch und vor allem gegenüber dem

Staat „stolze Haltung“ zu bewahren. Staatlicher Schutz vor der Konkurrenz im Namen der Mittelstandspolitik lähmt den Antrieb zu Innovationen und das unternehmerische Streben im Dienste des Verbrauchers.

Mittelstandspolitik darf nicht die Interessen einzelner Gruppen vertreten. Stattdessen muss sie sich in eine dem Ganzen verpflichtete Politik einordnen und sich an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientieren. Freiheit und Verantwortung, als die einzige der Freiheit gerecht werdende Begrenzung, müssen wieder zum Leitmotiv werden. Aus diesem Grund ist eine Rückbesinnung auf Konzeption und Politik Ludwig Erhards notwendig. Diesem Anliegen dient die vorliegende Zitatensammlung, indem sie Erhards Gedanken dokumentiert.

I. IM KONTEXT DER GESCHICHTE

1. Deutschland nach dem Krieg
2. Vertrauen in die Zukunft
3. Mit gradliniger Politik wider den Widerstand
4. Im Kalten Krieg - Erhard an Ulbricht
5. Zur Wiedervereinigung Deutschlands
6. Aus der Geschichte lernen

1. DEUTSCHLAND NACH DEM KRIEG

Der Krieg hat vielfach die engste Form der Gemeinschaft – die Familie - gesprengt. Die im Felde stehenden Männer kehren zurück, erfüllt von der Sehnsucht, nach den vielen Jahren kollektiver und primitiver Lebensgestaltung im Kreis ihrer Familie wieder ein ihrem Leben gemäßes Eigenleben zu führen. Die im Arbeitseinsatz stehenden Frauen sehnen sich nach ihren in der Zwischenzeit verschickten Kindern zurück und haben das Bedürfnis, ihre Arbeit wieder im eigenen Heim ihrer Familie zu widmen. Dieses Heim aber mag zerstört sein, oder aber es ergibt sich aus arbeitseinsatzmäßigen Gründen die Notwendigkeit zur Verlagerung des Wohnsitzes. Die vielen während des Krieges geschlossenen Ehen entbehren überhaupt noch des sehnlich erwünschten Heims. Alle diese beliebig vermehrbaren Beispiele sind immer dahin zu deuten, dass nach dem Kriege ein übermächtiges Bedürfnis nach privater und individueller Lebensgestaltung wach werden wird, dass aber die äußeren Voraussetzungen die Erfüllung solcher Sehnsüchte kaum oder doch nur mehr bedingt möglich erscheinen lassen. (S. 51 GafJ)

In unserer bedrängten Lage gar erweist sich eine allgemeine Leistungssteigerung als unabweislich, wenn nicht trotz aller Hilfen und sonstigen äußeren Anstrengungen der deutsche Lebensstandard auf einem unerträglich tiefen Niveau verharren und wenn nicht jeder unentbehrliche Warenaustausch über die Grenzen unseres Lands hinaus mit den größten Opfern erkaufte werden soll. (S. 41 GSM)

Weil wir aber mit aller Kraft aus dieser Not herausstreben, wäre die persönlichkeitsstörende Gleichmacherei ein falsch verstandenes soziales Ethos, die niemandem helfen, dem ganzen Volke aber schaden und uns den Weg in eine bessere Zukunft verbauen würde. (S. 41 GSM)

Vor der Währungsreform konnte man überhaupt nicht mehr von einer funktionsfähigen Wirtschaft sprechen. Eine hochkomplizierte und hochentfaltete Marktwirtschaft war durch das währungspolitische Chaos und den darüber getürmten bürokratischen Übermut der Zwangswirtschaft in die Methoden einer primitiven Tauschwirtschaft zurückgefallen. Es gab keine geordnete Produktion mehr, es gab vor allen Dingen keinen Gütertausch mehr, es gab keine arbeitsteilige Wirtschaft, sondern es gab nur noch einen zusammengewürfelten, seelenlosen, verantwortungslosen Haufen von Lebensangst geplagter Individuen, wo jeder, so gut er konnte,

seine rein physische Existenz zu bewahren suchte. Diesen Zustand haben wir überwunden. (S. 135 ff. GafJ)

Mitte 1948 winkte dann die große deutsche Chance: Sie lag darin begründet, die Währungsreform mit einer ebenso entschiedenen Wirtschaftsreform zu verkoppeln, um der durch das unsinnige Überfordern der Menschen völlig wirklichkeitsfremden administrativen Wirtschaftlenkung – von der Produktion bis hin zum letzten Verbraucher – das verdiente unrühmliche Ende zu bereiten. Heute ist es nur noch wenigen bewusst, welches Maß an Mut und Verantwortungsfreudigkeit dazu gehörte, diesen Schritt zu vollziehen. (S. 21 WfA)

Ich bleibe dabei, und die Entwicklung wird mir recht geben, dass, wenn jetzt das Pendel der Preise unter dem einseitigen Druck kostenerhöhender Faktoren und unter dem psychologischen Druck dieses Kopfgeldrausches die Grenzen des Zulässigen und Moralischen allenthalben überschritten hat, wir doch bald in die Phase eintreten, in der über den Wettbewerb die Preise wieder auf das richtige Maß zurückgeführt werden, und zwar auf das Maß, das ein optimales Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen, zwischen Nominaleinkommen und Preisniveau sicherstellt. (S. 25 WfA)

Ja, seinerzeit wurde allen Ernstes der Plan erörtert, dass

man, da die güterwirtschaftliche Deckung der neuen D-Mark fehlte, gebrauchte Waren, insbesondere Hausrat und Wäsche, sammeln müsse, um der Nachfrage des neuen Geldes in etwa genügen zu können. Dieses Kuriosum mag die Unsicherheit und Verwirrung jener Zeit kennzeichnen. (S. 537 f. Gaff)

2. VERTRAUEN IN DIE ZUKUNFT

Aus vielen Wahrnehmungen schließe ich, dass unser Volk noch nicht in allen Teilen erkannt hat, zu welchem wirtschaftlichen Chaos zwölf Jahre zügelloser nationalsozialistischer Herrschaft geführt haben und in welchem Ausmaß gar noch dieser unselige Krieg die deutsche Wirtschaft entartet und ausbluten ließ. Wenn ich in entscheidender Stunde dennoch davor nicht zurückschreckte, die Verantwortung für das wirtschaftliche Schicksal unseres Landes zu übernehmen, so geschah es aus der festen Überzeugung, dass keine wirtschaftliche Situation so trostlos sein kann, als dass nicht der entschlossene Wille und die ehrliche Arbeit eines ganzen Volkes einen Ausweg, ja mehr noch, einen Weg zur sozialen Wohlfahrt verhießen. (S. 55 f. Wirtschaftliche Ordnung nicht durch Polizeigewalt, Rundfunkansprache, 8. Dezember 1945)

Ich werde nicht Mühe, Last und Arbeit scheuen, unsere gemeinsame Wirtschaftspolitik über bedrohliche Zeiten und Entwicklungen hinzuführen zu einer wieder ausschließlich friedlichen Zwecken dienenden und das ganze Deutschland umfassenden Wirtschaft. Wir brauchen jetzt mehr denn je kühle Köpfe und starke Herzen, und wir brauchen den Segen für unsere Arbeit. Dann sei unser Vertrauen unerschütterlich, dass die Wolken über unserem deutschen und europäischen Schicksal sich lichten und die Sonne unserem braven deutschen Volke wieder scheinen wird. (S. 267 Gaff)

Wem das Wohl des Volkes am Herzen liegt, darf nicht Planwirtschaft, sondern muss die soziale Marktwirtschaft mit allen Fasern seines Herzens herbeisehnen. (S. 193 Gaff)

Die Politik der Sozialen Marktwirtschaft stand seit dem Tage der Währungsreform unter der Leitidee, auf dem Boden einer freien Wettbewerbswirtschaft persönliche Freiheit, wachsenden Wohlstand und soziale Sicherheit in Einklang zu bringen und durch eine Politik weltweiter Offenheit die Völker zu versöhnen. (S. 607 Gaff)

Weil ich unverrückbar an die Erhaltung des Friedens glaube, bleibt auch die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft als Prinzip der deutschen Wirtschaftspolitik

für die Zukunft bestehen. (S. 268 Gafj)

Es ist mir bekannt, dass mein Optimismus hinsichtlich unserer wirtschaftlichen Entwicklung nicht allerorts geteilt wird; dennoch kann mich niemand in dem Glauben, ja, in der Überzeugung irremachen, dass der ehrliche Wille eines ganzen Volkes zur Arbeit zuletzt nicht auch die erwarteten Früchte zeitigt. Mit feigem Pessimismus und skeptischem Beiseitestehen ist das Schicksal nicht zu meistern. Wenn wir den Glauben an uns selbst verlieren, wenn wir Hilfe und Erlösung nur von außen erwarten, dann kann und wird uns nicht geholfen werden. Trotz aller Beschränkungen sind wir zuletzt noch immer Herr unseres eigenen Schicksals. (S. 65 Gafj)

Ich kann nur sagen, das Schicksal möge das deutsche Volk vor diesen Ordnungsfanatikern schützen, die über viele Jahre geduldig zusahen, wie das Volk unter der staatlichen Rationalisierung langsam verkümmerte, die aber mit einer geradezu neurasthenischen Hast einschreiten zu müssen glauben, wenn sechs Wochen nach der Währungsreform noch nicht die ideale Norm einer Wirtschaft verwirklicht ist. Seien Sie deshalb, meine verehrten Hörer, gewiss, dass ich den einzig möglichen Weg der Gesundung zielstrebig weiterverfolgen werde, dass ich im Rahmen meiner Vollmachten nicht einen Augenblick daran denke, das Rad der Entwicklung wieder rückwärts

zu drehen. Ich weiß, dass man in manchen Ämtern den dringend notwendigen Abbau in der Hoffnung auf die Wiederkehr der alten Bürokratenherrlichkeit in verantwortungsloser Weise verzögert, aber wenn eines sicher ist, dann dies, dass diese Hoffnung zuschanden werden wird. Mit mir ist das sittliche Recht und die Vernunft. Die Forderung nach demokratischer Freiheit wird so lange leeres Gerede bleiben, als nicht die menschlichen Grundrechte der freien Berufs- und Konsumwahl als unantastbares und unveräußerliches Gut anerkannt sind. Das und nichts anderes aber ist der tiefste Sinn der marktwirtschaftlichen Ordnung. (S. 132 f. Gafj)

3. MIT GRADLINIGER POLITIK WIDER DEN WIDERSTAND

Was haben diese Leute gegenüber unserer Marktwirtschaft schon anderes zu bieten als ein Wirtschaftssystem, das uns in fast lebensgefährlicher Weise an den Rand des ökonomischen und moralischen Verfalls gebracht hat und dessen Untauglichkeit heute vergleichsweise und geschichtlich als erwiesen gelten kann. (S. 253 Gafj)

Welches ist denn eigentlich die Wirtschaftspolitik der SPD? Denn das interessiert mich. Fassen Sie das nicht

als Angriff auf, und nehmen Sie es auch nicht persönlich! Aber ich möchte wissen, welches eigentlich Ihre Wirtschaftspolitik ist. Sie waren sich immer einig in der Kritik gegen mich. Aber es ist doch auch bei Ihnen von einer regulierten Marktwirtschaft gesprochen worden, die sicherstellen soll, dass die freie Konsumwahl nicht gefährdet ist, von einer Marktwirtschaft, die es ausschließt, dass die Erzeugerwirtschaft und Verbraucherwirtschaft durch allzu starke Reglementierungen beeinflusst wird. Ich habe allmählich den Eindruck: Wenn ich das Wort Marktwirtschaft in den Mund nehme, dann wird es ausgelegt als Bekenntnis zum Freibeutertum. Wenn Sie dagegen das Wort „Marktwirtschaft“ aussprechen, wird es geheiligt und gesalbt durch das Öl der sozialen Gesinnung. (S. 159 Gafj)

Aber man kann es nicht so machen, dass man, wenn man einmal den Mut gehabt hat, das Wort »Marktwirtschaft« auszusprechen, dann gleich wieder gewissermaßen »planwirtschaftliche Beschränkungen« draufsetzt. Man hat den Mut vor der eigenen Courage verloren. Eine Wirtschaftspolitik nach Art der Echternacher Springprozession, wie es mir manchmal vorkommt, scheint mir nicht geeignet zu sein, um unser Volk und unsere Wirtschaft in der notwendigen kurzen Zeit aus der Situation herauszubringen. (S. 160 Gafj)

Meine Kritiker wussten ja in geradezu erschütternder

Phantasielosigkeit immer nur ein Rezept, nämlich die Rückkehr zu Formen der staatlichen Bewirtschaftung und Preisbindung, d. h. also zu Maßnahmen, die im Ursprung und in der Konsequenz das Wesen der Zwangswirtschaft ausmachen, die Menschen wieder der Fron einer Bürokratie ausgesetzt und die Waren und Güter von den legalen Märkten in den Schwarzmarkt abgezogen hätten. Ich sollte sehenden Auges und wider bessere Erkenntnis die sozialen Zustände der preisgestoppten Inflation zurückerufen und wieder den Normalverbraucher von jeder Versorgung ausschließen. (S. 183 Gafj)

Mit den süßesten Flötentönen bot sich die Planwirtschaft alias Zwangswirtschaft zur Überwindung der sozialen Spannungen an, aber mit ihr ist es wie mit dem Wolf im Märchen. Mit mehlbestäubten weißen Pfoten und Honig auf den Lippen begehrt sie Einlass, um dann die Lämmer zu reißen, die töricht genug waren, den Verlockungen Glauben zu schenken. Dabei macht es wenig aus, ob dogmatische Gebundenheit oder bei gutem Willen mangelnde Einsicht der Planwirtschaft das Wort redeten. (S. 183 Gafj)

Aber schon wieder melden sich jene falschen Propheten, die die Lebensangst des Volkes schüren (...) Leute dieses Schlages empfinden keine Freude und Befreiung darüber, dass sich der Lebensstandard unseres Volkes verbessert,

wenn ihr bleiches Dogma und Besserwissertum in Gefahr ist. Ich möchte darum dem deutschen Volke sagen: Lasst sie unken, den Teufel an die Wand malen, schimpfen und schmähen; das wirkliche und echte Leben wird an diesen negativen Elementen und traurigen Gestalten vorbeigehen und denen recht geben, die mutig genug sind, auch für unser deutsches Volk wieder an einen sozialen Aufstieg zu glauben. (S. 185 Gafj)

Ich musste es gegen alle Einwendungen und sicher auch wohlmeinende Ratschläge wagen, gleichwohl in der Liberalisierung voranzuschreiten, denn nur unter dem dadurch erzwungenen harten Wettbewerbsdruck konnte die deutsche Leistung so rasch gesteigert werden, dass über die Marshallplan-Hilfe hinaus das Volumen des deutschen Außenhandels durch ausreichenden Bezug von Rohstoffen und Nahrungsmitteln und die Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes gesichert erschienen. Dass dabei Beengungen auftraten und wir vorübergehend in eine Verschuldung gerieten, war fast vorauszusehen. Aber diese Not war wiederum nur durch mehr und bessere Arbeit zu überwinden, und darum durfte ich trotz aller Beschwörungen und Beschimpfungen keinen Kurswechsel vollziehen. (S. 540 Gafj)

Wenn die Währungsreform nicht automatisch verbunden wird mit einer Freigabe der Preise und einer Aufhebung

der Bewirtschaftung, dann kommen wir sowohl nicht zu einer geordneten und gesunden Wirtschaft wie vor allen Dingen auch nie zu einer geordneten und stabilen Währung. (S. 167 Gafj)

Meine Damen und Herren, ich kann vielleicht nicht erwarten, dass Sie mir das glauben, aber trotzdem möchte ich doch mit aller Deutlichkeit sagen: Wenn ich mich gegen die Wiedereinführung jener Art von Bewirtschaftung und gegen die Wiedereinführung einer staatlichen Preisbindung wende, dann nicht deshalb, weil ich jetzt irgendwelchen Leuten das Feld geben möchte zu einer möglichst freizügigen und, wie Sie wahrscheinlich sagen würden, »liberalistischen« Betätigung, wenn Sie an die Zeit eines früheren Freibeutertums denken. Nein! Sondern ausschließlich deshalb, weil ich nicht sehenden Auges mit meinem Gewissen und mit meiner Erkenntnis und meiner Verantwortung es in Übereinstimmung bringen kann, einen Weg zu gehen, der - wie ich die Dinge sehe und wie sie aus historischer Erfahrung sich uns darstellen - mit aller Sicherheit uns wieder in die vergangenen Zustände zurückführen würde. (S. 172 Gafj)

Das eine ist sicher: Dass an die Möglichkeit, man könne dieses ganze Übel (die unwürdigen Formen der Zwangswirtschaft in Gestalt der Rationierung, des Bezugsscheinwesens, der menschlichen Unfreiheit) mit einem einzi-

gen Schwung überwinden und dazu noch die Funktion freier Preise und Löhne setzen oder gar eine liberale Handelspolitik einleiten, außer einer sehr kleinen Zahl weit-sichtiger Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft niemand gedacht hatte. In solchen Kategorien vorzuschauen, erschien eine Vermessenheit, die in dem Denkstil jener Zeit mit den Realitäten des Lebens nicht in Einklang zu bringen war. (S. 537 Gafj)

Wenn wir die Nerven verlieren und dieser gehässigen demagogischen Kritik nachgeben - dann sinken wir zurück in den Zustand der Sklaverei. Ich kann diesen Zustand nicht anders nennen, denn dann verliert der Mensch die Freiheit aufs neue, die wir ihm jetzt glücklich zurückgegeben haben. Dann verlieren wir wieder die freie Konsumwahl, die freie Berufswahl und alle Errungenschaften einer wahrhaft demokratischen Ordnung. Dann kommen wir wieder zurück in die Planwirtschaft, die stufenweise, aber sicher zur Zwangswirtschaft, zur Behördenwirtschaft bis hin zum Totalitarismus führt. (S. 149 Gafj)

4. IM KALTEN KRIEG – ERHARD AN ULBRICHT

Ich spreche auch nicht von unseren Erfahrungen im Interzonenverkehr; aber es sei auf die Beobachtung jener Besucher Sowjetrusslands verwiesen, die sich nicht durch Potemkinsche Dörfer blenden ließen und übereinstimmend zum Ausdruck brachten, dass es die kleinen Dinge des Alltags sind, die dort entbehrt werden und deren Fehlen das Leben freudlos macht. Die Puderdose, das Feuerzeug, der Zierrat im Haushalt, das kleine modische Attribut (...), der Verzicht auf all das macht das Missvergnügen der russischen Bevölkerung aus. (S. 546 Gafj)

Umso interessanter ist deshalb die Ankündigung des Herrn Ulbricht, dass die sogenannte DDR es sich zum Ziele gesetzt habe, in wenigen Jahren den Lebensstandard in der Bundesrepublik einzuholen und gar zu über-treffen. Es ist dabei nicht anzunehmen, dass der „DDR“ im Rahmen des sowjetischen Machtblocks ein soziales Sonderdasein paradiesischer Art gewährt wird (die Ausnahmen gelten bestenfalls für Funktionäre, gleich welcher östlichen Nationalität). Und daher bedeutet diese Proklamierung eine absolute Aussage für die unter sow-

jetischer Herrschaft stehenden Satellitenstaaten.
(S. 546 Gafj)

Die westliche Welt und insbesondere die Bundesrepublik nehmen die Herausforderung des Herrn Ulbricht mit Gleichmut an. Ulbricht versprach, den Lebensstandard der Sowjetzonenbevölkerung über die materiellen Existenzgrundlagen der in Freiheit lebenden deutschen Menschen hinaus erhöhen zu wollen. Das soll gelten! Es würde nämlich bedeuten, dass sich die sowjetisch beherrschte Welt zu entmachten bereit wäre; es würde bedeuten, dass auch dort die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung freiheitlichen Prinzipien unterworfen würde. Es würde die Preisgabe eines bisher absoluten Herrschaftsanspruches des Staates bedeuten.
(S. 547 Gafj)

Herr Ulbricht belügt sich selbst und die Welt, wenn er glauben und glauben machen wollte, dass es allein auf die mengenmäßige Produktion von Gütern ankäme. Eine solche Mehrproduktion mag technisch gesehen vielleicht sogar zu bewerkstelligen sein – aber wie soll es gelingen, die richtigen, das heißt die gefragten und begehrten Güter an den Mann zu bringen? Eben das ist eine Aufgabe, an der noch jedes kollektivistische System gescheitert ist.
(S. 547 Gafj)

Noch einmal: Wir nehmen die Herausforderung des Herrn Ulbricht an. Wir begrüßen diese Art des Wettbewerbs auf friedlichem Felde, weil er die Kräfte der Nationen zur Vermehrung der Wohlfahrt der Völker bindet. Ja, wir sind sogar zu unterliegen bereit. Würde doch dieses Ergebnis nur der Ausfluss eines gemeinsamen Wollens sein, in einer gleichen Ausrichtung der menschlichen Arbeit über Trennendes hinweg zur Erfüllung der Sehnsucht all jener Menschen zu gelangen, die sich in einer befriedeten Welt ihrer Freiheit erfreuen wollen!
(S. 547 Gafj)

5. ZUR WIEDERVEREINIGUNG DEUTSCHLANDS

Ich stehe jedenfalls klar und eindeutig auf dem Standpunkt, dass die Wiedereingliederung des deutschen Ostens mit den Mitteln und nach den Grundsätzen der Marktwirtschaft erfolgen müsse. (S. 383 Gafj)

Als erste Maßnahme wird sich eine Währungsneuordnung in der Sowjetzone, d.h. eine Einbeziehung in unser Währungssystem, als unerlässlich erweisen. Damit vollzieht sich dann zwangsläufig eine Angleichung des Preis- und Lohnniveaus an die in der Bundesrepublik

herrschenden Verhältnisse. (S. 838 Gafj)

Mit diesem Prozess wird dann naturgemäß die wirtschaftliche Lage der Sowjetzone schonungslos offengelegt, und es kann kein Zweifel bestehen, dass das Resultat betrüblich, ja, vielfach sogar erschütternd sein wird. Das heißt mit anderen Worten, dass wir mit einem starken Leistungsgefälle zwischen Ost und West rechnen müssen und dass sich daraus schwerwiegende Konsequenzen für die sozialen Verhältnisse der Bevölkerung ergeben können. Dennoch müssen wir den Mut zur Klarheit und zur Wahrheit aufbringen, weil erst dann die Mittel der Heilung eingesetzt und wirksam werden können.

(S. 383 Gafj)

Die einen wollen die Sowjetzone gegenüber der Konkurrenz von außen zunächst abgeschirmt wissen, um der Ostwirtschaft nach einem vorgefassten Plan in einer bestimmten Stufenfolge Zeit und Ruhe zu jener Leistungsangleichung zu geben, während andere - und zu dieser Gruppe zähle ich selbst - der Auffassung sind, dass dieser unumgänglich notwendige Angleichungsprozess um so rascher und erfolgreicher vor sich gehen wird, je inniger von Anbeginn an die Verflechtung dieser beiden Wirtschaftsgebiete sein wird und je mehr private Initiative und Tatkraft sich entfalten können.

(S. 383 Gafj)

Eine abgeschirmte Ostwirtschaft wird in der Enge des eigenen Raumes niemals zu der notwendigen Kraftentfaltung kommen und wird zudem der Befruchtung aus der freien Beziehung zum Westen nicht teilhaftig werden können. (S. 384 Gafj)

Wenn ich mit aller Entschiedenheit der Überzeugung bin, dass der Wirtschaft und der Bevölkerung der Sowjetzone mit einer vermeintlichen Schutzpolitik ein schlechter Dienst erwiesen werden würde, ja, eine möglichst rasche und erfolgreiche Wiedereingliederung auf solche Weise sogar gefährdet erschiene, so verkenne ich doch nicht, dass der Wirtschaft des Ostens vom Staate Hilfestellung geboten werden muss. Viel besser aber als leistungshemmende Schutzmaßnahmen erwiesen sich produktionsfördernde steuerliche Erleichterungen und Befreiungen. (S. 385 Gafj)

Wir lehnen es (...) dankend ab, die angeblichen „sozialen Errungenschaften“ der sogenannten DDR, (...), an jenem von allen Deutschen ersehnten Tag der Wiedervereinigung für das ganze Volk zur Richtschnur einer sozialen Ordnung zu machen. (S. 500 Gafj)

Es ist unsere Pflicht, immer erneut die Aufmerksamkeit der Welt auf die ungelöste deutsche Frage zu lenken. (S. 820 Gafj)

Man sagt uns, die Teilung unseres Landes sei eine „Realität“, die hingenommen werden müsse. Sicher haben wir es hier mit einer Realität zu tun, aber mit einer unerträglichen. Auch eine Krankheit ist eine Realität, und doch wird es niemandem einfallen, den zu tadeln, der sich vor ihr zu schützen, sie zu heilen sucht. Auch Unrecht ist Realität, und doch wird man alles daransetzen müssen, es zu beseitigen. Vor allem aber ist, wenn schon die Teilung unseres Landes als eine Realität hingestellt wird, der Wille des deutschen Volkes zur Wiederherstellung seiner Einheit eine weit stärkere Realität, denn die Geschichte lehrt, dass der elementare Drang eines Volkes, um seine Einheit und Freiheit zu ringen, zu den mächtigsten Kräften überhaupt gehört. (S. 820 GafJ)

42

Wir sind uns alle darüber klar, dass auf dem Wege zur Wiederherstellung der deutschen Einheit große Schwierigkeiten zu überwinden sind. Der Weg mag lang und dornenvoll sein; er wird uns Entbehrungen, materielle und psychische Belastungen auferlegen. Wir wollen in unserem Willen, in unserer Zähigkeit nie erlahmen und – wenn es Not tut – entschlossen sein, Opfer auf uns zu nehmen. Am Ende dieses Weges muss nach der Überzeugung der Bundesregierung ein Friedensvertrag stehen, der von einer in freien Wahlen gebildeten gesamtdeutschen Regierung frei verhandelt und geschlossen wird. In diesem Vertrag – und nur in ihm – können und müssen

die endgültigen Grenzen Deutschlands, das nach gültiger Rechtsauffassung in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 fortbesteht, festgelegt werden. (S. 822 GafJ)

In der Zwischenzeit aber dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen. Unseren Brüdern und Schwestern in der Zone werden die Menschenrechte vorenthalten. Sie leben unter einem schweren Gewissenszwang und sind täglichen Verfolgungen ausgesetzt. Wir dürfen daher niemals in dem Bemühen nachlassen, für sie lebenswürdige Verhältnisse herstellen zu helfen. (S. 822 GafJ)

Wir dürfen bei allem niemals vergessen, dass die Spannungen in der Welt ausschließlich deshalb entstanden sind, weil die Forderungen des Kommunismus immer auf eine ständige Erweiterung seines Machtbereichs und auf die Vergewaltigung des freien Willens der Völker hinausliefen und daher unannehmbar sind. Hier und da wird in diesem Zusammenhang der Ruf laut, auch wir Deutschen sollten unseren Beitrag zur Normalisierung und Entspannung leisten. Dazu sind wir bereit. Aber es wäre unverantwortlich und unzumutbar, von Deutschland die Bereitschaft zur Selbstaufgabe oder den Verzicht auf Selbstbestimmung des geteilten Volkes als Beitrag zur Normalisierung der Verhältnisse zu verlangen. (S. 870 GafJ)

43

Niemand in der Welt sollte sich eine bessere und friedlichere Zukunft daraus erhoffen, dass man einem großen Teil unseres Volkes die Menschenrechte für immer vorenthält. (S. 870 GafJ)

Es kommt darauf an, das Richtige zum richtigen Zeitpunkt zu tun. (S. 870 GafJ)

Die Mauer passt nun einmal nicht zum Bilde des „humanitären Kommunismus“. (S. 872 GafJ)

Mit Berlin steht und fällt die Hoffnung nicht nur der Menschen in der Sowjetzone, sondern ein gut Teil des Lebenswillens aller freien Nationen. (S. 873 GafJ)

In Berlin offenbart sich für jedermann die Überlegenheit der Freiheit gegenüber dem Zwang. (S. 872 GafJ)

Wir aber wollen unsere Arbeit treu und beharrlich fortsetzen bis zu jenem Tage, an dem wir unseren Nationalfeiertag begehen können, den Tag der Wiedervereinigung in einem geeinten und versöhnten Europa. (S. 893 GafJ)

6. AUS DER GESCHICHTE LERNEN

Und wir haben uns heute die Frage vorzulegen, was uns zu tun aufgegeben bleibt, damit sich gefährliche Entwicklungen, wie die der dreißiger Jahre, von innenpolitischen Fehlleistungen ausgehend, sich in der Demontage der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit fortsetzend und am Ende in einer fast fatalistischen Einstellung gegenüber Drohung und Gewalt gipfelnd, nicht noch einmal wiederholen können. Anders ausgedrückt heißt das: Wie können wir unsere innere und äußere Ordnung so festigen, dass sie den Anforderungen unserer Zeit gerecht wird?
(S. 744 GafJ)

Das (...) heißt, dass wir nicht nur aus der Interessenlage des Augenblicks und auch nicht um materieller Vorteile willen politische Entscheidungen zu treffen haben, sondern in unlösbarer Bindung an höchste gemeinsame Werte und um ihrer Verteidigung willen einen klaren Standort beziehen müssen. Bittere Erfahrung sollte uns gelehrt haben, dass diese allumfassende Verpflichtung eine Aufspaltung nach politischen, wirtschaftlichen und militärischen Konsequenzen nicht mehr zulässt, und dass unser Handeln oder Unterlassen nicht an bloßer Zweckmäßigkeit oder Nützlichkeit aus

nationaler Schau heraus orientiert sein darf. (S. 745 Gafj)

Das westliche Bündnis schließt die Notwendigkeit ein, es immer mehr und immer dichter zu einer umfassenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gemeinschaft auszubauen und es damit zum stärksten Hort der Freiheit in dieser Welt werden zu lassen. (S. 745 Gafj)

Wie im Zusammenlegen der Menschen die Grundlagen des Verstehens das gegenseitige Vertrauen ist, so dürfen auch Bündnisse der Völker nicht von Misstrauen oder Zweifel überschattet sein. Ein politisches Klima solcher Art könnte die Position keines Partners stärken, wohl aber müsste es zuletzt die Einheit gefährden und die gemeinsame Kraft schwächen. (S. 745 Gafj)

Lernen wir aus der Geschichte! Nicht zuletzt kam in den letzten 50 Jahren so viel Unheil über die Welt, weil die Völker und Staatsmänner eine Synthese zwischen Freiheit und Verantwortung nicht zu finden vermochten, weil sich weder der Wille zur Freiheit und zur Abwehr jedweder Gewalt deutlich genug ausprägte, noch sich über partielle oder nationale Interessen hinaus eine höhere gemeinsame Verantwortung manifestierte. (S. 743 Gafj)

Man glaubte noch wie zu Metternichs Zeiten, dass z.B. Wirtschaft nur „Wirtschaft“ und Politik eben „Politik“ sei,

dass jeder Ausdruck des menschlichen Lebens sozusagen ressortmäßig manipuliert werden könne, und dabei noch eine ewig gültige Rangordnung vorgegeben wäre. So kam es über die Weltwirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit, nationalistisch-egoistische Inzucht und die Auflösung aller Bande der Völkergemeinschaft fast zwangsläufig dahin, dass verbrecherische Elemente auf dem Hintergrund wirtschaftlicher und sozialer Krisen jenes schreckliche Inferno auslösen konnten, dessen lebendige Zeugen wir waren und dessen Trümmer wir vorfanden, als wir politische Verantwortung in Deutschland übernahmen. (S. 744 Gafj)

Kein Land und kein Volk, so stark und so mächtig es auch ist, kann sein Schicksal noch allein wirklich meistern. Und dies ist eine hoffnungsvolle Perspektive. Sie führt uns auch aus einem anderen historischen Missverständnis heraus, dass nämlich die Macht im nationalen Bereich schon ein Wert in sich selbst sein soll. Denn wenn Sie Europa ansehen in seiner ganzen Vielgestaltigkeit und Buntheit, aber doch gleichzeitig in seiner geistigen, kulturellen und geschichtlichen Zusammenhörigkeit – ja wohin kommen wir dann, falls wir sozusagen Noten austeilen nach der Größe und nach der Macht, die ein einzelner Staat verkörpert. (S. 792 Gafj)

Es gibt keinen nur amerikanischen oder nur angelsächsischen, auch keinen nur deutschen oder nur französi-

schen, ja nicht einmal einen nur europäischen Horizont mehr. Noch sind zwar vielerorten die Rudimente jenes machtpolitischen Denkens wirksam, dass die abendländische Welt dem Untergang nahe brachte. Dieser falsch verstandene Nationalismus aber gehört der Vergangenheit an. Die richtig verstandene Vaterlandsliebe kann nur unter einem menschheitlichen Horizont gedeihen, wie ihn schon Johann Gottfried Herder wünschte, der die Hingabe an die Sache eines Volkes nur dann für berechtigt hielt, „wenn ein Schritt vorwärts zum Wohle dieses Volkes zugleich einen Schritt vorwärts für die Menschheit bedeutet“. Das ist der Weg, den das deutsche Volk – mit Ihnen – gehen will. (S. 874 Gaf)

48

Das in einer Generation zweimal erlebte tragische Schicksal einer Inflation ist gewiss wenig geeignet, das Vertrauen in die eigene Kraft zu stärken. Diese tragische Erfahrung muss wohl in Rechnung gestellt werden; sie sollte aber gerade umgekehrt Anlass sein, alle wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen sehr genau daraufhin zu überprüfen, ob sie uns erneut auf einen verhängnisvollen Weg führen werden, an dessen Ende dann wiederum eine Geldentwertung stehen müsste. (S. 255 WfA)

Ich glaube, dass es der Denkkategorie einer hoffentlich überwundenen Vergangenheit angehört, die Handels-

politik als eine Dienerin der Außenpolitik oder gar als ein Instrument staatlicher Machtpolitik aufzufassen. Leider ist zuzugeben, dass so manche, die allerdings die Konzeption einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik noch nicht voll begriffen haben, unter Handelspolitik auch heute noch vielfach die Summe aller Maßnahmen verstehen, die in differenzierter Weise, von Fall zu Fall, von Ware zu Ware und von Land zu Land in bilateralen Vereinbarungen ihren Niederschlag finden. Diese mir fast unwürdig vorkommende Politik ist in ihrer Willkürlichkeit und Regellosigkeit bestimmt nicht geeignet, die friedlichen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen allen Völkern und Ländern der freien Welt zu ordnen, – wohl aber, sie zu stören. (S. 266 WfA)

49

So wichtig und wertvoll es ist, dass auch im zweiseitigen Verhältnis Freundschaft zwischen den Völkern besteht und so sehr es die Aufgabe der Außenpolitik sein muss, diese Freundschaft zu schaffen und zu festigen, so wäre es doch ein grundsätzliches Missverständnis, auf dem ökonomischen Felde bilaterale Absprachen für brauchbar zu halten, um Freundschaften aufzubauen und zu festigen. Im ökonomischen Raum schließt diese Methode – von ihren Verfechtern gewiss ungewollt – zwangsläufig zugleich auch immer eine Diskriminierung gegenüber dritten Ländern ein. Sie erzeugt Unsicherheit und Misstrauen und schmälert auch in jedem Fall den

aus zwischenstaatlichen Austauschbeziehungen möglichen Nutzeffekt. (S. 266 j. WfA)

Die nach dem Zweiten Weltkrieg eingeleitete und von mir – ich möchte sagen – mit Leidenschaft verfochtene wirtschaftspolitische Auffassung und Praxis ist demgegenüber gekennzeichnet durch das Streben nach einem allumfassenden freien Weltmarkt, nach Multilateralität und Nichtdiskriminierung, nach Überwindung protektionistischer und nationalistischer Engstirnigkeit und nach Beseitigung von Wettbewerbsverfälschungen jeder Art. Wenn man Aufgabe und Zielsetzung der Wirtschaftspolitik so versteht, dann bleibt für eine Eigenständigkeit der Handelspolitik ebenso wenig Raum wie für eine Handelspolitik, die nur als ein Hilfsmittel der Außenpolitik verstanden wird. (S. 268 WfA)

Je weniger der Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen den Staaten als Instrument staatlicher Politik gehandhabt wird, desto geringer ist auch die Gefahr einer Vergiftung der internationalen Atmosphäre. Erst diese Einstellung vermag die Außenhandelspolitik von dem Fluch der Vergangenheit zu befreien. Die nüchternen kaufmännischen Überlegungen rücken dann in den Vordergrund; der ehrliche Wettbewerb der Leistung kann sich zwischen den Volkswirtschaften entfalten. Die Verwirklichung dieser Forderung führt dazu, dass die

Staaten sich in Vereinbarungen des Rechtes begeben, einseitige Eingriffe in eine freie weltwirtschaftliche Gesamtordnung vorzunehmen. (S. 268 WfA)

Freiheit ist nun gewiss ein Recht! Freiheit schmeckt süß, und Verantwortung hat in dem Bewusstsein vieler Menschen einen etwas bitteren Beigeschmack. Wenn man hier einen ersten politischen Aspekt anfügen will – etwa im Blick auf Weimar und auf die Zeit bis zum Nationalsozialismus -, dann könnte man vielleicht sagen, dass es zur Tragik dieser Zeit aus dem mangelnden Mut zur Verantwortung und aus einer Fehldeutung des Begriffes der Freiheit, nicht nur der menschlichen, sondern auch der demokratischen Freiheit, kam. Wir haben überhaupt aus unserer Geschichte erfahren, dass man die Freiheit nicht beliebig teilen kann. Der Einzelne irrt sich, wenn er glaubt, er könnte sich seine Freiheit erhalten, wenn um ihn herum der Sinn für den Wert der Freiheit verlorengelht, sei es in der Nation, oder sei es in den engeren oder weiteren gesellschaftlichen Bindungen, in denen er lebt. (S. 677 GfA)

II. ORDNUNGSMODELL SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

1. Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft
2. Die Soziale Marktwirtschaft
3. Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft
4. Irrtum Planwirtschaft
5. Lieber Freiheit statt Planwirtschaft
6. Der recht verstandene Liberalismus

1. GEBURTSTUNDE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Tatsächlich wurde die Marktwirtschaft in Deutschland – ein fast einzigartiger historischer Vorgang – durch einige wenige Gesetze und durch kompromisslose Entschlossenheit eingeführt. Der Wille, etwas gänzlich Neues zu schaffen, fand seinen Niederschlag in dem „Gesetzes- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“ vom 7. Juli 1948, wo auf schlechtem, heute bereits vergilbtem Vorwährungsreformpapier das „Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform“ vom 24. Juni 1948 verkündet wird. Mit diesem Gesetz wurde dem Direktor der Verwaltung für Wirtschaft das Recht eingeräumt, mittel- oder unmittelbar und in einem Zuge Hunderte von Bewirtschaftungs- und Preisvorschriften in den Papierkorb zu befördern. (S. 22 WfA)

Bereits einen Tag später wurde die „Anordnung über Preisbildung und Preisüberwachung nach der Währungsreform“ erlassen, mit der Dutzende von Preisvorschriften außer Kraft traten. Wir gingen hierbei den einzig möglichen Weg: Es wurde darauf verzichtet, all das aufzufüh-

ren, was ungültig wurde, und nur das namentlich und ausdrücklich genannt, was noch Geltung behalten sollte. Damit war ein gewaltiger Schritt in Richtung auf das Ziel der Beseitigung einer unmittelbaren Einflussnahme der Bürokratie auf die Wirtschaft getan. (S. 22 WfA)

Es ist gar nicht so, als ob wir bei vernünftigem Handeln die freie Entscheidung gehabt hätten. Was wir in dieser Situation tun mussten, war, die Fesseln zu lösen. Wir mussten dazu bereit sein, um in unserem Volk endlich wieder moralische Grundsätze zur Anwendung zu bringen und den Beginn einer Läuterung unserer Gesellschaftswirtschaft einzuleiten. (S. 23 f. WfA)

56 Das zweite Halbjahr 1948 insbesondere wurde eines der dramatischsten in der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Hier kämpfte die Idee der Marktbefreiung gegen die beherrschenden Kräfte der Zwangswirtschaft. Manche Entwicklungen und Verhältnisse waren auch nicht dazu angetan, vorbehaltlos und unentwegt der Richtigkeit des Vorstoßes in die Freiheit zu vertrauen. Der Preisindex stieg in jenen ersten Monaten nach der Reform allenthalben erheblich an. Es half da auch nicht viel, immer wieder darauf hinzuweisen, dass es am 18. Juni 1948 zwar amtlich fixierte, relativ niedrige Preise, aber zu diesen Preisen keine Waren gab, und dass jeder nun in DM gewährte Preis nur einen Bruchteil des RM-Schwarzmarktpreises

der Monate vor der Währungsreform ausmachte. Es kam entscheidend darauf an, sich durch diese Turbulenz nicht beirren zu lassen; auch dann nicht, als die Gewerkschaften für den 12. November 1948 zum Generalstreik aufriefen, um auf diese drastische Weise der Marktwirtschaft ein Ende zu bereiten. (S. 25 WfA)

Mit der wirtschaftspolitischen Wendung von der Zwangswirtschaft hin zur Marktwirtschaft haben wir mehr getan, als nur eine engere wirtschaftliche Maßnahme in die Wege geleitet; wir haben damit unser gesellschaftswirtschaftliches und soziales Leben auf eine neue Grundlage und vor einen neuen Anfang gestellt. Wir mussten abschwören der Intoleranz, die über die geistige Unfreiheit zur Tyrannei und zum Totalitarismus führt. Wir mussten hin zu einer Ordnung, die durch freiwillige Einordnung, durch Verantwortungsbewusstsein in einer sinnvoll organischen Weise zum Ganzen strebt. Anstelle eines seelenlosen Kollektivismus, der unser Volk in die Not und in das Elend der Vermassung brachte, mussten wir hin zu einem organisch verantwortungsbewussten Staatsdenken. Diese Freiheit bedeutet nicht Freibeutertum, und sie bedeutet nicht Verantwortungslosigkeit, sondern sie bedeutet immer verpflichtende Hingabe an das Ganze. Nicht der sinn- und seelenlose Termitenstaat mit seiner Entpersönlichung des Menschen, sondern der organische Staat, gegründet auf die Freiheit des Individuums,

zusammenstrebend zu einem höheren Ganzen, das ist die geistige Grundlage, auf der wir eine neue Wirtschaft, eine neue gesellschaftliche Ordnung aufbauen wollen. (S. 47, Ludwig Erhard Die neuen Tatsachen 1948, Rede vor dem 2. Parteikongress der CDU der britischen Zone, Recklinghausen, 28. August 1948)

Das war die Zeit, in der die meisten Menschen es nicht glauben wollten, dass dieses Experiment der Währungs- und Wirtschaftsreform gelingen könnte. Es war die Zeit, in welcher man in Deutschland errechnete, dass auf jeden Deutschen nur alle fünf Jahre ein Teller komme, alle zwölf Jahre ein Paar Schuhe, nur alle fünfzig Jahre ein Anzug, dass nur jeder fünfte Säugling in eigenen Windeln liegen könnte, und jeder dritte Deutsche die Chance hätte, in seinem eigenen Sarge beerdigt zu werden. Das schien auch tatsächlich die einzige Chance gewesen zu sein, die uns noch winkte. Es zeugte von dem grenzenlosen Illusionismus und der Verblendung planwirtschaftlichen Denkens, wenn man von Rohstoffbilanzen oder anderen statistischen Grundlagen her glaubte, das Schicksal eines Volkes für lange Zeit vorausbestimmen zu können. Diese Mechanisten und Dirigisten hatten nicht die geringste Vorstellung von der sich entzündenden dynamischen Kraft, sobald sich ein Volk nur wieder des Wertes und der Würde der Freiheit bewusst werden darf. (S. 18 WfA)

Es ist hohe Zeit, sich im Hinblick auf eine gesicherte Zukunft unseres jungen demokratischen Staates wieder auf den Pfad der Tugend zurückzugeben. In dieser Forderung verschmelzen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu einer Einheit. In der Mitte des 20. Jahrhunderts ist das Gedeihen der Wirtschaft auf das engste mit dem Schicksal des Staates verwoben, wie umgekehrt die Anerkennung jeder Regierung und des Staates von dem Erfolg oder Misserfolg der Wirtschaftspolitik unmittelbar berührt wird. Diese Interdependenz von Politik und Wirtschaft verbietet es, in „Kästchen“ zu denken. So wie sich der Wirtschaftspolitiker dem Leben des demokratischen Staates verpflichtet fühlen muss, hat umgekehrt auch der Politiker die überragende Bedeutung des wirtschaftlichen Seins der Völker anzuerkennen und dementsprechend zu handeln. Die in der Bundesrepublik praktizierte soziale Marktwirtschaft hat Anspruch darauf, von den Politikern als mitbestimmender und mitgestaltender Faktor bei dem Aufbau unseres demokratischen Staates anerkannt zu werden; diese Wirtschaftspolitik hat in kürzester Frist eine geschichtlich einmalige Wiederaufbauarbeit zu vollbringen vermocht. Es ist ihr nicht nur gelungen, einer um ein Viertel vermehrten Bevölkerung Arbeit und Brot zu geben, sondern diese Menschen auch über das Wohlstandsniveau der besten Vorkriegsjahre hinauszuführen. Die soziale Marktwirtschaft ist den harten aber redlichen Weg des Wiederaufbaues gegangen – aber gerade damit

hat sie das Vertrauen der Welt zurückgewonnen.
(S. 17 WfA)

Der wirkliche Durchbruch zur Marktwirtschaft, wie wir sie heute verstehen, beginnt mit dem aufkommenden Liberalismus in Gestalt einer bürgerlich-freiheitlich gearteten neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung. Diese setzte völlig neue Normen. Anstelle des allmächtigen Staates traten die bürgerlichen Rechte, anstelle obrigkeitlicher Befehlsgewalt die freie Entscheidung der Bürger. (S. 1041 Gafj)

60

2. DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Ich erkenne in dem Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft die ökonomische Grundlage eines demokratischen Staatswesens, das als unantastbaren Wert die menschliche Freiheit setzt. Es ist darum auch eine fast banale Selbstverständlichkeit, dass eine marktwirtschaftliche Ordnung auf dem Prinzip der Freiheit und Freizügigkeit beruht (...) (S. 430 Gafj)

Die Harmonie einer Marktwirtschaft beruht auf der freien Funktion der tendenziell zum Ausgleich und zum Gleichgewicht hindrängenden Kräfte. Auf diese Weise

wird die quantitative und qualitative Übereinstimmung von Bedarf und Deckung herbeigeführt. Während in anderen Systemen dieses Ziel durch kollektive Lenkungsmaßnahmen zu erreichen versucht wird, erzielt die Marktwirtschaft diesen Effekt über die Funktion des freien Marktes. (S. 430 Gafj)

Von einem (freien Markt) kann allerdings nur dann und so lange gesprochen werden, als ein freier Leistungswettbewerb und eine freie Preisbildung Motor und Steuerungsmittel der Wirtschaft sind. Der Wettbewerb ist damit unlöslich Bestandteil, ja innerstes Element einer marktwirtschaftlichen Ordnung, so dass seine Eliminierung, Beeinträchtigung oder Behinderung schlechthin zu einer Sprengung des Systems überhaupt führen müssten. (S. 430-431 Gafj)

Kartelle sind in einer Marktwirtschaft nach der inneren Logik dieses Systems artwidrige Fremdkörper. Wer den staatlichen Dirigismus als Lenkungsinstrument im wirtschaftlichen Leben ablehnt, kann nicht zugleich die kollektive Steuerung der Wirtschaft durch Kartelle gutheißen oder gar als nützlich und notwendig erachten. (S. 431 Gafj)

Die Soziale Marktwirtschaft ist das tragende Ordnungsprinzip, nach dem das Wirtschaftsleben in der Bundesrepublik

61

Gestalt worden ist und das die Voraussetzung für den außerordentlichen großen wirtschaftlichen Aufschwung war, den wir heute verzeichnen können und der im Ausland oft fälschlich als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet wird. Das Wesen dieser Marktwirtschaft besteht hauptsächlich darin, dass der Wirtschaftsprozess, d.h. Produktion, Güter- und Einkommensverteilung, nicht durch obrigkeitlichen Zwang gelenkt, sondern innerhalb eines wirtschaftspolitisch gesetzten Ordnungsrahmens durch die Funktion freier Preise und den Motor eines freien Leistungswettbewerbs selbstständig gesteuert wird. (S. 461 Gafj)

Freiheit, Selbstverantwortung und persönliche Initiative bei der Berufswahl, Erwerbstätigkeit und dem Konsum, die jedem als Produzenten und als Verbraucher die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Chancen eröffnen, sowie eine leistungsbedingte Einkommensverteilung sind die Antriebskräfte, die in der Marktwirtschaft zu einem Höchstmaß an Produktion und einer Steigerung des Wohlstands der gesamten Bevölkerung führen. Die Marktwirtschaft ist damit diejenige Wirtschaftsordnung, die ein Maximum an Produktivität, Wohlstandsmehrung und persönlicher Freiheit verbindet. (S. 461 Gafj)

Soziale Marktwirtschaft soll also besagen, dass der Staat nicht nur die Aufgabe, sondern sogar die Verpflichtung hat, der Wirtschaft bestimmte, politisch gewollte Maxi-

men zu setzen und das weitgespannte Instrumentarium der Wirtschaftspolitik so zu handhaben, dass die freien Entscheidungen der wirtschaftenden Menschen aller Kategorien gleichwohl zu dem gewollten Effekt hinführen. (S. 549 Gafj)

Die Soziale Marktwirtschaft beruht auf den Grundsätzen der Freiheit und der Ordnung, die, soll Harmonie herrschen, in meiner Sicht ein untrennbares Ganzes bilden; denn wo Freiheit ohne eine fest gefügte Ordnung obwaltet, droht sie ins Chaotische zu entarten, und wo Ordnung ohne Freiheit bestehen soll, führt sie nur allzu leicht zu brutalem Zwang. (S. 549 Gafj)

Die Soziale Marktwirtschaft ist überfordert, wenn ihr die Verantwortung aufgelastet werden soll, die äußeren Lebensformen unserer Gegenwart zu sprengen und nach einem Wunschbild zu formen. Wohl aber obliegt ihr die Verpflichtung, den Geboten einer christlichen Gesellschaftspolitik gerecht zu werden und sich mit dieser zu einer höheren Einheit zu verbinden. (S. 611 Gafj)

Die Soziale Marktwirtschaft brachte die Befreiung unseres Volkes von wirtschaftlicher Not und sozialem Zwang. Das Programm Wohlstand für alle wurde Realität. Auch für die Zukunft kann kein dürftiger Pragmatismus eine gewollte Ordnung ersetzen. (S. 915 Gafj)

Die politische Bedeutung des Ökonomischen zeigt sich besonders deutlich in der offenkundigen Beziehung zwischen wirtschaftlicher und politischer Stabilität. Ein Blick auf die Entwicklung der westlichen Demokratien in den letzten Jahrzehnten – und mutatis mutandis auch auf die kommunistischen Staaten des Ostens – macht den engen Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen und den politischen Verhältnissen offenkundig. Dabei wird deutlich, dass eine gesunde und leistungsfähige Wirtschaft stets die beste Sicherheit auch für eine dauerhafte und stabile staatliche Ordnung bietet. (S. 1014 Gafj)

Die Darstellung, als ob Marktwirtschaft einer liberalen Wirtschafts- oder gar Lebensordnung schlechthin gleichzusetzen wäre, ist nicht absolut gültig. Der Liberalismus hat wohl den Charakter der Marktwirtschaft als einer hochentwickelten Form anonymen Abtausches von Gütern und Dienstleistungen schärfer ausgeprägt, aber wenn hier auf die „Marktwirtschaft“ eingegangen werden soll, dann ist es heute leider notwendig geworden, näher zu kennzeichnen, „welche“ Marktwirtschaft gemeint sei. So viele Wandlungen, Verzerrungen und Entartungen der „Liberalismus“ seit Adam Smith durch mehr als 200 Jahre erfahren hat, so steht auch zu befürchten, dass der Marktwirtschaft für die Zukunft ein gleiches Schicksal droht. Es kann indessen davon ausgegangen werden, dass im öffentlichen Bewusstsein Marktwirtschaft als ein

liberales Ordnungsprinzip empfunden wird, und das ist auch insofern richtig, als sich menschliche Freizügigkeit mit sozialistischen oder kollektivistischen Denkmodellen kaum vereinbaren lässt. (S. 1040 Gafj)

Was muss sich eigentlich noch ereignen, um bestätigt zu finden, dass die Marktwirtschaft zugleich auch die leistungsfähigste soziale Ordnung begründet. (S. 1044 Gafj)

Da aber Marktwirtschaft (und in ihrer moralischen Anlage vor allem die Soziale Marktwirtschaft) ein freies Unternehmertum voraussetzt, lässt sich eine unmittelbare Beziehung zwischen unternehmerischer Tätigkeit, Wohlstand und sozialer Sicherheit unter Redlichen nicht bestreiten. Es ist ja auch charakteristisch genug, dass in der Bundesrepublik Deutschland außer extremen Gruppierungen (...) keine Partei es wagt, das Prinzip einer freien Unternehmungswirtschaft öffentlich anzugreifen – wenn vielleicht auch manche hoffen, durch Erhöhung der Grund-, der Vermögens- und Erbschaftssteuer auf kaltem Wege eine Umstrukturierung unserer Gesellschaftsordnung einleiten zu können. (S. 1044 Gafj)

Das, was sich in Deutschland in den letzten neun Jahren vollzogen hat, war alles andere als ein Wunder. Es war nur die Konsequenz der ehrlichen Anstrengung ei-

nes ganzen Volkes, das nach freiheitlichen Prinzipien die Möglichkeit eingeräumt erhalten hat, menschliche Initiative, menschliche Energien wieder anwenden zu dürfen. Wenn darum dieses deutsche Beispiel über das eigene Land hinaus einen Sinn haben soll, dann kann es nur der sein, aller Welt den Segen der menschlichen Freiheit und der ökonomischen Freizügigkeit deutlich zu machen. (S. 158 WfA)

Der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ hat heute, und nicht einmal nur in Deutschland, Allgemeingültigkeit erlangt. Selbst die Gegner meiner Wirtschaftspolitik versperren sich dieser Formulierung nicht mehr. Eine Wirtschaftspolitik darf sich aber nur dann sozial nennen, wenn sie den wirtschaftlichen Fortschritt, die höhere Leistungsergiebigkeit und die steigende Produktivität dem Verbraucher schlechthin zugute kommen lässt. Das vorzüglichste Mittel, dieses Ziel innerhalb einer freien Gesellschaftsordnung zu erreichen, ist und bleibt der Wettbewerb; er ist der tragende Pfeiler dieses Systems. (S. 159 WfA)

Die soziale Marktwirtschaft verpflichtet mich mithin, den Kartellbestrebungen wie überhaupt allen auf Einschränkung des Wettbewerbs hinzielenden Bestrebungen in den verschiedensten Schattierungen meine ganze Aufmerksamkeit zu widmen und den Kampf anzusetzen. (S. 159 WfA)

Diese Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungseffizienz ist aber nun keineswegs Selbstzweck. Der Tatbestand der sozialen Marktwirtschaft ist vielmehr nur dann als voll erfüllt anzusehen, wenn entsprechend der wachsenden Produktivität zugleich Preissenkungen wirksam und damit echte Reallohnsteigerungen möglich werden. Ich werde nicht aufhören, in diesem Sinne zu wirken, – und dies auch in einer Zeit, in der viele nicht mehr zu glauben geneigt sind, dass eine auf Preissenkung hinzielende Politik noch möglich wäre oder Erfolg versprechen könnte. Gerade in einer Phase der wirtschaftlichen Entwicklung, wie wir sie heute erleben, darf diese Zielsetzung nicht aus den Augen verloren werden. (S. 208 WfA)

Die soziale Marktwirtschaft kann nicht gedeihen, wenn die ihr zugrunde liegende geistige Haltung, d. h. also die Bereitschaft, für das eigene Schicksal Verantwortung zu tragen, und aus dem Streben nach Leistungssteigerung an einem ehrlichen freien Wettbewerb teilzunehmen, durch vermeintliche soziale Maßnahmen auf benachbarten Gebieten zum Absterben verurteilt wird. Wer diese Problematik zu Ende zu denken bereit ist, wird auch die Fragwürdigkeit einer allzu engen Zuständigkeitsbegrenzung begreifen. (S. 245 WfA)

3. VERTRAUEN IN DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Unsere Wirtschaftspolitik dient dem Verbraucher; er allein ist Maßstab und Richter allen wirtschaftlichen Tuns. Diese Politik der sozialen Marktwirtschaft hat vor der ganzen Welt den Beweis erbracht, dass ihre Grundsätze des freien Leistungswettbewerbs, der freien Konsumwahl wie überhaupt der freien Entfaltung der Persönlichkeit bessere ökonomische und soziale Erfolge gewährleisten, als jede Art einer behördlichen Lenkungs- oder Zwangswirtschaft es vermag. (S. 66 WfA)

Ich wende mich also wieder einmal an den Menschen selbst, um ihm bewusst werden zu lassen, dass er in freier individueller Entscheidung Herr seines eigenen Schicksals ist, dass er aber auch darauf vertrauen kann, vom Staat das Maß an Schutz und Sicherheit gewährleistet zu erhalten, das ihn zur Übernahme der Verantwortung befähigt. (S. 503 GafJ)

Politisch gesehen, geht es darum, die misstrauischen Reaktionen gegenüber einer freien Marktwirtschaft zu überwinden und einzusehen, dass eine nur pädagogisch-

geistige Therapie zu fruchtbaren Lösungen der Probleme unserer heutigen Gesellschaft nicht mehr ausreicht. Der Strom ihrer Expansion, ihrer Technik, ihrer soziologischen Umschichtungen ist so stark und trägt uns so schnell fort, dass das entschwindende Bild der alten Ufer die Navigation schwer macht, wenn wir uns nicht bewusst auf die Bedingungen der Strömungen einstellen. (S. 612 GafJ)

An eine freiheitliche und freizügige Ordnung zu glauben oder ihr gar zu vertrauen, erschien den meisten Politikern und Praktikern vermessen. Nicht um einer Wertung oder meiner Rechtfertigung willen verdient es doch mindestens als Mahnung festgehalten zu werden, dass nach unseren Erfahrungen große und grundlegende Entscheidungen der Nation einer geistigen Konzeption auch aus wissenschaftlicher Erkenntnis so wenig entraten können wie der Intuition und Phantasie der handelnden Politiker. Aber es gehört auch zu allem Gläubigkeit und Vertrauen in die Unverlierbarkeit sittlicher Werte, ohne die kein Werk gedeihen kann. (S. 721 GafJ)

Derjenige wird vor den Problemen und Aufgaben nicht zurückzuschrecken brauchen, der, wie meine Freunde und ich, die soziale Marktwirtschaft als Teil und Ausdruck einer ganzheitlichen Politik versteht. (S. 335 WfA)

4. IRRTUM PLANWIRTSCHAFT

Aus wissenschaftlicher Erkenntnis und praktischer, historischer Erfahrung lehnen wir jegliche Formen einer staatlich zentralistischen, bürokratischen Planwirtschaft ab, da diese zu einer Verkümmern der Produktivität, zu einer Willkür der Verteilung und zuletzt zur Aufhebung der freien Berufs- und Konsumwahl als der unantastbaren Grundrechte der menschlichen Freiheit in einer echten Demokratie führen muss. Die staatliche Planwirtschaft erweist sich, sofern sie nicht zum brutalen Zwange führen soll, als eine das eigene System sprengende Fehlkonstruktion. (S. 214 Gafj)

Je mehr die Wirtschaftsgesellschaft planwirtschaftlichen Ideen zuneigt und der staatlich gelenkten Wirtschaft vor freieren Formen einer wirtschaftlichen Ordnung den Vorzug zu geben gewillt ist, desto stärker wird sich auch im Bereich der wirtschaftlichen Verwaltung der zentralistische Grundsatz durchsetzen. (Ludwig Erhard. Aufgaben und Grenzen zentraler Wirtschaftsverwaltungsstellen 1947, S. 36 f.)

Wenn auch nicht im Ziele völlig einig, so ist doch die

Richtung klar, die wir einzuschlagen haben – die Befreiung von der staatlichen Befehlswirtschaft, die alle Menschen in das entwürdigende Joch einer alles Leben überwuchernden Bürokratie zwingt, die jedes Verantwortungswilligen abtöten und darum zuletzt den frömmsten Staatsbürger zum Rebellen machen muss. (Ludwig Erhard. Das Programm der Wirtschaftsreform 1948, S. 40)

Jedes System, das dem Individuum nicht in jedem Falle die freie Berufs- und Konsumwahl offen lässt, verstößt gegen die menschlichen Grundrechte und richtet sich, wie die Erfahrung lehrt, zuletzt gerade gegen diejenigen sozialen Schichten, zu deren Schutz die künstlichen Eingriffe gedacht waren. (Ludwig Erhard. Das Programm der Wirtschaftsreform 1948, S. 40)

Die Planwirtschaftler befinden sich zwar begrifflich in einer äußerst schwachen, taktisch aber immer in einer starken Position. Abgesehen davon, dass eine gestörte Geldwirtschaft ohne offenen Ausbruch der Inflation einen freien Markt ausschließt, trifft es zweifellos zu, dass der Übergang von der Marktwirtschaft zur Planwirtschaft nicht die geringsten, umgekehrt aber die Ablösung der Planwirtschaft durch eine freie Marktwirtschaft die denkbar größten Schwierigkeiten bietet. Der Grund liegt darin, dass es leicht ist, von einer tendenziell gleichgewichtigen

Wirtschaft abzugehen, schwierig dagegen, von einer aus einem natürlichen Gleichgewicht gebrachten Wirtschaft ohne Übergang wieder der Funktion eines freien Marktes Raum zu geben. (S. 76 Gafj)

Hier wird die angebliche Ordnung zum Triumph der Unordnung. In den Gehirnen dieser Art von Planwirtschaftlern und Verteilungsbürokraten stellt sich eben nur das als Ordnung dar, was in ihr Schema der Regulierung von Gütern, Waren und Dienstleistungen passt, und es macht ihnen gar nichts aus - nein, es gehört zwangsläufig sogar dazu -, dass auch die Menschen in diesen seelenlosen Mechanismus, in die Versklavung der Herzen und Hirne einbezogen werden. (S. 131 Gafj)

Die Planwirtschaft führt nach allen historischen Erfahrungen und nach allen logischen Überlegungen über gewisse Zwischenstadien mit Sicherheit zuletzt immer zur Zwangswirtschaft. (S. 135 Gafj)

Die Planwirtschaft mündet immer darin, dass das einzelne Individuum als Erzeuger und als Verbraucher unter die Knute des Staates - nein, vielmehr noch unter die Knute einer seelenlosen Bürokratie – gezwungen wird. Der einzelne Staatsbürger wird entwürdigt und gedemütigt. Er fühlt immer nur die Kandare im Maule, sie musste abgelöst werden durch eine Marktwirtschaft, die nichts zu

tun hat mit den Schlagworten, die ihr angeheftet werden und die aus der Rumpelkammer des Liberalismus stammen. Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums einer vergangenen Ära, auch nicht das »freie Spiel der Kräfte« und dergleichen Phrasen, mit denen man hausieren geht, sondern die sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum wieder zur Geltung kommen lässt, die den Wert der Persönlichkeit obenan stellt und der Leistung dann aber auch den verdienten Ertrag zugute kommen lässt, das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung. (S. 135 Gafj)

Jede Planwirtschaft beruht auf der Vorstellung, dass irgendeine Behörde so weise sein kann und dass sie einen so großen Apparat hat mit Statistiken usw., dass es möglich ist, besser als das Volk selbst zu entscheiden, was dem Volke frommt. Auf Grund solcher Überlegungen muss dann notwendigerweise ein vorgefaßter Produktionsplan entstehen. Der Produktionsplan kann nur so entstehen, dass die Behörde sich einbildet, annehmen zu können, der durchschnittliche Mensch will soundso viel sparen und soundso viel verbrauchen, und für den Normalverbraucher wird gewissermaßen eine optimale Verbrauchsregelung konstruiert. Und diese wird mit 45 Millionen multipliziert, und dann bildet sich die Planwirtschaft ein, dass das der Verbrauch eines Volkes wäre und dass diese Methode die Harmonie der Gesellschaft

verbürgen würde. Was da herauskommt, das ist nicht der soziale Verbrauch eines Volkes, sondern das ist vollendeter Unfug im wirtschaftlichen Sinne. Und was auf der sozialen Ebene herauskommt, ist nicht die Harmonie, sondern das ist das Chaos und die Tyrannei. (S. 193 GafJ)

5. LIEBER FREIHEIT STATT PLANWIRTSCHAFT

Die wirtschaftlichen Missstände und Störungen lassen sich nicht dadurch beseitigen, dass man die privatwirtschaftliche Planwirtschaft durch eine staatliche oder andere Form der kollektiven Planwirtschaft ersetzt. Die geistige Kluft besteht nicht zwischen den kapitalistischen oder den kollektivistischen Planwirtschaftlern, denn bei allem Unterschied ihrer gesellschaftswirtschaftlichen Ziele und Ideale ist ihnen der Glaube an die Rechenhaftigkeit des wirtschaftlichen Geschehens gemeinsam; die Trennung besteht zwischen den Planwirtschaftlern aller Sorten und den Verfechtern einer wirklich freien, aber durch Gesetz und Recht gezügelten Marktwirtschaft, sie besteht, anders ausgedrückt, zwischen kollektivistischen und individualistisch-freiheitlichen Lebensformen. (S. 75 GafJ)

Niemand, der ernst genommen werden will, kann behaupten oder gar beweisen wollen, dass die sozialökonomische Leistung der staatlichen Befehlswirtschaft eine höhere sein kann als diejenige der Marktwirtschaft. (S. 210 f. WfA)

Wenn die Dinge alle starr sind, wenn die Preise und die Löhne starr sind, wenn der ganze Ablauf der Wirtschaft nach planwirtschaftlichen Regeln vor sich geht, dann ist dieses Problem überhaupt nicht zu meistern, oder es ist mit derartig ungeheuren sozialen Spannungen verbunden, dass wir überhaupt nicht mehr aus dem Zwist herauskommen. (S. 195 GafJ)

Wer demgegenüber die Marktwirtschaft im Grundsatz aufzugeben bereit ist, der mag uns erklären und beweisen, dass sein System – und das könnte ja wohl nur die staatliche Planwirtschaft sein – das Bessere ist. Auf diesen Nachweis wäre ich nach der klassischen Demonstration dieser Wirtschaft wahrlich gespannt. (S. 264 GafJ)

Alle Zwangsformen der Wirtschaft sind im Grunde genommen, auch wenn sie materiell vielleicht sogar erfolgreich sein können, unmoralisch, weil in ihnen das, was uns den höchsten Wert bedeutet, nämlich der lebendige Mensch mit seinem Gewissen, zerstört wird. (S. 679 GafJ)

Wir sollten uns überhaupt hüten vor all denen, die uns voraussagen wollen, dass unser Leben, vor allen Dingen unser gesellschaftspolitisches, soziales Leben sich in Gesetzmäßigkeiten vollziehen würde, deren Walten wir sozusagen sklavisch ausgeliefert wären. (S. 679 Gafj)

Unsere heutige Gesellschaftsordnung mit ihrer weltoffenen Gesellschafts- und Sozialstruktur ist nicht nur im Potential und in der ökonomischen Effizienz, sondern auch in ihrer inneren Stärke dem öden und sterilen Mechanismus des kommunistischen Systems klar überlegen. (S. 718 Gafj)

Der Irrglaube an die Rechenhaftigkeit und Machbarkeit des gesellschaftlichen Geschehens und die Überschaubarkeit menschlicher Reaktionen hat viel zur Fehlaufrichtung der Konjunkturpolitik beigetragen. (S. 1050 Gafj)

Das gesellschaftliche Spannungsverhältnis findet heute weniger in dem Dualismus „Sozialismus – Kapitalismus“ als in der Entscheidung für Kollektivismus oder Freiheit zeitnahen Ausdruck. (S. 1051 Gafj)

Es ist unmöglich, die Wirtschaft von zwei Seiten her lenken zu wollen. Man kann nicht auf der einen Seite von der Behörde her nach irgendwelchen Schlüsseln (...) den

Warenstrom lenken und auf der anderen Seite durch die natürliche Nachfrage, wie sie von jedem einzelnen Staatsbürger in freier Entscheidung auf Grund freier Konsumwahl getätigt wird, eine andere Verteilung vornehmen (...) ich lehne das Prinzip der Planung und Lenkung dort radikal ab, wo es den einzelnen Staatsbürger von früh bis abends als Konsumenten oder Produzenten quälen soll. (S. 103 Wfa)

6. DER RECHT VERSTANDENE LIBERALISMUS

Die Entscheidung geht nicht um Sozialismus oder Kapitalismus, die beide ihre Züge mit der gesellschaftswirtschaftlichen Entwicklung nicht unwesentlich verändert haben. Vor allem decken sich die Begriffspaare Sozialismus - Kapitalismus einerseits und Planwirtschaft – Marktwirtschaft andererseits in keiner Weise. Wenn der Sozialist die gerechte Verteilung des Sozialprodukts anstrebt, werden sich die Anhänger der Marktwirtschaft nach dem Ordnungsprinzip durchaus zu jener Forderung bekennen können; wenn ein irregeleiteter Kapitalismus nach neuen, privaten Kollektivgebilden verlangt, wird ihm von liberaler Seite entschiedener Widerspruch sicher sein. Der recht verstandene Liberalismus neuzeit-

licher Prägung will nicht Freibeutertum; er widerstrebt aber menschlicher Intoleranz und einer dadurch bedingten Unfreiheit der Lebensäußerungen, er ist Feind jeder geistigen Tyrannei, die immer der Vorbote politischen Terrors ist. (S. 77 Gafj)

Mit der Ablehnung der staatlichen Planwirtschaft sind zugleich auch alle Formen einer offenen oder versteckten unternehmerischen Planwirtschaft in Kartellen und Monopolen aufzulösen, um einen von wirtschaftlichen Machtpositionen und gesellschaftlichen Privilegien ungethemmten Leistungswettbewerb sicherzustellen. Eine klare Wettbewerbsordnung und eine straffe Kartellaufsicht sind die tragenden Säulen der sozialen Marktwirtschaft. (S. 215 Gafj)

Ich habe bisher nicht feststellen können, dass irgendeine Liberalisierungsmaßnahme in irgendeinem Bereich von einer schädlichen Auswirkung für den betreffenden Industriezweig gewesen ist. (S. 399 Gafj)

III. ECKPFEILER DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

1. Politik aus einem Guss
2. Mehr Wohlstand durch Wettbewerb
3. Absage an Kartelle und Monopole
4. Ordnung in Freiheit
5. Leistung und Vielfalt ihren Raum geben
6. Subsidiarität fördern
7. Eigenverantwortung stärken
8. Kernaufgaben des Staates vs. Bürokratieflut und Dirigismus
9. Soziale Gerechtigkeit – Niemand soll in Armut leben

1. POLITIK AUS EINEM GUSS

Manche Leute sagen, für den und den Zweck könnte man doch vielleicht etwas Besonderes einführen. Nein, so geht es nicht. Die Freiheit ist etwas Ganzes und Unteilbares. Sie kann nicht in einer wirtschaftspolitischen Konstellation richtig und in einer anderen falsch sein, sondern sie wird und muss in allen Fällen richtig sein. (S. 199 Gafj)

Das wirtschaftspolitische Programm ist klar: Wir vervollkommen und vollenden das System der sozialen Marktwirtschaft, dessen Motor, der Wettbewerb, durch die Ausschaltung schmarotzerhafter Einkommen aller Art, durch die Unterbindung von Differential- und Monopolgewinnen, die Ausmerzungen aller volkswirtschaftlich und sozial unnützen und sogar schädlichen Verrichtungen die Ergiebigkeit der gesellschaftlichen Arbeit und damit zugleich den Lebensstandard des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit erhöht. Die soziale Marktwirtschaft gewährleistet damit eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens und des Sozialprodukts nach dem einzig sinnvollen Maßstab der Leistung. (S. 214 Gafj)

Es ist unbestreitbar und erwiesen, dass ein freier Markt ohne einen freien Leistungswettbewerb und dieser ohne eine freie Preisbildung nicht bestehen kann. Man hebt eine freie wirtschaftliche Ordnung auf, wenn man den Leistungswettbewerb unterbindet und die Funktion des Preises ausschaltet. Das ist ja gerade das Geheimnis der Marktwirtschaft, und das macht ihre Überlegenheit gegenüber jeder Art von Planwirtschaft aus, dass sich in ihr sozusagen täglich und stündlich die Anpassungsprozesse vollziehen, die Angebot und Nachfrage, Sozialprodukt und Volkseinkommen sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Beziehung zu richtiger Entsprechung und zum Ausgleich bringen. Wer also nicht Leistungswettbewerb und freien Marktpreis will, hat jedes Argument gegen die Planwirtschaft aus der Hand gegeben. (S. 348 f. GafJ)

Nicht ein „Entweder-Oder“, sondern ein „Sowohl-als-auch“ kennzeichnet die Prinzipien einer verantwortungsbewussten, über das Heute hinausdenkenden Wirtschaftspolitik. Wohl wird man dabei je nach der konjunkturpolitischen Situation die Gewichte verlagern müssen, die Nuancen wandeln können, aber niemals ist die innere Logik dieser unlösbaren Zusammenhänge außer Kraft zu setzen. (S. 495 GafJ)

Wir bleiben nicht glaubhaft, wenn wir einerseits Indi-

vidualismus und Menschenwürde, persönliche Initiative und freies unternehmerisches Wirtschaften vertreten und auf der anderen Seite mit unseren Hilfen, mit unseren Ausrüstungen und mit unseren personellen Kräften mithelfen, in den Entwicklungsländern einem staatskapitalistischen Kollektivismus und in seinem Gefolge der menschlichen Unfreiheit Vorschub leisten. (S. 666 GafJ)

Ich möchte wegkommen von dem Kästchen-Denken, dass jedes Ressort ein Leben in sich selbst hat. Ich möchte die innere deutsche Politik – und die bestimmt ja unseren Alltag – begriffen wissen aus einer Zusammenschau. (S. 792 GafJ)

Die Wirtschaft ist eben nicht etwa nur von ihren Ergebnissen, sondern vor allem auch von ihrer ordnungspolitischen Gestaltung her für die politische Wirklichkeit von wesentlicher Bedeutung. Politische und wirtschaftliche Ordnung sind ebenso wie die individuelle menschliche Freiheit unteilbar. (S. 1015 GafJ)

Die im Bereich des Politischen geltenden Freiheitsrechte müssen deshalb ihre Anwendung auch im Bereich des Wirtschaftlichen finden, sollen sie nicht um einen wesentlichen Bestandteil verkürzt werden. Es ist das Verdienst der neoliberalen Schule, den Gedanken der „Interdependenzen der Ordnungen“ wieder in das Bewusstsein

der Wirtschaftspolitik und der Politik schlechthin gerufen zu haben. Sie hat erneut aufgezeigt, dass die verschiedenen Lebensbereiche der Gesellschaft nach einheitlichen Prinzipien geordnet sein müssen, sollen nicht wesentliche Elemente des freiheitlichen und des christlichen Menschen- und Gesellschaftsbildes gefährdet werden. (S. 1015 Gafj)

Diese Forderungen nach einer einheitlichen ordnungspolitischen Gestaltung gilt in besonderer Weise für die beiden Bereiche Politik und Wirtschaft. Staatliche Ordnung und wirtschaftliche Ordnung müssen in den Ordnungsprinzipien übereinstimmen, wenn sie nicht ihre eigene Existenz in Frage stellen wollen. Eine auf politischen Zwang und politischer Unfreiheit aufgebaute Staatsordnung ist mit einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung schlechthin unvereinbar. Das sei all denen gesagt, die Misch- und Übergangsformen für möglich beziehungsweise konstituierbar halten. (S. 1016 Gafj)

Es muss daher immer wieder betont werden, dass es die eigentliche und vornehmste Aufgabe des Staates ist, einen Ordnungsrahmen zu schaffen, innerhalb dessen sich der Staatsbürger frei bewegen dürfen soll. Und das wieder erfordert die Handhabung einer Wirtschaftspolitik, in der die wirtschaftenden Menschen aller sozialen Schichten dessen gewiss sein dürfen, nicht ständig unvorherseh-

baren politischen Entscheidungen ausgesetzt zu sein. Es geht hier darum, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen unserer Lebensordnung nicht einem täglich auswechselbaren Instrumentarium der Politik zu überantworten. (S. 1052 Gafj)

Wir müssen uns als eine Einheit fühlen und deshalb die Interessenstandpunkte zurückdrängen. Es ist gerade in jüngster Vergangenheit eine verdächtige und verderbliche Neigung wahrzunehmen, vornehmlich in Gruppenkategorien zu denken und für solche besondere Begünstigungen herauszuholen. Das ist das Übel, das ich zurückgedämmt sehen möchte. Diese Ablehnung der Gruppenanliegen beruht auf meiner Überzeugung, dass es unter wirtschafts- und auch staatspolitischen Gesichtspunkten für den Staat schlechterdings nicht möglich ist, nach einem punktierten Vorgehen da und dort etwas mehr oder etwas weniger an Gaben und Gnaden auszuteilen. Bei einem derartigen Verfahren kommen der Staat und insbesondere der Wirtschaftsminister in eine fast unhaltbare Situation. Denn wo sind die Maßstäbe, nach denen jemand zu sagen vermöchte: Dieser und nicht jener Zweig, diese Gruppe oder dieser Berufsstand soll vom Staat nach dieser Richtung hin bevorzugt werden, andere aber sollen oder müssen aus – ja, aus welchen Gründen eigentlich! – dagegen zurückstehen. Ein so gestaltetes Verhalten ist grundsätzlich falsch. (S. 141 WfA)

Dieses Berücksichtigen von Sonderinteressen, das Nachgeben gegenüber einzelnen Forderungen bestimmter Wirtschaftskreise verbietet sich auch wegen der Interdependenz allen wirtschaftlichen Geschehens. Jede einzelne Maßnahme in der Volkswirtschaft hat Fernwirkungen auch in Bereichen, die von den Aktionen gar nicht betroffen werden sollen, ja, von denen niemand bei flüchtiger Beobachtung glauben möchte, dass sie von den Ausstrahlungen berührt werden. (S. 143 WfA)

Wenn ich nicht in Kästchen denke, dann möchte ich damit zum Ausdruck bringen, dass es in diesen letzten Jahren eine stümperhafte Wirtschaftspolitik bedeutet hätte, wenn ich mich von dem Gedanken hätte leiten lassen, reihum jeder Gruppe, diesem oder jenem Berufsstand, diesem oder jenem Wirtschaftszweig besondere Begünstigungen zu gewähren, so dass im Turnus jeder einmal zum Zuge kommt. Nein – so geht es nicht! (S. 150 WfA)

2. MEHR WOHLSTAND DURCH WETTBEWERB

Das erfolgversprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstandes ist der Wettbewerb. Er allein führt dazu, den wirtschaftlichen Fortschritt allen Men-

schen, im besonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zugute kommen zu lassen, und alle Vorteile, die nicht unmittelbar aus höherer Leistung resultieren, zur Auflösung zu bringen. (S. 478 GafJ)

Mein steter Kampf um die Sicherung eines echten und freien Wettbewerbs dient in erster Linie dem Zwecke, jene in unserem Lande wohltätigen Kräfte nicht erlahmen zu lassen, die vorzüglich der deutschen Wirtschaft zu einer ständig fortschreitenden Produktivitätssteigerung verhelfen sollen. Wo kein Wettbewerb lebendig ist, tritt notwendig ein Stillstand ein, der schließlich zu einer allgemeinen Erstarrung führt. Jedermann verteidigt dann gerade das, was er besitzt, d. h. er ist nicht mehr auf die für das Gedeihen der Volkswirtschaft so bedeutsame ständige Steigerung seiner Leistungskraft bedacht. (S. 208 WfA)

Auf dem Wege über den Wettbewerb wird – im besten Sinne des Wortes – eine Sozialisierung des Fortschritts und des Gewinns bewirkt und dazu noch das persönliche Leistungsstreben wach gehalten. Immanenter Bestandteil der Überzeugung, auf solche Art den Wohlstand am besten mehren zu können, ist das Verlangen, allen arbeitenden Menschen nach Maßgabe der fortschreitenden Produktivität auch einen ständig wachsenden Lohn zukommen zu lassen. (S. 8 WfA)

Die Gefahr einer Beeinträchtigung des Wettbewerbs droht sozusagen ständig und von den verschiedensten Seiten her. Es ist darum eine der wichtigsten Aufgaben des auf einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung beruhenden Staates, die Erhaltung des freien Wettbewerbs sicherzustellen. Es bedeutet wirklich keine Übertreibung, wenn ich behaupte, dass ein auf Verbot gegründetes Kartellgesetz als das unentbehrliche „wirtschaftliche Grundgesetz“ zu gelten hat. Versagt der Staat auf diesem Felde, dann ist es auch bald um die „Soziale Marktwirtschaft“ geschehen. Dieses hier verkündete Prinzip zwingt dazu, keinem Staatsbürger die Macht einzuräumen, die individuelle Freiheit unterdrücken oder sie namens einer falsch verstandenen Freiheit einschränken zu dürfen. „Wohlstand für alle“ und „Wohlstand durch Wettbewerb“ gehören untrennbar zusammen; das erste Postulat kennzeichnet das Ziel, das zweite den Weg, der zu diesem Ziel führt. Diese wenigen Andeutungen zeigen bereits den fundamentalen Unterschied zwischen der Sozialen Marktwirtschaft und der liberalistischen Wirtschaft alter Prägung. Unternehmer, die unter Hinweis auf neuzeitliche wirtschaftliche Entwicklungstendenzen Kartelle fordern zu können glauben, stellen sich mit jenen Sozialdemokraten auf eine geistige Ebene, die aus der Automation auf die Notwendigkeit einer staatlichen Planwirtschaft schließen.
(S. 9 WfA)

88

Der Wettbewerb ist der Motor einer Marktwirtschaft, und das Steuerungsmittel der Marktwirtschaft ist der freie Preis. Diese Dynamik, dieses Fortschreiten, dieser Wille, sich in der Freiheit zu bewähren – das ist die Grundlage einer gesunden und stabilen und zugleich auch sozial ausgerichteten Volkswirtschaft. (S. 396 Gaff)

Wollen wir uns doch der Gemeinsamkeit unseres Schicksals bewusst bleiben! Ich weiß, dass Deutschland nur mit einer gesunden, leistungsstarken Industrie gedeihen kann. Ich weiß, dass diese Forderung nur dann und so lange gewährleistet ist, als freie Unternehmer das Schicksal der deutschen Betriebe leiten. Aber seien Sie sich auch bewusst, dass Sie die gesunde Grundlage nur so lange finden, als auch die Wirtschaftspolitik auf dem Grundsatz der Freiheit, auf dem Grundsatz des Wettbewerbs und der freien Preisbildung beruht! (S. 403 Gaff)

89

Wer den Wettbewerb als Ordnungselement der Wirtschaft anerkennt, kann dieses Prinzip nicht da und dort aus Opportunismus und Zweckmäßigkeit willkürlich ablehnen, heute bejahen und morgen verwerfen und dabei noch stolz wähnen, dass solche Richtungslosigkeit Wirklichkeitsnähe verrate. Die Tatsache, dass die Menschen im allgemeinen nicht reine Engel, aber auch nicht gerade reine Teufel sind, kann uns ja auch nicht dazu veranlassen, auf ethische Normen zu verzichten und die Charak-

terlosigkeit zum moralischen Imperativ zu erheben.
(S. 432 Gafj)

Die Wettbewerbswirtschaft aufrechtzuerhalten entspricht in jedweder Hinsicht einem sozialen Gebot: Wir können aus der eigenen Vergangenheit, aber auch mit dem Blick auf die Staaten jenseits des Eisernen Vorhangs lernen, dass in der Planwirtschaft und graduell verstärkt in der Zwangswirtschaft die Lohnquote am Sozialprodukt immer niedriger war und niedriger ist als in der Marktwirtschaft. Der Lohnanteil ist stets am allergeringsten in der staatlich gelenkten Kollektivwirtschaft, wie etwa gegenwärtig unter der Herrschaft des Bolschewismus. Es wäre auch durchaus merkwürdig, wenn dies anders wäre; denn der übersetzte bürokratische Apparat zehrt nicht nur zwangsläufig einen wesentlichen Anteil des Sozialproduktes auf, auch die Zusammensetzung des Sozialproduktes lässt erkennen, dass dieses gar nicht der Befriedigung menschlicher Wohlfahrt dienen soll.
(S. 209 WfA)

Durch den Wettbewerb wird die ökonomische und soziale Leistung nicht nur in jeder Volkswirtschaft, sondern auch in unserer Gemeinschaft gestärkt. Ein echter, freier, nicht verfälschter Wettbewerb dient auch der Erhaltung der Konjunktur, weil er die Unternehmer zwingt, durch Investitionen und andere unternehmerische Anstrengun-

gen und Tugenden auf der Höhe der Leistung zu bleiben.
(S. 773 Gafj)

Der Wettbewerb beseitigt Verzerrungen und überwindet Ungerechtigkeiten, er dient dem Fortschritt innerhalb der Gemeinschaft, und vor allem fördert er geräuschlos die notwendigen Anpassungen, bzw. bleibt durch ihn die notwendige Reagibilität der Wirtschaft erhalten. Demgegenüber muten Lenkungsmaßnahmen oder planwirtschaftliche Vorstellungen anderer Art geradezu primitiv an und sind im Kern zentralistisch. (S. 773 Gafj)

Wichtig scheint mir – um es noch einmal zu sagen – die Erkenntnis zu sein, dass man nur schlecht zwei Ordnungssysteme nebeneinander stellen kann. Man kann nicht auf der einen Seite Wettbewerb und auf der anderen Seite Planung, Planifikation oder Programmierung haben wollen. Sie können rechnerische Vorstellungen so sachte und so gelinde umschreiben, wie Sie nur wollen – im letzten Grunde passt das nicht zusammen, und das auch dann nicht, wenn die Planverbindlichkeit ausdrücklich ausgeschlossen sein soll. (S. 774 Gafj)

Denn nur, wer im Wettbewerb steht und wer auch unter dem harten Zwang eines weltweiten Wettbewerbs zu immer höherer Leistung angespornt wird, wer deshalb nicht ruhen und rasten darf, um sich in dieser Welt zu

behaupten, wird auch in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht gedeihen und bestehen können. Alles andere ist sentimentale Schwärmerei! (S. 805 Gafj)

Zu jenem Ordnungsrahmen gehört das Prinzip des Wettbewerbs. Er ist nicht lediglich als ein ökonomisch-technisches Organisationsprinzip des Marktgeschehens zu begreifen; Wettbewerbspolitik im weiteren Sinne dient der Durchsetzung gerechter Entscheidungen und verhindert die Erstarrung des Lebens in vorgefassten ideologischen Normen oder gesellschaftlichen Zuständen. Eine so verstandene Politik wird darum auch am besten dem gesellschaftspolitischen Wunsch und Willen gerecht, das Bewusstsein der Selbstverantwortlichkeit des Staatsbürgers zu stärken, aus der die Kraft fließt, sich durch Leistung bewähren zu wollen.

(S. 840 Gafj)

Das Wettbewerbsprinzip ist die Wurzel des sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstiegs überhaupt und besitzt darum Gültigkeit nicht etwa nur für die Schicht der Unternehmer, sondern für die Angehörigen aller Berufe. (S. 840 Gafj)

Nein, wenn und wo nicht ein vollständiger Wettbewerb besteht, wo immer Konkurrenz durch faktische oder rechtliche Maßnahmen unterbunden, unterdrückt oder

geschmälert wird, gibt es keine Freiheit – dort gibt es auch keine Gerechtigkeit. (S. 862 Gafj)

Der Wettbewerb ist also für Sie das tragende, das unentbehrliche Element, und alles, was wir tun, muss gerade in Ihrem ureigensten Interesse von der Absicht getragen sein, den Wettbewerb unter allen Umständen und mit aller Kraft zu erhalten. (S. 151 WfA)

Ich erblicke in der Entfaltung des Wettbewerbs die beste Gewähr sowohl für eine fortdauernde Leistungsverbesserung als auch für eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens bzw. des Sozialprodukts. Im Interesse einer wirklich ‚sozialen‘ Marktwirtschaft kann ich auf diesen Motor einer gesunden ökonomischen Entfaltung unmöglich verzichten (...) Die unternehmerische Plan- und Zwangswirtschaft erscheint mir um nichts weniger verwerflich und schädlich als die behördliche Zwangswirtschaft. (S. 162 WfA)

Bei aller Mannigfaltigkeit der Erscheinungen, der Aufgaben und Zielsetzungen und trotz der unendlich vielen Nuancierungen und Schattierungen in der praktischen Handhabung der Kartellpolitik kann doch nichts darüber hinwegtäuschen, dass alle Marktabreden, insbesondere auf dem Felde der Preise, in letzter Konsequenz eine irgendwie geartete Beschränkung

des Wettbewerbs zum Ziele haben (...). In meinen Augen bedeuten all diese Versuche eine Sünde wider den heiligen Geist des Lebens, dessen innerstes Wesen Wandlung, Bewegung und Entfaltung ist und sich deshalb den plumpen Mitteln der planwirtschaftlichen Regulierung und Stabilisierung versagt. (S. 162 WfA)

Die engen Beziehungen und Abhängigkeiten zwischen der politischen und wirtschaftlichen Verfassung lassen die gesetzliche Festlegung der wirtschaftlichen Grundrechte als besonders vordringlich und notwendig erscheinen. Das Ziel meiner Bemühungen geht also dahin, den Leistungswettbewerb als die treibende Kraft und den freien Preis als das Regulativ der Marktwirtschaft durch Gesetze fest zu verankern. Wer über diese Prinzipien hinweggehen oder sie auch nur gering achten wollte, der unterminiert die Marktwirtschaft und sprengt die Fundamente, auf denen unsere gesellschaftswirtschaftliche Ordnung steht. (S. 174 WfA)

Es hatte also schon seinen guten Grund, wenn ich in den vergangenen Jahren mit einer an Sturheit grenzenden Härte das marktwirtschaftliche Prinzip vertreten habe. Gleichwohl bin ich mir dabei natürlich im Klaren, dass das Denkmodell eines reinen Wettbewerbs an dieser oder jener Stelle keine volle Gültigkeit besitzt. Leider ist dieses Prinzip auch sonst allenthalben angeht worden. Trotz-

dem sollten wir es als ein Glück empfinden, dass wir wieder über eine in sich geschlossene Vorstellung verfügen, auf Grund derer wir endlich wieder zu einem wirtschaftlichen Ordnungsdenken zurückfinden und davon abgehen konnten, einfach in den Tag und in die Welt hinein zu leben. (S. 177 WfA)

Es scheint heute allenthalben eine gewisse Scheu vor dem Wettbewerb vorzuherrschen, der notwendigerweise mit der Schaffung von größeren Markteinheiten verbunden ist bzw. durch sie ausgelöst wird. Man wähnt, dass die Bedingungen für einen freien Wettbewerb bei einer derartigen Integration zu ungleich wären, als dass dieses Ordnungsprinzip der Marktwirtschaft gesetzt werden dürfte. Man sollte daher – so meinen manche Wirtschaftskonstrukteure – zuerst einmal alle diese Unterschiedlichkeiten ausgleichen bzw. sie alle auf ein gleiches Niveau bringen, ehe man den freien Wettbewerb eröffnet. Solche Versuche könnten zwar in engen Grenzen zu einem bescheidenen Erfolg führen; es ist aber völlig illusionistisch, anzunehmen, dass man in dieser Welt, d. h. in einer konkurrierenden, in Wettbewerb stehenden Welt, in Bezug auf die einzelnen Kostenfaktoren gleiche Startbedingungen herbeiführen könnte. Dieses Ziel auch nur anstreben zu wollen, müsste einen Dirigismus und Dilettantismus sondergleichen auslösen, der von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt wäre. (S. 286 f. WfA)

3. ABSAGE AN KARTELLE UND MONOPOLE

Angelpunkt dieser Kartellauffassung ist meine Überzeugung, dass nur über den freien Wettbewerb die Kräfte lebendig werden, die dahin wirken, dass jeder wirtschaftliche Fortschritt und jede Verbesserung in der Arbeitsweise sich nicht in höheren Gewinnen, Renten oder Pfründen niederschlagen, sondern dass alle diese Erfolge an den Konsumenten weitergegeben werden. Das ist der soziale Sinn der Marktwirtschaft, dass jeder wirtschaftliche Erfolg, wo immer er entsteht, dass jeder Vorteil aus der Rationalisierung, jede Verbesserung der Arbeitsleistung dem Wohle des ganzen Volkes nutzbar gemacht wird und einer besseren Befriedigung des Konsums dient. Die Marktwirtschaft ist deshalb von dem System des freien Wettbewerbs nicht zu trennen; sie kann darum auch nicht auf die Funktion des freien Preises verzichten. Wer die Funktion des freien Preises ausschalten will – gleichgültig, ob das nun durch staatliche Stellen oder durch unternehmerische Organisationen wie durch Kartelle erfolgt –, ertötet damit den Wettbewerb und lässt die Wirtschaft erstarren.

(S. 169 WfA)

Ich bin auch deshalb ein grundsätzlicher Gegner von Kartellen, weil eine echte und ehrlich gemeinte soziale Marktwirtschaft – wobei deshalb der Akzent bewusst auf das Wort „sozial“ gelegt wird – nur dann gewährleistet sein kann, wenn durch den freien Wettbewerb die bessere Leistung den Vorrang vor der schlechteren erhält, und auf diese Weise über den Wettbewerb eine optimale Bedarfsversorgung nach Quantität, Qualität und Preiswürdigkeit erreicht wird. Gleichzeitig stellt dieses Prinzip sicher, dass der höheren Leistung ein höherer Gewinn zuteil wird, und dass der unter sozialem Aspekt wertvollere Unternehmer größere Sicherheit und neue Chancen gewinnt. (S. 174 WfA)

Nein, ich vermag in Kartellen beim besten Willen nichts Positives, sondern vor allem bei einer volkswirtschaftlichen Wertung immer nur etwas Negatives zu erblicken. Wie oft habe ich es in den letzten Jahren erlebt, dass Leute zu mir gekommen sind – ein Industriezweig nach dem anderen –, die da beteuerten, dass, falls sie keine Möglichkeit erhalten, Preisvereinbarungen zu treffen, sie mit Sicherheit zusammenbrechen müssten. Ich habe diese Möglichkeit nicht eröffnet, aber es haben sich auch nicht die vorausgesagten Zusammenbrüche ereignet.

(S. 175 WfA)

Es ist begrifflich eine Illusion, eine bare Unmöglichkeit,

durch ein Kartell einen volkswirtschaftlich „richtigen“ Preis bilden zu wollen. Man soll doch endlich einmal meine Grundkonzeption widerlegen: in einem freien Markt, in dem freie Unternehmer nach ihren freien Entscheidungen und auf eigenes Wagnis hin produzieren, kann es keinen festen, keinen kartellmäßig gebundenen Preis geben, weil sonst der qualitative und quantitative Ausgleich des differenzierten Angebots der Produzenten und der noch vielfältigeren Nachfrage der Millionen Verbraucher logisch unmöglich wird. Die Wirtschaft müsste dabei völlig blind werden, der Unternehmer könnte nicht länger marktgerechte Dispositionen treffen, wenn ihm nicht mehr über den reagiblen Preis angezeigt wird, wo, wann und was zuviel oder auch zuwenig produziert wurde. Der Ausgleich von Angebot und Nachfrage kann nicht mehr Platz greifen, wenn die Wirtschaft über Kartelle erstarrt. (S. 179 WfA)

Aus kartellmäßigen Bindungen erwächst zuerst einmal die große Gefahr, dass diejenigen Wirtschaftszweige, die einen unabweisbaren Bedarf zu decken haben, tatsächlich mehr Kaufkraft abschöpfen können, als ihnen in einem freien Markte zufließen würde. Aber der Vorteil für diese Privilegierten muss sich dann folgerichtig als ein schwerer Nachteil für jene anderen auswirken, deren Erzeugnissen dann nur noch ein entsprechend geringeres Kaufkraftvolumen gegenüberstehen kann. (S. 183 WfA)

Der Unternehmer kann zu der moralischen Unterbauung seiner Position nichts Besseres tun, als sichtbar bereit zu sein, das Risiko in seiner ganzen Konsequenz zu tragen und nicht in Kartelle zu flüchten, nicht im Kollektiv Schutz zu suchen. Es ist ein mehr als gefährlicher Weg, wenn der Unternehmer aus der persönlichen in die kollektive Verantwortung strebt. Ebenso wenig kann man die Kartelle sozialpolitisch damit rechtfertigen, dass sie etwa den Schutz des Unternehmens und die Sicherung von Arbeitsplätzen bezweckten, und aus diesem Grunde die Arbeiterschaft ein Interesse an dieser Ordnung haben müsste. Dieser Einwand ist für jeden, der die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge auch nur einigermaßen zu beurteilen vermag, unhaltbar. Was durch Kartelle künstlich geschützt und gesichert werden kann, das sind im günstigsten Falle unergiebig, unproduktive Arbeitsplätze mit der daraus resultierenden Gefahr, dass die ganze Volkswirtschaft in einem Leistungsrückstand verharret, der in einer im internationalen Wettbewerb stehenden Welt auf die Dauer geradezu verhängnisvoll werden muss (...). (S. 185 WfA)

In keiner Zeit der deutschen Wirtschaftsgeschichte hat es denn auch so viele Arbeitslose gegeben als in jener Phase, da das Kartellwesen am üppigsten blühte. Immer aber müssen Kartelle mit einem geringeren Lebensstandard bezahlt werden. (S. 186 f. WfA)

Das Bemerkenswerteste, was man sich in letzter Zeit geleistet hat, war die Behauptung, Kartelle dienten dem Wohle und dem Schutze des Mittelstandes. Das ist, freundlich kommentiert, eines der typischen modernen Märchen, das auch nicht einen Funken an Wahrheitsgehalt in sich birgt. Es ist nämlich in jedem Markte genauso viel Kaufkraft vorhanden, als dort Güter zum Verbrauch bereitstehen. Das bedeutet aber, dass alle Anbieter von Gütern und Dienstleistungen um eine vorgegebene Kaufkraftmenge ringen. (...) Wir wissen ganz genau, dass nicht alle Zweige unserer Wirtschaft im gleichen Maße kartellfähig und auch nicht im gleichen Grade kartellwürdig sind. (S. 186 WfA)

100 Ein Kartell wird ja immer nur dann jemand wünschen, wenn er glaubt, durch die Teilnahme am Kartell mehr Sicherheit, einen höheren Ertrag oder bessere Kostendeckung zu finden, als er außerhalb des Kartells für sich erreichen kann. Das bedeutet aber: Diejenigen, die Kartelle wollen und durchsetzen können, befinden sich in einer besseren und besonderen Marktposition. Ihr Ziel ist, von der vorhandenen Kaufkraftmenge einen größeren Teil für sich, d. h. für ihr Produkt zu binden, als ihnen in einem freien Markt zukäme. Dies aber hat zur selbstverständlichen Konsequenz, dass das Mehr an Kaufkraft, das bestimmte Gruppen für sich in Anspruch nehmen, an anderer Stelle der Volkswirtschaft fehlen muss. Und

sie fehlt genau dort, wo die mittelständischen Existenzen mit Hunderttausenden von kleinen und mittleren Unternehmen am Werk sind. (S. 187 f. WfA)

Jede Monopolstellung birgt in sich die Gefahr der Übervorteilung des Konsumenten und lässt zudem den wirtschaftlichen Fortschritt erstarren. Die negativen Auswirkungen der Monopolisierungstendenzen mussten um so stärker in Erscheinung treten, je kleiner die Volkswirtschaften waren, und je mehr diese sich durch protektionistische Maßnahmen vom freien Weltmarkt absperren bzw. im Schutze dieser Abspernung privatwirtschaftliche Monopolstellungen durch wirtschaftspolitische Maßnahmen sogar bewusst gefördert wurden. (S. 168 f. WfA)

101

4. ORDNUNG IN FREIHEIT

Wo immer wir hinblicken, wird es sinnfällig, dass die Freiheit ein unendlich viel besseres und wirksameres Element der Ordnung verkörpert, als es der Zwang mit all seinen Organisationskünsten je sein kann. (S. 317 Gafj)

Freiheit und Verantwortung sind unteilbar, und das heißt auch: „Freiheit und Ordnung“ sind unteilbar, denn Freiheit ohne Ordnung droht immer im Chaotischen zu

entarten, während Ordnung ohne Freiheit im brutalen Zwang zu ersticken droht. Deshalb gilt es, die Synthese zu finden zwischen Ordnung und Freiheit.

(S. 644 Gafj)

Es sind die Menschen, ihr Wille und ihre Fähigkeit zu arbeiten, geistige und wirtschaftliche Leistungen zu vollbringen. Dieses Potential erwächst aus der Dynamik einer freiheitlichen Ordnung. Vor allem aber beruht es auf einem modernen Gesellschaftsgefüge, das die Grundlagen bildet für alle in die Zukunft gerichteten kulturellen, wissenschaftlichen, wirtschaftlich-technischen und sozialen Anstrengungen. (S. 944 Gafj)

102 Der Freiheit, der wir durch den Übergang zur Marktwirtschaft im deutschen Leben wieder Geltung verschafft haben, muss selbstverständlich mehr und mehr auch die Freiheit nach außen entsprechen. Es zeigt sich schon jetzt ganz deutlich, dass wir mit der Marktwirtschaft endlich in die Lage versetzt werden, die Grenzen unserer Leistungskraft auch nach außen nicht nur durch Klagen, sondern endlich durch eine nüchterne, reale Rechnung unter Beweis zu stellen. (S. 147 Gafj)

Freiheit herrscht nur dort, wo die Macht, Freiheit zu unterdrücken, nicht missbraucht wird, sondern wo sie, in den Sitten- und Rechtskodex eines Volkes eingebaut,

zum allgemein verpflichtenden Gebot, zum höchsten Wert der Gemeinschaft selbst wird. (S. 162 WfA)

Es ist eine fast tragische Erkenntnis, glauben zu müssen, dass wir innerlich bereits derart verkrampt sind, Ordnung nur noch in der Vorstellung der „Organisation“ begreifen zu können. Wir haben den Sinn für echte Ordnung verloren, die gerade dort am stärksten ist und dort am reinsten obwaltet, wo sie als solche überhaupt nicht bemerkt und verzeichnet wird. (S. 291 WfA)

Nach meiner Auffassung steckt die Welt voll unermesslicher Chancen, wenn wir sie nur zu nutzen verstehen würden. Der Segen ist kaum auszudenken, der aus einer freien weltwirtschaftlichen Politik erwachsen könnte. Den kühnen Aspekten von morgen muss aber die zunächst noch harte Wirklichkeit von heute entgegengehalten werden. (S. 283 WfA)

Für mich ist die Freiheit ein Ganzes und Unteilbares. In meinem Blickfeld stellen politische Freiheit, wirtschaftliche und menschliche Freiheit eine komplexe Einheit dar. Es ist nicht möglich, hier einen Teil herauszureißen, ohne nicht das Gesamte zusammenstürzen zu lassen. (...) Dieses Wissen um die Unteilbarkeit der Freiheit musste jedem Politiker, der sich um das Wohl der Allgemeinheit bemüht, nach den Jahren der politischen Unfreiheit die

Verpflichtung bewusst sein lassen, endlich den Menschen wieder Freiheit zu gewähren. Dieses Verantwortungsgefühl bewog mich, sofort nach meiner Amtsübernahme mit dem ganzen Spuk aufzuräumen, der die Wirtschaft und den wirtschaftenden Menschen von Staats wegen zu gängeln versuchte. Damit habe ich für meinen Ressortbereich die Grundvoraussetzung einer echten demokratischen Ordnung geschaffen; ich habe der Freiheit zum Durchbruch verholfen. (S. 170 WfA)

Jedermann weiß seit dieser Zeit, dass ich meine Wirtschaftspolitik auf den Grundsatz der Freiheit und Freizügigkeit gestellt habe, weil eine wirklich organische und harmonische Ordnung nur in einem durch freien Leistungswettbewerb und freie Preisbildung gesteuerten freien Markt zu gewährleisten ist. (S. 170 WfA)

Eine gesunde Wirtschaft, die wirklich die Freizügigkeit des Menschen wahrt und die nicht schon in den Anfängen wieder den Keim neuer Störungen und neuen Unglücks legen soll, kann auf das Medium der freien Preisbildung unmöglich verzichten. (S. 189 GafJ)

Freiheit, die sozialökonomisch oder politisch nicht in ein umfassendes Ordnungssystem eingespannt und damit gebändigt ist, oder auch Freiheit, die um keine moralische Bindung weiß, wird immer im Chaotischen entar-

ten, während – umgekehrt – Menschen, die um den Wert und Sinn der Freiheit wissen, vor der Verantwortung erschrecken, die ihnen damit aufgebürdet ist; sie sind darum auch vor der Versuchung des Missbrauchs gefeit. (S. 518 GafJ)

Jede freiheitliche Ordnung muss davon ausgehen, dass die Freiheit ein Ganzes und Unteilbares ist, bei der sich zur politischen, religiösen, wirtschaftlichen und geistigen Freiheit die ursprünglich menschliche Freiheit in allen Lebensbereichen gesellen muss. (S. 623 GafJ)

Die marktwirtschaftliche Ordnung, die dem Einzelnen das Recht auf freie wirtschaftliche Betätigung einräumt und die dezentralen Wirtschaftspläne der Einzelnen über Märkte und Preise koordiniert, ist die Verwirklichung des Gedankens der politischen und demokratischen Freiheit im Bereich der Ökonomie. Jeder staatliche Dirigismus und jede korporative Lenkung der Wirtschaft bedeutet im letzten eine Einschränkung der in den westlichen Demokratien verfassungsmäßig garantierten menschlichen Grundfreiheiten und eine Aushöhlung des Rechtes auf freie Entfaltung der Einzelpersönlichkeit. (S. 1016 GafJ)

Ich habe zu wiederholten Malen betont, dass ich die persönliche Freiheit für unteilbar halte. Aus solcher Gesinnung heraus bin ich 1948 darangegangen, alle wirt-

schaftlichen Unfreiheiten systematisch abzubauen und deshalb muss ich, ebenso wie ich meinen Teil zur Befreiung des deutschen Menschen beigetragen habe, einen entsprechenden Beitrag auch für die übrigen Lebensbereiche verlangen. (S. 245 f. WfA)

Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung kann auf die Dauer nur dann bestehen, wenn und solange auch im sozialen Leben der Nation ein Höchstmaß an Freiheit, an privater Initiative und Selbstvorsorge gewährleistet ist. Wenn dagegen die Bemühungen der Sozialpolitik darauf abzielen, dem Menschen schon von der Stunde seiner Geburt an volle Sicherheit gegen alle Widrigkeiten des Lebens zu gewährleisten, d. h. ihn in einer absoluten Weise gegen die Wechselfälle des Lebens abschirmen zu wollen, dann kann man von solchen Menschen einfach nicht mehr verlangen, dass sie das Maß an Kraft, Leistung, Initiative und anderen besten menschlichen Werten entfalten, das für das Leben und die Zukunft der Nation schicksalhaft ist und darüber hinaus die Voraussetzung einer auf die Initiative der Persönlichkeit begründeten „Sozialen Marktwirtschaft“ bietet. (S. 246 WfA)

Konsumfreiheit und die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung müssen in dem Bewusstsein jedes Staatsbürgers als unantastbare Grundrechte empfunden werden. Gegen sie zu verstoßen, sollte als ein Attentat auf unsere

Gesellschaftsordnung geahndet werden. Demokratie und freie Wirtschaft gehören logisch ebenso zusammen wie Diktatur und Staatswirtschaft. (S. 14 WfA)

Freiheit und Glück des deutschen Menschen stehen und fallen mit der Freiheit der Marktwirtschaft, und nur in der von Machtpositionen freien Wirtschaft verwirklicht sich die Forderung nach deren sozialer Fundierung und Ausrichtung. (S. 223 GafJ)

Es gibt meiner Ansicht nach keine würdigere Haltung als die, zu den höchsten Anstrengungen bereit zu sein, um das zu schützen, was uns das Leben bedeutet, nämlich die Freiheit! (S. 333 GafJ)

Wer den Begriff der Freiheit im Munde führt, der muss sie auch ehrlich wollen. Die Freiheit ist etwas Ganzes und Unteilbares und darf nicht nach Zweckmäßigkeitsgründen verteidigt oder verworfen werden. (S. 352 GafJ)

Die Freiheit ist ein so kostbares Gut, dass sie täglich neu verteidigt und täglich neu gewonnen werden muss. (S. 643 GafJ)

Ich behaupte, dass gerade die Menschen, die sich des Wertes und des Segens der Freiheit in besonderem Maße bewusst sind, manchmal fast davor erschrecken, welche

Verantwortung ihnen die Freiheit aufbürdet.
(S. 643 f. GafJ)

Der Einzelne mag vor seinem Gewissen wohl noch das Gefühl der Freiheit bewahren, aber er zerbricht in sich selbst und mit seiner Umwelt, wenn die Freiheit geteilt ist zwischen dem, was der Einzelne in seiner Brust erlebt und was er an Ordnungsvorstellungen und Ordnungsformen um sich vorfindet. (S. 678 GafJ)

Die Freiheit hat ihren Preis; sie wird uns nicht geschenkt. Wo nicht das Pflichtgefühl, der Sinn für Rechtschaffenheit, für Wahrhaftigkeit, für Menschlichkeit lebendig sind, da wird und muss die Freiheit zwangsläufig entarten. (S. 678 GafJ)

Wo die Freiheit und die freie Entscheidung, der freie Wille ohne Rücksicht auf die Freiheitssphäre des Nachbarn mit Gewalt ertrotzt werden will, dort sind die Grundlagen der Freiheit schon in ihrem Fundament erschüttert. (S. 678 GafJ)

Man kann nicht politische Sklaverei und wirtschaftliche Freiheit zur gleichen Zeit haben. Die Freiheit ist unteilbar. (S. 784 GafJ)

Die Freiheit ist ein so hoher und absoluter Wert, dass

sich ein Volk selbst preisgibt, wenn es auf sie verzichtet.
(S. 816 GafJ)

Ich habe in meinem Leben immer wieder die Erfahrung gemacht, dass sich die Freiheit und vor allem der Mut zur Freiheit immer gelohnt haben. Alles, was wir unter diesem Aspekt begonnen haben, hat sich hin zum Guten gewandelt, – überall dort aber, wo uns der Mut zur Freiheit fehlte, sind die Dinge im Unheil steckengeblieben. (S. 304 WfA)

In einem freien Markt können sich hingegen krisenhafte Verzerrungen nur sehr viel schwerer herausbilden, weil eben der freie Preis in sehr reagibler Weise Schwankungen und Wandlungen des Marktes aufzeigt, und dann über den Wettbewerb sofort die Kräfte lebendig werden, die zu einer Angleichung und zum Ausgleich drängen. In einer freien Marktwirtschaft werden dennoch auftretende Spannungen in viel organischerer Weise über die sich aus der Dynamik entzündende Mengenkonjunktur geheilt werden. Das ist aber auch für die Wirtschaft und selbst für das einzelne Unternehmen der allein erfolgreiche und befreiende Weg. Wenn dann selbst im Verlauf dieses Prozesses einmal auf Gewinne verzichtet werden muss oder gar Verluste entstehen, so hat es sich doch immer wieder erwiesen, dass eine freie Unternehmungswirtschaft ein fast unglaubliches Maß an Anpassungsfähigkeit besitzt,

und dass es gerade dieses „Sich-bewähren-Müssen“ im Markte ist, welches den wirtschaftlichen Fortschritt verbürgt und die Vorteile der höheren Leistungskraft immer auch dem Verbraucher, d. h. dem Volke in seiner Gesamtheit zugute kommen lässt. Aus diesem Funktionszusammenhang darf sich unsere Politik mit vollem Recht das Prädikat „soziale Marktwirtschaft“ zulegen.

(S. 184 f. WfA)

5. LEISTUNG UND VIELFALT IHREN RAUM GEBEN

¹¹⁰ Soweit und solange sich Tatkraft und persönliche Initiative in erhöhter oder verbesserter Leistung auszuwirken trachten, werde ich solchen Kräften mit Freuden Raum geben; wenn freie Wirtschaft aber dahin missverstanden wird, sich Vorteile erlisten oder erschleichen zu wollen, so werden mich solche Elemente zum unversöhnlichen Gegner haben. Freier Wettbewerb als Ansporn und als Maßstab der Leistung setzt einen freien Markt mit freier Preisbildung voraus. (S. 57 GafJ)

Ich bin mir bewusst, dass die Funktionsfähigkeit der freien Marktwirtschaft und die mit ihr angestrebten sozialen Ziele erst dann voll gewährleistet sind, wenn die Si-

cherung des Leistungswettbewerbs gegenüber jedweden Interessenstandpunkten ihre gesetzliche Verankerung erfährt. Nur auf diese Weise wird durch die Ausschaltung von Differential- und Monopolgewinnen, von wirtschaftlichen Machtpositionen und gesellschaftlichen Privilegien eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens und des Sozialprodukts sichergestellt. Nur auf diese Weise kann eine optimale Gestaltung der Realkaufkraft der breiten Massen unseres Volkes und damit ein gesicherter Absatz und eine reibungslose Produktion erreicht werden.

(S. 212 f. GafJ)

Wir lehnen den Wohlfahrtsstaat sozialistischer Prägung und die allgemeine kollektivistische Staatsbürgerversorgung nicht nur deshalb ab, weil diese anscheinend so wohlmeinende Bevormundung Abhängigkeiten schafft, die zuletzt nur Untertanen züchtet, die freie staatsbürgerliche Gesinnung aber abtöten muss, sondern auch darum, weil diese Art von Selbstentäußerung, d.h. die Preisgabe menschlicher Verantwortung, mit der Lähmung des individuellen Leistungswillens zu einem Absinken der volkswirtschaftlichen Leistung im Ganzen führen muss.

(S. 494 GafJ)

Wenn und wo die Funktion des Marktes durch das Walten der Funktionäre und der Wettbewerb durch eine Lenkungsbürokratie ersetzt wird, ist es mit der Leistungsver-

besserung und dem Fortschritt vorbei; dann ist es aber auch um die soziale Wohlfahrt und den menschlichen Wohlstand geschehen. (S. 494 GafJ)

Das wesentliche Ordnungsprinzip, dessen Anwendung sowohl stimulierende als auch sozial ausgleichende Wirkung hat, ist in einer freiheitlichen Wirtschaft der Leistungswettbewerb. Er bietet die Garantie dafür, dass Vertragsfreiheit und Privateigentum nicht zur bewussten Einschränkung der wirtschaftlichen Freiheit des anderen missbraucht werden können. Ein funktionsfähiger Leistungswettbewerb, bei dem nicht das Faustrecht des Stärkeren, sondern die bessere ökonomische Leistungsfähigkeit entscheidet, muss deshalb auch in der freiheitlichen Wirtschaftsordnung durch staatliche Autorität gesichert werden, denn die Marktwirtschaft ist nur insoweit politisch, sozial, moralisch und wirtschaftlich zu vertreten, als sie eine wirkliche Wettbewerbsordnung ist. Sie verliert ihre wirtschaftsordnende und freiheitssichernde Kraft, sofern und soweit der Wettbewerb ausgeschaltet wird. (S. 1016 f. GafJ)

Wenn sich private Initiative auch im Leistungswettbewerb bewähren soll, dann darf sie vor allem nicht politisch oder gar parteipolitisch behindert werden. Das sollte jedenfalls unstrittig sein, dass der private Lebensbereich im Rahmen unserer gesetzlich fundierten Ordnung von staatlicher Bevormundung frei sein muss. (S. 1045 GafJ)

Die Bewahrung des privaten Lebensraumes betrifft also – wie erwähnt – nicht etwa nur die gewerbliche Wirtschaft im unternehmerischen Bereich. Vielmehr ist jeder einzelne Wirtschaftsbürger angesprochen, der sich das Recht und die Freiheit vorbehalten will, sein persönliches und individuelles Leben nach eigener Vorstellung zu gestalten. (S. 1045 GafJ)

Der Zug zu immer stärkerer Gleichmacherei tritt trotz unleugbarer menschlicher Differenziertheit als gesellschaftliche Zielsetzung immer mehr in den Vordergrund. Aber da wir bekanntlich nicht alle Engel sind oder nur Ideale leben, müsste diese Methode auf die Dauer auch zu einer Einebnung der Leistung führen und unsere Kraft schwächen, den viel genannten Anforderungen unserer Zeit – man denke nur an die Fülle der ja tatsächlich immer dringlicher werdenden Gemeinschaftsaufgaben – Genüge tun zu können. (S. 1047 GafJ)

Es ist keine politische Ordnung denkbar, die, so sehr sie auch immer den Anspruch auf Gerechtigkeit erheben mag, etwa Geld oder Kapital zaubern, die Menschen satt machen oder ihnen menschenwürdige Lebensbedingungen schenken könnte. Auch der notwendige Aufwand für die Ableistung öffentlicher Dienste bleibt ungedeckt, wenn es nicht gelingt, die Leistungskraft der jeweiligen Volkswirtschaften zu verbessern und zu festigen: Aber

dies hängt – unter anderem – in fast allen Staaten wiederum davon ab, wie weit das individuelle Interessen des Bürgers an dem Ergebnis seines Tuns, seiner Arbeit und seiner Lebensgestaltung geweckt werden kann. Der Einzelne muss wissen und die Gewähr haben, dass ein Mehr an Leistung auch ihm persönlich und seiner Familie zugute kommt.

(S. 1061 Gafj)

Es ist allgemein bekannt, dass ich die Handwerksordnung bejaht habe. Ich habe aber in den Folgejahren, d. h. nach ihrer Verabschiedung, immer wieder gegen Bestrebungen ankämpfen müssen, die darauf abzielten, diese Sonderregelungen in wirtschaftlichen Bereichen, in denen materiell und soziologisch ganz andere Bedingungen und Voraussetzungen herrschen, nachahmen zu wollen. Manchmal habe ich dabei den Eindruck gewonnen, dass wir uns auf dem besten Wege befinden, wieder ein Ständestaat mit zünftlerischer Ordnung zu werden. Niemand darf es mir verargen, wenn ich mich gegen derartige Tendenzen mit aller Entschiedenheit zur Wehr setze. Diesen Weg zu gehen, wäre für Westdeutschland geradezu verhängnisvoll. Was uns in der Welt Geltung verschafft hat, ist doch gerade die Dynamik, die wir entfacht haben, der Expansionswille, der Mut zum Leistungswettbewerb und zur Eigenverantwortung des tätigen Menschen schlechthin. (S. 143 f. WfA)

Sizilien liegt nicht an der Ruhr. Diese kritische Anmerkung gilt natürlich auch gegenüber solchen Vorstellungen, die ebenso abwegige Gedanken unter einem anderen Motto, dem der „Harmonisierung“, verfolgen und unter dieser Flagge eine Gleichmacherei aller ökonomischen Verhältnisse betreiben wollen. Ich übertreibe nicht, wenn ich berichte, dass man dabei an die Löhne, die Sozialleistungen, die Urlaubsregelung, an die Bezahlung der Überstunden denkt. Ist man aber bereit, die These der sozialen Harmonisierung anzuerkennen, dann gibt es logisch keine Grenze, und mit gleicher Berechtigung könnte dann die Forderung auf Einbeziehung der Energie- und Transportkosten oder der Steuern erhoben werden. Wollte man den Versuch unternehmen, alle betriebswirtschaftlichen Kostenelemente von Land zu Land und über einen größeren Bereich von Ländern hinaus so zu harmonisieren, d. h. auszugleichen, dass der Wettbewerb keine „störenden“ Wirkungen zeitigen kann, bedeutet dies nicht Integration, sondern eine Desintegration auf schlimmsten Ausmaßes. (S. 286 f. WfA)

Selbst wenn durch künstliche Manipulationen an einem bestimmten Stichtag gleiche Startbedingungen gesetzt werden könnten, würden am Tage danach schon wieder Veränderungen Platz greifen, weil die Vorstellungen und das Verhalten der Menschen und auch der Völker hinsichtlich ihres Sparen-und-Verbrauchen-Wollens, des

Leistungsstrebens, ihres Fleißes u. ä. m. auch in einem gemeinsamen Markt niemals auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können. Jene Forderung beruht also auf einer völlig illusionären Verkennung ökonomischer Gesetze und Tatbestände, aber sie charakterisiert zugleich eine geistige Haltung, die sich in einem integrierten Europa unter keinen Umständen durchsetzen darf, wenn nicht menschliche Initiative und schöpferische Kraft, ja das Leben selbst, erstickt werden sollen. Es ist also eine Illusion, die hinter diesen Vorstellungen steht, der Wahn, zu glauben, man könnte die natürlichen Gegebenheiten korrigieren und die strukturellen Bedingungen von Land zu Land mit künstlichen Mitteln so weit ausgleichen, dass jedes Land in jedem Bereich mit gleichen Kosten arbeitet. Ich halte dies – von der Unmöglichkeit, dass man dieses fragwürdige Ziel jemals wird erreichen können, einmal abgesehen – auch in keiner Weise für erstrebenswert. (S. 288 WfA)

116

Das ist doch gerade der Witz, dass alle Länder unter verschiedenen Bedingungen arbeiten, dass bei dem einen die Gunst auf dieser, bei dem andern auf jener Seite liegt, dass der eine da und jener dort leistungsfähiger ist. Gerade hieraus erwächst ja die Notwendigkeit der gegenseitigen Ergänzung und die Fruchtbarkeit eines solchen Bemühens. Wer dieser Harmonisierungstheorie folgt, darf nicht der Frage ausweichen, wer die Opfer bringen und

womit die Zeche bezahlt werden soll. In der praktischen Konsequenz muss ein solcher Wahn naturnotwendig zur Begründung sogenannter „Töpfchen“ führen, d. h. von Fonds, aus denen alle diejenigen, die im Nachteil sind oder es zu sein glauben, entweder entschädigt oder künstlich hochgepöppelt werden. Das aber sind Prinzipien, die mit einer Marktwirtschaft nicht in Einklang stehen. Hier wird nicht die Leistung prämiert, sondern das Gegenteil getan, es wird der Leistungsschwächere – aus welchen Gründen auch immer – subventioniert. Das scheint mir nicht das Prinzip zu sein, welches geeignet ist, echten Fortschritt zu bringen, jenen schnellen Fortschritt, den wir in Europa so notwendig brauchen. So lässt sich auch nicht das Ziel erreichen, die Lebensmöglichkeiten unseres Volkes und diejenigen aller europäischen Völker zu verbessern. Gegenüber diesen Theorien habe ich zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, dass ich jene „Sozialromantik“, die hier zum Ausdruck kommt, für außerordentlich gefährlich halte. (S. 289 f. WfA)

117

6. SUBSIDIARITÄT FÖRDERN

Wirtschaftliche Freiheit und totaler Versicherungszwang vertragen sich nicht. Daher ist es notwendig, dass das Subsidiaritätsprinzip als eines der wichtigsten Ordnungs-

prinzipien für die soziale Sicherung anerkannt und der Selbsthilfe und Eigenverantwortung soweit wie möglich der Vorrang eingeräumt wird. Der staatliche Zwangsschutz hat demnach dort haltzumachen, wo der Einzelne und seine Familie noch in der Lage sind, selbstverantwortlich und individuell Vorsorge zu treffen. Dies trifft bei den in abhängiger Arbeit Beschäftigten zumindest für diejenigen Angestellten zu, die ein höheres Einkommen beziehen und damit eine verantwortliche Position in der Wirtschaft oder Verwaltung einnehmen. (S. 463 GafJ)

Die Möglichkeit privater Wohlstandsbildung wird auch nicht verstärkt, sondern geschwächt, wenn mit dem zunehmenden Eindringen des Staates in die Wirtschaft der wirtschaftende Mensch selbst in seiner Betätigungs- und Entfaltungsmöglichkeit immer stärker eingeschränkt und eingeengt wird. (S. 500 GafJ)

So sehr die Solidarität zu loben ist, jeden Menschen vor Not und Elend bewahrt zu wissen, so notwendig bleibt es doch auch, neben die Solidarität das Gebot der Subsidiarität zu stellen. In einer menschlichen Gesellschaft folgen die mit Geist, Seele und Gewissen ausgestatteten Staatsbürger eben nicht den naturgesetzlichen Regeln eines Termitenstaates. Aber deshalb müssen menschliche Ordnungen der Freiheit und der Individualität möglichst breiten Raum gönnen. (S. 1047 GafJ)

7. EIGENVERANTWORTUNG STÄRKEN

Je mehr wir es dahin bringen, dass sich die Menschen als Individuen fühlen und sich gerade in der persönlichen Freiheit ihrer Kraft und Würde bewusst werden, umso besser und wohltätiger wird die gesamte gesellschaftliche Ordnung sein. Diese wird von viel höherer sittlicher Qualität sein als eine Gesellschaft, die immer neuer Organisationen und Institutionen bedarf, um das Chaos einer aus ihren inneren Zusammenhängen gerissenen Wirtschaft zu bändigen. (S. 301 WfA)

Ich bin gewiss für Leben und Bewegung, aber was im Zeichen einer (völlig missverstandenen) Dynamik an immer neuen Forderungen (...) versucht wird, kann nur allzu leicht mit einem Katzenjammer enden. Die Ansprüche an den Staat wachsen in dem gleichen Maße, wie das Gefühl für Eigenverantwortung verkümmert und schließlich erstickt. (S. 638 GafJ)

Der staatliche Zwangsschutz hat (...) dort Halt zumachen, wo der Einzelne und seine Familie noch in der Lage sind, selbstverantwortlich und individuell Vorsorge zu treffen. (Ludwig Erhard. Deutsche Wirtschaftspolitik. Econ-Neuaufgabe 1992, S. 303 f)

So ohne weiteres glaube ich nicht, dass irgendein Mensch, wie ihn der liebe Gott so geschaffen hat, bereit wäre, sein Schicksal anderen zu überantworten und seine Sicherheit im Kollektiv zu finden. Ich glaube, die beste Sicherheit ist die, wenn der einzelne Mensch wieder zu dem Bewusstsein und zu der Gewissheit gelangt, dass er auf Grund seiner Leistungen und seiner Arbeit sein Schicksal selbst gestalten kann. (S. 364 GafJ)

Mir persönlich möchte scheinen, dass hinter all den aufgeführten und anderen nicht minder wichtigen Aufgaben und Maßnahmen als Ziel einer weitschauenden Politik der Wille stehen muss, in zunehmendem Maße dem deutschen Menschen wieder die Möglichkeit zu eröffnen, sein Leben und sein Schicksal aus eigener Kraft und Leistung selbstverantwortlich gestalten zu können. (S. 375 GafJ)

Als Grundsatz muss wieder zur Geltung kommen, dass jeder arbeitende Mensch ohne gnädige Hilfe des Staates und ohne in seine Abhängigkeit zu geraten seine materielle Existenz und die Vorsorge für seine Zukunft aus eigener Kraft und Leistung heraus sicherzustellen in der Lage sein soll. Dann wird sich erst zeigen, wie viel lebendige Kraft das deutsche Volk noch zu entwickeln in der Lage ist und wie sehr es seinem innersten Wesen widerspricht, aus einem falsch verstandenen Sicherheitsbedürfnis her-

aus nach kollektiver Hilfe zu schreien. Dann aber auch werden wir in der Lage sein, den Armen, Alten, Schwachen und Kranken, denen unsere ganze Fürsorge zu gelten hat, ein würdiges Leben zu gewährleisten. (S. 376 GafJ)

Es widerspricht der marktwirtschaftlichen Ordnung, die die Entscheidung über Produktion und Konsum dem Einzelnen überlässt, die private Initiative bei der Vorsorge für die Wechselfälle und Notstände des Lebens auch dann auszuschalten, wenn der Einzelne dazu fähig und gewillt ist, selbstverantwortlich und eigenständig vorzusorgen. Wirtschaftliche Freiheit und totaler Versicherungszwang vertragen sich nicht. (S. 463 GafJ)

Mit dem Blick nach vorwärts aber und angesichts der Hebung der materiellen Lebensverhältnisse der in abhängiger Arbeit stehenden Menschen wird es nützlich sein, innerhalb unserer Sozialordnung der individuellen Verantwortung breiteren Raum zu geben. (S. 834 GafJ)

Wohin der Weg auf dieser Ebene gehen wird - wer vermag es mit aller Sicherheit zu sagen? Sicher ist das: Der Termitenstaat mit bienenhaft emsigen Massenwesen ist nicht die uns gemäße Form eines organisch gegliederten gesellschaftswirtschaftlichen Lebens. Wir brauchen die verpflichtende Hingabe des Einzelnen an das Staatsgan-

ze. Wenn wir den Weg und das Ziel erkennen, dann mag uns auch die Gnade zuteil werden, das Werk zu vollbringen. (S. 151 GafJ)

Es muss unser unablässiges Bemühen sein, die Werte, die unsere Verfassung setzt, ins Bewusstsein aller Bürger zu rücken und es immer wieder deutlich zu machen, dass Freiheit mit Verantwortung gepaart sein muss, wenn sie nicht chaotisch entarten soll. So haben wir uns denn auch immer wieder zu fragen, was im Einzelfall die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaues unserer freiheitlichen Lebensordnung und das Erfordernis wirklicher sozialer Gerechtigkeit gebieten. (S. 817 GafJ)

122 Es tut uns Not, den Willen zur Unabhängigkeit und zur Freiheit, der einen der elementarsten Kräfte der Menschen darstellt, wachzuhalten und täglich neu zu bestärken. Ich kann mir auch nicht denken, dass sich jemand glücklich fühlt, der sich selbst entäußert und alles, was er von der Zukunft erwartet, vertrauensvoll in die Hand von Organisationen legt. (S. 194 WfA)

8. KERNAUFGABEN DES STAATES VS. BÜROKRATIEFLUT UND DIRIGISMUS

Und wenn wir das erreichen, wenn wir die Ausgabenseite des Staates entlasten über die wirtschaftliche Produktivität, über die Leistungssteigerung, und über die Erhöhung unseres Sozialproduktes steuerliche Entlastungen geben können, dann haben wir sehr viel erreicht. Wenn wir dann gleichzeitig auch den Staat aus den ihm wesensfremden Bereichen herausbringen, dann werden wir überrascht sein, wie viel Sicherheit der deutsche Staatsbürger wiedergewinnt und welche Befreiung das sein wird, wenn er dann sagt: So, jetzt bin ich wieder soweit, dass ich den Staat nicht mehr brauche, sondern aus eigener Kraft und eigener Verantwortung leben kann. Und so spreche ich es aus: Wir leiden nicht an zu wenig Staat, sondern wir leiden an zu viel Staat! (S. 365 GafJ)

Als eine Verbesserung würde ich es allerdings auch ansehen, wenn auf dem Gebiete der Bewirtschaftung für die Zukunft behördliche Maßnahmen unterblieben, deren Befolgung der Wirtschaft nach logischem und ökonomischem Ermessen nicht zugemutet werden kann. (S. 101 GafJ)

Diese Herrschaften haben es immer noch nicht gemerkt, dass das Volk längst sein Urteil gesprochen hat, dass es des schreienden Unrechtes dieser angeblich sozialen Verteilung müde, der Bevormundung und Demütigung durch die Bürokratie satt ist, dass es sein Schicksal und sein Leben nach eigenem Willen und Ermessen selbst und frei gestalten möchte. (S. 128 Gafj)

Was sind das für Reformen, die uns Wände voll neuer Gesetze, Novellen und Durchführungsverordnungen bringen? Liberale Reformen sind es jedenfalls nicht. Es sind Reformen, die in immer ausgeklügelterer Form Bürger in neue Abhängigkeiten von staatlichen Organen bringen, wenn nicht sogar zwingen. (Ludwig Erhard, 1974)

Ich kann meine Sorge nicht beschwichtigen, dass wir uns trotz aller möglichen Vorhaben in der Sucht des alles Organisieren- und Harmonisierenwollens verstricken und dabei nicht nur das Gefühl für das wirklich Organische und Harmonische verlieren, sondern uns von diesem Zustand immer weiter entfernen. (S. 600 Gafj)

Wenn ich Grundfragen des Rechts und der Rechtspolitik in den Vordergrund rücke, so nicht zuletzt deshalb, weil nicht übersehen werden kann, dass in der deutschen Öffentlichkeit ein echtes Bedürfnis nach Klarheit und Übersichtlichkeit des Rechts lebendig ist. Ich habe den

Eindruck, dass unser Rechtssystem unter einer allzu großen Aufsplitterung leidet. Unser Recht birgt in manchen Teilen keine volle Harmonie in sich und steht mit dem Gerechtigkeitsinn der Bürger nicht immer in Einklang. (S. 837 Gafj)

Alle Ordnung muss ihren instrumentalen Charakter behalten, da sonst der Träger der Macht und der Ordnung seine Vitalität verliert. Ein Unternehmer, der seine ganze Zeit nur darauf verwendet, seinen Betrieb zu ordnen, wird letztlich nicht konkurrenzfähig bleiben; ein Wirtschaftspolitiker, der seine ganze Kraft dafür einsetzt, den Wirtschaftsablauf zu ordnen, wird ihn letztlich ersticken. (S. 1007 Gafj)

Gewiss kann die Ordnungskraft des Wettbewerbs allein im absoluten Sinne noch nicht eine gerechte und verschiedenen Interessen genügend ausgleichende Wirtschafts- und Sozialordnung gewährleisten. Das Postulat der sozialen Gerechtigkeit und die Sicherung politisch stabiler Verhältnisse erfordern und rechtfertigen auch in der Marktwirtschaft gezielte staatliche Interventionen. Ihr Ausmaß und ihr Gewicht müssen aber ihre äußerste Grenze dort finden, wo die Funktionsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in ihrer Gesamtheit gefährdet werden. Wie die politische Freiheit, so kann auch die wirtschaft-

liche Freiheit nur zu leicht durch ein Gestrüpp von staatlichen Anordnungen, Regelungen und Vorschriften erstickt werden. Der Staat wie auch die Interessengruppen sind meist nur allzu leicht bereit oder willens, anstatt des richtigen Weges den bequemeren Ausweg zu beschreiten. (S. 1017 Gafj)

Der Marktwirtschaft werden bei der Aufzählung vorhandener Missstände gerade jene Sünden angelastet, die auf das Konto der plan- und zwangswirtschaftlichen Reste kommen, die die Marktwirtschaft bisher noch mitzuschleppen gezwungen war. Man ereifert sich über die Engpässe in den Grundstoffindustrien, verschweigt aber geflissentlich, dass in diesen Bereichen die Bürokratie geradezu Triumphe feierte, und dort die Funktion des Marktes, insbesondere die freie Preisbildung, völlig ausgeschaltet war. (S. 54 WfA)

So entschieden ich jede Art von bürokratischem Dirigismus und staatlicher Befehlswirtschaft ablehne, so fest bin ich auch entschlossen, anderen Formen kollektiver Wirtschaftsbeeinflussung Widerstand entgegenzusetzen. Zwischen staatlicher und unternehmerischer Planwirtschaft besteht weder prinzipiell noch funktionell ein Unterschied. Wenn wir schon eine freie Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung haben wollen, dürfen wir niemandem und keiner Gruppe das Recht einräumen, die Freiheit

individuell nach Geschmack und Belieben auszudeuten und sie dann auch einzuengen. Freie Wirtschaft ist in meinen Augen gleichbedeutend mit freier Unternehmungswirtschaft. (S. 170 WfA)

Die Integration Europas ist notwendiger denn je, ja sie ist geradezu überfällig geworden. Aber die beste Integration Europas, die ich mir vorstellen kann, beruht nicht auf der Schaffung neuer Ämter und Verwaltungsformen oder wachsender Bürokratien, sondern sie beruht in erster Linie auf der Wiederherstellung einer freizügigen internationalen Ordnung, wie sie am besten und vollkommensten in der freien Konvertierbarkeit der Währungen zum Ausdruck kommt. Konvertierbarkeit der Währung schließt selbstverständlich die volle Freiheit und Freizügigkeit des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs ein. (S. 283 WfA)

9. SOZIALE GERECHTIGKEIT – NIEMAND SOLL IN ARMUT LEBEN

Mein ständiges Drängen, alle Anstrengungen auf eine Expansion ohne Gefährdung der gesunden Grundlage unserer Wirtschaft und Währung zu richten, gründet sich gerade auf die Überzeugung, dass es mir auf solche Wei-

se möglich sein kann, all denen, die ohne eigenes Verschulden wegen Alter, Krankheit oder als Opfer zweier Weltkriege nicht mehr unmittelbar am Produktionsprozess teilhaben können, einen angemessenen, würdigen Lebensstandard zu garantieren. (S. 12 WfA)

Wir erleben es aber immer wieder, dass der Luxus von heute morgen schon breit geschichteter Bedarf und übermorgen allgemeines Gebrauchsgut ist. Wir müssen den Mut haben, das soziale Ressentiment allerorts zurückzudrängen. Die einen werden vielleicht sogar ohne eigenes Verdienst früher Konsumenten werden können als andere; die letzteren ohne eigene Schuld. Wenn wir das nicht ertragen, dann müssen wir eben alle in der uns künstlich aufgezwungenen Armut verharren. (S. 361 Gafj)

Die hohe Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft kommt vor allem aber auch auf den sozialpolitischen Gebieten zum Ausdruck. Sie war die Voraussetzung dafür, dass die durch den Krieg und seine Nachwirkungen bedingte Arbeitslosigkeit beseitigt und Vollbeschäftigung erzielt werden konnte und dass darüber hinaus noch die Eingliederung der Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen in das Erwerbsleben relativ reibungslos gelang. (S. 462 Gafj)

Ich verstehe (das) Verlangen nach Sicherheit sehr wohl,

aber ich erkenne daraus auch, dass es allgemein noch nicht verstanden wird, wie gerade die freiheitliche Ordnung einer vorwärtsstrebenden Wirtschaft die beste Sicherheit nicht nur für den einzelnen Menschen, sondern auch für die Aufbringung der öffentlichen Sozialleistungen bietet. (S. 652 Gafj)

Nur die Expansion hat es ermöglicht, auch die Armen mehr und mehr an der Wohlstandssteigerung teilhaben zu lassen. (S. 12 WfA)

Kein Einwand wird mich davon abbringen, daran zu glauben, dass die Armut das sicherste Mittel ist, um den Menschen in den kleinen materiellen Sorgen des Alltags verkümmern zu lassen. Vielleicht mögen Genies sich über solche Drangsale erheben; im Allgemeinen aber werden die Menschen durch materielle Kümmernisse immer unfreier und bleiben gerade dadurch materiellem Sinnen und Trachten verhaftet. Wir können daher den Prozess der Vermehrung und Verbreitung des Wohlstandes mit Geduld und Zuversicht abrollen lassen, denn was sich heute gelegentlich als ein Missbrauch ausprägt, trägt zugleich den Keim der Heilung in sich. Seien wir nicht so grausam anzunehmen, dass Tugend nur aus Not erwachsen könnte. Es kommt vielmehr darauf an, uns des Glückes und des Segens einer erfolgreichen und friedlichen Arbeit würdig zu erweisen. Für einen Wirtschaftspoliti-

ker wie mich ist es eine teuflische Zumutung, von ihm um eines falsch verstandenen ethischen Prinzips willen gar verlangen zu wollen, dass er etwa die Überwindung der Armut verhüten sollte. (S. 228 f. WfA)

So wie wir in unseren Ländern vor der Notwendigkeit stehen, das Volk aus Armut und Not zu befreien, immer mehr Menschen an einem gehobenen Lebensstandard teilhaben zu lassen, dem Volke die Möglichkeit und die Sicherheit zu geben, sich frei entfalten zu können, unabhängig gegenüber den Gewalten des Staates zu werden und sich dennoch der Ordnung des Staates verpflichtet zu fühlen, so gilt es auch, diese gleichen Prinzipien in der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit der freien Welt anzuwenden. (S. 303 WfA)

130

IV. GRUNDLAGEN UND GRENZEN DER SOZIALPOLITIK

1. Das Soziale an der Marktwirtschaft
2. Grenzen des sozialen Netzes
3. Deformation Versorgungsstaat
4. Schutz vor Sozialromantikern
5. Herausforderungen für die Sozialpolitik

131

1. DAS SOZIALE AN DER MARKTWIRTSCHAFT

Je mehr Menschen wir in den Produktionsprozess einbeziehen, je mehr wir mit der höheren Ergiebigkeit, mit der steigenden Produktivität unserer Volkswirtschaft allen Menschen ein lebenswürdiges Dasein sichern können, um so mehr sind wir in der Lage, denen, die wirklich unsere Hilfe und Unterstützung verdienen – den Fürsorgeempfängern und den Sozialrentnern - , auch wirklich das zu geben, was für ein menschenwürdiges Dasein erforderlich ist. (S. 365 GafJ)

133

Es ist meine Überzeugung, dass die unserer Zeit gestellten Aufgaben die volle Persönlichkeit erfordern. Und es wird unserem Volke zum Wohle und Segen gereichen, wenn wir eine Wirtschaftsordnung verwirklichen, die an Stelle des von allen Volksschichten verabscheuten Schematismus und Bürokratismus der Freizügigkeit eines seiner sozialen Verantwortung bewussten Handelns Spielraum gibt. (S. 72 GafJ)

Es ist eine völlige Illusion, etwa zu glauben, dass die Planwirtschaft sich von sozialen Aspekten leiten ließe

und dass dieses Prädikat »sozial« der Marktwirtschaft nicht zukomme. Gerade das Gegenteil ist der Fall, und die Wahrheit beruht im Gegenteil. Die Planwirtschaft ist das Unsozialste, was es überhaupt gibt, und nur die Marktwirtschaft ist sozial. Abgesehen davon, dass die Dinge sich rechnerisch feststellen lassen, dass der Nachweis erbracht werden kann, dass der Anteil von Lohn und Gehalt am Fertigprodukt in der Marktwirtschaft immer höher ist als in der Planwirtschaft und dass die Planwirtschaft der Diktatur und Sklaverei immer mehr abnimmt an Volkseinkommen, ist diese Wahrheit auch noch anders zu begründen. (S. 193 Gafj)

Die tragende und treibende Kraft der Marktwirtschaft ist und bleibt der Wettbewerb, aber es gilt endlich und vor allen Dingen auch in den Kreisen unserer Arbeiterschaft einzusehen, dass dieser Wettbewerb nicht das böse, sondern das wohltätige, segensreiche Prinzip ist und dass die Früchte vermehrter und rationellerer Arbeit nicht unternehmerischen Interessengruppen, sondern dem Volke in seiner Gesamtheit zugute kommen. Damit ist zugleich ausgedrückt, dass die soziale Marktwirtschaft die unternehmerische Planwirtschaft in gleich entschiedenem Maße wie die staatliche Zwangswirtschaft ablehnt, weil beide von der Absicht der Ausschaltung des Wettbewerbs getragen sind und unsoziale Machtstellungen begründen sollen. (S. 204 Gafj)

Das Ziel der sozialen Marktwirtschaft ist abseits von Interessenten- und Gruppenwünschen aller Art die gesunde Wirtschaft, die die Existenz des gesamten Volkes sichert und jeden nach Maßgabe seiner Zuleistung am Sozialprodukt der Nation teilhaben lässt. (S. 205 Gafj)

Vor allem aber möchte ich betonen, dass uns die soziale Verantwortung geradezu auf die Bahn der Marktwirtschaft zwingt, denn immer sind es die Ärmsten, die Schichten mit geringster Kaufkraft, die von nicht vorhandenen Waren zu fiktiven amtlichen Preisen nicht satt werden, aber am Schwarzmarkt und Schleichhandel nicht teilhaben können. (S. 256 Gafj)

„Sozial“ kann sich aber eine Wirtschaftspolitik nur dann nennen, wenn sie den wirtschaftlichen Fortschritt, die höhere Leistungsergiebigkeit und die steigende Produktivität wesentlich dem Verbraucher zugute kommen lässt. Dieses Ziel wird vornehmlich durch den freien Leistungswettbewerb erreicht, der die Gewinnung erhöhter Erträge oder sogar Renten verhindert und die Dynamik der Wirtschaft in Gang hält. (S. 436 Gafj)

Einerseits sind umso weniger sozialpolitische Eingriffe und Hilfsmaßnahmen notwendig, je erfolgreicher die Wirtschaftspolitik ist. Trotzdem ist nicht zu leugnen, dass auch eine noch so gute Wirtschaftspolitik in der moder-

nen Industriewirtschaft durch sozialpolitische Maßnahmen ergänzt werden muss. Andererseits gilt aber auch, dass eine erfolgreiche soziale Hilfe nur auf der Grundlage eines genügend hohen und wachsenden Sozialprodukts und damit einer leistungsfähigen Wirtschaft möglich ist. Es liegt daher im ureigensten Interesse der Sozialpolitik selbst, dass eine expansive und zugleich stabile Wirtschaft sowie die Prinzipien, nach denen diese Wirtschaft geordnet ist, erhalten bleiben. (S. 462 Gafj)

Die volkswirtschaftlich neutrale und autonome Sozialpolitik gehört daher der Vergangenheit an und muss einer Sozialpolitik Platz machen, die mit der Wirtschaftspolitik abgestimmt ist, d.h. die volkswirtschaftliche Produktivität nicht beeinträchtigt und den Grundprinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung entspricht. (S. 462 Gafj)

Wenn wir eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf die Dauer aufrechterhalten wollen, ist es in der Tat ein Grunderfordernis, neben einer Wirtschaftspolitik, die dem Menschen wieder zu seiner persönlichen Freiheit verholfen hat, auch eine gleichermaßen freiheitliche Sozialpolitik zu betreiben. (S. 462 Gafj)

So setzte sich die Soziale Marktwirtschaft auch nicht allein Kraft der sie tragenden Idee durch, sondern wesent-

lich durch eine Konzeption, die die Methoden praktischer Wirtschaftspolitik mit der ideellen Zielsetzung der sozialen Sicherheit in wirtschaftlicher Freiheit in Einklang zu bringen vermochte. (S. 612 Gafj)

Es ist und bleibt der letzte Zweck jeder Wirtschaft, die Menschen aus materieller Not und Enge zu befreien. Darum meine ich auch, dass, je besser es uns gelingt, den Wohlstand zu mehren, um so seltener werden die Menschen in einer nur materiellen Lebensführung und Gesinnung versinken. Die Wohlstandsvergrößerung schafft umgekehrt erst die Grundlage, den Menschen einer primitiven, nur materialistischen Denkweise zu entreißen; sie sollte es jedenfalls tun. Und ich vertraue auch darauf, weil in meiner Schau die Menschen nur so lange materialistisch gebunden sein werden, als sie in den Kümmernissen des Alltags gefangen sind und sich in solcher Armut nicht über die Niederungen des Lebens erheben können. Dagegen winkt allen Menschen, die durch Wohlstand und soziale Sicherheit zum Bewusstsein ihrer selbst, ihrer Persönlichkeit und ihrer menschlichen Würde gelangen, die Möglichkeit, ja fast möchte ich sagen die frohe Hoffnung, sich aus materialistischer Gesinnung lösen zu können. Der aus solcher Vorstellung stets neu entfachte Wille, die wirtschaftliche Expansion so lange nicht erlahmen zu lassen, als es noch Mitglieder unseres Volkes gibt, deren sozialer Standard unbefriedigend ist, hat also nicht

nur eine ökonomisch- materialistische, sondern eine sozial-ethische Wurzel. (S. 223 f. WfA)

Auch muss auf die unlösbare Verbindung zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik aufmerksam gemacht werden: Tatsächlich sind um so weniger sozialpolitische Eingriffe und Hilfsmaßnahmen notwendig, je erfolgreicher die Wirtschaftspolitik gestaltet werden kann. Damit soll nicht behauptet werden, dass eine auch noch so gute Wirtschaftspolitik in modernen Industriestaaten einer Ergänzung durch sozialpolitische Maßnahmen bedarf. Andererseits aber gilt der Obersatz, dass jede wirksame soziale Hilfe nur auf der Grundlage eines ausreichenden und wachsenden Sozialproduktes, und das bedeutet eben einer leistungsfähigen Wirtschaft, zu ermöglichen ist. Es muss daher im ureigensten Interesse jeder organischen Sozialpolitik liegen, eine zugleich expansive wie auch stabile Wirtschaft sicherzustellen und Sorge zu tragen, dass die Prinzipien, nach denen diese Wirtschaft geordnet ist, erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden. (S. 246 WfA)

2. GRENZEN DES SOZIALEN NETZES

Wo alle Gruppen einen besonderen Schutz und mehr Sicherheit haben wollen, werden die Menschen immer unfreier werden und immer mehr an echter Sicherheit verlieren. Es kann auch kein Zweifel bestehen, dass dann die jeweils erstrebten Vorteile nur zu Lasten anderer zu erringen sind. (S. 437 Gafj)

Soziale Sicherheit ist gewiss gut und in hohem Maße wünschenswert, aber soziale Sicherheit muss zuerst aus eigener Kraft, aus eigener Leistung und aus eigenem Streben erwachsen. Soziale Sicherheit ist nicht gleichbedeutend mit Sozialversicherung für alle, – nicht mit der Übertragung der individuellen menschlichen Verantwortung auf irgendein Kollektiv. Am Anfang muss die eigene Verantwortung stehen, und erst dort, wo diese nicht ausreicht oder versagen muss, setzt die Verpflichtung des Staates und der Gemeinschaft ein. (S. 262 WfA)

Es wäre schon beruhigend, wenn ich gewährleistet sähe, dass das deutsche Volk bei der Wahrnehmung seiner Gruppeninteressen der Volkswirtschaft wenigstens nicht

mehr abverlangen wollte, als diese nach 'Adam Riese' zu leisten vermag. Eine Lösung allerdings würde dies noch immer nicht bedeuten, weil der Staat um des Volkes willen gar nicht darauf verzichten kann, über das instinkthafte Verhalten des Einzelnen hinaus das Ganze und das Morgen zu bedenken. Und weil - um es ganz deutlich zu sagen - ein Volk sich selbst preisgeben würde und zur Geschichtslosigkeit verurteilt wäre, wenn es sich in der Atomisierung von Gruppeninteressen zerspalten und erschöpfen wollte. (Ludwig Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik, Econ-Neuaufgabe 1992, S. 374)

Diese Skepsis gegenüber allen Streitigkeiten über die „gerechte“ Verteilung des Sozialprodukts erwächst auch aus der Überzeugung, dass so begründete Lohnkämpfe in enger geistiger Nachbarschaft zu vielfältigen Bemühungen auch anderer Interessenten, ja ganzer Volksteile stehen, sich auf Kosten anderer Vorteile verschaffen zu wollen. Dabei wird in leichtfertiger Weise verkannt, dass jedes geforderte Mehr immer eine größere Leistung voraussetzt. Ein derartiges geradezu kindisch zu nennendes Verhalten gefährdet in illusionistischer Verblendung zuletzt sogar die Grundlagen unseres Fortschritts. Auch hier ist vor allem die Bejahung des Wettbewerbs geeignet, dem Egoismus einen Riegel vorzuschieben. So wie es in einer gesunden Wettbewerbswirtschaft dem Einzelnen nicht erlaubt ist, Sondervorteile für sich zu beanspruchen, so ist diese Art der Bereicherung

auch ganzen Gruppen zu versagen. (S. 12 WfA)

Es ist sehr viel leichter, jedem Einzelnen aus einem immer größer werdenden Kuchen ein größeres Stück zu gewähren als einen Gewinn aus einer Auseinandersetzung um die Verteilung eines kleinen Kuchens ziehen zu wollen, weil auf solche Weise jeder Vorteil mit einem Nachteil bezahlt werden muss. Man mag mich manches Mal gescholten haben, weil mir für diese sterile Denkweise jedes Verständnis fehlte. Der Erfolg hat mir recht gegeben. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat dahin geführt, dass der Ertrag, den alle aus der Wirtschaft ziehen, ohne jede Unterbrechung von Jahr zu Jahr angestiegen ist. (S. 11 f. WfA)

Darüber hinaus würde es aber auch eine für unser gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben gefährliche Entwicklung zum Versorgungsstaat bedeuten, wenn solche Staatsbürger in eine staatlich angeordnete Zwangssicherung einbezogen würden, die Kraft ihrer Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft so geartet sein müssen, dass sie aus eigener Kraft und Leistung bestehen können. (S. 463 GafJ)

Daraus ergibt sich die Konsequenz, dass von den Selbständigen in unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auch eine selbstverantwortliche und eigenständige

Vorsorge für die sozialen Lebensrisiken gefordert werden muss. Es wäre in der Tat auch ein grundlegender Widerspruch, in einer freien Wirtschaftsordnung einerseits jedem Staatsbürger die Chance zum Ergreifen einer selbständigen Tätigkeit einzuräumen und mit den Mitteln einer entsprechenden Wirtschaftspolitik die Schaffung, Erhaltung und den Ausbau einer selbständigen Existenz zu ermöglichen, dann aber andererseits den Selbständigen durch staatlichen Zwang die Verantwortung für ihre wirtschaftlichen und sozialen Risiken sowie für ihre persönliche Lebensgestaltung abzunehmen. (S. 464 Gafj)

Gewiss ist die soziale Sicherheit ein unverlierbarer Bestandteil der inneren Kraft zur Gewährleistung eines freiheitlichen demokratischen Lebens, aber gerade diese Erkenntnis muss uns daran hindern, im nationalen Bereich über die Maße und Grenzen, die sich alle Partner gesetzt haben, hinwegspringen zu wollen. (S. 747 Gafj)

Der Versuch, durch immer umfassenderes Eingreifen des Staats oder von Kollektivgebilden das gesellschaftswirtschaftliche und soziale Leben bis zum Ausgleich auch der kleinsten „Ungerechtigkeiten“ perfektionieren zu wollen, führt nur zu leicht von einer natürlichen Ordnung fort. Der Satz, dass diejenigen die Welt zur Hölle werden ließen, die sie zu ihrem Himmel erheben wollten, schließt zweifellos viel Wahrheit ein. Und wer dürfte sich auch

anmaßen, zu wissen, was „gerecht“ oder auch „sozial“ ist. Unsere heutige Gesellschaft, die sich so gern modern geriert, ist fortdauernd am Werk, Gott – oder wenn Sie so wollen – die Schöpfung korrigieren zu wollen. (S. 1047 Gafj)

Jeder Versuch, im Zeichen vermeintlicher Wohlfahrt aus wohlthätiger Gesinnung mehr Geld auszugeben, als dem Fiskus aus ordnungsgemäßen und vertretbaren Einnahmen zufließt, verstößt gegen gute und bewährte Grundsätze. Der sozialen Fürsorge ist in letzter Konsequenz auch nicht damit gedient, durch immer höhere Steuerbelastungen die Produktivität und die menschliche Arbeitsergiebigkeit zu schmälern oder auch durch fragwürdiges Finanzgebaren die Volkswirtschaft immer stärker zu verschulden (...). Auch diese Schulden müssen einmal zurückgezahlt werden. Aber wiederum werden dann die Bürger begangene Fehler zu büßen haben und die Leidtragenden sein müssen. (S. 1071 Gafj)

Wer sich nicht scheut, die anstehende Problematik hart und klar zu Ende zu denken, wird schnell die Illusion des Sicherheitsbedürfnisses erkennen. Ebensowenig wie ein Volk mehr verzehren kann, als es als Volk an Werten geschaffen hat, sowenig kann auch der Einzelne mehr an echter Sicherheit erringen, als wir uns im Ganzen durch Leistung Sicherheit erworben haben. Diese Grundwahr-

heit wird auch nicht durch Verschleierungsversuche mittels kollektiver Umlegeverfahren aus der Welt geschafft. Ja, gerade dieses gewiss sozial gemeinte Umlegeverfahren muss mit einem sehr hohen Preis bezahlt werden. Das Streben nämlich, den einzelnen Menschen von zu viel staatlichem Einfluss und zu viel Abhängigkeit zu befreien, wird dadurch zunichte gemacht; die Bindung an das Kollektiv wird immer stärker. (S. 250 WfA)

3. DEFORMATION VERSORGUNGSSTAAT

Jeder glaubt, zu kurz zu kommen, woraus folgt, dass was dem einen recht ist, auch jedem anderen billig sei. So aber schliddern wir zusehends und zunehmend in den perfekten Wohlfahrtsstaat, der jedes wahre Menschentum unterhöhlt und uns in eine gesellschaftliche Ordnung hineintreibt, die sich nicht mehr grundsätzlich, sondern nur noch graduell von totalitären Systemen unterscheidet. Jene Politiker leisten dem deutschen Volk den schlechtesten Dienst, die es in solchem billigen Verlangen unterstützen oder gar noch die Begehrlichkeit durch sogenannte Wahlgeschenke wecken. (S. 638 Gafj)

Nichts ist (...) in der Regel unsozialer als der sogenannte „Wohlfahrtsstaat“, der die menschliche Verantwortung

erschaffen und die individuelle Leistung absinken lässt. (S. 543 Gafj)

Dem steht allerdings die bedenkliche Entwicklung gegenüber, die soziale Sicherheit in allen Vorstellungsformen mit starkem kollektivistischen Trend immer mehr perfektionieren zu wollen. Dass das der Ausprägung des Leistungswillens und der Persönlichkeit nicht gerade förderlich ist und dass eine Überspitzung solchen Denkens die anschauliche Beziehung zwischen Aufwand und Ertrag, Leistung und Einkommen in trügerischer Weise zu überdecken geeignet ist, kann füglich nicht bestritten werden. (S. 599 Gafj)

Das ist das überraschende Phänomen unserer Zeit, dass in dem gleichen Maße, in dem durch die Mehrung des Wohlstands die soziale Sicherheit aus eigener Kraft sich verbessert und die Gleichförmigkeit einer nicht mehr von Risiken bedrohten ständigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung das Gespenst sozialer Notstände gebannt hat, der Schrei nach noch immer mehr kollektiver Sicherheit nur immer lauter erschallt. (S. 599 Gafj)

Die Bereitschaft von immer mehr Gruppen und Schichten, ihr Leben, ihre Sicherheit und ihre Zukunft im Kollektiv geboren wissen zu wollen, entspringt weniger einem echten Verlangen, als sogar gegen innere Ablehnung

der nur zu oft berechtigten Sorge, dass der Einzelne – auf sich gestellt – gar nicht mehr in der Lage ist, den Widrigkeiten, den Zufällen und Wechselfällen politischer Entscheidungen oder auch konjunktureller Entwicklungen wirksam begegnen zu können. (S. 1051 Gafj)

Die einen wähen, dass das Wohl und das Glück der Menschen in irgendeiner Form kollektiver Generalhaftung begründet liege und dass man auf diesem Wege, an dessen Ende natürlich immer die Allmacht des Staates steht, fortschreiten müsse. Das ruhige und bequeme Leben, das man damit ansteuern will, wird vielleicht nicht allzu üppig, aber dafür um so gesicherter sein. Diese Form des Lebens und Denkens findet ihren sichtbaren Ausdruck in der Konstruktion des sogenannten Wohlfahrtsstaats. Auf der anderen Seite aber ist das natürliche Streben des einzelnen Menschen, in eigener Verantwortung Vorsorge zu treffen und an seine Zukunft, seine Familie und sein Alter zu denken, nicht aus der Welt zu schaffen – sosehr man sich auch indirekt bemüht, das menschliche Gewissen ertöten zu wollen. Ich bin in der letzten Zeit allenthalben erschrocken, wie übermächtig der Ruf nach kollektiver Sicherheit im sozialen Bereich erschalle. Wo aber sollen wir hinkommen und wie wollen wir den Fortschritt aufrechterhalten, wenn wir uns immer mehr in eine Form des Zusammenlebens von Menschen begeben, in der niemand mehr die Verant-

wortung für sich selbst zu übernehmen bereit ist und jedermann Sicherheit im Kollektiv gewinnen möchte. Ich habe diese Flucht vor der Eigenverantwortung drastisch genug gekennzeichnet, wenn ich sagte, dass, falls diese Sucht weiter um sich greift, wir in eine gesellschaftliche Ordnung schlittern, in der jeder die Hand in der Tasche des anderen hat. (S. 248 WfA)

Die Blindheit und intellektuelle Fahrlässigkeit, mit der wir dem Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat zusteuern, kann nur zu unserem Unheil ausschlagen. Dieser Drang und Hang ist mehr als alles andere geeignet, die echten menschlichen Tugenden: Verantwortungsfreudigkeit, Nächsten- und Menschenliebe, das Verlangen nach Bewährung, die Bereitschaft zur Selbstvorsorge und noch vieles Gute mehr allmählich aber sicher absterben zu lassen – und am Ende steht vielleicht nicht die klassenlose, wohl aber die seelenlos mechanisierte Gesellschaft. (S. 248 f. WfA)

Besonders unverständlich erscheint dieser Prozess, weil in dem gleichen Maße, in dem sich der Wohlstand ausbreitet und die wirtschaftliche Sicherheit wächst, dazu unsere wirtschaftlichen Grundlagen sich festigen, das Verlangen, das so Erreichte gegen alle Fährnisse der Zukunft absichern zu wollen, alle anderen Bedenken überschattet. Hier liegt ein wahrlich tragischer Irrtum vor, denn man will offenbar nicht erkennen, dass wirtschaftlicher Fortschritt und

leistungsmäßig fundierter Wohlstand mit einem System kollektiver Sicherheit unvereinbar sind.

(S. 249 WfA)

Dieser Ruf nach Sicherheit aber, der naturgemäß die Intervention des Staates verstärken muss, lässt zugleich das Widerspruchsvolle dieser unwahrhaftigen Politik in Erscheinung treten. Wenn man den Wortschwall derartiger Forderungen einmal auf eine einfache Formel reduziert, dann wird nicht mehr und weniger verlangt als eine Senkung der Steuern bei gleichzeitig höheren Anforderungen an den Fiskus. Haben sich die Verfechter solcher Thesen denn wirklich einmal überlegt, woher der Staat die Kraft und Mittel nehmen könnte, solchen im Einzelnen vielleicht sogar berechtigten Forderungen zu entsprechen? In letzter Konsequenz führt solches Denken zu höchst unsozialen Ergebnissen. (S. 249 WfA)

Die vermeintliche Sicherheit, die dem Individuum vom Staate oder von irgendeinem anderen Kollektiv gewährt wird, muss es sich selbst teuer erkaufen. Der solcherart Schutzsuchende muss also zuerst einmal bar bezahlen. Es ist auch ein Irrtum zu glauben, dass der Weg zum Versorgungsstaat erst dann beschritten wäre, wenn die kollektive Sicherheit ganz oder teilweise vom Staat aus allgemeinen Steuermitteln gewährt werden würde. Ebenso wenig kann man diesen Gefahren dadurch entrinnen,

dass man einen totalen Versicherungszwang setzt, die Leistungen aber aus Beitragsumlagen finanziert. Die auf Zwang beruhende allgemeine Volksversicherung – gleich ob sie nun aus einem Topf oder nach Gruppen gegliedert gespeist wird – unterscheidet sich allenfalls gradweise, nicht aber prinzipiell von der allgemeinen Staatsbürgerversorgung. (S. 250 WfA)

Die Entwicklung zum Versorgungsstaat ist schon dann eingeleitet, wenn der staatliche Zwang über den Kreis der Schutzbedürftigen hinausgreift und wenn ihm Personen unterworfen werden, denen ein solcher Zwang und die Abhängigkeit auf Grund ihrer Stellung im Wirtschafts- und Erwerbsleben wesensfremd ist – oder zumindest wesensfremd sein sollte. Hier ist mit Fug und Recht an jeden Einzelnen die Gretchenfrage zu stellen: Hat denn das Eindringen des Staates, der öffentlichen Hand und der sonstigen großen Kollektive in das menschliche Leben, – hat die damit verbundene Aufblähung der öffentlichen Haushalte und die wieder dadurch bewirkte immer größere Belastung des einzelnen Staatsbürgers nun wirklich zur Vermehrung seiner Sicherheit, zu Bereicherung seines Lebens und zur Minderung der Lebensangst jedes Einzelnen beigetragen? Wenn ich diese Frage absolut stelle, dann möchte ich sie auch absolut mit aller Deutlichkeit verneinen.

(S. 251 f. WfA)

Die Sicherheit des einzelnen Menschen – oder mindestens das Sicherheitsgefühl – hat mit der Überantwortung seines Schicksals an den Staat oder an das Kollektiv nicht zugenommen, sondern abgenommen. (S. 251 WfA)

Die wachsende Sozialisierung der Einkommensverwendung, die um sich greifende Kollektivierung der Lebensplanung, die weitgehende Entmündigung des Einzelnen und die zunehmende Abhängigkeit vom Kollektiv oder vom Staat – aber damit zwangsläufig auch die Verkümmern eines freien und funktionsfähigen Kapitalmarktes als einer wesentlichen Voraussetzung für die Expansion der Marktwirtschaft – müssen die Folgen dieses gefährlichen Weges hin zum Versorgungsstaat sein, an dessen Ende der soziale Untertan und die bevormundete Garantierung der materiellen Sicherheit durch einen allmächtigen Staat, aber in gleicher Weise auch die Lähmung des wirtschaftlichen Fortschritts in Freiheit stehen wird. (S. 252 WfA)

Es scheint mir besonders verhängnisvoll zu sein, den Tendenzen zum Versorgungsstaat gerade in einer Entwicklungsphase Raum zu geben, in der die objektiven, d. h. materiellen Voraussetzungen für eine Abkehr von solchen Gedankengängen sich immer deutlicher ausprägen. Müssten wir etwa damit rechnen, dass die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensmöglichkeiten

des Volkes in der modernen Volkswirtschaft trotz fortschreitender Technik rückläufig sein könnten, dann wäre dieser Drang zu voller kollektiver Versorgung immerhin noch verständlich. Die Wahrscheinlichkeit, ja fast die Sicherheit spricht indessen dafür, dass sich die Lebensbedingungen der Völker, die die soziale Marktwirtschaft verwirklichen, fortdauernd erweitern und verbessern. Da also mit einem tendenziell steigenden Einkommen und einem immer höheren Lebensstandard zu rechnen ist, erscheint es gerade auch nach sozialen Gesichtspunkten zumutbar zu sein, das Individuum in menschlicher Verantwortung zu halten, ja, es sogar stärker als bisher in diese Verantwortung zu stellen. Diese Forderung ist um so berechtigter, als der Wohlfahrtsstaat nach allen vorliegenden Erfahrungen alles andere als „Wohlfahrt“, sondern letztlich „Armseligkeit“ für alle bedeuten muss. (S. 253 f. WfA)

Meine Kritik an dem unheilvollen Drang zum Versorgungsstaat darf gewiss nicht dahin missverstanden werden, als beabsichtige ich, die Sozialversicherung, wie sie historisch gewachsen ist, anzutasten. Nach meinem Geschmack ist sogar ein weiterer Ausbau der Sozialversicherung noch durchaus möglich. Was ich jedoch für völlig abwegig halte, ist, dass Menschen, die aus Beruf und Berufung wie auch aus ihrer Stellung im volkswirtschaftlichen Prozess Anspruch auf, aber auch die Ver-

pflichtung zur Freiheit haben, nunmehr in ein Kollektiv hineinstreben oder besser gesagt hineingestoßen werden. (S. 253 WfA)

Bei einer zeitgemäßen Wertung der Sozialversicherung ist zu bedenken, wie sehr sich in den vergangenen Jahrzehnten die wirtschaftlichen Formen und Prinzipien gewandelt haben und wie sehr sich zwischenzeitlich die gesellschaftspolitische Struktur verändert hat. Der „Proletarier“, der nicht für sein Alter sorgen können oder auch nicht hat sorgen wollen und den deshalb der Staat unbedingt schützen musste, wird bei Fortführung dieser Wirtschaftspolitik bald nirgends mehr anzutreffen sein. Die Lebensbedingungen des deutschen Arbeiters sind seit der Bismarckschen Ära unendlich viel besser und freier geworden. Der staatliche Zwangsschutz aber muss oder sollte dort haltmachen, wo der Einzelne und seine Familie in der Lage sind, selbstverantwortlich und individuell Vorsorge zu treffen. Dies trifft bei den in abhängiger Arbeit Beschäftigten zumindest für jene Kategorie von Angestellten zu, die ein höheres Einkommen beziehen und damit eine verantwortliche Position in Wirtschaft oder Verwaltung einnehmen. (S. 254 WfA)

Darüber hinaus wäre es für unser gesellschaftspolitisches Leben höchst bedenklich, wenn selbst solche Staatsbürger in eine befohlene Zwangsversicherung einbezogen wer-

den würden, von denen kraft ihrer Stellung und Funktion füglich erwartet werden darf, dass sie aus eigener Kraft und Leistung bestehen wollen. (...) Aus all diesen Ausführungen wird der Wunsch ersichtlich, den Bereich der kollektiven Sicherung eingedämmt zu wissen, d. h. ihn eher enger als weiter zu fassen. (S. 254 WfA)

Es stünde im sozialen Leben um manche Not in unserem Volke besser, wenn wir nicht zu viel sozialen Kollektivwillen, sondern mehr soziale Gesinnung und Haltung bezeugen wollten. Das eine aber schlägt das andere tot, und darum stellt sich uns zuletzt die Frage, ob wir, einig in dem Willen und der Verpflichtung, keinen deutschen Menschen mehr der Not ausgesetzt zu sehen, gut daran tun, die besten menschlichen Tugenden im perfektionierten Kollektivismus gar völlig zu ersticken oder ob wir nicht im Streben nach mehr Wohlstand und durch die Eröffnung immer besserer Chancen zur Gewinnung persönlichen Eigentums dem verderblichen Geist des Kollektivismus Todfeinde ansagen sollten. Meine eigene Meinung liegt klar und eindeutig zu Tage; ich hoffe, dass meine Mahnung nicht ungehört verhallt. (S. 263 f. WfA)

Es ist ein Irrtum, zu glauben – wie es manchmal geschieht - , dass der Weg zum Versorgungsstaat nur dann beschritten wäre, wenn die kollektive Sicherung ganz oder teilweise vom Staat aus allgemeinen Steuermitteln gewährt

würde, und dass man ihm schon dadurch entrinne könnte, indem man zwar einen totalen Versicherungszwang schafft, die Leistungen aber aus Beitragsumlagen finanziert. Die auf Zwang beruhende allgemeine Volksversicherung – sei sie nun ein Topf oder nach Gruppen gegliedert – unterscheidet sich allenfalls gradweise, nicht aber prinzipiell von der allgemeinen Staatsbürgerversorgung. Die Entwicklung zum Versorgungsstaat ist daher auch schon dann zu verzeichnen, wenn der staatliche Zwang über den Kreis der Schutzbedürftigen hinausgreift und wenn ihm Personen unterworfen werden, denen der Zwang und die Abhängigkeit auf Grund ihrer Stellung im Wirtschaftsleben geradezu wesensfremd ist.

(S. 464 f. GafJ)

Der Drang zum Versorgungs- und Kollektivstaat mit allen seinen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konsequenzen wäre jedenfalls nicht mehr aufzuhalten, wenn bei uns begonnen würde, über den Kreis der schutzbedürftigen Arbeitnehmer hinaus alle Erwerbstätigen, vor allem aber alle Selbständigen, in eine Zwangsversorgung zu befehlen. Es würde sich zumindest auf lange Sicht verhängnisvoll für die deutsche Wirtschaft, aber auch für unsere politische und gesellschaftliche Ordnung auswirken. (S. 465 GafJ)

Die totale Zwangsversicherung und der Versorgungsstaat sind naturgemäß besonders geeignet, den Wagemut, das

Leistungsstreben, die Bereitschaft zu freier Spartätigkeit, die persönliche Initiative und das Verantwortungsbewusstsein mehr und mehr zu lähmen, ohne die eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht existieren kann. (S. 465 GafJ)

Mögen diese Konsequenzen in ihrer Absolutheit auch noch an die Wand gemalte Gespenster sein, so erscheint es angesichts gewisser Tendenzen zum Versorgungsstaat, die auch bei uns vorhanden sind, doch dringend erforderlich, bereits den Anfängen zu wehren und darauf hinzuweisen, dass die persönliche Freiheit letztlich unteilbar ist. Denn eine freiheitliche Wirtschaftsordnung kann auf die Dauer eben nur bestehen, wenn auch im sozialen Sektor ein Höchstmaß an Freiheit, privater Initiative und Selbsthilfe gewährleistet wird. (S. 465 GafJ)

Bemühen wir uns darum, jedwede Forderungen an den Staat nicht vorschnell mit dem Wort „sozial“ oder „gerecht“ zu versehen, wenn es in Wahrheit nur zu oft um partikuläre Wünsche geht. (S. 817 GafJ)

Niemand ist bereit, anzuerkennen und daraus die Konsequenz zu ziehen, dass eine geringere Leistung naturgemäß auch in einem geringeren Ertrag Ausdruck finden muss. Nein, es soll mit Hilfe dieser märchenhaften Ordnungen gerade umgekehrt ein größerer Ertrag heraus-

kommen. Man kann indessen an solche Ordnungen alle möglichen Anforderungen stellen, ganz bestimmt aber nicht die, dass es bei sinkender Leistung, geringerer Anstrengung und einem erlahmenden Zwang, immer Besseres zu vollbringen, gleichzeitig jedem einzelnen immer besser ergehen könnte. (S. 144 WfA)

4. SCHUTZ VOR DEN SOZIALROMANTIKERN

Die tatsächliche Gefahr kommt, wie ich nicht oft genug wiederholen kann, von den Gesellschaftsmechanikern und Gesellschaftsromantikern, die da glauben, das vielschichtige Leben eines Volkes am Reißbrett aufzeichnen zu können, die den mannigfach verwobenen Prozess des Zusammenwirkens freiheitlicher Kräfte als einen Mechanismus begreifen oder von romantischen Vorstellungen einer Sozialordnung ausgehen, die von dem Menschen, wie ihn Gott geschaffen hat, völlig abstrahiert. (...) Das gilt für die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereiche unseres Seins in gleichem Maße. Wenn wir uns also das Leben und die Freiheit bewahren wollen, dann gilt es, wach zu sein und dem Überhandnehmen der Anfänge zu wehren, die in ihrer Wirksamkeit leider schon nicht mehr zu verkennen sind. (S. 602 GafJ)

5. HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE SOZIALPOLITIK

Die Tatsache, dass die in Arbeit Stehenden in weitem Umfang die Verpflichtung übernehmen, für die nicht mehr Erwerbstätigen Sorge zu tragen, und die Rentenversicherung sie auch noch an der steigenden Produktivität der Volkswirtschaft teilhaben lässt, kennzeichnet die Aufgeschlossenheit unserer Sozialpolitik und deren Fundierung auf dem Grundsatz einer Generationen verbindenden Solidarität. Die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung, die längere Ausbildungszeit unserer Jugend, ihr späteres Eintreten in das Erwerbsleben, die Verbesserung des Gesundheitswesens, der Fortschritt der medizinischen Wissenschaft und die dadurch erreichte höhere Lebenserwartung – das alles muss bei der Fortentwicklung unserer Sozialpolitik vorausschauend bedacht werden. (S. 836 GafJ)

In der kommenden Zeit wird eine stagnierende oder vielleicht sogar absinkende Zahl von Vollerwerbstätigen für eine immer größere Zahl aus dem Arbeitsprozess Ausgeschiedener die erforderlichen Mittel aufzubrin-

gen haben. Der Anteil der über Fünfundsechzigjährigen wird sich in wenigen Jahren gegenüber der Vorkriegszeit verdoppeln. (S. 836 GafJ)

Um nicht missverstanden zu werden, erkläre ich ausdrücklich, dass es nicht in unserer Absicht liegt, das Pensionsalter der Beamten und die Altersgrenze der Arbeiter und Angestellten nach oben zu drücken. Aber wenn uns die Vor- und Fürsorge für ältere und alte Menschen am Herzen liegt, dann sollten wir ihnen im allgemeinen Interesse die Chance geben, auch später in geeigneten Formen ihr Können und ihr Wissen nicht ungenutzt zu lassen und aus solcher Arbeit natürlich auch persönlich Nutzen zu ziehen. (S. 836 GafJ)

158

Lassen Sie mich ein offenes Wort sprechen: Wir müssen uns entweder bescheiden oder mehr arbeiten. Die Arbeit ist und bleibt die Grundlage des Wohlstandes. Es muss uns ferner daran gelegen sein, die mit dem wachsenden Wohlstand sichtbar gewordenen Missstände auf ein Mindestmaß zu beschränken. (S. 837 GafJ)

So meine ich, dass wenn wir eine glückliche Entwicklung wollen, nicht zuletzt die soziale Sicherheit gewährleistet sein muss. Aber wir müssen gleichzeitig eine Politik treiben, in der jeder einzelne Staatsbürger – in den vertretbaren Maßen und in Grenzen – auch für sein eigenes

Schicksal Verantwortung zu tragen gewillt ist für sich und seine Familie. Denn glauben Sie mir, dass es eine große Illusion wäre, sich einzubilden, die Dynamisierung allein helfe uns weiter. (S. 891 GafJ)

Die Aufgaben der Sozialpolitik in einer modernen Gesellschaft müssen in der immer notwendiger werdenden Unterscheidung zwischen ihren klassischen Prinzipien und dem Bereich gesehen werden, den wir heute viel zutreffender Gesellschaftspolitik nennen. Die Bedeutung der Sozialpolitik liegt im Grundsätzlichen aber auch darin, dass sie in starkem Maß den Stil der gesamten inneren Politik bestimmt. Deshalb darf die Sozialpolitik nicht einfach zu einer Politik der Befriedung sozialer Interessengruppen werden. Sie muss sich in objektiven Maßstäben und gesamtgesellschaftlichen Zielen orientieren. (S. 953 GafJ)

159

Eine moderne Sozialpolitik hat vielmehr danach zu trachten, dass jedermann sich als freier selbstverantwortlicher Staatsbürger in der Gemeinschaft bewegen kann. (S. 954 GafJ)

Deshalb ist es das Ziel der deutschen Sozialpolitik, alle sozialen Gruppen vor einer Entwicklung zu bewahren, in der sie zunehmend bloß Objekte staatlicher Fürsorge sind. (S. 954 GafJ)

Zu einer dynamischen Sozialpolitik gehört die weitere Förderung der Eigentums- und Vermögensbildung in breiten Schichten unseres Volkes, weil sie mehr als alles andere dazu geeignet ist, die Freiheit, Selbständigkeit und Verantwortlichkeit des Einzelnen in der modernen Gesellschaft zu stützen. (S. 956 GafJ)

Da die Größenordnungen, in denen sich über die Sozialhaushalte die Einkommensübertragungen vollziehen, keineswegs mehr als eine Quantité négligeable gelten können, sondern einen gewichtigen Faktor im Verteilungsprozess der Wirtschaft ausmachen, besteht heute eine sehr enge Interdependenz zwischen Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Die volkswirtschaftlich neutrale und autonome Sozialpolitik gehört daher der Vergangenheit an; sie muss vielmehr einer Sozialpolitik Platz machen, die mit der Wirtschaftspolitik auf das Engste abgestimmt ist. Die Sozialpolitik darf der volkswirtschaftlichen Produktivität nicht indirekt Abbruch tun und den Grundprinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung nicht widerstreben wollen. (S. 247 WfA)

Die eigentliche Gefahr, ja die fast zerstörende Wirkung einer dynamischen Rente liegt denn auch nicht sosehr in ihrer Beweglichkeit an sich, sondern in ihrer Kopplung an die Lohnentwicklung, die durchaus über das mit der Stabilität des Geldes vereinbarte Maß hinausgehen

kann. Auf einer modifizierten Grundlage besteht hingegen die Möglichkeit einer beweglichen Anpassung der Rente an die sich ändernden Lebensgegebenheiten und Vorstellungen. Dies wäre z. B. dann der Fall, wenn als Bemessungsgrundlage einer solchen Rente der laufende Produktivitätszuwachs gesetzt werden würde. Damit wäre die Gewähr gegeben, dass auch der Rentner an dem echten Fortschritt, d. h. an der Leistungsverbesserung der Volkswirtschaft, teilhat. Diese Formel hätte etwa dahin zu lauten: In dem gleichen Maße, in dem das preisbereinigte Sozialprodukt, geteilt durch die Zahl der Beschäftigten oder auch der Einwohnerzahl, eine Produktivitätssteigerung ausweist, wird jeweils die Anfangsrente in dem gleichen Prozentsatz erhöht. Der Rentner würde damit an dem Produktivitätsfortschritt teilhaben, aber sein Interesse wäre immer darauf gerichtet – auch während seiner aktiven Tätigkeit –, den Gütegrad der Wirtschaft dauernd zu verbessern. Dieser Arbeiter oder Angestellte (bzw. Rentner) wird das Sparen nicht als überflüssig empfinden, sondern sich bewusst sein, dass die mit Sparmitteln finanzierten Investitionen der Verbesserung seines eigenen Seins, der Sicherung seines Alters und seiner Familie dienen. (S. 262 f. WfA)

V. ORIENTIERUNG FÜR POLITIK UND STAAT

1. Die Rolle des Staates
2. Staatsausgaben
3. Gegen Dirigismus und staatliches Diktat
4. Steuerpolitik maßvoll gestalten
5. Verantwortung der Politik
6. Von redlicher und unredlicher Politik
7. Demokratie schützen
8. Demokratie statt Zwang und Willkür
9. Neue Herausforderungen

1. DIE ROLLE DES STAATES

Zu den legalen Aufgaben des Staates (...) zähle ich allerdings nicht die Investitionen; diese zähle ich nur dazu, soweit sie Bildungsanstalten, Verkehrswege usw. betreffen; aber nicht die Betätigung des Staates als Unternehmer. In diesem Bereich hat der Staat nichts zu suchen. (S. 365 GafJ)

Die Verhinderung eines Missbrauchs wirtschaftlicher Macht gehört nach den Grundsätzen der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu den vordringlichsten Aufgaben des Staates. (S. 601 GafJ)

Der Staat ist kein von der Gemeinschaft eines Volkes losgelöstes, abstraktes Gebilde. Gewiss ist er auch mehr als die Addition seiner Staatsbürger. (S. 817 GafJ)

Wenn darum im politischen Leben dem Staat die Sorge um Verteidigung und Sicherheit aufgetragen ist, wenn er Bildung, Forschung und Gesundheit fördern soll, wenn er für die Reinhaltung der Luft und des Wassers sorgen, die Verkehrsverhältnisse ordnen, den Wohnungsbau fortführen soll, wenn ihm zunehmend höhere soziale Leis-

tungen abverlangt werden und der Ruf nach Subventionen und Beihilfen gewiss nicht schwächer wird – dann muss der Staatsbürger begreifen, dass er damit im letzten Grunde sich selbst anspricht. (S. 817 GafJ)

Freiheit und Sicherheit werden wir nur dann zurückerlangen, wenn auch der letzte Ruf nach materieller Hilfe des Staates einmal verhallt sein wird, denn solche Hilfe kann immer nur auf Kosten zusätzlicher Belastung des Staatsbürgers erfolgen. (S. 375 GafJ)

Die Stellung des Individuums im Staat oder besser die Einstellung des Bürgers zum Staat sollte jedem politisch Verantwortlichen ständig Anlass ernster Überlegung sein. (S. 192 WfA)

Man kann beim besten Willen nicht von einem Staatsinterventionismus sprechen, wenn der Staat darüber wacht, dass die Grundsätze einer freien demokratischen Gesellschaftsordnung gewahrt bleiben. (S. 190 WfA)

Wer das Wort Freiheit im Munde führt, muss es damit auch ehrlich meinen. Die Freiheit – ich wiederhole es – ist und bleibt ein Ganzes und Unteilbares. Sie darf nicht nach Zweckmäßigkeitsgründen verteidigt oder verworfen werden. Den Gegenpol der wirtschaftlichen Freiheit stellt die Ausprägung wirtschaftlicher Macht dar. Es ist

daher gesetzlich sicherzustellen, dass die Vorzüge der Wettbewerbswirtschaft nicht durch historisch erwiesene Nachteile einer bedenklichen Machtkonzentration aufgewogen werden. Der Gesetzgeber muss also dem Problem der wirtschaftlichen Macht als einem möglichen Störungsfaktor des marktwirtschaftlichen Gleichgewichts seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Der Wettbewerb und die durch ihn bedingte Leistungssteigerung und Fortschrittsförderung müssen durch staatliche Ordnungsmaßnahmen sichergestellt und gegenüber allen Störungselementen abgeschirmt werden. Insbesondere ist zu gewährleisten, dass die Funktion der freien Preisbildung in einem nicht manipulierten Markt als Steuerungsmittel des Wirtschaftsablaufs keine Behinderung erfährt. (S. 172 WfA)

Jegliche staatliche Kapitalbildung und wachsender Einfluss des Staates in Bezug auf die Gewinnung und Verwendung der volkswirtschaftlichen Erträge schmälern die private Einkommensbildung und verwässern die Idee des privaten Eigentums bis zur schließlichen Verleugnung. (S. 376 GafJ)

Der Staat ist insbesondere auch verantwortlich für die sozialen Auswirkungen der Wirtschaftspolitik, für die Sicherung der Konjunktur und für die Stetigkeit des wirtschaftlichen Aufschwungs. Er ist verantwortlich für

die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft und ihre organische Einordnung in die Weltwirtschaft. Gerade die Soziale Marktwirtschaft hat dem Unternehmer wieder zu voller Freiheit und Freizügigkeit der wirtschaftlichen Betätigung verholfen. (S. 435 Gafj)

Es muss auch als in höchstem Maße widerspruchsvoll bezeichnet werden, wenn ein Land wie die Bundesrepublik einerseits alle Anstrengungen unternimmt, sich möglichst organisch und nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen in die freie Welt einzugliedern, auf der anderen Seite aber im nationalen Raum um einzelne Branchen und Gruppen Schutzwälle errichtet und die Volkswirtschaft in Teile zerlegen möchte. (S. 437 Gafj)

Grundsätzlich kennt ein demokratisches Staatswesen nur Bürger mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten. Wohl dem Lande, in dem die Regierung nach dieser Maxime handelt und in dem die Bürger nach dem Gleichheitsgrundsatz keine Sonderrechte bzw. Vergünstigungen gegenüber Dritten in Anspruch nehmen oder gar erzwingen wollen. Wie schwer indessen die Wahrung dieses Grundsatzes selbst bei gutem Willen aller Beteiligten ist, weiß jeder im politischen Leben verantwortliche aus täglicher Erfahrung nur zu gut. (S. 765 Gafj)

Die Fragestellung lautet primär nicht mehr dahin, wie

viel der Staat dem Volke an Lebensmöglichkeiten belassen darf, sondern wie viel das Volk dem Staat (...) an Einkommen oder Sozialprodukt zu übertragen gewillt ist. (S. 544 Gafj)

Es gibt keine Leistungen des Staates, die sich nicht auf Verzicht des Volkes gründen. (S. 818 Gafj)

Ich halte es für eine besonders wichtige Aufgabe, die Verwaltungstechnik und -praxis so zu reformieren, dass sie den Anforderungen eines modernen Staatswesens gerecht werden können und aufgeschlossenem Bürgersinn entsprechen. (S. 828 Gafj)

Ohne Verstärkung der geistigen Investitionen müsste Deutschland gegenüber anderen Kultur- und Industrieländern zurückfallen. Das aber hieße, dass wir nicht nur den wirtschaftlichen Fortschritt und Wohlstand, sondern auch die soziale Sicherheit aufs Spiel setzen. (S. 832 Gafj)

Es geht schlechthin um die Fortgestaltung unserer Lebensordnung, aus deren Bejahung einem Volke ein waches Lebensgefühl und ein starker Lebensmut zufließen. Wir sind vielleicht auf diesem Wege zu sehr im Technischen stecken geblieben. (S. 832 Gafj)

Bei früherer Gelegenheit habe ich (...) einmal auf die Rolle des Staates als des obersten Schiedsrichters verwiesen. Ich möchte hierbei das vielleicht etwas banal erscheinende Bild eines Fußballspiels gebrauchen dürfen. Da bin ich der Meinung, dass ebenso wie der Schiedsrichter nicht mitspielen darf, auch der Staat nicht mitzuspielen hat. Eines ist bei einem guten Fußballspiel als wesentliches Merkmal zu erkennen: Das Fußballspiel folgt bestimmten Regeln, und diese stehen von vornherein fest. Was ich mit einer marktwirtschaftlichen Politik anstrebe, das ist – um im genannten Beispiel zu bleiben – die Ordnung des Spiels und die für dieses Spiel geltenden Regeln aufzustellen. In einer Fußball-Elf ist es z. B. auch nicht üblich, dass sich alle elf Mann ins Tor stellen. Wenn sie das tun wollten, würden wir als Zuschauer mit Recht zu pfeifen anfangen, weil wir das als unfair und als den Regeln widersprechend empfinden. Von Stürmern verlangen wir, dass sie stürmen. Wenn diese meinten, dass sie „mauern“ oder sich gar ins Tor stellen sollten, dann empfinden wir dies als durchaus unangebracht und störend, ja, wir dulden es nicht. Ganz ähnliche Funktionen hat die wirtschaftliche Ordnung wahrzunehmen. Ich glaube, dass wir diesem Modell einer wirtschaftlichen Ordnung, das sich im Hintergrund all meiner Handlungen abzeichnet, unsere Erfolge verdanken. Dieses Modell behält auch dann seine Gültigkeit, wenn wir im Einzelnen einmal bereit waren und bereit sein müssen, davon abzuweichen. (S. 135 f. WfA)

Es ist, so wiederhole ich also, nicht Aufgabe des Staates, unmittelbar in die Wirtschaft einzugreifen; jedenfalls nicht so lange, als die Wirtschaft selbst diesen Eingriff nicht herausfordert. Auch passt es nicht in das Bild einer auf unternehmerischer Freizügigkeit beruhenden Wirtschaft, wenn sich der Staat selbst als Unternehmer betätigt. Eine solche Haltung hat naturgemäß insofern auch Konsequenzen für die Wirtschaft, als diese dann nicht den Staat zu ihrer Interessenvertretung anrufen darf. Hier gilt es, unzweideutig Standpunkt zu beziehen. Man kann nicht auf der einen Seite dem Staat sagen, dass er sich wirtschaftlicher Tätigkeit enthalten möchte, dann aber, wenn es gerade passt, die Hilfe des Staates anrufen. (S. 138 WfA)

Es scheint mir wesentlich wichtiger zu sein, jedem Kaufmann die rechte Chance zu geben, im Verlauf der normalen wirtschaftlichen Entwicklung eine Steigerung seiner Umsätze erreichen zu können, als ihm etwa bei stagnierenden Umsätzen jede Konkurrenz vom Leibe zu halten. (S. 156 WfA)

Der Gesetzgeber muss es als seine Aufgabe ansehen, Störungsfaktoren im Markt Ablauf dadurch auszuschließen, dass er a) die vollständige Konkurrenz in einem möglichst großen Umfang erhält, b) auf Märkten, auf denen die Marktform des vollständigen Wettbewerbs nicht her-

gestellt werden kann, die missbräuchliche Ausnutzung einer Marktmacht verhindert, c) aus dieser Zielsetzung ein staatliches Organ zur Überwachung und – wenn nötig – zur Beeinflussung des Marktgeschehens schafft. Eine derart geordnete Wirtschaftsverfassung bildet – wie schon kurz erwähnt – das wirtschaftspolitische Gegenstück zur politischen Demokratie. Während als deren Inhalt das politische Mitbestimmungsrecht jedes Staatsbürgers anzusehen ist, stellt die Wettbewerbsordnung die wirtschaftlichen Grundrechte der Freiheit der Arbeit und der Verbrauchswahl sicher. (S. 174 f. WfA)

172

2. STAATSAUSGABEN

Dieser Hinweis auf den unbestreitbaren Erfolg dieser Politik lehrt, wie ungleich sinnvoller es ist, alle einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Energien auf die Meh-rung des Ertrages der Volkswirtschaft zu richten als sich in Kämpfen um die Distribution des Ertrages zu zermürben und sich dadurch von dem allein fruchtbaren Weg der Steigerung des Sozialproduktes abdrängen zu lassen. (S. 10 WfA)

Jeder will (...) zum Zuge kommen, das weiß ich wohl. In der zweiten Phase erhält dann der Staat seinen Teil

wie die öffentlichen Haushalte im Ganzen. Dann geht das Umverteilen noch einmal an, und nicht zuletzt fordern allzu viele Gruppen für ihr „Wohlverhalten“ immer neue Liebesgaben. Wenn dann auf solche Weise die Kassen geleert worden sind, dann aber heißt es: Jetzt erfülle du, Staat, deine Pflicht, und wende dich endlich den Gemeinschaftsaufgaben zu! Du, Staat, musst sehr viel mehr Geld ausgeben für Erziehung und Bildung, für Wissenschaft und Forschung; auf dem Gebiet des Verkehrs sei viel nachzuholen, der zivile Luftschutz müsse der Regierung angelegen sein. Dann ist das Gesundheitswesen unzureichend, und zur Schlussapothese gehören natürlich der blaue Himmel und das reine Wasser. Ich frage alle rechtschaffenen Menschen, ob diese Unwahrhaftigkeit politische Methode werden soll. Was da verlangt wird, kostet doch Geld, und zu glauben, dass das nicht das Geld der Staatsbürger sein müsste, sondern dass der Staat aus irgendwelchen geheimnisvollen Quellen, so wie der Zauberer das Karnickel aus dem Zylinder, Gelder hervorzubringen könnte, grenzt an politischen Betrug. (S. 892 Gafj)

173

Aus dem freiheitlichen Geist, der in dem Abbau der Zwangswirtschaft seinen sichtbarsten Ausdruck fand, erwuchs auch das Streben, den Haushalt durch einen systematischen Ausgabenabbau zu ordnen. (S. 34 WfA)

Da ist ferner der Schrei nach mehr und besseren Straßen; dem Staat wird einfach die Schuld zugeschoben, wenn sich im Verkehrsbereich unhaltbare Zustände entwickeln. Alles protestiert, wenn etwa der Wohnungsbau gekürzt werden sollte, und selbstverständlich wird verlangt, dass die sozialen Leistungen womöglich noch verbessert werden. Aber wer fragt schon danach, woher diese Mittel kommen und wie die tausendfachen Ansprüche befriedigt werden soll! (S. 520 Gafj)

Vergessen wir vor allem nicht, dass auch die Freiheit ihren Preis hat und dass uns in dieser Welt die Segnung des Friedens nicht ohne Opfer geschenkt wird. (S. 520 Gafj)

Die nüchterne Erkenntnis lehrt uns aber, dass das Volkseinkommen jeweils nur einmal ausgegeben werden kann und dass es an uns allen liegt, die Rangordnung der Werte und der Zwecke zu bestimmen. „Wir alle“ – das bedeutet Verantwortung für jeden Einzelnen. Und wenn ich auch gewiss der Meinung bin, dass die menschliche Wohlfahrt immer an erster Stelle zu stehen hat, so ist dieses Prinzip doch nicht einem schrankenlosen, blinden Egoismus gleichzusetzen. (S. 520 Gafj)

Es wäre schon beruhigend, wenn ich gewährleistet sähe, dass das deutsche Volk bei der Wahrnehmung sei-

ner Gruppeninteressen der Volkswirtschaft wenigstens nicht mehr abverlangen wollte, als diese nach „Adam Riese“ zu leisten vermag. Eine Lösung allerdings würde dies noch immer nicht bedeuten, weil der Staat um des Volkes willen gar nicht darauf verzichten kann, über das instinkthafte Verhalten des Einzelnen hinaus das Ganze und das Morgen zu bedenken. (S. 521 Gafj)

Es wird zu überlegen sein, ob wir weiterhin alljährlich aus Steuermitteln Milliardenbeträge als staatliche Subventionen auch dorthin verteilen dürfen, wo sie angesichts der inzwischen weit verbesserten wirtschaftlichen Lage nicht mehr unbedingt erforderlich sind (...) (S. 633 Gafj)

Wenn der Staat es ablehnt, währungspolitische Todsünden zu begehen, die alles zerstören müssten, was er zuvor an Wiederaufbau geleistet hat, dann kann er Kaufkraft – gleich ob in Form von Unterstützungen, Krediten, Darlehen oder Subventionen – nur insoweit spenden, als er den Gegenwert vorher seinen Staatsbürgern durch Besteuerung abgenommen hat. Ich halte daher eine Politik, die den Staat auf solche Weise in den Besitz von Kapital bringt, um ihn darauffolgend wieder zu privaten Ausleihungen zu befähigen, für moralisch höchst anrühlich. (S. 250 f. WfA)

3. GEGEN DIRIGISMUS UND STAATLICHES DIKTAT

Wenn Sie einmal die Rechnung durchführen (...) und vergleichen einmal, dann werden Sie finden, dass in den Zeiten, in denen die Marktwirtschaft möglichst frei sich entfalten konnte (...), dass dort der Anteil von Lohn und Gehalt am Volkseinkommen oder auch am Preis des einzelnen Produkts immer höher gewesen ist als dann, wenn der Staat die Dinge allzu stark in die Hand genommen hat. Je stärker der staatliche Eingriff in die Wirtschaft ist, je mehr der Staat durch die Mittel der Planung und der Lenkung glaubt, die Dinge zum Besseren wenden zu können, desto mehr werden diese Dinge tatsächlich für das Arbeitseinkommen ungünstiger. Das lässt sich rechnerisch sogar beweisen. (S. 177 GafJ)

Der Staat, der entgegen den marktwirtschaftlichen Gegebenheiten durch willkürliche und künstliche Preisbindungen die soziale Ordnung und Ruhe gewährleisten zu können glaubt, handelt in Wahrheit unsozial, weil er sich mit entsprechenden Rechtsanordnungen juristische Deckung für Ereignisse und Entwicklungen

verschafft, die durch Diktat zu beeinflussen, (...), gar nicht in seiner Macht liegen. (S. 255 GafJ)

Unsere Zeit ist so schnelllebig geworden, dass wir kaum mehr die innere Geduld finden, sich ein Ereignis organisch vollenden zu lassen. Kaum bedrückt uns eine Sorge, dann sind auch schon alle geneigt, besondere staatliche Maßnahmen zu fordern. Ich dagegen bin der Auffassung, dass es in einer wirklich frei spielenden funktionsfähigen Marktwirtschaft nicht bei jeder vorkommenden Gelegenheit sofort staatlicher Eingriffe bedarf. Ich bin in der geradezu komischen Situation, dass ich mich als Wirtschaftsminister dagegen wahren muss, dirigistisch einzugreifen, selbst wenn die meisten Leute in der Wirtschaft solche Maßnahmen verlangen, und ich meine vornehmste Aufgabe darin erblicke, den Ast abzusägen, auf dem ich sitze! Das ist beileibe kein Scherz. (S. 336 GafJ)

Mit der Abhängigkeit vom Kollektiv und vom Staat gewinnt der einzelne Mensch nicht Sicherheit, sondern er geht umgekehrt ihrer verlustig. Der zur Vermassung hindrängende Wohlfahrtsstaat bringt den Menschen nicht Wohlfahrt, sondern zuletzt immer nur Armut, Unordnung und sklavische Abhängigkeit. (S. 375 GafJ)

Der Aufblähung der öffentlichen Haushalte muss Einhalt geboten werden, und darum muss der Staat aus unter-

nehmungswirtschaftlichen Aufgaben, aber auch aus anderen privaten Lebensbereichen, auf seine legalen Aufgaben zurückgedrängt werden. (S. 375 Gafj)

Es herrscht die individuelle Freiheit, und dies umso mehr, je weniger sich der Staat anmaßt, den einzelnen Staatsbürger gängeln oder sich gar zu seinem Schutzherrn aufspielen zu wollen. Solche „Wohltat“ muss das Volk immer teuer bezahlen, weil kein Staat seinen Bürgern mehr geben kann, als er ihnen vorher abgenommen hat – und das noch abzüglich der Kosten einer zwangsläufig immer mehr zum Selbstzweck ausartenden Sozialbürokratie. (S. 543 Gafj)

178 Je mehr wir planwirtschaftliche Elemente in die Wirtschaftspolitik hineintragen, um so mehr werden wir zwangsläufig dahin kommen, das nicht mehr die berufenen Organe der Gemeinschaft und nicht mehr die politisch verantwortlichen Regierungen bzw. der Ministerrat die eigentliche Wirtschaftspolitik bestimmen, sondern es wird dies immer von einer Behördenapparatur besorgt werden. Das scheint mir immerhin auch ein Einwand zu sein, dessen Berechtigung nicht ohne weiteres abgestritten werden kann. (S. 779 Gafj)

Es ist zwangsläufig, dass, wenn man sich auf die Ebene der Planifizierung oder Programmierung begibt und

sich in solche rechenhaften Vorstellungen verstrickt, die materiellen Fakten und Elemente immer stärker in den Vordergrund rücken. Damit wächst die Gefahr, dass der „Mensch“ zu kurz kommt, denn ihn können Sie nicht rechenhaft erfassen. (S. 779 Gafj)

Wer allerorts Rückschläge und Misserfolge des Dirigismus in anderen Ländern beobachtet, begreift schwer, dass ausgerechnet die Bundesrepublik nach einer langen Reihe von Jahren, die durch anerkannte Erfolge ihrer Wettbewerbspolitik gekennzeichnet sind, zu einer planifizierten Wirtschaft übergehen soll. Niemand wird von mir erwarten, dass ich meine Haltung gegenüber solchen Ideen ändern könnte. (S. 841 Gafj)

Wurde die angeblich freie Marktwirtschaft von gestern (...) durch die Verfälschung des Freiheitsbegriffes vielfach von Unternehmenseite zu manipulieren versucht, so droht der Sozialen Marktwirtschaft durch eine falsche Ausdeutung des Begriffes „Sozial“ die Gefahr, durch einen immer stärker werdenden Dirigismus bzw. einen immer mächtiger aufkommenden Kollektivismus nunmehr von Staatswegen manipuliert zu werden. (S. 1050 Gafj)

In allen Kreisen unseres Volkes besteht nur eine einzige Sehnsucht: aus dieser Zwangsjacke befreit zu werden (...) Es kann also der Weg nur dahin gehen, wieder zu freie-

ren marktwirtschaftlichen Formen zurückzufinden, den Zwang, der das einzelne Individuum, den Verbraucher vom Konsumenten bis zum Produzenten hin täglich gepeinigt hat, wieder aufzulösen (...) (S. 103 WfA)

Jeder institutionelle Lösungsversuch bringt die Gefahr mit sich, in Scheinlösungen stecken zu bleiben. (S. 308 WfA)

Die Institution muss vielmehr dienen – und zwar ausschließlich –, um die Funktion des gemeinsamen Marktes zu unterstützen; sie muss helfen, Freiheit zu eröffnen. Wenn dagegen die Institution selbst „ordnen“ will, ist sie fehl am Platze. (S. 308 WfA)

Der moderne Mensch ist tatsächlich so sehr daran gewöhnt, sich eine echte Ordnung nur dann vorstellen zu können, wenn diese in Organisationen oder in einem Heer von Beamten Ausdruck findet und womöglich noch der Sand in der Maschine hörbar wird. (S. 308 WfA)

Gewiss hat nicht jeder, der damals beim Wirtschaftsminister anklopfte, die Konsequenzen seiner Wünsche klar erkannt, – hat nicht begriffen, dass die kleine Staatsintervention die größere gebiert, dass dem vermeintlichen harmlosen Anfang aus innerer Gesetzmäßigkeit

schwerwiegende Konsequenzen folgen müssen. (S. 332 WfA)

Was wir brauchen, ist meiner Ansicht nach nicht ein Planungsprogramm, sondern ein Ordnungsprogramm. Es macht übrigens einen großen Unterschied aus, ob ein einzelner Unternehmer glaubt, in einer spezifischen Form der Vorausschau die Entwicklung des Marktes besser beurteilen zu können, oder ob der Staat von sich aus über das Instrumentarium der Wirtschaftspolitik hinaus die Entscheidungen der Unternehmungen unmittelbar zu beeinflussen sucht. (S. 779 Gafj)

Wenn von sozialistischer Seite sowohl die „aktive Lohnpolitik“ als auch die Notwendigkeit eines steigenden Investitionsbedarfs bejaht – gleichzeitig aber die Auffassung vertreten wird, dass die Probleme der Automation nicht mehr in privatwirtschaftlicher Regie gelöst werden können, dann gehört wenig Phantasie dazu, um zu erkennen, dass die Sozialisten Morgenluft wittern, dass sie einen Ansatzpunkt auch für eine gesellschaftliche Revolution gefunden zu haben glauben und dass sie morgen die staatliche Planwirtschaft und einen neuen Dirigismus an den angeblichen Notwendigkeiten der neuen technischen Entwicklung aufhängen möchten. Ich kann dazu nur sagen: Ich warne Neugierige! (S. 218 WfA)

4. STEUERPOLITIK MASSVOLL GESTALTEN

Das wäre doch wirklich ein grotesker Zustand, dass wir zunächst alle Steuern zahlen und dann alle anstehen, um schließlich vom Staat (...) unsere eigenen Mittel zurückzuerhalten. (S. 37 GSM)

Der realpolitische Betrachter wird akzeptieren müssen, dass der moderne Staat heute Riesenaufgaben zu bewältigen hat. Wenn sicher auch alles getan werden sollte, um eine Einschränkung artfremder Staatsfunktionen zu erreichen – mit dem konsequenten Abbau von Bewirtschaftungs- und Preisvorschriften habe ich meinen Beitrag hierzu geleistet –, so wird man sich doch damit abfinden müssen, dass in der Mitte des 20. Jahrhunderts eine wesentliche Entlastung des Staates nicht sehr wahrscheinlich ist. Andererseits aber wird man das sehr berechtigte Anliegen aller Staatsbürger wie auch der Wirtschaft anerkennen wollen, dennoch zu einer Senkung der steuerlichen Belastung zu gelangen. Dieses Ziel kann aber auch nur erreicht werden, wenn wir die Staatsausgaben wenigstens auf der gegenwärtigen, ja keineswegs unbeträchtlichen Höhe zu halten vermö-

gen. Wenn nur dieses gelingt, dann wird in Zukunft die steuerliche Entlastung des Staatsbürgers und der Wirtschaft bei einer weiteren Steigerung des Sozialproduktes gleichwohl als Befreiung spürbar werden. Es eröffnen sich hoffnungsvolle Aspekte! (S. 13 WfA)

Wenn der von mir geforderte Ausgabenstopp durchgesetzt und die Entwicklung des Sozialproduktes in ähnlicher Weise fortschreiten würde, dann ist leicht einzusehen und auszurechnen, welche Senkung der steuerlichen Belastung vorgenommen werden könnte. Nur auf diese Weise auch ist eine echte und wirklichkeitsnahe Lösung des uns alle bedrückenden Steuerproblems denkbar. (S. 13 WfA)

Um es deutlich zu sagen – die Verantwortung liegt bei jedem Einzelnen selbst. Es ist beispielsweise in höchstem Maße widerspruchsvoll, wenn der Staatsbürger über die unerträgliche Höhe der Steuerlast klagt, gleichzeitig aber vom Staate Hilfen erwartet, die diesem das moralische Recht geben, noch immer höhere Steuern einzuheben. Das gilt für die staatlichen Investitionshilfen, für die staatlichen Kreditgewährungen und für alle Arten staatlicher Subventionen. (S. 345 GafJ)

Der (...) von sozialistischer Seite immer wieder angestellte Versuch, durch eine sogenannte „Andersverteilung

des Sozialprodukts“ die Wirkung einer falschen Politik für die Gruppe der Arbeitnehmer nicht spürbar werden zu lassen, den Arbeitsgebern hingegen immer höhere Lasten aufzubürden, hat vor allem angesichts der breiten mittelständischen Fundierung unserer Wirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit nichts mehr zu tun, sondern kann nur noch als eine anarchistische, die freie Gesellschaftsordnung zerstörende Politik bezeichnet werden. (S. 495 GafJ)

Ohne den Mechanismus der Marktwirtschaft zu beeinträchtigen, können auf solche Weise Entwicklungen angestoßen werden, die mit dem Geist einer freien Gesellschaft nicht mehr zu vereinbaren sind. Man denke z.B. an die Steuerpolitik, hinsichtlich deren Fortführung auch in Deutschland kollektivistische Gedanken vordringen: eine noch immer weiter zugespitzte Erhöhung der Einkommensteuer zu Lasten höher Verdienender, eine drastische Erhöhung der Grund-, Vermögens- und Erbschaftsteuer werden zwar als sozialer Fortschritt dargeboten, obwohl rechnerisch und aus langer internationaler Erfahrung nachweisbar ist, dass der vermeintliche fiskalische Gewinn durch den Verlust an wirtschaftlicher Energie mehr als aufgewogen wird. (S. 1048 GafJ)

5. VERANTWORTUNG DER POLITIK

Wäre die Wirtschaft ein bloßer Mechanismus, so bliebe der Wirtschaftspolitiker immer nur Mechaniker, der sich in der Materie und in Zahlen gefangen halten lässt. Wer aber Wirtschaftspolitik – und das heißt das Schicksal eines Landes und Volkes – nach vorgestellten Werten und Zielen bewusst zu formen sucht, wird zugleich auch immer den Menschen und seine Reaktionen wie auch das Gefüge der Gesellschaft mit in Rechnung stellen müssen. (S. 541 GafJ)

Unser Tun dient nicht nur der Stunde, dem Tag oder diesem Jahr. Wir haben die Pflicht, in Generationen zu denken und unseren Kindern und Kindeskindern ein festes Fundament für eine glückliche Zukunft zu bauen. (S. 846 GafJ)

Die Politik hat alle Lebensbereiche einzuschließen. Und je besser sie das zu besorgen vermag, desto friedlicher wird die Welt geordnet und in ihr die Menschen verbunden sein. (S. 852 GafJ)

Auch von der Politik her drohen wir auf eine falsche

Bahn zu geraten, wenn wir den Wohlfahrtsstaat immer mehr perfektionieren wollen, dabei aber die menschlichen Beziehungen und Verantwortungen innerhalb der Wirtschaft und Gesellschaft gar vollends veröden lassen. (S. 474 GafJ)

Es gilt aber, einen Anfang zu machen, einen sichtbaren Beweis dafür zu liefern, dass wir willens sind, nicht nur kühne Aspekte zu eröffnen, sondern auch praktische Wege zu weisen. (S. 504 GafJ)

Gewiss soll das nicht besagen, dass dieses System der (Sozialen) Marktwirtschaft ohne Spannungen und Störungen wäre. Wie in der Vergangenheit, so müssen auch in der Zukunft immer neue Probleme gemeistert werden. (S. 539 GafJ)

Weil es keine Wunder gibt, bedürfen die Realitäten des Lebens und die materiellen Umweltbedingungen wohl immer voller und ernster Berücksichtigung, aber es ist nicht minder wichtig, die Imponderabilien, das heißt das Atmosphärische des Geschehens sowie das sich ja immer zu Handlungen verdichtende geistige und seelische Verhalten der Menschen in das Kalkül einzubeziehen. (S. 541 GafJ)

Das wirtschaftliche Schicksal wird vielmehr von dem Verhalten der Menschen bestimmt, und weil dieses wieder von Hoffnungen, Befürchtungen, von Vertrauen oder Zweifel in die Zukunft geformt wird, bleibt es eine wichtige wirtschaftspolitische Aufgabe, Einfluss auf die Geister, Seelen und Herzen der Menschen zu gewinnen. (S. 727 GafJ)

In ruhigem Gleichmaß und in Anlehnung an die Leistungs- und Wettbewerbsbedingungen der freien Welt sollten wir nach meiner Vorstellung das Beste tun, um dem sozialen Anliegen unserer Zeit gerecht zu werden. Aber wir sollten nicht wieder einmal – wie Kinder im Spiel – die politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen unseres Seins zerschlagen, um, wenn sich unsere selbsterstörerische Wut ausgetobt hat, wieder von vorne anfangen zu müssen. Ich wiederhole: Noch ist es Zeit, Schaden von uns abzuwenden. (S. 733 GafJ)

Über alle Parteien hinweg gibt es auch in den lebenswichtigen Fragen des wirtschaftlichen und sozialen Schicksals eine gemeinsame Verantwortung und Verpflichtung. Seien wir wach und kampfbereit; denn hinter dem Geschehen der Gegenwart kann das Verhängnis lauern. (S. 759 GafJ)

Wer Millionen von Menschen vertritt, wird unabhängig von deren individuellen Wünschen und Vorstellungen eine andere Sprache führen als die Repräsentanten kleinerer, wenn auch in anderer Hinsicht mächtiger Gruppen. (S. 763 Gafj)

Hier wird ein Dilemma der Politik erkennbar, das in die Fragestellung mündet, ob die Politik in jedwedem Bereich und unbeeinflusst von Augenblickerscheinungen fest und zielklar nach vorbestimmten Grundsätzen bzw. festen Ordnungsvorstellungen ausgerichtet sein soll, oder ob es umgekehrt die Kunst der Politik wäre, sich jedweden Wandlungen anzupassen. Aus meiner eigenen menschlichen und politischen Haltung heraus vertrete ich den Standpunkt, dass auf die Dauer nur die Geradlinigkeit und Unbeirrbarkeit des Handelns Erfolg verbürgt, aber ich bin mir natürlich bewusst, dass eine so konsequente Politik nicht immer als bequem empfunden wird und darum nur allzu leicht als unzulässige Starrheit oder gar dogmatische Sturheit gebrandmarkt werden möchte. (S. 764 Gafj)

Die Zielstrebigkeit unserer Politik und ihre Vitalität bedeuten keine Machtpolitik; sie ist eine Politik der Mitte, die um die Notwendigkeit der Verständigung und des Ausgleichs weiß. (S. 845 Gafj)

Um so mehr Grund aber haben wir, die Klarheit und die Folgerichtigkeit unserer Konzeption herauszustellen, die da lautet, dass die freie Konsumwahl zu den in den Sternen geschriebenen Grundrechten eines Volkes und jedes einzelnen Menschen gehört und dass es demgegenüber ein Verbrechen an der Würde und an der Seele des Menschen bedeutet, ihn durch staatliche Willkür zum Normalverbraucher erniedrigen zu wollen. Eine Politik, die sich von solcher Schuld frei wissen will, ist allerdings nur ehrlich zu nennen, wenn sie um eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts bzw. des Volkseinkommens besorgt ist. (S. 254 Gafj)

Der Wirtschaft die geistige, die seelische und die materielle Ausrichtung zu geben, das ist zuletzt Sache der Politik, Angelegenheit der Gesellschaft. Wenn diese meine Ansicht nicht den Verdacht aufkommen lassen kann, dass ich das Materielle überbewerte, so glaube ich andererseits, dass vielleicht mit Ausnahme des Genies der Mensch sich seiner Persönlichkeit und Würde erst bewusst werden kann, wenn er nicht von materiellen Sorgen, von den kleinen Nöten des Alltags geplagt ist, d. h. also, wenn das Materielle dank der Möglichkeit einer Befriedigung keine übermächtige Rolle zu spielen braucht. (S. 138 WfA)

Wenn festgestellt werden darf, dass in der Bundesrepub-

lik sowohl die liberalistische Wirtschaft der Vergangenheit als auch die staatliche Befehlswirtschaft als überwunden gelten können, ergibt sich daraus die Aufgabe, das Neue an dieser unserer Wirtschaftspolitik deutlich zu machen. Das Neue daran ist, dass der Staat heute nicht mehr den einzelnen Menschen ansprechen will, dass mithin der Wirtschaftsminister nicht mehr Befehle an die Unternehmer erteilt, dass er sie von Stempeln, Genehmigungen und Konzessionen und Lizenzen befreit. Er geht dabei von dem Grundsatz aus: Der Unternehmer soll ebenso wie der Arbeiter und jeder andere Staatsbürger im Bereich seines persönlichen Tuns und Lassens frei sein. Natürlich bedeutet das nicht Hemmungslosigkeit und Zügellosigkeit. An Stelle des unmittelbaren Befehls durch den Staat oder – und diese zweite Feststellung ist ebenso bedeutsam wie die erste – anstatt des Verzichts auf jeglichen Eingriff ist die Wirtschaftspolitik heute von der Absicht getragen, die ihr an die Hand gegebenen Instrumente der Wirtschaftspolitik zu benutzen, um ständig neue Energien auszulösen, neue Chancen zu eröffnen, aber auch um unfruchtbare Wege zu verbauen, – d. h. also mit der Auswahl und Kombination der Mittel die Wirtschaft vorwärts zu drängen zu neuem Fortschritt und weiterer Expansion.

(S. 139 WfA)

6. VON REDLICHER UND UNREDLICHER POLITIK

Die Verwirklichung des Gedankens der Wohlstandsmehrung zwingt zum Verzicht auf jede unredliche Politik, die dem nur optischen Scheinerfolg den Vorzug vor dem echten Fortschritt gibt. Wem dieses Anliegen ernst ist, muss bereit sein, sich jedweden Angriffen auf die Stabilität unserer Währung energisch zu widersetzen. Die soziale Marktwirtschaft ist ohne eine konsequente Politik der Preisstabilität nicht denkbar. Nur diese Politik gewährleistet auch, dass sich nicht einzelne Bevölkerungskreise zu Lasten anderer bereichern. (S. 15 f. WfA)

Die Reaktion ist immer die gleiche: Man stimmt grundsätzlich zu, aber man hält die Zeit noch nicht für gekommen. Die Zeit wird nie kommen, wenn wir sie nicht bestimmen und nützen.

(S. 331 Gafj)

Es hat in den letzten Jahren bestimmt nicht an kategorischen Imperativen, Empfehlungen und sittlichen Appellen gefehlt, den nationalen Protektionismus und Egoismus zu überwinden. Aber wie das immer ist bei ka-

tegorischen Imperativen – sie sind so schön zu verkünden, und es ist so bequem, ihnen auszuweichen. (S. 334 Gafj)

Es gibt kaum eine verlogenerere Ideologie als diese, dass es im Interesse des Volkes bzw. der arbeitenden und wirtschaftenden Menschen liegen würde, das volkswirtschaftliche Produktivkapital in staatliches Eigentum und öffentliche Verfügung zu bringen, weil – wie man arglistig argumentiert – das, was des Staates ist, ja sozusagen auch des Volkes. Mit der Forderung nach Sozialisierung oder Nationalisierung glaubte man einmal die Massen begeistern zu können, während sich heute nur noch die verbohrtesten Ideologen und interessierte Funktionäre an den matten Reminiszenzen jenes falschen Gesellschaftsideals erwärmen möchten. (S. 499 Gafj)

Wer das hierzulande auf vier Jahre geltende Parlamentsmandat nicht als den Auftrag versteht, nach bester eigener Einsicht zu handeln, wer es nur als den Platz zwischen zwei Wahlen begreift, der wird sich tunlichst auf Aktivitäten beschränken, die tatsächlich oder scheinbare Popularität versprechen. Wer überwiegend wahltaktisch zu denken geneigt ist, der wird spätestens von der Mitte jedes Vier-Jahres-Zyklus ab eher öffentliche Zuwendungen versprechen als besondere Belastungen in

Aussicht stellen, auch wenn sie im wohlverstandenen Interesse des ganzen Volkes liegen. (S. 633 Gafj)

Wer heute notwendige Opfer aus vordergründigen Popularitätsgesichtspunkten umgehen möchte, versündigt sich am Funktionsprinzip der parlamentarischen Demokratie. Überdies wird er mit Sicherheit der Verurteilung durch den Wähler dann verfallen, wenn Versäumnisse, die heute verschuldet werden, morgen zu schweren Rückschlägen führen und unsere Sicherheit, den Bestand unserer freiheitlichen Ordnung und auch unseren Wohlstand in Frage stellen. (S. 634 Gafj)

Je besser es innerhalb der einzelnen Volksschichten zu gelingen scheint, Gefühle und Ressentiment über Vernunft, Einsicht und Verantwortungsbewusstsein zu stellen, umso mehr feiern die Auswüchse Triumphe. Dazu ist fast eine Art umgekehrter Korrelation dergestalt festzustellen, dass mit der Schwäche oder gar Unhaltbarkeit der Argumentation die Lautstärke, mit der Forderungen erhoben werden, zunimmt. (S. 637 Gafj)

Das Vertrauen in unseren Rechtsstaat ist nur solange gesichert, wie die politisch Verantwortlichen durch ihr eigenes Verhalten das gute Beispiel vorleben. (S. 817 Gafj)

Wir wollen keine Politik des Augenzwinkerns, keine

Schaukelpolitik und der Unklarheiten. Wir brauchen im Innern und nach außen das Vertrauen in die Zielstrebigkeit unserer Politik (...) (S. 877 GafJ)

Wir unterstehen dem zwingenden Gebot, uns nach dem Gesetz, nach dem wir angetreten sind, auch innenpolitisch treu zu bleiben, d.h. keiner Anfechtung unserer freiheitlichen kollektivfeindlichen Ordnungsformen zu erliegen, weder engstirnigen Augenblicksinteressen zu liebe noch im Alltag der Wirtschaft überhaupt. Diese Notwendigkeit besteht nicht erst seit heute, aber wir sind ja so herrlich praktisch geworden – und so wunderbar kurzsichtig zugleich. In vielen Köpfen sind die weiter angelegten Konzeptionen einer tagesbezogenen Taktiererei gewichen. (S. 665 GafJ)

194

7. DEMOKRATIE SCHÜTZEN

Der demokratische Staat hat nur so lange Bestand, als er von freien Menschen getragen wird. (S. 343 GafJ)

Und darum bin ich der Meinung: Die Wirtschaftspolitik, die wir eingeschlagen haben, hat zwar natürlich auch eine ökonomische Zielsetzung, aber sie hat vor allem eine soziale und eine politische Zielsetzung: die Auflösung des

Zwangs, die Freiheit des Volkes und die Förderung des demokratischen Gedankens in Deutschland, ohne den wir nie zu einer Zusammenarbeit kommen können, ohne den wir nie zu einer wirklichen Form einer Demokratie kommen können, wie sie uns von anderen Völkern vorgelebt wird. (S. 161 GafJ)

Was uns Not tut, ist nicht die sozialistische Religion einer Vergottung der Staatsgewalt, sondern die Wiedererweckung und das lebendige Erleben einer echten Staatsautorität. Wir verabscheuen jegliche Formen eines verlogenen, materiell ausgerichteten Nationalismus, der als eine Spielart kollektivistischer Denkweise den deutschen Menschen nur an der Ausprägung seiner Persönlichkeit, seines Stolzes, seiner Würde wie seiner demokratischen Rechte und Freiheiten hindert. Dieses nach unserem harten Schicksal anzustrebende höchste Ziel setzt voraus, dass ein machthungriger Staat nicht noch einmal in die privatesten Bereiche des menschlichen Lebens eindringt, sondern dass er sich auf seine arbeitsbezogenen Aufgaben beschränkt und nur darin die sittliche Rechtfertigung finden kann, dass er sich als Diener und Helfer des Volkes erweist. (S. 215 GafJ)

195

Ich habe immer meine Pflicht darin gesehen, über mein Tun und Denken öffentlich Rechenschaft zu legen und

mich Freund und Feind zu stellen, weil ich nur zu gut weiß, dass echte Demokratie nur auf solche Weise gelebt und erlebt werden kann. (S. 224 Gafj)

Meine Wirtschaftspolitik ist getragen von dem Vertrauen in die Kraft der Persönlichkeit und von der Setzung der menschlichen Freiheit als höchstem Wert jeder Gemeinschaft. (S. 228 Gafj)

Bei Gewerkschaftskundgebungen hat man Bilder mitgeführt mit der Aufschrift „Erhard und Adenauer an den Galgen“. Lieber aber wollte ich am Galgen hängen, als auch nur einen Schritt vor den Elementen zurückzuweichen, die unsere Demokratie bedrohen! Wir bleiben auf dem Boden der Sozialen Marktwirtschaft! (S. 314 Gafj)

Nicht das ist das Entscheidende, dass wir in der Beurteilung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Fragen von vornherein übereinstimmen und das zum Gradmesser der Bewertung einer Persönlichkeit machen, sondern dass wir gerade umgekehrt bereit sind, derartige Auseinandersetzungen als den unverzichtbaren Wert einer demokratischen Ordnung gelten zu lassen. (S. 532 Gafj)

Es bedarf keiner weiteren Beweise, um zu erkennen, wie sehr die Demokratie durch das Ausspielen und Durchsetzen von Machtpositionen gefährdet ist. Man braucht

noch nicht einmal Pessimist zu sein, um zu der Feststellung gelangen zu müssen, dass viele Demokratien sich insoweit in einer ernsten Krise befinden. Das Problem der Einordnung der organisierten Gruppeninteressen in das Gesamtgefüge von Volk und Staat ist jedenfalls noch lange nicht befriedigend gelöst. Diese also noch nicht bewältigte Aufgabe verleitete in jüngster Zeit in wachsender Zahl immer mehr Gruppen dazu, der Volkswirtschaft im Ganzen mehr abzuverlangen, als diese zu leisten und zu geben vermag. Alle so erzielten Erfolge erweisen sich schon heute dem Wissenden als Pyrrhussiege. Jeder einzelne Staatsbürger bezahlt sie in Form leicht ansteigender Preise täglich und stündlich buchstäblich in Mark und Pfennig. (S. 16 WfA)

Demokratien sind noch niemals – wie wir es ja selbst erlebt haben – durch mächtige Organisationen vor dem Verfall bewahrt worden; sie können und werden vielmehr immer nur solange bestehen, als sie von Menschen getragen werden, die um den Wert und den Segen der Freiheit wissen. Wo Demokratien bedroht sind, bedarf es des persönlichen Mutes, ja ich möchte es profan ausdrücken, der Zivilcourage der Staatsbürger zur Selbstbehauptung. (S. 503 Gafj)

Ich habe darum keine Hemmung, es deutlich auszuspre-

chen: Das sind die Feinde des deutschen Volkes, die seiner bequemen Neigung entgegenkommen, sich im Maßlosen zu verlieren und um der Gunst des Augenblicks willen das Glück und die Zukunft derer, die nach uns kommen, aufs Spiel setzen. (S. 638 Gafj)

Ich habe totalitären Herrschaftsformen zu bewusst widerstanden, als dass ich heute nicht das Recht hätte, gewisse Schwächen der Demokratie anzusprechen. Diese liegen nicht so sehr in den demokratischen Spielregeln selbst als in der Art und dem Geist ihrer Handhabung. (S. 723 Gafj)

Das Eintreten der Nationaldemokratischen Partei in die Landtage von Hessen und Bayern, das Aufkommen neuer nationalistischer Töne in Deutschland sind ein Symptom dafür, wie weit bereits Unzufriedenheit und Staatsverdrossenheit erfolgreich geschürt wurden. Diese Symptome haben gewiss nichts mit einer Wiedergeburt des Nationalsozialismus zu tun noch sind sie ausgelöst von Elend und Not. Ich erblicke in ihnen vielmehr eine Herausforderung aller demokratischen Kräfte der Bundesrepublik, unsere Demokratie überzeugend darzustellen. Dann wird sich das deutsche Volk weder von politischen Scharlatanen noch von berufsmäßigen Opportunisten beeindrucken lassen. Man kann aber vom Bürger nicht erwarten, auf seine Demokratie und seine demokratischen Einrich-

tungen stolz zu sein, wenn man ihm ständig durch Bild und Wort zu suggerieren trachtet, wie schlecht es doch um diese Einrichtungen bestellt sei. (S. 1024 Gafj)

Meine Mitbürgerinnen und Mitbürger: Keine Demokratie gedeiht ohne Toleranz. Wo politischer Widerstreit immer gleich zum Freund-Feind-Verhältnis entartet, nimmt die Demokratie Schaden. Wer den anderen nicht durch das bessere Argument widerlegen, sondern innenpolitisch nur noch verketzern will, trifft nicht den Gegner, sondern zerstört das zuletzt doch gemeinsame Fundament. (S. 1024 Gafj)

Staatskapitalismus und Staatssozialismus sind gleich fluchwürdige Formen des menschlichen Zusammenlebens und müssen in ihren Wurzeln ausgerottet werden. (S. 375 Gafj)

8. DEMOKRATIE STATT ZWANG UND WILLKÜR

Dies eben ist ein Teil jenes Unterschieds zwischen totalitären und demokratischen Systemen, dass in jeder freihheitlichen Ordnung den Staatsbürgern – im Guten und im Bösen – die volle Verantwortung über ihr Sein und

Werden obliegt, während der Kollektivismus die Freiheit der Entscheidung durch Befehl und Zwang ersetzt.

(S. 543 GafJ)

Unter Diktaturen sind die Lebensmöglichkeiten eines Volkes weder durch seinen Fleiß noch durch seine Sparbereitschaft vorgegeben, sondern durch das einseitige Gebot der Gewalthaber bestimmt, deren oberstes Prinzip immer nur die Festigung und Mehrung ihrer Macht – ihrer Allmacht – sein wird: Die Macht wächst in dem gleichen Maße, als sie jede freiheitliche Regung unterbindet und eine sklavische Abhängigkeit schafft.

(S. 543 f. GafJ)

200 Weil sich aber totalitäre Systeme auf die Dauer im eigenen Raum verschließen und erschöpfen, kommt aus solchem Antrieb noch hinzu, dass jene Mächte eine weltweite Revolution und Expansion anstreben und zu diesem Behuf noch einmal ihren Machtapparat zu verstärken trachten. Bei alledem ist leicht einzusehen, dass die Vertröstung der in Armut und Not lebenden Völker auf das „Paradies von morgen“ immer mehr der inneren Wahrhaftigkeit entbehrt und wohl auch immer weniger geglaubt wird. (S. 544 GafJ)

Wenn sich die Völker der hochentwickelten Industriestaaten eines hohen Lebensstandards erfreuen dürfen,

so geraten sie heute nur allzu leicht in den Geruch satter materialistischer Gesinnung, während die totalitären Staaten aus der erzwungenen Primitivität ihrer Bevölkerung eine Tugend machen möchten, die von heroischer Hingabe zeugen soll. Noch schlimmer aber ist es, wenn diese Umfälschung der Werte von der Welt noch geglaubt werden würde. Zwischen dem Vorwurf, dem „Götzen Lebensstandard“ hörig geworden zu sein, und dem Drängen, erst einmal einen bescheidenen Lebensstandard zu erreichen, zieht sich ein weites Feld hin; aber daraus wird auch deutlich, dass es vom Materiel- len her eine Bestimmung über Gut und Böse nicht geben kann – es sei denn, dass die vom Schicksal und der Geschichte begünstigten Völker jenen anderen zu helfen bereit sein sollten, die ohne eigenes Versäumnis und noch weniger ohne eigene Schuld zurückstehen. (S. 551 GafJ)

Man kann ein Volk unter totalitären Zwang zu politischer Geschlossenheit formieren, und man kann freie Völker im Bewusstsein, dass sie höchste Lebenswerte zu verteidigen haben, zu fester Einheit zusammenfügen; aber man möge sich nicht einbilden, dass es auf die Dauer Mischformen von Kollektivismus und Freiheit geben könnte oder die beiden Prinzipien in den einzelnen Lebensbereichen von unterschiedlicher Geltung oder Bedeutung sein könnten. Wer dem kollektivistischen Geist

darum im Inneren Raum gibt, öffnet ihm, wenn auch unbewusst, die Türe von außen. (S. 703 GafJ)

Politischer Zwang und totalitäre Herrschaft gehören zusammen, weil sie sich nur so behaupten können. Auf der anderen Seite entspricht es dem Wesen der politischen Freiheit, dass sie ihre Entsprechung findet in der wirtschaftlichen und der menschlichen Freiheit schlechthin. (S. 1016 GafJ)

9. NEUE HERAUSFORDERUNGEN

202 Der Politiker sieht sich in dieser unruhigen Welt, in der wir in uns selbst keine Sicherheit mehr finden können, in der Lage eines Schachspielers, dem mitten im Turnier ein Brett mit 100 statt 64 Feldern und einem zusätzlichen Dutzend unbekannter Figuren auf den Tisch gestellt wird. Zwar sind die Grundregeln des Spiels gleichgeblieben, aber um das Spiel zu gewinnen, muss der Spieler die neuen Bedingungen, unter denen er handelt, voll erfassen und sein Handeln darauf einstellen. (S. 663 GafJ)

Wir erkennen, dass die Politik der Zukunft nicht mehr allein von den großen Mächten, den Vereinigten Staaten,

der Sowjetunion und den freien europäischen Staaten beeinflusst wird. Die Länder Asiens und Afrikas werden den weltpolitischen Ablauf der Zukunft wesentlich mitbestimmen. Das wieder bedeutet, dass wir unsere Anstrengungen, die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Staaten zu verstärken, wesentlich erhöhen müssen. (S. 663 GafJ)

VI. DER UNTERNEHMER IM FOKUS

1. Mittelstand als Rückgrat der Gesellschaft
2. Verantwortung des Unternehmers
3. Unternehmerfreiheit geht vor
4. Selbständigkeit fördern

1. MITTELSTAND ALS RÜCKGRAT DER GESELLSCHAFT

Wer die freie Unternehmerwirtschaft will und wer in der unternehmerischen Funktion etwas Wertvolles erblickt, der kann - nein, der muss deshalb auch die Marktwirtschaft mit allen ihren Risiken bejahen. (S. 328 GafJ)

Der freie Unternehmer steht und fällt mit dem System der Marktwirtschaft. In jeder anderen Ordnung wird er mehr und mehr zum bloßen Vollzugsorgan fremden Willens und zum Funktionär planwirtschaftlicher Entscheidungen herabgewürdigt. (S. 350 GafJ)

Die Übertragung von Verantwortungen (...) bedeutet ein System, in dem der Unternehmer neben der Sicherung seiner wirtschaftlichen Existenz zugleich eine volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllt, wenn sie auch für den Einzelnen nicht immer sichtbar und erkennbar ist. Er ist sich seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung gar nicht bewusst; aber er erfüllt seine volkswirtschaftliche Aufgabe dennoch, wenn in dem System der freien Marktwirtschaft die freie Preisbildung und der Motor des Wettbewerbs geschützt und lebendig bleiben. Man kann hier

nicht irgendein Stück herausbrechen, ohne das System im Ganzen zu verfälschen. (S. 398 Gafj)

Ich glaube, es fördert das deutsche Ansehen und das Ansehen deutschen Unternehmers, wenn er um sich ein Klima schafft, das ein deutliches Bekenntnis zur Marktwirtschaft, zur unternehmerischen Freiheit und zum Wettbewerb ausstrahlt. (S. 399 Gafj)

Hinsichtlich der sozialen Sicherung des selbständigen Erwerbstätigen ist vor allem entscheidend, dass die Bereitschaft zu freier und eigenverantwortlicher Bewältigung der Lebensrisiken wesensgemäß mit zu den Grundelementen des Selbständigseins in einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gehört. (S. 463 Gafj)

Selbständigkeit in der Marktwirtschaft bedeutet, aus eigenem Antrieb und auf eigene Verantwortung eine unabhängige Erwerbstätigkeit auszuüben und damit Träger der unternehmerischen oder geistigen Initiative zu sein. Den Selbständigen steht daher in besonderem Maße die Wahrnehmung der in der Wirtschaft liegenden Chancen offen, was andererseits aber auch erfordert, dass sie die damit verbundenen wirtschaftlichen Risiken selbst tragen müssen. (S. 463 Gafj)

So mag man aus engerer Sicht manche Gründe dafür

anführen können, das die menschliche Arbeitskraft unabhängig von dem möglichen Produktivitätsfortschritt in den einzelnen Gebieten Anspruch auf gleichartige Entlohnung erheben kann; aber man kann nur mitleidig lächeln, wenn gegen jeden gesunden Menschenverstand die Behauptung gewagt wird, dass eine Politik der Lohngleichmacherei ausgerechnet mittelständischen Interessen diene. (S. 635 Gafj)

Wie liegen denn die Dinge wirklich? Soweit gewerkschaftliche Forderungen die Leistungskraft der Volkswirtschaft im Ganzen übersteigen, mögen zwar hochrationalisierte Großbetriebe dank hoher Produktivität in der Lage sein, derartige Kostenerhöhungen noch abzufangen; ja, man hat den Eindruck, dass gerade die höchste industrielle Leistung manchen Gewerkschaftsführern zur Orientierung ihrer Lohnbemessung dient. Was aber folgt daraus? Die in ihrer Produktivität nachgeordneten, das sind im Regelfall mittelständische Unternehmungen, geraten wettbewerbsmäßig mit zunehmendem Abstand ins Hintertreffen und liegen am Ende im geschlagenen Felde. (S. 753 Gafj)

Aus dem Gesagten ist wohl deutlich genug ersichtlich, dass es einen freien Unternehmer nur auf der Grundlage einer freiheitlichen politischen Ordnung und demgemäß auch nur im Rahmen eines marktwirtschaftlichen Sys-

tems geben kann. Jede Einengung dieser Freiheiten lässt den Unternehmer unfähig werden, auch für sein Land Fruchtbares zu leisten, ohne dass mit der Preisgabe dieses Prinzips nach aller Erfahrung auch nur die geringste Hoffnung auf bessere Lösungen oder brauchbaren Ersatz winkte. (S. 1044 GafJ)

Der immer mehr wahrzunehmende Hang und Drang breiter Bevölkerungsschichten nach Schutz in kollektiver Sicherheit ist freiheitlich gesinnten Menschen nicht angeboren, sondern wesentlich Folge einer Entwicklung, die besonders mittelständische Existenzen und freiberuflich Tätige fragen und daran zweifeln lassen, ob angesichts des Geldwertschwundes ihre Lebensarbeit und –leistung zu einer Daseinsfürsorge ausreichen. (S. 1049 GafJ)

Wenn man mich nun fragt, wie ich mir die ideale bzw. idealtypische Beziehung zwischen den Teilnehmern am Wirtschaftsprozess und dem Staat und seiner Regierung vorstelle, dann darf ich wiederholen (...): Ich kann den Mittelstand nicht anders verstehen – und nur auf dieser Grundlage bekenne ich mich zum Mittelstand –, als dass er diejenige Schicht von Menschen umfasst und umfassen will, die aus eigener Verantwortung und jeder für sich selbst kraft eigener Leistung seine Existenz sicherzustellen bereit ist. (S. 144 WfA)

Die ‚Qualitäten‘, die der Mittelstand als Wert herausstellen muss, sind: Die Selbstverantwortlichkeit für das eigene Schicksal, die Selbständigkeit der Existenz, der Mut, aus eigener Leistung zu bestehen und sich in einer freien Gesellschaft, einer freien Welt behaupten zu wollen. Alles, was Sie von dieser Freiheit, von diesem Mut zum Leben, von dem Wert der Selbständigkeit und der Individualität der Leistung wegnehmen, wird nicht zu einer Stütze für den Mittelstand, sondern zu einem Schlag gegen den Mittelstand (...) Wenn gerade in diesen Schichten unseres Volkes der Mut, aus eigener Kraft bestehen zu wollen, durch die eigene Leistung sich zu bewahren, verlorengeht, dann bleibt von dem Mittelstand wirklich nichts anderes übrig als eine Schicht von Menschen, die Schutz verlangen, um etwas besser leben zu können als andere. Aber damit wäre auch der ethische Wert des Mittelstandes verlorengegangen. (S. 145 WfA)

Es ist über alle Maßen eindeutig, dass es sich bei den kartellfähigen Schichten nicht um diejenigen handelt, in denen sich der Mittelstand betätigt. Die mittelständischen Unternehmungen arbeiten in der Veredlung, in der verarbeitenden Industrie. Wir finden sie im Konsumgüterbereich, im Handel und im Handwerk. Vergesse auch niemand, dass durch Kartellmanipulationen die Kaufkraftmenge nicht um einen einzigen Pfennig vergrößert wird. Die Folge ist, dass in einer kartelldurchsetzten

Wirtschaft die vorhandene Kaufkraft nicht ausreicht, um das gesamte Güterangebot zu absorbieren – es sei denn zu Lasten der nicht kartellfähigen Wirtschaftszweige, also vornehmlich der mittelständischen Schichten.

(S. 187 WfA)

2. VERANTWORTUNG DES UNTERNEHMERS

Der Schutz der Bevölkerung vor Umweltschäden macht es notwendig, dass die Wirtschaft ihre soziale Verpflichtung bei der Entwicklung der Technik durch Maßnahmen zur Abwehr von Schäden für die Menschen erkennt und verwirklicht. (S. 835 GafJ)

Es ist eine Verleumdung, wenn ich als der Mann hingestellt werde, dem es nur darauf ankommt, ganz bestimmte Interessen zu verteidigen. Das Gegenteil ist der Fall. Ich verlange in letzter Konsequenz gerade von den verantwortlichen Unternehmern, die über den Produktions- und Verteilungsapparat der Volkswirtschaft verfügen, die größten Opfer, die höchste Einsicht und Verantwortung. (S. 134 WfA)

Wir werden – das ist meine feste Überzeugung – nur so

lange eine freie Unternehmungswirtschaft haben, als wir von Staats wegen über die Freiheit wachen. Wenn man im unternehmerischen Lager allenthalben geglaubt hat, sich darüber beschweren zu müssen, dies wäre umgekehrt eine unbillige Einschränkung der Freiheit durch den Staat, dann kann ich darauf nur erwidern, dass es eine falsch verstandene Freiheit ist, wenn man meint, unter dem Namen und mit dem Dogma der Freiheit die Freiheit selbst unterdrücken zu können. So wie es im staatlichen, d. h. im politisch gesellschaftlichen Raum eine Ordnung durch das Grundgesetz gibt, dass das Zusammenleben der Menschen regelt und die Beziehungen gestaltet, so gilt ein Gleiches für die Wirtschaft. Hier sind die Verantwortungen klar geschieden. Der Unternehmer hat die Verantwortung für seinen Betrieb; dort kann er mit Fug und Recht fordern, dass sein Handeln von staatlicher Weisung oder Gängelung frei bleibt, dass er also echte unternehmerische Freiheit und Freizügigkeit genießt und üben darf. Ich bin der erste, der den Unternehmer in dieser Forderung unterstützt. Die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik aber hat allein der Staat zu tragen. Wir wissen, wohin es führt, wenn man diese beiden Funktionen miteinander vermengt. (S. 137 f. WfA)

Das ist das Unbequeme an einer konsequenten Politik, dass sie nach beiden Seiten gilt! Der Unternehmer, der bereit ist, Gewinne zu machen, muss selbstverständlich

auch den Mut haben, Verluste hinzunehmen – dafür ist er Unternehmer! (S. 329 GafJ)

Kapital fällt also nicht vom Himmel, sondern muss zuerst erarbeitet und dann durch Verzicht auf sofortigen Konsum konsolidiert werden. Dieser Satz gilt sogar für alle Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. Die entscheidende Frage ist nur jeweils, wie viel Kapital gebildet und für welche Zwecke es verwendet wird. (S. 496 GafJ)

Je komplizierter die technischen Apparaturen und das Zusammenspiel der Kräfte der Wirtschaft werden, um so höher wachsen die Anforderungen, die auf manuellem, geistigem und auch auf charakterlichem Gebiet an den Menschen gestellt werden, um so mehr erfordert die Wirtschaft Persönlichkeiten, die nur in einer umfassenden Bildung und Erziehung geformt werden können. (S. 516 GafJ)

In der Sozialen Marktwirtschaft, die dem Unternehmer eine hervorragende Funktion zugeordnet hat, weil sie seiner Schaffenskraft, seinem Einfallsreichtum und seiner Risikobereitschaft vertraut, ist gerade der Unternehmer – wie allerdings auch jeder andere Bürger – zugleich Subjekt und Objekt der Politik. (S. 755 GafJ)

Der Unternehmer erwartet billigerweise, dass er von wirt-

schaftspolitischen Entscheidungen rechtzeitig Kenntnis erhält und dass sein Rat und auch seine berechtigten Interessen der Gesetzgebung Berücksichtigung finden. (S. 756 GafJ)

Der Unternehmer kann nur solange seine Daseinsberechtigung erweisen, als er die Funktion eines freien Unternehmers mit allen Chancen, aber auch mit allen Risiken zu erfüllen bereit ist. Nur solange ist er unersetzlich und unangreifbar, als er gewillt ist, sich auf dem freien Markt im freien Wettbewerb zu bewähren. (S. 182 WfA)

Wir stehen vor sozialpolitisch wichtigen Gesetzen, von denen ich nach ressortmäßiger Zuständigkeit nur auf die von uns bejahte überbetriebliche Mitbestimmung verweisen möchte. Während das verwaschene, anonyme und niemals zu lebendigem Bewusstsein kommende Mit-eigentumsrecht des Arbeiters an den Produktionsmitteln, wie es in der Sozialisierung Ausdruck findet, niemals zu einer inneren Beziehung von Mensch und Werk führen kann, streben wir die lebendige Anteilnahme und eine gesunde Interessenverbindung an und glauben, dass das individuelle Miteigentum, z.B. in Kleinaktien oder anderen Formen der Gewinnbeteiligung, gute und fruchtbare Mittel der sozialen Verständigung wie auch der wirtschaftlichen Harmonie und Zusammenarbeit sein können. (S. 266 GafJ)

Wir fördern alle Bestrebungen, die das Gefühl der gemeinsamen Verantwortung für die gemeinsame Arbeit am gleichen Werke wecken und stärken, und wollen die Würde jedes Menschen in allen Bereichen seines Lebens gewahrt und geschützt wissen. (S. 266 GafJ)

3. UNTERNEHMERFREIHEIT GEHT VOR

Wer da allerdings glauben möchte, dass eine spezifische „Kontrolle“ der wirtschaftlichen Unternehmungen durch staatliche oder gemeinwirtschaftliche Organe das Übel heilen oder verhindern könnte, oder gar dem Wahn huldigt, dass staatliche Unternehmungen schon aus der Konstruktion heraus von Sünden jeder Art frei wären, gibt sich nach aller historischer Erfahrung und nach logischer Ableitung einem groben Trugschluss hin. Nichts verleitet mehr zum Missbrauch der Macht als die Häufung der Macht in der Hand eines Kollektivs. (S. 601 GafJ)

(Das) demokratische Grundrecht der Konsumfreiheit muss seine logische Ergänzung in der Freiheit des Unternehmers finden, das zu produzieren oder zu vertreiben, was er aus den Gegebenheiten des Marktes, d. h. aus den Äußerungen der Bedürfnisse aller Individuen als notwendig und erfolgsversprechend erachtet. Konsumfreiheit und

die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung müssen in dem Bewusstsein jedes Staatsbürgers als unantastbare Grundrechte empfunden werden. Gegen sie zu verstoßen, sollte als ein Attentat auf unsere Gesellschaftsordnung geahndet werden. Demokratie und freie Wirtschaft gehören logisch ebenso zusammen wie Diktatur und Staatswirtschaft. (S. 14 WfA)

Der freie Unternehmer steht und fällt meiner felsenfesten Überzeugung nach mit dem System der Marktwirtschaft. In jeder anderen Ordnung wird er mehr und mehr zum bloßen Vollzugsorgan fremden Willens und zum funktionslos planwirtschaftlicher Entscheidungen herabgewürdigt. Wenn der Unternehmer nicht mehr die volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllen will, sich im freien Wettbewerb zu messen, – wenn eine Ordnung gesetzt wird, die nicht mehr die Kraft, die Phantasie, den Witz, die Tüchtigkeit und den Gestaltungswillen der individuellen Persönlichkeit erfordert, wenn der Tüchtigere nicht mehr über den weniger Tüchtigen obsiegen kann und obsiegen darf, dann wird auch die freie Unternehmungswirtschaft nicht mehr lange Bestand haben. Es würde eine allgemeine Verflachung, eine Abwälzung der Verantwortungen Platz greifen; das Streben nach Sicherheit und Stabilität müsste eine Mentalität erzeugen, die mit echtem Unternehmergeist nicht mehr in Einklang zu bringen ist. (S. 191 WfA)

Ich bin mir bewusst, dass der Angriff der Kollektivistinnen aller Sorten gegen die Marktwirtschaft die Unterhöhnung der Unternehmerfunktion zum Ziele hat. Wenn darum das Streben nach Kollektivbindungen sogar im Lager der Unternehmer überhand nimmt, dann wird wahrscheinlich früher, als es diese Unternehmer glauben, der Zeitpunkt kommen, der auf der politischen Ebene die Frage auftauchen lässt, mit welchen Gründen denn noch privates Eigentum an den Produktionsmitteln und das freie wirtschaftliche Entscheidungsrecht des Unternehmers vertreten werden kann. (S. 191 WfA)

Es kann in Deutschland schlechthin keinen glühenderen Verfechter der freien Unternehmungswirtschaft geben, als ich das für mich in Anspruch nehme. Ich bin dieser Einstellung in den nunmehr acht Jahren, in denen ich die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik trage, gegenüber allen Verdächtigungen, Anfeindungen und Schmähungen treu geblieben und habe die Ordnung einer freien Unternehmungswirtschaft kraftvoll verteidigt. Die Geschichte wird es erweisen, dass ich im Kampf um dieses Kartellgesetz die Stellung und Funktion des freien Unternehmers besser verteidigt habe als jene unbelehrbaren Kreise, die im Kartell das Heil des Unternehmers erblicken. (S. 191 WfA)

Jeder Unternehmer kann und darf das frei produzieren

und frei verkaufen, was der Markt verlangt. Er ist darüber hinaus hinsichtlich der Betriebsgestaltung, der Rationalisierung und seiner Investitionsvorhaben frei, wie es dem Wesen einer Unternehmungswirtschaft im Leistungswettbewerb auf freien Märkten entspricht. (S. 99 WfA)

Es kommt also entscheidend darauf an, dass man in der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber dem Staat jene stolze Haltung bezieht, die ihren Ausdruck in dem dringenden Wunsch findet, von „zu viel Staat“ verschont und befreit zu sein. (S. 144 WfA)

Nun mag von meinen Gegnern die Frage aufgeworfen werden, ob die von mir so betonte Freiheit des Unternehmers nicht gerade dadurch zu sehr eingeschränkt wird, dass man dem Unternehmer nicht mehr gestatten möchte, seine Freiheit so zu gebrauchen, wie er es für richtig hält, das heißt also auch gegebenenfalls dazu zu benutzen, die freie Betätigung des einzelnen Unternehmers einzuschränken. Ich gebe gern zu, dass es sich hierbei um die zentrale Frage der Marktwirtschaft moderner Ausprägung handelt. Diese Frage zu stellen und zu beantworten, heißt den eklatanten Unterschied zwischen der sozialen Marktwirtschaft, wie wir sie in Westdeutschland seit 1948 zu verwirklichen suchen, und der liberalistischen Wirtschaft alter Prägung aufzuzeigen. Nach

meiner Auffassung beinhaltet die soziale Marktwirtschaft eben nicht die Freiheit der Unternehmer, durch Kartellabmachungen die Konkurrenz auszuschalten; sie beinhaltet vielmehr die Verpflichtung, sich durch eigene Leistung im Wettbewerb mit dem Konkurrenten die Gunst des Verbrauchers zu verdienen. Nicht der Staat hat darüber zu entscheiden, wer im Markt obsiegen soll, aber auch nicht eine unternehmerische Organisation wie ein Kartell, sondern ausschließlich der Verbraucher. Qualität und Preis bestimmen Art und Richtung der Produktion, und nur nach diesen Kriterien vollzieht sich auf der privatwirtschaftlichen Ebene die Auslese. In dieser Sicht ist die Freiheit ein staatsbürgerliches Recht, das von niemandem außer Kraft gesetzt werden darf. (S. 172 WfA)

220

Der Unternehmer ist unangreifbar, wenn ein freier Leistungswettbewerb die Funktion des freien Unternehmers tatsächlich unentbehrlich macht, und wenn über den Leistungswettbewerb und den sich vollziehenden Fortschritt ein Preis zustande kommt, der dem Verbraucher optimale Lebensmöglichkeiten eröffnet. Die Mentalität des Verbrauchers gegenüber unserer Wirtschaftsordnung wird sich immer mehr zum Positiven wandeln, wenn der Staatsbürger die Gewissheit haben kann, dass er über den freien Markt sein Schicksal selbst bestimmt und er nicht anonymen wirtschaftlichen Kräften und Mächten ausgesetzt ist. (S. 178 f. WfA)

Das ist meine feste Überzeugung, dass unsere Zeit den deutschen Unternehmer – den freien deutschen Unternehmer – zu immer neuer Bewährung aufruft.

(S. 334 WfA)

In Zeiten, in denen nur die Sonne scheint, in denen es eine wahre Lust ist, Unternehmer zu sein, gehört zu dem Bekenntnis der Freiheit wenig Mut und wenig Gesinnung – aber sich auch in der Bedrängung zum Prinzip der Freiheit und Freizügigkeit zu bekennen, das macht erst die wahre unternehmerische Haltung, die unternehmerische Bewährung aus. (S. 334 WfA)

Wo die Marktwirtschaft in ihrer Funktion gehemmt ist, sollte die Forderung dahin lauten, die Bedingungen der Freiheit so weit als möglich herzustellen. Die Industrie kann fordern, dass der Staat die Freizügigkeit des Unternehmers nicht künstlich oder über Gebühr beschränkt, dass ihm die Steuerpolitik des Staates genügend Kapital belässt, um den unternehmerischen Aufgaben im volkswirtschaftlichen Interesse genügen zu können. Kämpft die Industrie in dieser Weise, dann kämpft sie in der richtigen Stoßrichtung. Dann wird sie von mir jede Unterstützung erwarten können. (S. 157 WfA)

221

4. SELBSTÄNDIGKEIT FÖRDERN

So wichtig es ist, ein Gleichgewicht der verschiedenen Betriebsformen aufrechtzuerhalten, so muss es doch das Anliegen der Gesellschaftspolitik sein, nicht nur vorhandene selbständige Existenzen zu sichern, sondern vielleicht sogar mehr noch neue Selbständigkeiten zu ermöglichen, wenn sie sich nicht in einer nach rückwärts gerichteten Ideologie verfangen will. (S. 613 Gafj)

Gesellschaftspolitisch verdient das Selbständigwerden in jedweder Form sogar den Vorrang vor der bloßen Bewahrung. (S. 614 Gafj)

Eine nicht weniger wichtige Aufgabe kommt der Schaffung von Selbständigkeit zu. Dabei genügt es nicht allein, an eine Mittelstandspolitik zu denken, für deren Berechtigung wir immer eintreten werden. Die Aufgabe, Selbständigkeit im weitesten Sinne zu schaffen, kann in einer freien Gesellschaft jedoch nicht auf einzelne Gruppen beschränkt bleiben, und untauglich ist auch das Prinzip, vorhandene Positionen durch Interventionen sichern zu wollen, die einen echten Leistungswettbewerb nur zu verfälschen oder sogar zu unterbinden geeignet sind. (S. 616 Gafj)

Der Prozess, durch den Menschen der verschiedensten Berufe selbständig werden, lässt sich kaum institutionalisieren, sowenig uns der Versuch zur Gewährleistung absolut gleicher Startbedingungen tauglich erscheint. Angesichts vieler Hilfen, die bereits vorhandenen Berufspositionen (...) gewährt werden, (...) sollte im Fortgang der weiteren Entwicklung versucht werden, auch dem nach selbständiger Tätigkeit Strebenden Vorteile zugute kommen zu lassen, die ihn zu solchem Wagnis ermutigen. (S. 616 Gafj)

Soweit sich die Chancen für die Selbständigkeit auf echte Leistungen gründen, ist die Selbständigkeit als gesellschaftspolitischer Wert zu erhalten und auszubauen. (S. 616 Gafj)

Wir wollen in Deutschland mehr Selbständigkeit schaffen, weil wir der Überzeugung sind: je mehr wir Menschen die Möglichkeit geben, aus eigener Kraft und aus eigener Verantwortung tätig zu sein, um so mehr wirken wir den Massenerscheinungen, der Vermassung und Kollektivierung entgegen, und um so besser und um so festgefügt wird unser Staat sein gegenüber der Bedrohung unserer Sicherheit und unserer Freiheit. (S. 629 f. Gafj)

In jedem Falle sind schwerste Bedenken gegen alle Versuche geltend zu machen, die selbständigen Er-

werbstätigen in die Kollektivsicherung einzubeziehen. Die Bereitschaft zu freier und eigenverantwortlicher Bewältigung der Lebensrisiken ist notwendige Voraussetzung des Selbständigseins in einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Selbständigkeit in der Marktwirtschaft bedeutet, aus eigenem Antrieb und eigener Verantwortung heraus eine unabhängige Erwerbstätigkeit auszuüben und damit zugleich Träger unternehmerischer oder geistiger Initiative zu sein. Den Selbständigen steht einerseits die Wahrnehmung der in der wirtschaftlichen Entwicklung liegenden Chancen offen, was andererseits aber auch zur Folge haben muss, dass sie die damit verbundenen wirtschaftlichen Risiken zu tragen bereit sind. Eine so geartete Position im Wirtschaftsleben kann im System der Marktwirtschaft keinesfalls durch den Staat garantiert werden. Sie muss vielmehr, wenn sie ihren eigentlichen Sinn erfüllen soll, allein durch wirtschaftliche Leistung, durch die Bereitschaft und den Mut zum Wagnis, vor allem aber durch den Willen zu selbstverantwortlicher und individueller Lebensgestaltung täglich aufs neue erworben werden. Daraus ergibt sich die geradezu zwingende Konsequenz, dass von den Selbständigen in unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auch eine selbstverantwortliche und eigenständige Vorsorge gegenüber den sozialen Lebensrisiken gefordert werden muss.

(S. 256 f. WfA)

Es bedeutet einen Widerspruch in sich selbst und überdies eine unverantwortliche Bevorzugung, in einer freien Wirtschaftsordnung jedem Staatsbürger die Chance zu einer selbständigen Tätigkeit zu geben und mit den Mitteln einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik den Auf- und Ausbau selbständiger Existenzen zu fördern, dann aber diesen gleichen Selbständigen sogar durch staatlichen Zwang die Verantwortung für die individuelle Lebensgestaltung abzunehmen. Die notwendigerweise immer schematische Zwangsversorgung übersieht dabei, dass es sich bei den selbständigen Gewerben und freien Berufen um jeweils sehr heterogene und in sich differenzierte Gruppen handelt, und dass hier folglich eine individuelle, den Bedürfnissen des Einzelfalls Rechnung tragende Vorsorge unmöglich wird. (S. 256 WfA)

Eine kritische Auseinandersetzung wird überdies auch nicht an der Frage vorbeigehen können, wohin es denn führen müsste, wenn heute die freien Berufe darangehen wollten – jede Gruppe für sich –, ein System kollektiver Versorgung aufzubauen. (S. 256 WfA)

VII. DER BÜRGER IM FOKUS

1. Freier Bürger statt Untertan
2. Eigenverantwortung und Pflichten der Bürger
3. Das Leben selbst gestalten

1. FREIER BÜRGER STATT UNTERTAN

Wenn das Gefühl der Abhängigkeit vom Staat und seiner Gnade oder von Kollektiven überhand nimmt, kann man auch keine Zivilcourage erwarten. Aber auf diesem Wege werden freie Bürger zu Untertanen degradiert. (S. 1049 Gafj)

Je mehr sich der einzelne Bürger und hier wieder vor allem der private Unternehmer durch immer stärkere Einflussnahme (des Staates) auf den Wirtschaftsablauf auf schwankendem Boden fühlt, desto weniger Risikobereitschaft wird er bezeugen, aber er wird dazu auch das Gefühl für den Wert der Unabhängigkeit verlieren. (...) So reiht sich schließlich ein Glied an das andere, bis sich das menschliche Individuum in den Ketten der Unfreiheit sieht und am Ende die Funktionäre über unsere Lebensordnung beschließen. (Ludwig Erhard: Beiträge zu seiner politischen Biographie, Propyläen 1972, S. 489)

Alles andere liefe auf einen Versorgungsstaat hin, an „dessen Ende der soziale Untertan und die bevormundete Garantierung der materiellen Sicherheit durch einen allmächtigen Staat, aber in gleicher Weise auch die Läh-

mung des wirtschaftlichen Fortschritts in Freiheit stehen wird. (S. 252 WfA)

Ein Volk, das seiner Gegenwart und Zukunft gewiss sein will, hat (...) keine andere Wahl, als seine Leistungsbereitschaft zu steigern und sich dessen bewusst zu sein, dass es die richtigen Entsprechungen zwischen Verbrauchen und Sparen, aber auch zwischen Arbeitszeit und Freizeit zu finden und zu wahren hat. Andere Verlockungen sind billig und leichtfertig: sie kommen der Neigung zur Bequemlichkeit entgegen und wirken sich umso fluchwürdiger aus. (Ludwig Erhard: Deutsche Wirtschaftspolitik. Econ-Neuaufgabe 1992, S. 393)

230 Ich bin allerdings der Meinung, dass nicht ich, sondern das deutsche Volk von Glück sagen kann, wenn die dauernd das öffentliche Wohl im Munde führenden Planungsbürokraten ihre verderbliche, seelenlose Macht über das von ihnen unwürdig bevormundete deutsche Volk nicht noch länger ausüben konnten. (S. 210 GafJ)

Wir müssen den Mut und die Kraft zu dem rechten Entschluss finden. Ich kann Ihnen sagen, wenn ich einen Ehrgeiz habe, dann den, in Zukunft meine ganze Anstrengung darauf zu richten, den deutschen Menschen wieder zu befreien und ihm wieder zum Bewusstsein seiner eigenen Kraft, seiner Stärke

und seiner Würde zu verhelfen. (S. 367 GafJ)

Wenn der Bürger nicht mehr die Überzeugung hegt (...), sein eigenes Schicksal aus eigener Kraft gestalten zu können, dann verkümmert auch der Mut zu einem freien Bekenntnis. (S. 1049 GafJ)

Man wird argumentieren, dass jemand, der eine bestimmte Berufsbezeichnung führen will, dann auch ganz bestimmte, fixierte Voraussetzungen erfüllen müsse, dass er nicht nur sachlich einen Befähigungsnachweis zu erbringen hätte, sondern auch eine moralische Garantie bieten müsse, um jenen geschützten Beruf ausüben zu können. Dann gibt es neue Gremien, denen gegenüber diese globale Fähigkeit zu beweisen ist, – und allmählich wird dann aus dem freien Bürger wieder der Untertan, der Verbeugungen zu machen hat, um sich behaupten zu können. (S. 146 WfA)

Die Stellung des Individuums im Staat oder besser die Einstellung des Bürgers zum Staat sollte jedem politisch Verantwortlichen ständig Anlass ernster Überlegung sein. Unter diesem Gesichtswinkel möchte ich wenigstens am Rande zu der Organisationswilligkeit, um nicht zu sagen: Organisationswut, welche das 20. Jahrhundert kennzeichnet, Stellung nehmen. Hierin hat die früher oft belächelte biedere Vereinsmeierei der Deutschen eine

neue und gefährliche Form angenommen. Sie hat der Überzeugung Vorschub geleistet, man müsse nur starke und mächtige Organisationen aufbauen, die in der Lage sind, in politisch machtvollen Kundgebungen ihren Willen darzutun, um damit zu erreichen, dass der Staat vor interessengebundenen Forderungen kapituliert. Offensichtlich bemühen sich heute manche der großen Interessengruppen, nach diesem Prinzip zu verfahren. Das Praktizieren dieser Anmaßung muss notwendigerweise den Staat zum Spielball der Interessenten werden lassen. (S. 192 WfA)

232

2. EIGENVERANTWORTUNG UND PFLICHTEN DER BÜRGER

Jeder Einzelne ist aufgerufen, dafür zu sorgen, dass wir wieder zu Formen des Zusammenlebens von Menschen kommen, in denen sich der Staatsbürger zunächst einmal für das Schicksal selbst verantwortlich fühlt und nicht mehr bereit ist, in einer nebelhaften Anonymität unterzugehen – darum aber auch nicht vorbehaltlos einer Institution das Recht einräumt, ihr Mandat nach Belieben zu handhaben. (S. 194 WfA)

Rufe doch um Gottes willen nicht mehr nach dem Staat,

sondern tue alles, um den Staat wieder zurückzudämmen und zurückzudrängen aus den privaten Lebensbereichen, in die er eingedrungen ist (...). (S. 364 GafJ)

Wir müssen uns in dieser – allerdings schon recht späten – Stunde auf uns selbst, unsere Verantwortung, unsere Pflicht gegenüber dem Schicksal des deutschen Volkes und des Staates besinnen. (S. 522 GafJ)

Wenn jeder und alle Gruppen glauben, ohne Rücksicht auf das Ganze den Augenblick für sich nutzen zu können, aber gleichwohl bereit sind, die Konsequenzen ihres eigenen Verhaltens dem Staat als Schuld anzulasten und ihn allein für die Stabilität verantwortlich zu machen, dann ist ein Grad der Verirrung und Verwirrung erreicht, der den gesunden Sinn aller Wohlmeinenden herausfordern müsste. (S. 605 GafJ)

233

Wenn wir hier von Verantwortung sprechen, dann meine ich nicht nur die Verantwortung für irgendein Tun, die Verantwortung für irgendeine spezielle Entscheidung, wie sie gerade ansteht und uns täglich abgefordert wird, sondern die Verantwortung für unser Handeln, für unsere Haltung und Gesinnung schlechthin, d.h. die Verantwortung vor unserem Gewissen, die Verantwortung vor Gott und den Menschen. (S. 677 GafJ)

Immerhin aber kann nicht übersehen werden, dass die Fähigkeit und die Bereitschaft zur eigenverantwortlichen Vorsorge in enger Beziehung und Abhängigkeit von Art und Umfang der kollektiven Sicherheit stehen. (S. 834 GafJ)

3. DAS LEBEN SELBST GESTALTEN

Das berechtigte Verlangen, dem Individuum größere Sicherheit zu geben, kann m. E. nur dadurch erfüllt werden, dass wir über eine Mehrung des allgemeinen Wohlstandes jedem Einzelnen das Gefühl seiner menschlichen Würde und damit auch die Gewissheit vermitteln, dass er von jedweden Gewalten unabhängig ist. Das mir vorschwebende Ideal beruht auf der Stärke, dass der Einzelne sagen kann: „Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“ (S. 251 WfA)

Die stärkste Stütze einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist der Wille der Individuen, sich die Freiheit ihrer Lebensführung zu bewahren und sich nicht in allen Lebensäußerungen schablonisieren, uniformieren und kollektivieren zu lassen. (S. 601 GafJ)

Darf ich mit einem weiteren Sprichwort enden, das da besagt: „Jeder ist seines Glückes Schmied.“ Die Umkehrung lautet im Bereich der Wirtschaftspolitik: Das Unheil erwächst immer nur aus eigener Schuld. Wenn wir alle dessen eingedenk bleiben, dann kann das Konjunkturgerede aufhören, und die Angst vor steigenden Preisen und schleichender Inflation wird dann zu einem blutleeren Gespenst. Uns überkommt kein Unheil, wenn wir es nicht selbst herausfordern. Dessen aber sei sich jeder-mann bewusst. (S. 606 GafJ)

Der Ruf dürfte nicht lauten: „Du, Staat, komm mir zu Hilfe, schütze mich und helfe mir“, sondern umgekehrt: „Kümmere du, Staat, dich nicht um meine Angelegenheiten, sondern gib mir so viel Freiheit und lass mir von dem Ertrag meiner Arbeit so viel, dass ich meine Existenz, mein Schicksal und dasjenige meiner Familie selbst zu gestalten in der Lage bin.“ (S. 252 WfA)

Ich bin der Meinung, dass es den Staat gar nichts angeht, wie der einzelne Staatsbürger sein Geld verbrauchen will, – dass er also in diesem Sinne nicht Morallehrer zu sein hat. Es soll vielmehr jeder Einzelne nach seiner Fassung selig werden. (S. 74 WfA)

VIII. MIT BLICK AUF UNSERE GESELLSCHAFT

1. Zur Gesellschaft allgemein
2. Familie
3. Im Interesse der Frau
4. Unsere Jugend
5. Die Neiddebatte
6. Gemeinschaft gemeinsam gestalten

1. ZUR GESELLSCHAFT ALLGEMEIN

Zum Wesen einer harmonisch befriedeten Gesellschaft gehört auch, das sich die Menschen aus den verschiedensten Lagern verständnisbereit zeigen und einander unvoreingenommen anhören, Meinungen gegeneinander abwägen und in dem, der einen anderen Standpunkt vertritt, nicht den unversöhnlichen Feind erblicken, der verdächtigt und beschimpft werden muss. (S. 751 GafJ)

Im Grund ist das Bedürfnis nach Anlehnung und Schutz durchaus verständlich: Die Wirtschaft hat sich funktio-
nell und räumlich entfaltet; die wirtschaftlichen Vorgänge haben an Anschaulichkeit verloren und werden nicht mehr unmittelbar erlebt; der einzelne Mensch hat trotz ständig fortschreitender Verbesserung seiner materiellen Lebenshaltung und trotz seiner Freizügigkeit nicht mehr das Gefühl, Subjekt einer Arbeitsteilung zu sein, sondern fühlt sich als Objekt eines ihm nicht mehr begreiflichen Geschehens. (S. 344 GafJ)

239

Kann ich aus eigener Kraft unter den gegebenen Umständen noch mein Leben gestalten oder nicht, bin ich allein, in eigener Verantwortung, Herr meiner Entschlüsse,

oder brauche ich zu allem und jedem die Hilfe und die Unterstützung des Staates? Kann ich meine Rechte und das was ich füglich fordern kann, selbst vertreten, bin ich dazu stark genug, oder muss ich mein Recht irgendeinem Kollektiv überantworten, muss die Organisation für mich sprechen? Alle diese Entwicklungen, die unverkennbare Zeichen der Gegenwart sind, haben uns dazu gebracht, dass wir alle ängstlich und unsicher geworden sind.

(S. 367 Gafj)

Wir können so reich werden, wie wir wollen; wir werden im Grunde genommen immer ärmer, immer unsicherer, immer abhängiger. Damit verlieren wir auch das Gefühl für den Wert und für die Würde der Persönlichkeit, und am Schlusse, wenn niemand mehr ganz aus sich heraus Sicherheit gewinnen kann, dann überantworten wir als ganzes Volk unsere Zukunft, unser Leben, unser Schicksal dem Staat. Zuletzt werden wir dann alle Sozialrentner, so wohlhabend wir auch sein werden!

(S. 367 Gafj)

Ich gehöre nicht zu jenen Pessimisten, die im Wohlstand eine Gefahr erblicken. Ich vertraue auf die seelischen Kräfte im Menschen, die ihn dazu bewegen, im materiellen Wohlergehen und in der persönlichen Freiheit eine sittliche Verpflichtung und nicht ein letztes Ziel zu sehen. (S. 429 Gafj)

Es ist da etwas nicht in Ordnung, wenn mehr Wohlstand und höherer Lebensstandard nicht zu einer Beruhigung, sondern gar zu einer Beunruhigung des Lebens führen. Zwar ist der Zweck der Wirtschaft immer der Verbrauch, aber das kann nicht zugleich der ganze oder gar letzte Sinn unseres Tuns sein.

(S. 474 Gafj)

Sicherlich ist es ein Fortschritt, wenn wir alle dank der zunehmenden Effizienz und Leistungsergiebigkeit unserer Arbeit mehr Freizeit, mehr Erholung, mehr Ruhe und Besinnung gewinnen können, aber zum Segen wird uns diese Entwicklung nur dann werden, wenn wir von diesen Gaben den rechten Gebrauch zu machen wissen.

(S. 512 Gafj)

Was mit alledem erstrebt wird, ist eine Gesellschaftspolitik, die von dem Willen getragen ist, zu einem klaren Ordnungsbewusstsein hinsichtlich der Gestaltung der Umwelt hinzufinden, in der der Einzelne ein freies und gesichertes Leben führen soll. Diese Aufgabe steht im Zeichen einer bessern Überschaubarkeit aller unserer Lebensbereiche. (S. 619 Gafj)

Nüchternheit in der Sache und innere Wahrhaftigkeit sind unerlässliche Voraussetzungen, um wichtige gesellschaftspolitische Aufgaben erfolgreich in Angriff zu neh-

men und sich nicht in romantischen Vorstellungen zu verlieren. (S. 833 GafJ)

Vergessen wir nicht, dass eine moderne und freiheitliche Gesellschaftspolitik den Menschen in dem Bewusstsein des Wertes und der Würde seiner Persönlichkeit stärken will. Dieses Bild hat unserer Sozialpolitik als Richtschnur zu dienen. (S. 834 GafJ)

Solange man auf der politischen Ebene nach dem Motto verfährt: Lasst uns weniger arbeiten, auf dass wir mehr konsumieren können! sind wir auf dem falschen Wege. Wenn der angestoßene Entfaltungsprozess aber in dem Sinne verläuft, dass unser Volk neben dem unverzichtbaren Wert auf Sicherung materieller Lebensführung in steigendem Maße eine geistige oder seelische Bereicherung als nützlich und wertvoll erachtet, dann werden wir in fernerer Tagen auch zu einer Korrektur der Wirtschaftspolitik kommen müssen. Niemand dürfte dann so dogmatisch sein, allein in der fortdauernden Expansion, d. h. im Materiellen, noch länger das Heil erblicken zu wollen. (S. 233 WfA)

242

2. FAMILIE

Wird, wie bei der materialistischen Einstellung der Gegenwart zu befürchten ist, mehr Freizeit zu mehr materiellem Verbrauch benutzt werden wollen, dann wird der Gegensatz zwischen verminderter volkswirtschaftlicher Leistung und höherem materiellem Genuss fast unauflösbar. Wenn indessen mehr Freizeit zu größerer Besinnung, zu mehr Muße, Ruhe und Beschaulichkeit, zu mehr Familiensinn und im Ganzen zu einer Hinlenkung auf nicht materielle Werte führen kann, wäre eine solche Entwicklung für die Folgezeit wohl zu begrüßen. (S. 441 GafJ)

243

Der Familie muss der ihr zukommende Platz in Gesellschaft und Staat gesichert werden. Sie hat einen Anspruch darauf, an dem wirtschaftlichen Aufstieg unseres Volkes teilzuhaben. (S. 835 GafJ)

Durch gleiche Bildungsmöglichkeiten auf den verschiedenen Stufen, je nach Neigung und Begabung, unserer Jugend – ohne Rücksicht auf Einkommen und Vermögen der Eltern – gleiche Lebens- und Fortkommenschancen einzuräumen, ist wesentlicher Bestandteil einer positiven Familienpolitik. (S. 835 GafJ)

3. IM INTERESSE DER FRAUEN

Ich bin gewiss, dass unsere Frauen, und besonders die erwerbstätigen und kinderreichen unter ihnen, sehr daran interessiert wären, endlich von jener Arbeit befreit oder doch entlastet zu werden, die zu den unangenehmsten im Haushalt gehört, nämlich vom Spülen und Abwaschen des Geschirrs. (S. 651 Gafj)

Es ist schwer verständlich, dass wir höchste technische Leistungen auf dem Gebiete der Raumschiffahrt, der Elektronik und des Maschinenbaus und noch auf vielen anderen Gebieten vollbringen, aber noch nicht einen Weg gefunden haben, eine Spülmaschine für den normalen Haushalt anzubieten, um damit zu einer Entlastung unserer Frauen beizutragen. Vielleicht rührt das daher, dass das Sache der Männer ist, die für Haushaltsfragen mangels eigener Beteiligung an dieser Arbeit zuwenig Verständnis aufbringen? (S. 651 Gafj)

4. UNSERE JUGEND

Vor allem junge Menschen wollen nach übergeordneten Werten und Maßstäben handeln. Sie erwarten, dass sich auch der Staat an diese Maxime hält. Unsere Jugend will vor Aufgaben gestellt werden! Je bewusster und wahrhaftiger wir sie darauf ansprechen, umso besser wird es uns gelingen, sie von dem falschen Weg des nur Geld-verdienen- und Versorgt-sein-Wollens abzubringen. (S. 817 Gafj)

5. DIE NEIDDEBATTE

Wie viele Millionäre es in einem Lande gibt, scheint mir weder bedeutsam noch ein Gradmesser des sozialen Gewissens zu sein, wenn nur in dem gleichen Land immer mehr Menschen zu mehr Wohlfahrt und sozialer Sicherheit finden. (S. 552 Gafj)

Dass Wohlstand Schattenseiten hat, ist wohlbekannt, und dass er nicht zufrieden macht, ist ein alter Hut. Herodot würde für seine trockene Feststellung: „Wenn es den

Menschen gut geht, können sie niemals genug bekommen“ heute zahlreiche Beispiele finden. (S. 668 Gafj)

Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Der Neidkomplex, von dem gerade wir deutschen Menschen nicht freizusprechen sind, spielt hier eine erhebliche Rolle. Der Vorteil, der dem einen gewährt wird, lässt den Nachbarn nicht mehr ruhig schlafen. Hierbei muss auch berücksichtigt werden, welche bedeutende Rolle die Funktionäre in unserem gesellschaftlichen Leben spielen. Der „Erfolg“ einer bestimmten Gruppe wird sehr schnell die Mitglieder einer anderen Gruppe veranlassen, ihren Funktionär, ihren Sprecher oder ihren Geschäftsführer zu ähnlichen „Leistungen“ anzustacheln. Gerade das aber führt zu einer Atomisierung, drängt uns von dem einzig möglichen Weg, das Wohl der Gesamtheit zu fördern, ab. Wenn ich mich deshalb gegenüber all diesen sogenannten „Ordnungsbestrebungen“ außerordentlich skeptisch verhalte, so deshalb, weil ich mich immer bemühe, hinter die Tünche jener vermeintlichen „Ordnungen“ zu blicken. Wenn man die Hintergründe erhellt, dann bleibt davon in der Regel nichts anderes übrig als der Wille der Beteiligten, es sich etwas bequemer machen zu wollen, als der Versuch, der Härte des Wettbewerbs zu entfliehen und für die eigene Gruppe einen größeren Teil des volkswirtschaftlichen Ertrags zu erringen, als ihr nach Maßgabe ihrer volkswirtschaftlichen Leistung zusteht. (S. 143 f. WfA)

Der Appetit kommt mit dem Essen, und so ist es denn auch dahin gekommen, dass mit dem Gedeihen der Wirtschaft immer mehr und immer neue Wünsche geweckt wurden. Die gleichen Leute, die im Jahre 1956 mit ihrem wirtschaftlichen Schicksal nicht zufrieden sind, hätten zwar im Jahre 1947 und 1948 nicht entfernt zu hoffen gewagt, acht Jahre später da zu stehen, wo sie heute angelangt sind. Das hindert sie allerdings keineswegs, heute trotzdem unzufrieden zu sein. Der Neid ist der Komplex, der sie plagt! (S. 232 WfA)

Der Deutsche ist offenbar so geartet, dass er es nicht ertragen kann, wenn es einem andern – dem Nachbarn, dem Freund – noch besser geht. Dann ist er, so gut seine eigene Lage auch sein mag, neidisch und unzufrieden. Diese besondere Art von Maßlosigkeit stellt für unser Land eine besondere Gefahr dar, die es zu erkennen und von jedem Einsichtigen zu bekämpfen gilt. (S. 232 WfA)

6. GEMEINSCHAFT GEMEINSAM GESTALTEN

Wir müssen etwas von unser aller Willen deutlich machen, dass uns Gemeinschaft etwas anderes als Kollektivismus bedeutet und dass uns Freiheit ein Begriff ist, der

von extremer Entartung in Zügellosigkeit nichts wissen will. Gerade eine Gemeinschaft freier Menschen muss sich über alle parteipolitischen Zänkereien Ziele setzen können, die von jedem Einzelnen geglaubt und erlebt werden und die uns über das Materielle hinaus auf die Erfüllung gemeinsamer Aufgaben vertrauen lassen. (S. 474 GafJ)

Das Bewusstsein einer gemeinsamen Verantwortung sollte uns, und d.h. auch jeden Einzelnen, davor bewahren, gedankenlos in den Tag und in die Welt hineinzuleben. Aber jeder Staatsbürger wird eine solche Gesinnung um so eher zu bezeugen bereit sein, je mehr er darauf vertrauen darf, dass er, seine Kinder und Kindeskinde an einer glücklichen Zukunft unseres Volkes teilhaben werden. (S. 498 GafJ)

Was uns mangelt, das ist die gemeinverbindliche Wertung des Lebens. Aber schon dass wir das empfinden und als eine innere Not erkennen, ist bereits ein halber Gewinn und bringt uns wenigstens auf den rechten Weg. (S. 511 GafJ)

Und jeder, dem das deutsche Schicksal am Herzen liegt, wird sich dessen bewusst sein, dass das menschliche Leben mit Würde und Freiheit nicht von irgendeiner Schicht, einer Gruppe, einem Stand, nicht von der Re-

gierung oder der Opposition, sondern von diesen allen gemeinsam verteidigt wird. (S. 237 GafJ)

Ich rufe die schöpferischen Menschen in der Bundesrepublik zur Mitarbeit an diesem Staate auf. Wir haben gemeinsam die Werte zu respektieren und zu verteidigen, die das Fundament eines freien Gemeinwesens sind. (S. 819 GafJ)

IX. ARBEITSMARKT UND VOLKSWIRTSCHAFT

1. Zur Volkswirtschaft allgemein
2. Sinnvolle Arbeitsmarktpolitik
3. Maßlosigkeit
4. Lohnpolitik mit Augenmaß
5. Zur Arbeitszeit
6. Zur Rolle der Sozialpartner
7. Wirtschaft und Bildung
8. Qualifizierung von Fachkräften
9. Fortschritt gestaltet Zukunft

1. ZUR VOLKSWIRTSCHAFT ALLGEMEIN

Die Lösung kann niemals oder nur in den seltensten Fällen unmittelbar in einem gezielten Einsatz, sondern immer nur in der Bewältigung der gesamtwirtschaftlichen Aufgaben liegen, von deren erfolgreicher Meisterung letztlich alle profitieren. Wenn die Volkswirtschaft als Ganzes gedeiht – wobei ich die Volkswirtschaft als eine unteilbare Gesamtfunktion unseres gesellschaftswirtschaftlichen Lebens verstanden wissen möchte –, dann werden auch alle Zweige und Gruppen der Wirtschaft gedeihen. (S. 142 WfA)

253

Eine Volkswirtschaft kann auf die Dauer nur gedeihen, wenn sie sich in der Erfüllung ihres Dienstes am Menschen vor dem eigenen Volk und vor der Welt bewährt. Der materielle Erfolg ist gebunden an die Wirkungskraft im Geistigen und Sittlichen – ohne sie bleibt alles Materielle fragwürdig und flüchtig. (S. 534 GafJ)

Die Fähigkeit, Sputniks bauen zu können, sagt erwiesenermaßen gar nichts über das Vermögen aus, die Menschen mit dem zu versorgen, was sie im Alltag benötigen und begehren. (S. 554 GafJ)

Es sind entweder göttliche Rechte, auf die die Interessenten pochen – sie fordern immer nur im Namen der Gerechtigkeit –, oder aber es ist das allgemeine Wohl, das die Erfüllung ihrer Wünsche verlangt. Ich bin gewiss für Leben und Bewegung, aber was im Zeichen einer (völlig missverstandenen) Dynamik an immer neuen Forderungen – ja, an Überforderungen der Volkswirtschaft durchzusetzen versucht wird, kann nur allzu leicht mit einem Katzenjammer enden. Die Ansprüche an den Staat wachsen in dem gleichen Maße, wie das Gefühl für Eigenverantwortung verkümmert und schließlich erstickt. (S. 638 Gafj)

254 Jedermann mit nur einigermaßen gutem Willen müsste erkennen, wie entscheidend die so oft kritisierte Vermögensbildung der ganzen Volkswirtschaft, der Erhöhung des Lebensstandards, dem Wohle und der sozialen Sicherheit jedes Einzelnen zugute gekommen ist. Nur auf diese Weise ist es uns gelungen, die Bundesrepublik wieder in eine freie Weltwirtschaft einzugliedern, in der sich unser Land zu unser aller Nutzen bis heute Dank großer Leistungs- und Wettbewerbskraft Rang und Geltung verschaffen konnte. (S. 731 Gafj)

Man kann es nur als einen Wahnwitz bezeichnen, die vermeintliche Ungerechtigkeit der Vermögensverteilung durch eine Politik der Überforderung der Volkswirtschaft

heilen zu wollen. Dieses Verhalten führt vielmehr unausweichlich zu einer fortdauernden Schwächung unserer Leistungs- und Wettbewerbskraft, zu einer Minderung der volkswirtschaftlichen Aktivität, zu einer anhaltenden Schmälerung der Erträge, zu einer rückläufigen Investitionsneigung und – fähigkeit, zur Gefährdung eines ausreichenden Steueraufkommens und am Ende zur Zerstörung der Vollbeschäftigung und zur Gefährdung der Arbeitsplätze. Auf solche Weise kann man den arbeitenden Menschen nicht nutzen. (S. 731 Gafj)

Die rein rationalistische Betrachtung, dass es etwa nur darauf ankäme, nach dem ökonomischen Prinzip mit den geringsten Mitteln ein Maximum an Gütern zu erzeugen und demzufolge aus der bloßen Addition des Konsums das Glück der Menschen erwachsen würde, führt ins Leere. Überall dort, wo ein solcher Versuch in extremer Form unternommen wurde, ist er gescheitert. Das darf nicht unser Ideal sein. So sehr uns auch immer der Wohlstand unserer Völker am Herzen liegt; das Ökonomische ist nicht alles! (S. 799 Gafj)

255

Wer so im Lande herumhört, könnte manchmal fast der Meinung sein, als sei mit der Vollbeschäftigung, dem hohen Stand der Produktion und mit dem sich ausweitenden Verbrauch ein Unheil über uns gekommen, und es müssten jetzt demzufolge Anstrengungen unternommen

werden, um die volkswirtschaftliche Leistung wieder herabzudrücken. Der gesunde Menschenverstand wehrt sich gegen eine solche Betrachtung. Es will ihm nicht eingehen, dass das, was jedem Einzelnen zum Vorteil gereicht, gesamtvolkswirtschaftlich gesehen schädlich und gefährlich sein soll. (S. 81 WfA)

Man kann in der Volkswirtschaft, ohne zu produzieren, kein Einkommen schaffen, aber man kann auch nicht produzieren, ohne konsumieren zu wollen; – es sei denn im Sklaventum oder in totalitären Systemen. Diese Einstellung veranlasst mich im Übrigen auch, keine Privilegien der Lebensführung anzuerkennen, die etwa aus politischer oder wirtschaftlicher Stärke abgeleitet werden. Wer Machtpositionen auszunützen versucht, muss sich bewusst sein, dass er damit andere Volkskreise und andere Bevölkerungsschichten in ihrem sozialen Sein behindert und schädigt. (S. 222 WfA)

Expansion im richtigen Sinne bedeutet, den Gesamtertrag der Volkswirtschaft zu steigern, womit alle die Möglichkeit erhalten, an dieser Mehrung zu partizipieren. Heute sind wir indessen auf dem besten (d. h. dem schlechten) Wege, um die Gruppenanteile am Sozialprodukt zu feilschen. Es hat keinen Zweck, sich hier irgendwelchen Illusionen hinzugeben. Im bürgerlichen Leben gilt der Satz: Ein Lump gibt mehr als er hat! Aber eine Volkswirtschaft

kann nicht mehr gewähren, als sie nach der Anstrengung der Menschen und der Ergiebigkeit ihrer Arbeit an Sozialprodukten zu erstellen in der Lage ist. (S. 224 WfA)

Die Ganzheit der volkswirtschaftlichen Funktion lässt sich nicht in Zuständigkeiten aufspalten. Jeder derartige Versuch müsste dahin führen, dass alle Volkswirtschaften zwischen den Stühlen sitzen, und niemand mehr weiß, wer Koch oder Kellner ist. (S. 292 WfA)

Wir wollen heute die engen Grenzen unserer Heimat überwinden; wir erkennen, dass die nationale Volkswirtschaft nicht mehr ein letzter und absoluter Wert ist; ja, dass eben dieser Rahmen zu eng gewesen ist, um unserem deutschen Volke zu weiteren Fortschritten und zu besserer und freierer Lebensmöglichkeit zu verhelfen (...) Wir sprechen über die freie Konvertierbarkeit der Währungen, wir wollen damit den Menschen über die Grenzen hinaus die Möglichkeit der freien Begegnung mit Menschen anderer Völker eröffnen, – und in diesem Augenblick sollen wir im Inneren Stacheldrähte ziehen, die einzelne Berufszweige gegeneinander abriegeln? Das passt wie die Faust aufs Auge. (S. 153 WfA)

In einer Zeit, in der wir uns bemühen, die Enge des nationalen Raumes zu überwinden, ist für mein Empfinden kein Spielraum mehr für das Errichten von Schranken in

dem ohnehin zu eng gewordenen inneren Wirtschaftsraum vorhanden. Mit dieser Gesinnung verträgt es sich einfach nicht, um einzelne Berufszweige Stacheldrähte zu ziehen und gewerbliche Erbhöfe zu züchten. (S. 156 WfA)

2. SINNVOLLE ARBEITSMARKTPOLITIK

Immer wieder betonte ich, dass mit bloßer Beschäftigung dem deutschen Arbeiter und dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit nicht gedient wäre, sondern dass es um seiner Existenzsicherung willen darauf ankäme, sichere, d. h. rationelle Arbeitsplätze zu schaffen. (S.40 WfA)

Die Menschen aus unproduktiver und nur die Gesamtheit belastender Beschäftigung in wirklich produktive, d.h. Güter schaffende Arbeit überzuführen, das ist das eigentliche volkswirtschaftliche und zugleich soziale Problem, weil nur dadurch allein dem Einzelnen wie auch unserem Volke im Ganzen gedient und genützt sein kann. (S. 207 GafJ)

Das dringende soziale Problem in Deutschland ist nicht dadurch zu lösen, dass man Situationen schafft, die es unter Kosten- und Preis-Gesichtspunkten möglich er-

scheinen lassen, an einem Maschinenaggregat statt vier fünf Menschen zu beschäftigen. (S. 234 GafJ)

Sie können sagen, was Sie wollen: In dem Augenblick, da Sie währungspolitisch sündigen, da Sie die Milliarden schaffen wollten, um von heute auf morgen das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen, können Sie das nur dann tun, wenn Sie entweder Preissteigerungen zulassen, oder – nachdem diese natürlich nach Ihrem Dogma nicht eintreten dürfen – wenn Sie wieder die ganzen behördlichen Institutionen errichten, die solche Preissteigerungen künstlich verhindern sollen und die uns dann wieder in die Formen der Zwangswirtschaft zurückführen, die wir glücklich überwunden haben (...) (S. 116 WfA)

3. MASSLOSIGKEIT

Die Maßlosigkeit droht zu einer ernsten Gefahr für diese so erfreuliche Konjunktur zu werden, und darum tut vor allem anderen Besinnung Not. Das gilt um so mehr, als Konjunkturen sich nicht im luftleeren Raum abspielen, als wirtschaftliche Entwicklungen nicht nach mechanischen Gesetzen ablaufen, sondern von Menschen getragen und geformt werden und ihr Handeln und Verhalten für das wirtschaftliche Schicksal bestimmend sind. (S. 447 GafJ)

Das ist nämlich die ernste und riesengroße Gefahr, dass einmal die Gewerkschaften im Bewusstsein des zunehmenden Arbeitskraftmangels und in Überschätzung der konjunkturellen Möglichkeiten ihre Forderungen übersteigern und zum anderen die Unternehmer angesichts eines hohen Auftragsbestandes und günstiger Absatzverhältnisse vielleicht allzu geneigt sein könnten, harten Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen. (S. 448 Gafj)

Jedes Mittel aber ist recht und gut, um das deutsche Preisniveau zu stabilisieren und Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen gleichermaßen vor Augen zu führen, dass es in ihren Entscheidungen Grenzen gibt, die beide Sozialpartner zu wahren und zu respektieren haben. Die Freiheit beider Parteien, die unangetastet bleiben soll, setzt ein hohes Maß an volkswirtschaftlicher Verantwortung voraus und darf nicht zu einer egoistischen Politik der beiden Sozialpartner zu Lasten andere Volksschichten ausarten. (S. 459 Gafj)

Das macht das Gepräge unserer Zeit aus, dass die meisten Menschen das Maß für das Mögliche verloren zu haben scheinen. (S. 468 Gafj)

Ich verstehe auch sehr wohl, dass es nicht immer nur die Unzufriedenheit ist, die dieses oder jenes Verlangen laut

werden lässt, aber fast immer ist es die mangelnde Nüchternheit, ist es der fehlende Realismus und oft auch die Maßlosigkeit, die sich in solchen volkswirtschaftlichen Ungereimtheiten oder Unmöglichkeiten widerspiegeln. Wenn dann noch eine Blindheit für die Wertung der eigenen Leistung im Verhältnis zu anderen hinzukommt, gehen die gesunden und gesicherten Grundlagen einer gesellschaftswirtschaftlichen Ordnung gar völlig verloren. (S. 470 Gafj)

„Weniger arbeiten“, „besser leben“, „mehr verdienen“, „schneller zu Reichtum gelangen“, über die Steuern klagen, aber dem Staat höhere Leistungen abzuverlangen – das alles kennzeichnet zusammen eine geistige Verirrung und Verwirrung, die kaum noch zu überbieten ist und die, auf die Spitze getrieben, die Grundfesten unserer gesellschaftlichen Ordnung zu zerstören geeignet wäre. (S. 521 Gafj)

Auch ich als der für die Wirtschaftspolitik Verantwortliche habe mich mit dem Phänomen der „sozialen Atmosphäre“ auseinandersetzen und spüre dabei deutlich, wie mächtig die Wallung einer allgemeinen Maßlosigkeit – bewusst genährt – Vernunft und Wahrhaftigkeit zu erdrücken droht. Das deutsche Volk neigt wohl überhaupt dazu, das Gefühl für die Realitäten des Lebens relativ recht schnell zu verlieren, eine Charakterschwäche, die uns ge-

rade auch in jüngster Vergangenheit zum tragischen Verhängnis geworden ist. Es mag psychologisch verständlich erscheinen, dass mit der Überwindung der Not und gar der Hochkonjunktur da und dort Anzeichen einer Hybris zu spüren sind. Um so mehr gilt es diese zurückzudämmen, damit unser Volk, das in der Not die bewundernswertesten Tugenden entfaltet, Zeiten des Glückes wirklich ertragen kann. Muss es denn die Früchte grün vom Baume reißen, obwohl die Ernte sichtbar heranreift? Es wäre allerdings die widersinnigste Konsequenz, wenn die Wirtschaftspolitik in Erkenntnis dieser Neigung und Gefahr die Entfaltung der Hochkonjunktur verhindern sollte – nur weil sie die Menschen – nein, ich behaupte nur die Gruppen – zur Maßlosigkeit verleitet. Man soll bekanntlich das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. (S. 232 f. WfA)

Je nachdem ob es uns gelingt, die Relation zwischen Beschäftigung (Arbeitszeit) und Produktivität, zwischen Lohn- und Lebensstandard in das allgemeine Bewusstsein zu rücken und dann entsprechend zu verfahren, dürfen wir der weiteren Entwicklung mit Sorge oder Zuversicht entgegensehen. (S. 239 WfA)

4. LOHNPOLITIK MIT AUGENMASS

Wir können und dürfen in Deutschland nicht einseitig und generell Löhne und Gehälter erhöhen, wenn wir nicht, anstatt die Gunst der Konjunktur zu nutzen, unseren Export zusammenbrechen lassen wollen. Die Welt kauft nicht von Deutschland um unserer schönen Augen willen, sondern nur dann und so lange, als wir leistungsfähig sind (...). (S. 240 GafJ)

Eingegliedert in die Weltwirtschaft, können wir uns auf lohnpolitischem Gebiet unmöglich verselbständigen. (S. 240 GafJ)

Darf ich Sie einmal alle fragen, woraus die Lebenshaltung denn eigentlich resultiert, wenn nicht aus der Produktion! Man muss schon im Märchen oder im Schlaraffenland leben, um annehmen zu können, dass ohne hinreichende Produktion eine Steigerung der Lebenshaltung möglich wäre. Wir können gemeinsam nicht mehr verbrauchen, als wir im Arbeitsprozess gemeinsam erzeugt haben! Doch wir können und dürfen nicht einmal mehr konsumieren. Teile unserer Arbeit und unseres Sozial-

produkts müssen wir auch für Zwecke der Erhaltung, der Erweiterung und Verbesserung unseres Produktivkapitals einsetzen. (S. 306 GafJ)

Der Wirtschaftsminister ist immer dann genötigt, sich in der Öffentlichkeit mit der Lohnentwicklung auseinanderzusetzen, wenn diese die ökonomischen Möglichkeiten und Gegebenheiten zu überfordern droht und die Gefahr besteht, dass die durch die Produktivitätsentwicklung gesetzten Grenzen aus politischem Willen heraus übersprungen werden sollen. (S. 210 WfA)

Vom sozialpolitischen Standpunkt aus geht ja die Forderung meist dahin, bei einer verkürzten Arbeitszeit den Lohn einer 48-Stunden-Woche zu erhalten. Praktisch bedeutet das also eine Lohnerhöhung und ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus solcher Sicht zu bewerten. Da ein Volk in seiner Gesamtheit nur so viel verzehren kann, als es im arbeitsteiligen Zusammenwirken erzeugt, muss also naturnotwendig eine Verkürzung der Leistung auch zu einer Verkürzung der Lebenshaltung führen. Soweit gewisse Gruppen und Schichten der Bevölkerung bei dieser Situation dennoch ihren Lebensstandard aufrechterhalten wollen oder durchsetzen können, müssen naturnotwendig die Opfer von anderen Volksteilen getragen werden. (S. 440 GafJ)

Ich unterstützte den deutschen Unternehmer in seinem Bestreben, durch Rationalisierung der Erzeugung die volkswirtschaftliche Produktivität zu verbessern, und ich führe den Gewerkschaften vor Augen, dass sie schlecht beraten sind, wenn sie das - das Investieren nämlich - kritisieren, was dem Arbeiter morgen allein noch zu einem höheren Lebensstandard verhelfen kann. (S. 459 GafJ)

Der Hexensabbat dauert fort, wenn überhöhte Löhne die Preise und steigende Preise dann wieder die Löhne treiben. (S. 732 GafJ)

Wirtschaft und wirtschaftlicher Fortschritt kennen kein absolutes Maß, und es ist deshalb auch völlig abwegig, wenn jüngst von sozialistischer Seite gefordert wird, es müsse jeder Preissteigerung durch entsprechende Lohnerhöhung begegnet werden. Wir sind allerdings der Meinung, dass bei zunehmender Produktivität Preissenkungen sehr wohl mit Lohnerhöhungen parallel gehen können und es sogar müssen, um den Tatbestand der Sozialen Marktwirtschaft zu erfüllen. Die Marktwirtschaft zu verteidigen, ist nicht um des Dogmas, sondern um des deutschen Volkes willen höchstes Gebot. (S. 59 WfA)

Im Gegensatz zu 1949 aber wurde 1951 ein Teil der Lohnerhöhung durch Preissteigerungen kompensiert, so

dass sich der Reallohn 1951 effektiv nur um 5,4% erhöhte, während der Zuwachs 1949 20,5% ausmachte. Diese beiden Zahlen zeigen eindringlich, wie richtig die immer wieder vertretene These ist, dass eine Lohnerhöhung über den Produktivitätsfortschritt hinaus sinnlos und schädlich ist, und dass folglich gerade der Masse der Verbraucher an der Erhaltung der Preisstabilität gelegen sein muss. (S. 65 WfA)

Es gelang hier der Dreiklang, der jedem Marktwirtschaftler moderner Prägung Idealbild sein sollte: Bei wachsender Produktion und Produktivität und in diesen Relationen gleichwohl ansteigenden Nominallöhnen kommt die Wohlstandsmehrung dank stabiler oder sogar sinkender Preise allen zugute. Man darf sogar füglich annehmen, dass die soziale Harmonie dieses glücklichen Dreiklangs weitgehend das für die Partei des Bundeswirtschaftsministers überwältigende Wahlergebnis vom 6. September 1953 bestimmte. (S. 66 WfA)

Wenn die Löhne nur an einer Stelle der Volkswirtschaft davonlaufen, dann werden sie an einer anderen Ecke nicht mehr zu halten sein. Das besagt, dass es nicht möglich ist und folglich auch nicht geschehen darf, in irgendeinem Wirtschaftszweig Lohnforderungen in der Größenordnung X zu gewähren, wenn andere Bereiche nur in der Lage sind, bestenfalls $\frac{1}{2} X$ oder nur $\frac{1}{3} X$ zuzugestehen, wenn nicht

Preissteigerungen Platz greifen sollen. (S. 92 WfA)

Ich bemühte mich, jeder Lohnerhöhung entgegenzuwirken, die nicht ihre Rechtfertigung im Produktivitätsfortschritt der Wirtschaft finden konnte. Damit war andererseits aber auch Lohnerhöhungen ein erheblicher Raum zugebilligt, zumal die Produktivitätsentwicklung günstige Ergebnisse zeitigte. ... Ich habe schon damals in Dutzenden von Reden darauf hingewiesen, dass jede Maßlosigkeit in der Lohnentwicklung mit Preissteigerungen bezahlt werden muss, eine Warnung, die – nicht genügend beachtet – dann durch die Ereignisse bestätigt wurde. (S. 92 WfA)

Zu wiederholten Malen habe ich darum erklärt, dass der so oft geübte grundsätzliche Widerstand der Arbeitgeber gegenüber Lohnerhöhungen, die Dank einer gesteigerten Ergiebigkeit unserer Volkswirtschaft nicht nur möglich, sondern für die Stabilität unserer Währung sogar notwendig und sinnvoll sein können, nicht in das System der Marktwirtschaft passt. Ein solcher Widerstand missachtet die Zielsetzung der Marktwirtschaft, so wie ich sie verstehe, sogar gröblich. Es erscheint mir misslich, wenn die Arbeitgeber niemals von sich aus eine Aktivität zu Gunsten einer an sich möglichen Lohnerhöhung ergreifen, sondern immer erst dann tätig werden, wenn die Gewerkschaften darauf drängen. Gerade in den Phasen einer ruhigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung

würden die Arbeitgeber volkswirtschaftlich richtig und psychologisch klug handeln, wenn sie die Löhne entsprechend der Produktivitätsverbesserung aus eigener Initiative anzuheben bereit wären, womit natürlich nicht der für Preissenkungen verfügbare Spielraum ganz aufgezehrt werden darf. In der krassen Alternative wäre der Preissenkung der Vorzug vor der Lohnerhöhung zu geben, wenn der Alltag auch nicht nach derartigen Polartäten abläuft. (S. 213 WfA)

Lohnerhöhungen, die in dem Produktivitätszuwachs der Volkswirtschaft oder einzelner Branchen keine Entsprechung finden, müssen zwangsläufig zu Preissteigerungen führen. Man wird dabei zunächst leidenschaftslos festzustellen haben, dass sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Hochkonjunktur relativ leicht einigen; beide Partner stehen der Produktionssphäre nahe und dürfen sich der Hoffnung hingeben, die Folgen auch einer bedenklichen Einigung in ihrer negativen Auswirkung nicht selbst tragen zu müssen. Jede Einigung aber, die nicht auf volkswirtschaftliche Zusammenhänge Rücksicht nimmt, führt zwangsläufig zu einer Belastung aller anderen Schichten der Volkswirtschaft, deren Einkommen weniger reagibel ist, und bei denen sich darum jede Preiserhöhung vor allem bei den lebenswichtigsten Gütern tragisch auf ihr soziales Sein auswirken muss.
(S. 212 WfA)

Bei der Wertung einer Politik, die der Erhaltung der Stabilität der Kaufkraft einen nur noch minderen Rang einräumt, sind neben den unsozialen Konsequenzen auch die allgemeinen wirtschaftlichen Auswirkungen zu berücksichtigen. Wir können und dürfen in Deutschland Löhne und Gehälter nicht beziehungslos erhöhen, wenn wir nicht, statt die gute Konjunkturlage zu nutzen, auf die Dauer unseren Export schädigen wollen. Selbst in einer Zeit, in der wir unsere Exportüberschüsse manchmal fast als Übel empfinden, wollen wir doch nicht vergessen, dass die Welt unsere Waren nicht um unserer schönen Augen willen kauft, sondern nur dann und nur solange dazu bereit sein wird, als wir in unserer Leistungsfähigkeit nicht zurückfallen. Eingegliedert in die Weltwirtschaft müssen wir gerade auf lohnpolitischem Gebiet den Gesamtzusammenhang begreifen. (S. 213 WfA)

So sehr ich dafür eintrete, dass an der steigenden Produktivität unserer Volkswirtschaft Arbeiter und Angestellte ihren vollen Anteil haben, so sehr muss ich dann aber auch erwarten, dass die Gewerkschaften in ihren Lohnforderungen jene verantwortungsbewusste Haltung bezeugen, welche die Sicherung unserer Währung und die weitere glückliche Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft gewährleistet. (S. 214 WfA)

Mögen z. B. einzelne Lohnerhöhungen dem Arbeitneh-

mer scheinbar Nutzen bringen und noch so verlockend erscheinen; – wenn sie aber das Preisgefüge erschüttern, tragen sie den Keim des Übels in sich und schlagen dann fast naturnotwendig auf die vermeintlichen Nutznießer zurück. Die Menschen haben es zwar zuwege gebracht, das Atom zu spalten, aber nimmermehr wird es ihnen gelingen, jenes eherne wirtschaftliche Gesetz aufzusprengen, das uns mit unseren Mitteln haushalten heißt, d. h., das uns verbietet, mehr zu verbrauchen als wir erzeugen können – oder erzeugen wollen. (S. 220 WfA)

Wenn die Arbeiter und die Gewerkschaften in den vergangenen Monaten immer wieder von mir ermahnt wurden, Maß zu halten und Disziplin zu üben, dann tue ich es ebenso um ihres eigenen Schicksals willen, wie ich auch die Unternehmer aufrufe, sich gegen Lohnerhöhungen zu versperren, die über das Maß hinausgehen, das durch den erzielbaren Produktivitätsfortschritt vorgezeichnet und in solcher Weise mit der Aufrechterhaltung stabiler Preise vereinbar ist. (S. 238 WfA)

Es wäre natürlich ein grober Trugschluss, durch künstliche Kaufkraftschöpfung, d.h. etwa durch Lohnerhöhungen ohne Produktivitätssteigerung die Nachfrage oder gar den Lebensstandard erhöhen zu wollen. (S. 572 GafJ)

5. ZUR ARBEITSZEIT

Ich bin zudem überzeugt – und viele Anzeichen wie die Zunahme der Schwarzarbeit sprechen dafür –, dass eine weitere Arbeitszeitverkürzung kein vordringliches Anliegen der arbeitenden Menschen ist. (S. 526 GafJ)

Es stünde uns viel besser an, einmal ernsthaft die Frage zu prüfen, ob das deutsche Volk nicht bereit sein sollte, anstatt die 45-Stunden-Woche noch zu unterschreiten, wieder eine Stunde mehr zu arbeiten. Staat, Wirtschaft und Volk würden daraus einen gleich großen Gewinn ziehen. (S. 526 GafJ)

Ich bin fest davon überzeugt, dass so mancher Gewerkschaftsführer, der das Ziel einer 40-Stunden-Woche anstrebt, unter veränderter Konjunktur nur allzu leicht bereit wäre, die Wirtschaftspolitik als verfehlt und unsozial anzuprangern, die zu solcher Kurzarbeit zwingen würde. (S. 526 GafJ)

Vor allem müssten die öffentlichen Verwaltungen in Fragen der Arbeitszeit beispielhaft vorangehen, denn das

deutsche Volk hat einen Anspruch darauf, dass ihm die Dienste dieser Körperschaften in auch zeitlich ausreichendem Maße angeboten werden bzw. zur Verfügung stehen. (S. 526 GafJ)

Dass die Zeiteinteilung eine Willensentscheidung ist, also „im Kopfe ist“, begreifen allmählich auch Leute, die sich nicht mit Philosophie befasst haben. Je kürzer die Arbeitszeit wird, je länger damit die Freizeit (nicht immer eins mit freier Zeit) und je mehr Pferdekräfte für die beschleunigte Fortbewegung strapaziert werden, desto weniger Zeit hat alle Welt. Zeit hat eben nur, wer sie sich nimmt oder lässt. Der Mensch, der sich Zeit nimmt zum Lernen und zum Arbeiten, der sozusagen im Geiste zu Fuß geht, kommt auch bei viel Arbeit zur Muße, diesem seltenen Gut, und bleibt von Freizeitgestaltung verschont. (S. 669 GafJ)

Solange die Expansion nicht nur von dem Wunsch nach besserer Lebensführung, sondern auch von dem Ansporn zu höherer Leistung getragen ist, besteht eine volle Harmonie. Wenn aber der Expansionswille die Gefahr mit sich bringt, dass die Menschen ohne Beziehung zur Leistung der Volkswirtschaft einfach mehr abfordern möchten, als diese zu geben vermag, dann ist diesem sozial wohlthätigen Streben die reale und – ich meine auch – die moralische Grundlage entzogen. Vorstellungen, die etwa

darauf abzielen, den Ertrag der eigenen Arbeitsleistung – ausgedrückt im Lohn – zu steigern, gleichzeitig aber die Arbeitsleistung – etwa im Zuge von Arbeitszeitverkürzung – ohne Rücksicht auf realisierbare Produktivitätsverbesserungen vermindern zu wollen, haben mit diesem von mir gemeinten Expansionswillen herzlich wenig zu tun. (S. 224 f. WfA)

Es passt auch nicht zu den Gegebenheiten und den Anforderungen unserer Zeit, wenn wir fortfahren, immer weniger arbeiten, aber womöglich noch immer besser legen und mehr Wohlstand erreichen, ja sogar erzwingen zu wollen. (S. 526 GafJ)

6. ZUR ROLLE DER SOZIALPARTNER

Bei den Auseinandersetzungen der Sozialpartner geht der Streit darum, ob etwa die Forderungen der Gewerkschaften den Produktivitätszuwachs überschreiten oder ob eine Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung ohne Preissteigerung hingenommen werden könnte. Isoliert betrachtet mögen die Überlegungen richtig und berechtigt sein; aber sie muten einem fast gespenstisch an; schienen sie uns doch lehren zu wollen, dass eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kei-

ne anderen Aufgaben zu lösen hätte als diese und dass der Streit um den „Kuchen“ der Weisheit letzter Schluss wäre. (S. 519 GafJ)

Wie die Dinge tatsächlich liegen, können sich die Sozialpartner gegenseitig gar nichts mehr abjagen; sie können nur beide gedeihen oder beide verlieren. (S. 735 GafJ)

Es ist überhaupt psychologisch interessant und verdient auch politisch registriert zu werden, dass sich die Tarifpartner, deren autonome Entscheidungen doch wahrlich von großem Einfluss auf die Entwicklung sind, bei sichtbar werdenden Fehlleistungen zuerst einmal die Hände in Unschuld zu waschen suchen und dann – so oder so – schließlich doch die Ursache des Übels bei der Regierung oder den politischen Parteien finden. (S. 750 GafJ)

Die Tarifpartner überschreiten ihre Befugnisse und missverstehen ihre Aufgabe gründlich, wenn sie, anstatt nach bestem Wissen und Gewissen nach brauchbaren Maßstäben Vereinbarungen über Arbeitsbedingungen zu treffen, sozusagen über die Hintertreppe Ziele und Vorstellungen anderer Art durchsetzen zu können glauben. Diese Grenzen gilt es um der Sicherung der parlamentarisch-demokratischen Ordnung willen endgültig abzustecken, um damit zugleich eine reinliche Funktions- teilung zwischen den verfassungsmäßigen Organen un-

seres Staatswesens und den spezifischen Aufgaben und Verantwortungen der Sozialpartner sichtbar zu machen. (S. 755 GafJ)

7. WIRTSCHAFT UND BILDUNG

Wirtschaft und Bildung als eigenständige Bereiche im gesellschaftlichen und staatlichen Leben haben mehr gemeinsame innere Beziehungen und verwandte Ziele, denen sie dienen, als es auf den ersten Blick und bei nur oberflächlicher Betrachtung scheinen mag. Zwar entspringen die Antriebe für das ökonomische Handeln und für die Bildungsbemühungen verschiedenen Wurzeln. Ebenso sind die Aufgaben und Ziele dieser Sachbereiche nach eigenen Leitideen, Ordnungsgesetzen und Wertvorstellungen ausgerichtet. In einem geordneten staatlichen Leben stehen aber die Lebens- und Kulturbereiche, wie Wirtschaft, Bildung, Verwaltung, Elternhaus und Kirche, nicht beziehungslos nebeneinander, sondern ihre Verflochtenheit untereinander und die gegenseitige Befruchtung zu höherer Leistung, die dem Einzelnen und der Gesamtheit zugute kommen, werden überall sichtbar. (S. 513 GafJ)

So strahlt die Wirtschaft als reale Lebensmacht kräftige

Impulse für die Ausweitung der Bildungsinhalte und die Ziele der Bildung aus. Indem sie selbst in ihren Betrieben und Organisationen Einrichtungen zur Heranbildung und Erziehung jener Fachkräfte und Führungspersönlichkeiten schafft und unterhält, deren sie zur Erhaltung ihrer Funktionsfähigkeit bedarf, ist sie darüber hinaus auch aktive Mitgestalterin im Bereich der sittlichen Bildung. Umgekehrt eröffnen die Bemühungen und das erfolgreiche Wirken der Schulen und der sonstigen Bildungsinstitutionen Möglichkeiten einer weiteren Entfaltung der Wirtschaft. Hierdurch werden jene Kräfte und Persönlichkeiten herangebildet, die geistig und charakterlich befähigt sind, den wirtschaftlichen, technischen, sozialen und kulturellen Anforderungen einer sich ständig wandelnden und fortschreitenden Technik und Kultur zu genügen. (S. 513 Gafj)

276

Wirtschaft und Bildung haben, obwohl sie sich den höheren gemeinsamen Aufgaben und Zielen der Staats- und Gesellschaftsführung organisch einfügen, zunächst die ihnen immanenten Leitziele zu verwirklichen und den ihnen zugeordneten typischen Aufgaben im Zusammenspiel der Kräfte zu dienen. Es wäre also falsch, wollte man etwa die Ziele der „Bildung des Menschen“ aus ökonomischen Notwendigkeiten und wirtschaftlichen Bedürfnissen ableiten. Dieses Beginnen würde zur Verflachung und geistigen Verarmung, zum Pragmatismus,

ja zum Materialismus führen. Ebenso falsch aber wäre es, würden die Erziehungs- und Bildungsbemühungen der allgemeinen Volks- und höheren Schulen, der Berufs-, Fach-, Hochschulen und Universitäten den im Bereich der Wirtschaft und der Arbeit in ihr ignorieren und „Bildung der Bildung wegen“ betreiben. (S. 514 Gafj)

Namentlich die „Soziale Marktwirtschaft“, deren tiefer Sinn darin liegt, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs und der sittlichen Verantwortung jedes Einzelnen dem Ganzen gegenüber zu verbinden, ist, wenn sie zum Segen aller erfolgreich sein soll, auf die umfassende Ausbildung, Bildung und Erziehung der Fachkräfte und Unternehmer, die in ihrer täglichen Arbeit und in ihrem beruflichen Schaffen im Raum der Wirtschaft einen entscheidende Teil ihrer Aufgaben und ihrer Daseinserfüllung sehen, angewiesen. (S. 515 Gafj)

277

Erst eine sorgfältig und verantwortungsbewusst geleitete Bildung und Erziehung, d.h. die systematische Schulung des Könnens und Wissens, die Weckung der Geistesgaben und Geisteskräfte, die es ermöglichen, größere Zusammenhänge zu überschauen, die Pflege der Willens- und Charaktereigenschaften, die den Menschen befähigen, in freiwillig übernommener Pflichterfüllung Verantwortung zu tragen, verbürgen ein Heranreifen je-

der sittlich gefestigten Persönlichkeiten, die gewillt sind, sich im freien Wettbewerb der Kräfte zu messen und zu bewähren. (S. 515 Gafj)

8. QUALIFIZIERUNG VON FACHKRÄFTEN

Den stetigen Wandel der materiellen und geistigen Lebensbezüge, der persönlichen und gesellschaftlichen Lebensform in einer sich ständig verändernden technischen Welt erfährt der Mensch der Gegenwart mit einer Dynamik wie nie zuvor, die sich auch in der Zukunft noch verstärken wird. Hier wird die Erkenntnis deutlich, dass das Problem der Bildung unseres Volkes schicksalhaft ist für den Ablauf und die Folgen dieser technischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Es kann sich dieser Entwicklung gegenüber nur behaupten und sie meistern, wenn es durch eine – auf diese sich wandelnde Zukunft – ausgerichtete Bildung und Erziehung vorbereitet wird. (S. 517 Gafj)

Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften wird mehr und mehr fühlbar. In Denkschriften wird auf den Mangel an Technikern, Ingenieuren und Forschern hingewiesen. Überall bricht sich die Erkenntnis Bahn, dass auch in der Zukunft nicht Automaten und Elektronengehirne,

sondern Köpfe das Schicksal der Menschen und Völker bestimmen werden. Diese können aber nicht produziert, sondern nur auf dem Wege einer weltweiten, umfassenden Bildung geformt werden. (S. 517 Gafj)

Der technische Fortschritt im Bereich der Wirtschaft wird mehr und mehr auch zu einem bildungspolitischen Problem. Er verlangt mit gebieterischer Notwendigkeit für alle Bildungsbemühungen eine Verstärkung des geistigen Kontaktes zur Technik und Wirtschaft, was freilich nicht mit einer Technisierung der Bildung und des Menschen verwechselt werden darf. Bildung hat immer und zuerst den Menschen in allen seinen Anlagen, die auf Geist, Wille und Charakter gerichtet sind, im Auge zu haben. Das gilt auch für Bildungsaufgaben, die aus wirtschaftlicher Sicht als notwendig erkannt werden. (S. 517 Gafj)

9. FORTSCHRITT GESTALTET ZUKUNFT

Der Erfolg der Wettbewerbswirtschaft hängt nicht zuletzt vom Können und vom Leistungs- und Wettbewerbswillen der Menschen in der Wirtschaft ab, von ihrer fachlichen, geistigen und charakterlichen Qualifikation. Je moderner und fortgeschrittener Wirtschaft und Technik sind, umso breiter und tiefer müssen Bildung und Erzie-

hung der Menschen angelegt und ausgerichtet sein, damit der Fortschritt uns nicht erdrückt, sondern wir ihn bewältigen, zum Segen für alle. (S. 515 Gafj)

Die moderne Technik befreit den Menschen von der Monotonie und der Last schwerer körperlicher Arbeit, vom geisttötenden Einerlei mechanischer Tätigkeiten. Sie ist ein Mittel, die Arbeit zu erleichtern und die tägliche Arbeitszeit auf die Dauer zu verkürzen, den Wohlstand für alle zu heben und den Raum für Freizeit und Muße zum Menschsein in Freiheit und sozialer Sicherheit auszuweiten. (S. 516 Gafj)

280 Die Erfindung der Technik, die Leistungen der Industrie und Wirtschaft finden ihre sittliche Begründung und Legitimation im Dienst am Menschen. Gerade in unserer Zeit, die in dem Ruf steht, materialistisch und dem bloßen Gewinnstreben hingegeben zu sein, ist es notwendig, das Bewusstsein der menschlichen Verpflichtung und sozialen Verantwortung wach zu halten und zu stärken. (S. 534 Gafj)

Der Sinn des Fortschritts beruht darin, dass der Mensch mit Hilfe seiner Erkenntnisse und ihrer praktischen Anwendung fortschreitet, Mensch zu sein. (S. 535 Gafj)

„Denn an sich ist nichts weder gut noch böse; das Den-

ken macht es erst dazu!“ Hamlets Wahrwort gilt besonders für die Atomkraft. Die Furcht, die sie einflößt, begründet die Hoffnung auf ihren vernünftigen Gebrauch. (S. 670 Gafj)

Über die unterschiedlichen Konjunkturlagen hinweg erhält der menschliche Fleiß, das Schaffen aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten sowie der Drang und der Zwang zu einer ständigen Verbesserung unseres Produktionsapparates seinen ökonomischen Sinn und sozialen Inhalt durch die Eröffnung einer immer besseren und freieren Lebensführung für das gesamte Volk. Wir bauen keine ägyptischen Pyramiden als Selbstzweck; nein, jede neue Maschine, jedes anlaufende Kraftwerk, jeder zusätzliche Arbeitsplatz und jedwede anderen Mittel der Leistungssteigerung dienen in letzter Konsequenz der Bereicherung des menschlichen Seins aller im Bereich der sozialen Marktwirtschaft lebenden und schaffenden Menschen. Ich werde dabei nie müde werden, dafür zu sorgen, dass die Frucht des wirtschaftlichen Fortschritts immer breiteren und am Ende möglichst allen Schichten des Volkes zugute kommt. (S. 221 WfA)

Wenn z. B. die Menschen in schönen Wohnungen leben, wenn sie etwas von dem Fortschritt, der sie in dem Betrieb umgibt, auch im eigenen Heim verspüren, wenn die Mütter und Frauen des Abends nicht mehr abge-

hetzt in der Küche stehen müssen, sondern sich dank des zivilisatorischen Fortschritts ihrer Familie widmen können, dann dürfte gerade damit viel für die Entfaltung seelischer Kräfte getan sein.

(S. 228 WfA)

Mit steigender Produktivität und mit der höheren Effizienz der menschlichen Arbeit werden wir einmal in eine Phase der Entwicklung kommen, in der wir uns fragen müssen, was denn eigentlich kostbarer oder wertvoller ist: Noch mehr zu arbeiten oder ein bequemerer, schöneres und freieres Leben zu führen, dabei vielleicht bewusst auf manchen güterwirtschaftlichen Genuss verzichten zu wollen. (S. 230 WfA)

282

X. ELEMENTARES VERSTÄNDNIS VON WIRTSCHAFT

1. Plädoyer für ein besseres Verständnis von wirtschaftlichen Zusammenhängen
2. Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik
3. Wirtschaftliche Vernunft
4. Wirtschaftspsychologie

283

1. PLÄDOYER FÜR EIN BESSERES VERSTÄNDNIS VON WIRTSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHÄNGEN

Was den Versuch, die Frage der Wirtschaftsverfassungen auf einer überparteilichen Ebene zu erörtern, so schwierig macht, ist einmal die blinde Gläubigkeit, mit der Wählermassen oder soziale Gruppen geneigt sind, von Einzelpersonlichkeiten verkündete politische Glaubenssätze als unantastbar und als absolute Wahrheiten hinzunehmen, und zum andern das damit gleichzeitig verbundene Unvermögen, diese komplexen wirtschaftlichen und soziologischen Zusammenhänge zu durchschauen. (S. 73 GafJ)

285

Wir sollten uns aber auch davor hüten, bei jeder auftretenden Spannung - und Spannungen sind heute angesichts der weltpolitischen Ereignisse fast unvermeidlich – immer gleich nach Schuldigen zu rufen und damit die soziale Atmosphäre zu vergiften, anstatt uns der tieferen Zusammenhänge und ihrer Zeitbedingtheit bewusst zu werden. (S. 256 GafJ)

Damit ist gar nichts getan und niemandem geholfen, wenn man in völliger Verkennung der Zusammenhänge

die Marktwirtschaft für politisch verursachte Störungen verantwortlich machen zu können glaubt, denn solche Argumentation kann nur wirtschaftlichem Unverstand oder bösem Willen entspringen. (S. 264 GafJ)

Wohl ist es verständlich, dass dem einfältigen Gemüt mechanische Bewegungsvorgänge leichter verständlich sind als funktionelle Zusammenhänge, und daher kommt es wohl auch, dass Laien nur allzu gern glauben, die Ordnung und Lenkung der Wirtschaft nach einem idealen Plan durch behördlichen Befehl würde zu größerer Vollkommenheit führen als der sicher viel undurchsichtigere Ausgleich der ökonomischen Kräfte durch den Markt. Dass nach allen eigenen und geschichtlichen Erfahrungen fast ein Wunderglaube dazu gehört, noch länger an die Wohltat der Planwirtschaft zu glauben, schließt doch nicht aus, dass allzu viele Menschen auch in der nüchternen Atmosphäre der Wirtschaft eben nur allzu gern an Wunder glauben. (S. 265 GafJ)

Da ist es schon merkwürdig genug, dass Leute, die sich wahrscheinlich lächerlich vorkommen würden, wenn sie als Laien etwa über technische, medizinische oder physikalische Probleme urteilen wollten, keinerlei Hemmungen zeigen, sich in wirtschaftspolitischen Fragen als Sachverständige oder gar als Schiedsrichter aufspielen zu können. (S. 60 GafJ)

Wie gelingt es uns, die Jugend stärker mit den Grundfragen der Wirtschaft und des wirtschaftlichen Alltags vertraut zu machen? Ich will damit weiß Gott keiner Ökonomisierung des Lebens das Wort reden; aber ich bin doch etwas erschrocken, wenn ich sehe, wie wenig Schulentlassene, ja auch Erwachsene, von diesen Dingen – auch nur vom Allgemeinsten her – verstehen, obgleich das Wirtschaftliche ihr Leben und das des ganzen Volkes mitformt und mitbestimmt. Es ist nicht Hohn und Spott, wenn ich dazu sage, dass das vielleicht der Grund dafür ist, warum sich in Wirtschaftsfragen alle für sachverständig halten. (S. 651 GafJ)

2. GRUNDLAGEN UNSERER WIRTSCHAFTSORDNUNG UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Wirtschaft ist vielleicht das Primitivste, aber sie ist auch das Unentbehrlichste; erst auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft kann die Gesellschaft ihre eigentlichen und letzten Ziele erfüllen. Diese Grundlage muss gesund sein, wenn nicht schon von dort aus Verzerrungen und Aufspaltungen im Volkskörper ihren Ausgang nehmen sollen. (S. 137 WfA)

Jeder denkt nur an sich und keiner an das Ganze! Wenn aber eine Wirtschaftsordnung – und diese Frage steht zur Entscheidung – nicht mehr um das Ganze weiß, wenn sie das Gefühl der Verantwortung verkümmern lässt und nichts mehr von Nächstenliebe atmet, kann und darf sie nicht auf Resonanz und Anerkennung hoffen. Eine Wirtschaftsordnung hat wohl in ihren Methoden, nicht aber in ihren Zielen wertefrei zu sein. (S. 474 GafJ)

Ein Blick auf die Wirtschaftsformen und Methoden totalitärer Staaten – man denke nur an die Sowjetherrschaft – bestätigt, dass die Verstaatlichung der Produktionsmittel nicht zu einer Vermehrung des Reichtums eines Volkes, sondern sogar zu seiner Ausbeutung führt, während umgekehrt die freien, als angeblich kapitalistisch angeprangerten Länder und Völker sinnfällig demonstrieren, dass gerade dort das private Eigentum an den Produktionsmitteln in raschem Anwachsen Zwecken der menschlichen Wohlfahrt nutzbar gemacht wird. (S. 500 GafJ)

Das wirtschaftliche Leben eines Landes vollzieht sich nicht im Bereich der reinen Ökonomie und noch weniger im luftleeren Raum. Vielmehr ist das wirtschaftliche Sein eines Volkes von seinem politischen Schicksal kaum mehr zu trennen. Und schließlich ist es auch nicht zu denken, dass in beiden Bereichen andere Gesetze,

d.h. andere menschliche und sittliche Maßstäbe vorherrschen können. (S. 554 GafJ)

Nicht als ob die Wirtschaft ein letzter Wert wäre, ist sie doch ein besonders sinnvoller Ausdruck der Gesinnung der Völker und der Regierungen in Bezug auf die Lebensform und das Lebensgefühl der Menschen. Diese beiden Elemente aber sind auch die bewegenden Kräfte der Politik und nicht zuletzt der Außenpolitik, denn wenn das Bewusstsein vom Wert menschlicher Freiheit und individueller Verantwortung in weiten Lebensbereichen erschläft, wird auch die Kraft zur Verteidigung dieses köstlichsten Gutes gegenüber politischer Bedrohung von außen Schaden leiden müssen.

(S. 702 GafJ)

Das ist die menschlichste und zugleich beste Ordnung, in der dem Einzelnen ein Höchstmaß an Freiheit, aber dazu dann auch an Verantwortung anheimgegeben ist. Freiheit in der sittlichen Bindung und in der Verantwortung vor Gott und den Menschen, das sind und bleiben die unantastbaren Grundlagen unserer Politik. Mit denen, die einen sittlichen Appell an die menschliche Verantwortung und an die Bewahrung in der Freiheit, als gegen den Geist der Marktwirtschaft verstoßend, nicht gelten lassen wollen, habe ich jedenfalls nichts gemein.

(S. 743 GafJ)

Wenn also eine freiheitliche Gesellschaftsordnung nur mit geistigem und sittlichem Gehalt denkbar erscheint, dann können auch die Normen für die einer freien Gesellschaft gemäße Wirtschaftspolitik nicht willkürlich gesetzt oder verändert werden. Mit anderen Worten: eine Marktwirtschaft muss die Züge einer freien Gesellschaft bereits in sich selbst tragen, um als Ordnungsbegriff gewertet werden zu können. Das wiederum heißt: es gibt keinen freien Markt außerhalb einer freien Gesellschaft. (S. 1049 GafJ)

Und wenn Sie vorhin fragten, ob unsere Wirtschaftspolitik mit christlicher Auffassung zu vertreten ist (...), dann sage ich darauf: christlich ist diejenige Wirtschaftspolitik, die den Menschen, jedem einzelnen Menschen hilft, – und diese Wirtschaftspolitik treiben wir! (S. 118 WfA)

Alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die ich ergreife, gehen immer von Überlegungen aus, wie die Menschen reagieren werden, welche Konsequenzen sie aus einer Veränderung der ökonomischen Daten ziehen wollen. (S. 157 WfA)

Ich möchte feststellen, dass es erst diese unsere Wirtschaftspolitik dahin gebracht hat, dass für das deutsche Volk wieder Lebensmöglichkeiten geschaffen wurden, dass die wesentlichen demokratischen Grundrechte – die

freie Berufswahl und die freie Konsumwahl – sich durchzusetzen vermochten, dass das deutsche Volk erst infolge dieser Wirtschaftspolitik wieder an den Sinn der Arbeit glauben konnte, dass auf Grund dieser Wirtschaftspolitik die Sicherung einer geordneten Währung ermöglicht wurde und dass es gelang, den Außenhandel aus Trümmern wieder aufzubauen (...). Diese Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik bleiben bestehen (...). (S. 124 WfA)

Maßstab und Richter über Gut und Böse der Wirtschaftspolitik sind nicht Dogmen oder Gruppenstandpunkte, sondern ist ausschließlich der Mensch, der Verbraucher, das Volk. Eine Wirtschaftspolitik ist nur dann und nur so lange für gut zu erachten, als sie den Menschen schlechthin zum Nutzen und Segen gereicht. Wer diesen Gedanken zu Ende führt, muss mit mir zu der Feststellung gelangen, dass es in jeder Volkswirtschaft wohl Gruppeninteressen gibt, dass diese aber nicht als Elemente der Wirtschaftspolitik anzuerkennen sind, und dass sich aus dem Widerstreit der Interessen auch keine fruchtbare Synthese ableiten lässt. Eine Atomisierung der Volkswirtschaft in Gruppeninteressen ist deshalb nicht zu dulden. Wir dürfen nicht den Weg der Auflösung beschreiten, uns nicht von jener allumfassenden wirklichen Ordnung der Wirtschaftsgesellschaft entfernen, die allein die Harmonie des sozialen Lebens eines Volkes zu verbürgen geeignet ist. Dieser Gefahr zu begegnen, muss

daher unser aller ernstestes Anliegen sein. (S. 133 WfA)

Ich fühle mich nicht als Interessenvertreter der besitzenden Schichten, insbesondere nicht als Interessenvertreter der Industrie oder des Handels. Eine solche Annahme wäre völlig irrig. Verantwortlich zu sein für die Wirtschaftspolitik heißt, Verantwortung gegenüber dem ganzen Volk zu tragen. Ich bin zutiefst überzeugt, dass wir die schweren Probleme, vor denen wir stehen, nur lösen können, wenn es uns gelingt, mit der Marktwirtschaft nicht etwa nur einzelne Schichten zu begünstigen, sondern der Masse unseres Volkes durch höchste Anstrengung und immer mehr gesteigerte Leistung einen würdigen Lebensstandard zu sichern und diesen fortlaufend zu bessern. (S. 134 WfA)

Die Zuschauer eines Fußballspiels würden es den Spielpartnern auch außerordentlich übelnehmen, wenn diese vorher ein Abkommen geschlossen und dabei ausgehandelt haben würden, wieviel Tore sie dem einen oder dem anderen Teil zubilligten und dann nicht das von uns erwartete und auch durch ein Eintrittsgeld honorierte, faire Wettspiel durchführten, sondern lediglich ihre Vereinbarung kampflos erfüllen würden. So vertrete ich denn auch die Auffassung, dass es die Grundlage aller Marktwirtschaft ist und bleiben muss, die Freiheit des Wettbewerbs zu erhalten. Diese herrscht nur dort, wo keine

Macht, die Freiheit zu unterdrücken geduldet wird, sondern wo die Freiheit, in dem Sitten- und Rechtskodex eines Volkes verankert, zum allgemein verpflichtenden Gebot, ja zum höchsten Wert der Gemeinschaft selbst wird. (S. 136 WfA)

Nein, es bleibt dabei: Der Erfolg unserer Wirtschaftspolitik bestand immer darin, dass wir vor Spannungen niemals zurückgewichen sind, sondern die Lösung immer im dynamischen Durchbruch nach vorne, d. h. also in der Expansion, gesucht und gefunden haben. An dieser Grundeinstellung wird auch für die Zukunft nicht gerüttelt. Man möge sich nur einmal klarmachen, wieviel an Kraft, Energie und gutem Willen zerstört werden müsste, wenn sich die Wirtschaftspolitik von der Absicht leiten lassen wollte, das Volk wieder zu einer bereits überwundenen Bescheidenheit zurückzuführen. Die wirtschaftlichen Fakten und Daten müssen nur in einer richtigen Entsprechung bleiben bzw. dahin gebracht werden. Die Neigung, Sparkapital zu bilden, aber auch die Bereitschaft, Sparkapital aufzunehmen, ist nicht zuletzt auch abhängig von einer zuversichtlichen Haltung und einer positiven Beurteilung der Zukunft. (S. 225 f. WfA)

Wenn wir überhaupt eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf Dauer gewährleisten wollen, dann wird es in der Tat zu einem Grunderfordernis, einer

Wirtschaftspolitik, die dem Menschen zu persönlicher Freiheit verhelfen will, eine gleichermaßen freiheitliche Sozialpolitik an die Seite zu stellen. Darum widerspricht es zum Beispiel der marktwirtschaftlichen Ordnung, die private Initiative, Selbstvorsorge und Eigenverantwortung auch dann auszuschalten, wenn das Einzelindividuum materiell durchaus in der Lage ist, solche Tugenden in weitem Umfang zu üben. (S. 247 WfA)

Wirtschaftliche Freiheit und totaler Versicherungszwang vertragen sich denn auch wie Feuer und Wasser. (S. 247 WfA)

294

3. WIRTSCHAFTLICHE VERNUNFT

Anstatt in der Erkenntnis der Mannigfaltigkeit und Dringlichkeit der uns gestellten gesellschaftlichen und staatlichen Aufgaben zu vermehrter Anstrengung bereit zu sein, um dadurch zu noch größerer materieller Befreiung jedes Einzelnen zu gelangen, will es oft fast scheinen, als ob wir trotz der mahnenden, ja sogar tragischen Beispiele in der Welt den ebenso kindischen wie fluchwürdigen Versuch unternehmen wollten, in der Sünde wider die wirtschaftliche Vernunft Rekorde zu schlagen. (S. 521 Gafj)

Jeder deutsche Staatsbürger muss es wissen, dass diejenigen, die dem Volke schmeicheln und für dessen Wohl zu kämpfen vorgeben, sich in Wahrheit nur zu leicht am deutschen Schicksal und der deutschen Zukunft versündigen könnten. Seien wir also wachsam. (S. 521 Gafj)

Wenn Besitz- in welchen Umfang auch immer – aber nur immer begehlicher macht und jeder mit buchstäblich blindem Neid auf einen andern blickt, der noch mehr errungen hat, wenn gar jeder für sich oder für seine Schicht auf Kosten anderer sich bereichern möchte oder alle zusammen sich dem Wahn hingeben, mehr verbrauchen oder verdienen zu können, als die Volkswirtschaft im Ganzen herzugeben vermag, wenn nicht mehr der reale Sinn für das Mögliche und Gemäße, sondern Wunschvorstellungen das Handeln und Trachten des Einzelnen bestimmen – dann ist ein Element der Unordnung wirksam, und es ist vor allem andern wieder notwendig, die Geister zurechtzurücken. (S. 468 Gafj)

Das sind nicht die Freunde, sondern die Feinde des Volkes, die ihm – entgegen jeder wirtschaftlichen Vernunft – immer neuen und immer größeren Gewinn versprechen, obwohl nur zu oft die Beherrschung des kleinen Einmal-eins genügte, die volkswirtschaftliche Unmöglichkeit zu erweisen. Das gilt gleichermaßen für den Versuch, überhöhte Löhne wie auch überhöhte Gewinne realisieren zu

295

wollen, ohne daran zu denken, dass solch blinder Eifer zuletzt nur allen Schaden bringen muss. (S. 526 Gafj)

Gleich aber, ob es sich um Ausgaben oder Einnahmen des Staates handelt, ist und bleibt es besonders wichtig, dass alle Überlegungen über Herkunft und Verwendung der Mittel außer von der unmittelbaren Zwecksetzung nicht zuletzt auch von wirtschaftlicher Vernunft getragen sein müssen. (S. 1070 Gafj)

Das Einkommen entsteht zusammen mit der Produktion in gleichem Umfange und im gleichen Tempo. Wir sind arm, wenn wir wenig produzieren und dementsprechend nur über ein geringes Volkseinkommen verfügen; wir sind reicher, wenn wir mehr produzieren und so auch mehr Einkommen aus dieser erhöhten Leistung beziehen können. (S. 137 Gafj)

Das den Laien fast geheimnisvoll anmutende Walten einer freien Volkswirtschaft beginnt eben dort, wo wir die Frage stellen, wie es denn eigentlich zustande kommt, dass bei uns die Millionen Verbraucher in eigener Konsumwahl jeweils gerade das auf dem Markt vorfinden, was sie begehren. Niemand kann von vornherein annehmen, dass Hunderttausende von freien Unternehmern in ihren individuellen Dispositionen nie irgendeinen Fehler begehen. Nein, sie sind natürlich nicht unfehlbar, d. h., es wird von

dem einen Gut zuviel, von dem anderen zuwenig und nach Qualität und Preis auch nicht immer das Richtige, d. h. das produziert, was nachgefragt wird. Wir wissen zudem ja alle, wie wandelbar der Verbraucher ist. Der gesellschaftliche Verbrauch ist in einer ständigen Umformung begriffen, und trotzdem muss das Angebot immer diese Nachfrage aufsaugen können. Dieses „Kunststück“ ist überhaupt nur dadurch zu vollbringen, dass jeder Unternehmer um seiner Existenzerhaltung willen gar keinen anderen Ehrgeiz und Willen haben kann, als im Markte jeweils „richtig zu liegen“, die Gunst des Verbrauchers nicht einzubüßen und immer Besseres an ihn heranzutragen, um sich im Wettbewerb gegen den Mitanbieter zu behaupten. In diesem Ringen um die Marktpositionen lässt sich die Funktion des freien Preises einfach nicht ausschalten. (S. 180 Wfa)

4. WIRTSCHAFTSPSYCHOLOGIE

Das wirtschaftliche Geschehen läuft nicht nach mechanischen Gesetzen ab. Die Wirtschaft hat nicht ein Eigenleben im Sinne eines seelenlosen Automatismus, sondern sie wird von Menschen getragen und von Menschen geformt. Wenn dem so ist – und das kann füglich nicht bezweifelt werden –, dann wird sich das Gepräge, d. h.

die Struktur und das Bild der Wirtschaft, je nach unserem Handeln und Verhalten deutlich spürbar verändern, ja sogar verändern müssen. Man soll daher die Methode psychologischer Einwirkungen nicht gering schätzen. (S. 236 f. WfA)

Die moderne Psychologie verlangt geradezu danach, den volkswirtschaftlichen Prozess nicht nur in einem technischen Sinne zu begreifen; es kommt ebenso sehr darauf an, auch die Menschen, die diesen Apparat bewegen, in das volkswirtschaftliche Kalkül einzubeziehen. Für den Ablauf der Wirtschaft ist es von entscheidender Bedeutung, wie wir uns selbst verhalten, wie wir handeln. Ob wir optimistisch oder pessimistisch sind, ob wir à la Hausse oder à la Baisse spekulieren, ob wir sparen oder verbrauchen wollen, – das alles schlägt sich in wirtschaftlichen Daten nieder. Diese wiederum wie etwa sinkende, stabile oder steigende Preise – wirken auf unser Verhalten zurück. (S. 236 WfA)

Es wäre gewiss falsch anzunehmen, der Gedanke einer psychologischen Beeinflussung sei erst in der jüngsten Hochkonjunktur, mit dem Erreichen der Vollbeschäftigung, erfunden worden. Wenn ich in den letzten Jahren von manchem Skeptiker oder Kritiker gerügt wurde, weil ich allzu häufig in gewiss unbürokratischer Manier meinen Schreibtisch verlassen habe, um in Nord und Süd, in

Ost und West Reden zu halten, so geschah dies aus ganz ähnlichen Erkenntnissen. Allerdings haben diese meine Überlegungen ihre spezifische Ausprägung und eine systematische Anwendung erst in der jüngsten Vergangenheit erfahren. (S. 236 f. WfA)

Ich bin der Überzeugung, dass der von mir praktizierte psychologische Feldzug, der heute in Deutschland gemeinhin als Seelenmassage bezeichnet wird, in Zukunft nicht mehr aus dem wirtschaftspolitischen Instrumentarium wegzudenken ist. Es dürfte zwar noch zu früh sein, ein Lehrbuch systematischer psychologischer Wirtschaftsführung entwickeln zu wollen, – das mag der Wissenschaft in den nächsten Jahrzehnten vorbehalten bleiben, wenn wir über größere Erfahrungen verfügen. Allerdings scheint mir schon jetzt der Hinweis wichtig: es wäre wohl weltfremd, zu betont etwa mit moralischen Appellen arbeiten zu wollen. Selbstverständlich soll das wiederum nicht besagen, ich hielte die Wirtschaft und das wirtschaftliche Handeln der Menschen etwa für amoralisch. Es hat aber wenig Sinn, die Menschen aufzuzureifen, wenn sie dabei das Gefühl haben, sie sollten einem Minister oder der Regierung zuliebe Opfer bringen. Es ist den Marktteilnehmern vielmehr klarzumachen, wie sehr sich das Befolgen der Stimme des gesunden Menschenverstandes und der wirtschaftlichen Vernunft letztlich zu ihren eigenen Gunsten auswirkt. (S. 237 WfA)

XI. EUROPA UND INTERNATIONAL

1. Europa in Freiheit
2. Für ein gemeinsames Europa
3. Internationale Politik
4. Internationaler Wettbewerb
5. Politik für den Frieden

1. EUROPA IN FREIHEIT

Es ist darum auch kein Zufall, dass die Nationen mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung den europäischen Gedanken auf der Grundlage zwischenstaatlichen Leistungswettbewerbs zu stärken und zu fördern bereit sind, während sich die Planwirtschaften in ihrer ablehnenden Haltung wohl dessen bewusst sind, dass ihre völlig erstarrte, künstlich verfälschte, reaktionsunfähige Scheinordnung wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen muss, wenn sich die europäischen Völker nach dem einzig sinnvollen und gerechten Maßstab des Leistungswettbewerbs zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. (S. 233 GafJ)

Die sozialistischen Staaten Europas wissen oder erfüllen es doch instinktiv, dass ihre Vollbeschäftigungspolitik nur um den Preis der Leistungsminderung erkaufte werden konnte und dass sie in der Isolierung verharren müssen, um ein Dogma und System zu retten, dessen Untauglichkeit und soziale Fragwürdigkeit in freier Marktwirtschaft nicht mehr zu verdecken ist. (S. 233 GafJ)

Es bedeutet nicht (...) einen Verzicht auf staatliche Souveränität, wenn sich die Völker Europas – oder besser gesagt die Gewerbetreibenden aller europäischen Länder - zu einem möglichst freien Gütertausch auf einem umfassenderen europäischen Markt bekennen, sondern es bedeutet nach meiner Überzeugung gerade umgekehrt einen Missbrauch der staatlichen Macht, wenn diese die Staatsbürger an der freien Entfaltung ihrer Kräfte und Fähigkeiten hindern will. (S. 234 Gafj)

Wir wollen in dem Wirrwarr unserer Zeit vielmehr festhalten, dass es die unbeirrbar Politik unserer Partei war, trotz aller widerstrebenden Einflüsse den inneren und äußeren Wettbewerb mit aller Schärfe zur Entfaltung kommen zu lassen, und dass unter so bewusstem Willen gerade Deutschland durch seine Politik der Liberalisierung als erstes europäisches Land einen wesentlichen Beitrag zur europäischen Zusammenarbeit leistete. (S. 255 Gafj)

Gerade eine marktwirtschaftliche Wettbewerbsordnung sichert den Fortbestand und die Selbständigkeit der Volkswirtschaften. Ein auf solche Weise föderativ aufgebautes und gegliedertes Europa verhindert im Gegensatz zu einer planwirtschaftlichen Ordnung die Setzung eines zentralistischen Überstaates. (S. 234 Gafj)

Wem es also – aus welchem Grunde auch immer – um die Erhaltung der Selbständigkeit der europäischen Länder und ihrer Volkswirtschaften geht, der muss sich konsequenterweise zu einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung innerhalb dieses werdenden Europa bekennen. Der Sozialismus hätte in den rückliegenden Jahren mannigfach Gelegenheit gehabt, der Welt die angeblichen Vorteile dieses wirtschaftlichen Systems zu demonstrieren. Wenn sich dagegen die europäischen Völker in einem deutlich erkennbaren Trend immer mehr von diesem öden und schematischen Mechanismus der Kollektivierung des Lebens abwenden und moderneren und aufgeschlosseneren Formen der menschlichen Zusammenarbeit zuneigen, so dürfen wir hoffen, dass die künftige Gestalt Europas auf der freiwilligen Zusammenarbeit freier Menschen und freier Völker basieren wird. (S. 235 Gafj)

Europa ringt um neue Formen, und wenn ich auch zuversichtlich hoffe, dass die europäische Lösung im Zeichen der Freiheit stehen wird, so bin ich doch der Überzeugung, dass nur das feste Zusammenstehen alle Freiheitsliebenden zum Ziele führen kann. Freiheit meine ich hier zuerst im ökonomischen Sinne, aber wir wissen, dass auch politische Freiheit wirtschaftliche Freizügigkeit voraussetzt. (S. 318 Gafj)

Wir alle können nur gewinnen, wenn die Grenzen zwischen den Staaten mählich, aber sicher niedersinken. (S. 577 Gafj)

So wie ich Europa erkenne, ist es überhaupt nur denkbar als ein Europa der „Freien“ und der „Gleichen“. (S. 804 Gafj)

Uns Deutsche hat immer, sowohl wirtschaftlich wie politisch, ein Europa vorgeschwebt, das allen freien europäischen Ländern offen stehen soll. (S. 868 Gafj)

Wir wollen – ich wiederhole es – ein „Europa der Freien und der Gleichen“, in dem nicht Größe und Macht letzte Werte bedeuten, wir wollen ein Europa, in dem die Völker in Bewahrung ihres Erbes zu neuer kultureller Entfaltung kommen, ein Europa, das seine wirtschaftlichen und sozialen Kräfte zusammenfügt, um seiner politischen und humanitären Aufgabe gleichermaßen gerecht werden zu können. Nicht ein zertrenntes, sondern nur ein geeintes Europa mit klarem Profil und gemeinsamem politischen Willen ist weltpolitische Verantwortung zu tragen in der Lage. Die atlantische Partnerschaft setzt Europa als einen ebenbürtigen Partner voraus. (S. 868 Gafj)

Ein Europa, das nicht in der Gläubigkeit der menschlichen Herzen lebt, das nicht als eine echte Schicksals-

gemeinschaft empfunden wird, für das sich Opfer zu bringen lohnt, ein Europa, das nicht die Freiheit oben ansetzt, sondern sie gängeln und bändigen möchte, und ein Europa schließlich, das nicht in seinen geistig-seelischen und politischen Konturen schon heute erkennbar wird, kann weder die Welt noch die europäischen Völker selbst bewegen. Ein bürokratisch manipuliertes Europa, das mehr gegenseitiges Misstrauen als Gemeinsamkeit atmet und in seiner ganzen Anlage materialistisch anmutet, bringt für Europa mehr Gefahren als Nutzen mit sich. Westdeutschland hat sich durch eine Politik der Stabilität gegenüber den Infiltrationsversuchen aus dem Osten immun gemacht, und allein aus diesem Grunde muss ein gemeinsamer Markt unter den gleichen Gesetzen stehen. (S. 290 f. WfA)

Neben den politischen Gefahren, die mit der sogenannten sozialen Harmonisierung verbunden sind, ist diese Konzeption wissenschaftlich überhaupt nicht diskussionsfähig. Die soziale Harmonisierung steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Integration; sie ist nicht durch gequälte Konstruktionen zu verwirklichen, sondern durch eine Angleichung der Lebensformen und Lebensvorstellungen im Rhythmus der fortschreitenden Integration. Obwohl ich also einen gemeinsamen Markt bejahe, bin ich doch der Auffassung, dass auch in einem solcherart integrierten Europa die Lebens- und Produktionsbedin-

gungen niemals einheitlich sein werden. In gewissem Sinne beruht die Funktion des Gemeinsamen Marktes ja gerade umgekehrt auf der Möglichkeit und Notwendigkeit einer fruchtbaren Ergänzung der einzelnen Länder nach Maßgabe ihrer besonderen und unterschiedlichen Leistungskraft und der Vielfältigkeit der naturgegebenen und strukturellen Bedingungen. (S. 290 WfA)

Alles Streben nach politischer und wirtschaftlicher Integration muss scheitern, wenn nicht endlich alle Beteiligten den Mut und die Kraft finden, sich zu einer ständig fortschreitenden Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs, eines raschen Abbaues der Zölle sowie anderer protektionistischer Schranken und Manipulationen zu bekennen und danach zu handeln. Zu einem freien und gemeinsamen Markt gehören (...) nicht Reichtum und Stärke, sondern nur die bescheidene Einsicht, dass auch ein Staat, ebenso wenig wie ein Volk, über „seine Verhältnisse“ leben kann. (S. 298 WfA)

In Amerika gibt es eine Sentenz, die lautet: Stability and convertibility begin at home. Das ist genau das, was uns in Europa fehlt. (S. 295 WfA)

Soweit alle Bemühungen, zur Integration Europas zu gelangen, überhaupt auf einen Nenner gebracht werden

können, so auf den: Verwirklicht die Freiheit in allen Lebensbereichen! (S. 305 WfA)

Aber selbst auf die Gefahr hin, dass man meine Aussage in Zweifel zieht, werde ich nicht müde, zu wiederholen, dass ich mit gleicher Entschiedenheit die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bejahe, wie ich ein Anhänger eines umfassenderen europäischen Zusammenschlusses bin. (S. 583 GafJ)

Ich glaube an das Werden eines besseren und freieren Europa. (S. 334 GafJ)

2. FÜR EIN GEMEINSAMES EUROPA

Wir wollen Europa, aber wir wollen ein föderativ strukturiertes Europa, in dem jeder einzelne Mensch über die Grenzen seines Landes hinaus und trotzdem in engster Verbundenheit mit seinem Volk zu höchster Freiheit, höchster Kraftentfaltung und höchster Würde seiner Persönlichkeit gelangen kann. (S. 338 GafJ)

Das Europa, das wir meinen, ist kein „Geschäft“. Es findet seinen Sinn nicht im Geben und Nehmen, d.h. im

Aushandeln von materiellen Vorteilen und Nachteilen; nein, das wirkliche Europa muss seinen tiefen Gehalt in der organischen Zuordnung aller Lebensbereiche der Völker finden. (S. 748 Gafj)

Wenn ich eingangs sagte, dass dieses Europa nicht etwa nur eine wirtschaftliche Einheit ist oder werden will, dann sollte das nicht zuletzt besagen, dass sich Europa seines gemeinsamen geistig-seelisch-sittlichen Wertes bewusst bleiben soll. Wir sind überladen von alten Kulturen und geistigen Strömungen, die in unseren Vorstellungen, wenn auch unbewusst, fortleben. Wir wissen jedenfalls, woher wir kommen und was unser Denken geprägt hat, was über das Nationalstaatliche hinaus in den Stämmen an Eigenarten lebendig ist. „Europa“ kann nur der begreifen, der seine Geschichte, seine Geschicke kennt und weiss, wie viele und vielfältige Einflüsse das europäische Lebensgefühl geformt haben. Das gerade darf nicht untergehen! (S. 799 Gafj)

Gerade wenn wir uns (...) über das Problem einer europäischen Ordnung unterhalten, stoßen wir auf eine Art babylonischer Sprachverwirrung. Es ist heute in Europa so, dass jeder den Begriff im Munde führt, jeder sein Bekenntnis zu Europa abzulegen bereit ist, im Ganzen aber nur sehr wenig Klarheit darüber besteht, welche Gestalt dieses künftige Europa haben soll und welche

Wege eingeschlagen werden müssen, um das ehrliche Mühen zum Ziele zu führen. (S. 322 Gafj)

Ich könnte nur mit Schaudern an ein Europa denken, wenn ich es mir als einen zentralistischen Überstaat vorstellen müsste. Diesen Weg kann man in Europa nach meiner Überzeugung nicht gehen, ohne nicht zugleich das Wertvollste zu vernichten, was in Europa zwischen den einzelnen Ländern und Völkern schwingt. (S. 337 Gafj)

Derjenige, der die Devisenzwangswirtschaft überwindet, hat als Beginn mehr für Europa getan als alle Gremien, Institutionen, Parlamente und Regierungen zusammengekommen. (S. 337 Gafj)

Ich glaube, das war kein schlechtes Europa, in dem man sich mit dem Hundertmark- oder Hundertfrankenschein ohne Pass über die Grenzen frei bewegen konnte und die Kaufleute von Land zu Land Handel trieben, ohne danach zu fragen, ob es dem Staat passt oder nicht. (S. 337 Gafj)

Wehe dem, der glaubte, man könnte Europa etwa zentralstaatlich zusammenfassen, oder man könnte es unter eine mehr oder minder ausgeprägte zentrale Gewalt stellen. Nein – dieses Europa hat seinen Wert auch für

die übrige Welt gerade in seiner Buntheit, in der Mannigfaltigkeit und Differenziertheit des Lebens. Das sind die Elemente, die unserem Dasein Farbe geben und das Leben lebenswert machen. (S. 799 Gafj)

Dieses Europa hat wahrlich viele Gesichter, aber alle diese Züge vereinen sich doch wieder zu einem gemeinsamen Bild. (S. 800 Gafj)

Europa hat, geschichtlich gesehen, nur dann eine Chance und die Freiheit ist in der Welt auf die Dauer nur dann gewährleistet, wenn die Vereinigten Staaten in der Vereinigung der freien Völker Europas einen ebenbürtigen Partner finden, der dem freien Teil unseres Kontinents jene politische und wirtschaftliche Macht verleiht, die unerlässlich ist, um gegen jede Bedrohung unseres Lebens und unserer gemeinsamen Existenz gefeit zu sein. Nur so können die großen Aufgaben der Zukunft gelöst werden. (S. 880 Gafj)

3. INTERNATIONALE POLITIK

Wenn die Völker der freien Welt selbst unter großen materiellen Opfern die Voraussetzungen dafür schaffen müssen, sich verteidigen zu können und gleichwohl dem

wirtschaftlichen Fortschritt, dem Wohlstand und der sozialen Sicherheit breiteren Raum geben wollen, dann wird ihnen das nur gelingen können, wenn sie sich in ihren politischen Zielen einigen und durch die Zusammenfügung ihrer Kräfte ein höchstes Maß an politischer und wirtschaftlicher Effizienz erreichen. (S. 824 Gafj)

Die Bereitschaft zur Mitgestaltung einer über die nationalen Interessen hinausgreifenden Politik schließt für uns auch die Verpflichtung ein, einen Beitrag zur Entwicklungshilfe zu leisten. Wir folgen dabei dem in der innerdeutschen Politik verwirklichten Grundsatz, dass eine auf die Dauer wirksame und fruchtbare Hilfe zuerst beim Menschen und bei der Entwicklung seiner Fähigkeiten anzusetzen hat. Das aber bedeutet auch, dass wir uns in jenen Ländern allein mit der Veränderung der technologisch-ökonomischen Faktoren nicht zufrieden geben sollten. (S. 827 Gafj)

4. INTERNATIONALER WETTBEWERB

Wir streben im Außenhandel die größtmögliche Freiheit an, um in ihm den allen Völkern zum Segen gereichenden Grundsatz der internationalen Arbeitsteilung wieder zur Geltung zu bringen. Wir schwören ab allen offenen und

versteckten Mitteln eines Dumpings, dem Missbrauch der Handels-, Zoll- und Währungspolitik zur Erschleichung außenhandelspolitischer Vorzugpositionen und setzen als Ziel die Überwindung des bilateralen Warenverkehrs, freie Konvertierbarkeit der Währung und die freie Devisenwirtschaft. Es ist dringend notwendig, dass die Atmosphäre der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen durch die Ausschaltung nationalistischer Machtkämpfe entgiftet und anstelle von Nationalstaaten sozialistischen Gepräges freie Individuen nach kaufmännisch wirtschaftlichen Grundsätzen den Güteraustausch über die Grenzen besorgen. (S. 215 Gafj)

314 Ich bin dafür, dass alle Länder auf jedwede Maßnahme einer Exportförderung verzichten. Ich muss sagen, es ist ein im Ansatz unrichtiges Bemühen, wenn jeder einzelne Nationalstaat glaubt, durch besondere Hilfe für seine Industrie irgendetwas erreichen zu können. Es ist genau so, als ob ein Klub erwachsener Männer zusammenkäme und jeder versuchte, sich vor den anderen an den eigenen Haaren hochzuheben. Das muss scheitern! Wir kommen nicht weiter, ehe wir nicht diesen Methoden abgeschworen haben; denn es ist dies der Versuch, den echten Leistungswettbewerb der privaten Wirtschaft durch eine Konkurrenz der Staaten zu verfälschen. Das ist wirklich kein Prinzip, das einen Staat glücklich machen oder auf das er besonders stolz sein könnte. (S. 357 Gafj)

Es war wohl nicht zuletzt der Erfolg des deutschen Wiederaufbaus im Zeichen der Marktwirtschaft, der auch andere Länder sozialistische Ideologien und Methoden hat überwinden lassen. Es ist charakteristisch genug, dass alle europäischen Vorstellungen hinsichtlich der künftigen Zusammenarbeit dieser Völker in einem marktwirtschaftlichen Ordnungsdenken wurzeln. Jene sozialistischen Ideologien haben in der Praxis gerade entgegen den früheren Idealen der Sozialdemokratie ganze Volkswirtschaften in protektionistischem, nationalistischem Egoismus erstarren lassen und die arbeitenden Menschen feindlich getrennt. (S. 376 Gafj)

Ich glaube (...) nicht, dass die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen auf internationalen Kartellab-sprachen aufgebaut werden sollen. Auch hier bin ich der Meinung: Die These von dem freien Wettbewerb auf dem gemeinsamen Markt und darüber hinaus auf dem gesamten Weltmarkt muss obenan stehen. (S. 403 Gafj)

315

Sie wollen mit Recht wissen, was ich unter funktioneller Integration verstehe. Ich spreche damit die Setzung einer internationalen Ordnung an, bei der nicht institutionelle oder personelle Befehlsgewalten in Erscheinung treten müssen, um ein bestimmtes Verhalten der einzelnen Nationalstaaten oder ihrer Regierungen zu erreichen; ich meine ein System, das aus seinem inneren Ordnungs-

gefüge heraus ein bestimmtes Verhalten der einzelnen Länder und Volkswirtschaften gewissermaßen erzwingt, wenn und solange die einzelnen Volkswirtschaften innerhalb dieser Ordnung eine glückliche Entwicklung nehmen wollen. (S. 421 Gafj)

5. POLITIK FÜR DEN FRIEDEN

Es darf keinen dritten Weltkrieg geben! Es würde die Katastrophe für die ganze Menschheit bedeuten. Das neue Deutschland wird darum seinen vollen Beitrag zu leisten bereit sein, um, was in menschlicher Kraft liegt, Kriege ein für allemal unmöglich zu machen. (S. 899 Gafj)

Wenn es schon unser Schicksal ist, mit der Atombombe zu leben, so wollen wir doch gemeinsam alles tun, um nicht unter der Atombombe zu sterben. (S. 555 Gafj)

Seien Sie dessen gewiss – und das ist eine feierliche Erklärung-, dass niemand in meinem Lande, kein Staatsmann, keine Partei und keine Gruppe, daran denkt, das brennende Problem der deutschen Wiedervereinigung anders als auf friedlichem Wege zu lösen. Denn wir sind von dem Fluch einer unseligen Vergangenheit, von dem Wahn der Gewaltanbetung geheilt und wissen aus eige-

nem tragischen Erleben, dass den Menschen in der Welt vor allem die Segnung des Friedens Not tut. (S. 554 Gafj)

Wenn die bloße Macht, die brutale Kraft der Waffen heute das Schicksal der Menschheit zu bestimmen scheinen und die Außenpolitik sich nur noch darum bemüht, das Unheil des Krieges zu verhindern, dann stellt sich die Frage, ob wir etwas versäumt haben oder falsche Wege gegangen sind, die es zu einer so gefährlichen Alternative überhaupt haben kommen lassen. (S. 717 Gafj)

Ich muss allerdings hier deutlich sagen: Es ist nicht möglich, die Voraussetzungen für einen echten Frieden zu schaffen, solange nicht das Recht der Selbstbestimmung in einer Zeit, in der alle Völker mündig geworden sind, allgemeine Gültigkeit erlangt. Es ist nicht möglich, eine echte Entspannung in der Welt herbeizuführen, solange nicht jedes Streben danach aufgegeben wird, ein bestimmtes Gesellschaftssystem anderen Völkern mit einem ihnen aufgezwungenen Bürgerkrieg, mit Subversion und anderen Mitteln aufzunötigen. (S. 897 Gafj)

XII. ERHARDS LEBEN – ERHARDS SICHT

1. Liebe CDU – Auf ein Wort
2. Erhard über die SPD
3. Unpopuläre Wahrheiten
4. Aus der Sicht von Ludwig Erhard

1. LIEBE CDU – AUF EIN WORT

Die CDU würde sich selbst preisgeben und das deutsche Volk sozialistischen Experimenten überantworten, wenn sie nur einen Augenblick versagt und den Boden der Sozialen Marktwirtschaft verließ. Diese zu verteidigen ist nicht um des Dogmas, sondern um des deutschen Volkes willen höchstes Gebot. (Ludwig Erhard, Rede auf dem 1. Bundesparteitag der CDU, Goslar, 22. Oktober 1950, ‚Kühle Köpfe – Starke Herzen‘)

Wir aber – unsere Partei - , die wir nicht zuletzt durch die Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit unserer Wirtschaftspolitik die Verantwortung für das Schicksal unseres deutschen Volkes zu übernehmen berufen waren, wir wollen gewiss nicht in vorgefassten Meinungen und Dogmen erstarren und an Prinzipien zugrunde gehen, aber wir wollen auch nicht in den noch viel verhängnisvolleren Fehler verfallen, die Beweglichkeit und Anpassungsfreudigkeit bis zur Prinzipienlosigkeit zu steigern. (S. 265 Gafj)

Wir dürfen überzeugt sein, dass gerade unser deutsches Volk ein sehr feines Gefühl für eine ruhige und sichere

Staatsführung besitzt und dass es gerade in Zeiten politischer und sozialer Erschütterungen um seiner eigenen Ruhe und Sicherheit willen auch solcher Führung verlangt. So soll das deutsche Volk auch wissen, dass wir den Grundsätzen unserer Wirtschaftspolitik treu bleiben, soviel auch sinnlose Gerüchte und falsche Pressemeldungen von einem Gegenteil wissen wollen. Besteht darüber eindeutig Klarheit (...), dann werden sich allein aus der zurückgewonnenen Sicherheit heraus manche Verkrampfungen lösen und die hektischen Ausschläge in ruhige Bewegung übergeleitet werden können. (S. 265 Gafj)

322 Was uns auch bedroht und was uns auch bedrängt, des einen bin ich gewiss: Das deutsche Volk kann, wenn wir uns selbst treu bleiben, die Zuversicht hegen, dass es nur an unserem Willen und an unserer Kraft liegt, das deutsche Schicksal zu meistern und zum Besseren zu wenden. (S. 303 Gafj)

Die CDU/CSU braucht sich der Früchte ihrer Politik vor dem deutschen Volk wahrlich nicht zu schämen. Dessen möchten manche Kleingläubige auch aus unseren eigenen Reihen eingedenk sein, wenn sie dann und wann Unmut, Unbehagen oder Unsicherheit zu befallen droht. (S. 608 Gafj)

Nein, was uns Not tut, ist die Konsequenz unserer inneren Haltung und die Treue zur Idee. (S. 609 Gafj)

Wir sind angetreten zu der großen Auseinandersetzung zwischen dem Bewusstsein menschlicher Freiheit und individueller Selbstverantwortung gegenüber dem kollektivistischen Ungeist in all seinen fragwürdigen Formen und Methoden. Wenn christliche Gesinnung und Verantwortung sich in diesem Ringen je bewahren sollen, dann öffnet sich hier das ersprießlichste Feld politischer Betätigung. Der härteste Widerstand gegen den Fluch des Menschen ertötenden Kollektivismus wird hier dann zu befreiender christlicher Tat. Haben wir doch auch den Mut, falscher und verlogener Verschwommenheit entschlossen den Kampf anzusagen, auch wenn sie sich in den Mantel neuzeitlicher Sozialpolitik hüllen möchte. (S. 702 Gafj)

323

Es wäre völlig falsch gesehen, wenn man meinen würde, die kontroverse Aussprache dürfte nur immer zwischen Regierung und Opposition geführt werden; sie kann auch durchaus in unseren Reihen Platz greifen, ja, das kann sogar fruchtbar sein. (S. 875 Gafj)

Wir gäben uns einem trügerischen Wahn hin, wenn wir glaubten, die Gefahr des Kommunismus sei schon geringer geworden, weil sich in jenem Lager Sprache und

Taktik allenthalben gewandelt haben. (S. 885 Gafj)

Ich gehöre nun einmal nicht zu den Politikern, die glauben, das sei die rechte Art, sich den Beifall dadurch zu verdienen, dass man immer nur jedem nach dem Maulte redet. Nein, das ist meiner Ansicht nach eine ganz schlechte Politik. Denn wenn jedem das gesagt wird, was er gerade hören will, gehen uns alle Maßstäbe für die Dimensionen verloren, vor allem dem, der glaubt, auch die praktische Nutzenanwendung aus verlogener Demagogie ziehen zu können. So geht das einfach nicht weiter! Darum, meine Parteifreunde, gilt es auch im Innern politisch zusammenzustehen und die Probleme mutig anzupacken. (S. 892 Gafj)

324

Es darf nicht dazu kommen, dass sich unsere Partei nur dann zu großen Leistungen aufrafft und zur Geschlossenheit hinfindet, wenn sie zu Wahlen und besonders zu Bundestagswahlen antritt. Man verlangt von uns nicht nur, gute Politik zu machen, sondern sie auch unseren Bürgern ständig zu erläutern und zu verdeutlichen. (S. 979 Gafj)

Eine Partei, die in sich geistig und sittlich fest gefügt ist, erliegt nicht der Versuchung, nach der Devise der Konfektionsbranche: „Jede Saison was Neues“ zu handeln! (S. 979 Gafj)

Wir berufen uns auf ein Programm, das sich auf die christlich-demokratischen sowie auch geistig-sittlichen Aussagen über Wert und Sinn menschlichen und gesellschaftlichen Lebens und Zusammenlebens gründet. Wir verwalten also nicht ein Programm, das sich aus den Launen und Moden politischer Doktrinen ableitet und sich darum auch mit alltagsbezogenen Sinnesänderungen beliebig wandeln ließe. (S. 981 Gafj)

Wir sind nicht einfach ein Sammelbecken vielfältiger Meinungen, sondern wir haben gezeigt – und müssen es auf noch überzeugendere Weise tun –, mit welchen Prioritäten und nach welchen Kategorien wir den Einzel- und Gruppenwünschen ihr Recht in der Gesamtverantwortung zukommen lassen dürfen. (S. 983 Gafj)

325

Während wir im Bund erfolgreich die Front hielten trotz der enormen Beanspruchung und Verantwortung in der Außen-, Verteidigungs- und Deutschlandpolitik, ist auf der kommunalen Ebene wertvolles Terrain verloren gegangen, das wiedererobert werden muss. Packen wir also diese Aufgabe entschlossen an. Wir müssen uns dabei die Frage stellen, wie das Parteileben auf allen Ebenen zeitnah und attraktiv zugleich gestaltet werden kann. Wir alle wissen, dass es mit Versammlungen alten Stils allein nicht mehr getan ist. (S. 998 Gafj)

2. ERHARD ÜBER DIE SPD

Der innere Zwiespalt, ja, die Zwielfichtigkeit in der Politik der SPD tritt so offen zu Tage, dass gerade unsere mittelständische Wirtschaft von allen guten Geistern verlassen sein müsste, wenn sie den Pferdefuß übersehen würde. (Gafj)

Die SPD bringt zwar aus verständlichen Gründen nicht mehr den Mut auf, Planwirtschaft zu predigen; sie versäumt jedoch keine Gelegenheit, dieses ihr Dogma über die Hintertür wieder in die deutsche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hereinzuschmuggeln. (S. 499 Gafj)

Schauen Sie die Sozialdemokratie an, die hat überhaupt keine wirtschaftspolitischen Vorstellungen. Ich meine, es ist eine Echternacher Springprozession, was die aufführt, zwei Schritte vor und einen zurück. (S. 200 Gafj)

Sie (die Sozialdemokratie) ist in sich gespalten und kann in den entscheidenden Fragen der Wirtschaftspolitik nichts sagen, weil überhaupt keine zwei Teile da sind, die gleicher Meinung sind. (S. 200 Gafj)

Aber es muss wohl zur unauflöslchen Tragik sozialdemokratischer Läuterungen gehören, dass sie stets zu spät kommen. (S. 631 Gafj)

Der Bundesvorstand der SPD hatte beschlossen, dass die starken Kurseinbrüche vom Dienstag letzter Woche an allen internationalen Börsen auf meine „völlig unbegründete“ Alarmrede zurückzuführen seien. Was sind diese „Kapitalisten“ an den Börsen doch für merkwürdige Leute, und welche geheimnisvolle Absprache mag da wohl vorgelegen haben, dass zehn Wochen nach der besagten Rede alle Börsen der Welt gleichzeitig und in gleicher Weise reagierten. Jetzt fehlt nur noch die Feststellung, dass die „Aufklärung“ dieses Falles durch den Parteivorstand der SPD alle Börsen sofort wieder beruhigt hätte. (S. 750 Gafj)

So möchte ich den sozialdemokratischen Experten doch nahelegen, dass sie in dem von ihnen verleugneten „Karl Marx“ nachlesen, wie entscheidend, unbeschadet der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, eine ausreichende Kapitalbildung das soziale Schicksal gerade auch des Arbeiters bestimmt. (S. 752 Gafj)

Es muss schon Misstrauen auslösen, wenn sich die führenden Männer der SPD so viel auf ihre modernen

Werbe- und Propagandamittel zugute halten. Ich unterschätze das keineswegs, aber zuletzt kommt es doch eben nicht auf die Verpackung, sondern auf den Inhalt, auf die Güte einer Ware an. (S. 758 GafJ)

Trotz der von der CDU abbeschriebenen Parolen leistet die SPD jenen Kräften Vorschub, die nach ihren eigenen Aussagen den Klassenkampf, die Verstaatlichung und die sattsam bekannte „Wirtschaftsdemokratie“ verwirklicht sehen wollen. (S. 758 GafJ)

Jener Geist von Godesberg, den die SPD heute so gern ausstrahlen möchte, hat – wie ich täglich sehe – führende Funktionäre keineswegs ergriffen; sie handeln nach wie vor im Stile marxistischer Doktrin. (S. 758 GafJ)

328

3. UNPOPULÄRE WAHRHEITEN

Es wird dabei auch allzu leicht übersehen, dass der Wettbewerbsgedanke ja nicht etwa nur ganz bestimmte Schichten berührt, während die übrigen nur die Folgen zu tragen hätten. Leistungsunterschiede bestehen auf jeder Ebene, und immer ist es gerechtfertigt, diesen auch im Einkommen Ausdruck zu geben. (Ludwig Erhard Das Programm der Wirtschaftsreform. 1948. S. 41)

Wenn wir allerdings nicht den Mut haben, das soziale Ressentiment allerorts zurückzudrängen, wenn wir es nicht ertragen können, dass bei neu aufkommendem Bedarf im Zuge der Entfaltung der Technik die einen vielleicht sogar ohne eigenes Verdienst früher Konsumenten werden können als andere, dann müssen wir eben alle in der künstlich konservierten Armut verharren (...) (S. 73 WfA)

Wenn wir nicht anfangen mit dem Streben, die Lebensmöglichkeit unseres Volkes fortdauernd zu verbessern, dann untergraben wir auch den Boden des technischen Fortschritts, dann scheiden wir aber auch aus dem Kreise der zivilisierten Völker aus. Wir können an einer weiteren glücklichen und gedeihlichen Entwicklung der Welt nur teilhaben, wenn wir den Mut zum Konsum aufbringen. (S. 73 WfA)

Dass der wirtschaftliche Erfolg zugleich auch die Grundlage und die Ursache jedes sozialen Fortschritts ist und allein ein hohes Maß an sozialer Sicherheit zu bieten vermag, kann nicht bestritten werden, denn wo nichts ist, hat der Kaiser, da haben auch die Gewerkschaften das Recht verloren. Man kann eben nur ein Sozialprodukt verteilen, wenn vorher ein Sozialprodukt erzeugt worden ist. (S. 78 WfA)

329

Eine gewisse Presse hat (...) die Frage an mich gestellt, ich möchte einmal Antwort darauf geben, wie es ein Sozialrentner (natürlich mit dem geringsten Einkommen) anfangen sollte, sich einen Kühlschrank zu kaufen. Auf eine so einfältige Frage war wohl die Antwort berechtigt, dass die ersten Automobile in Amerika wahrscheinlich auch nicht von Sozialrentnern, sondern im Zweifelsfalle von Millionären gefahren wurden. Sind aber die letzten hundert Jahre in aller Welt nicht eine eindeutige Demonstration dafür, dass noch jede Verbesserung der Lebensführung sich stufenweise ausbreitete und eine andere praktisch realisierbare Möglichkeit des Fortschreitens eines allgemeinen Wohlstandes gar nicht gedacht werden kann? (S. 370 Gafj)

330

Soweit Kapitalbesitz freies und privates Eigentum repräsentieren soll, muss und kann es immer nur durch Arbeit und Konsumverzicht erworben werden. Mit romantischen Vorstellungen kommen wir da nicht weiter; sie führen uns nur in die Irre. (S. 497 Gafj)

Wir haben offenkundig das Gefühl für das Mögliche verloren und schicken uns an, eine Sozialpolitik zu betreiben, die vielleicht das Gute will, aber mit Gewissheit das Böse – nämlich die Zerstörung einer guten Ordnung – schafft. So manches Mal frage ich mich wirklich, ob denn dieses deutsche Volk mit wachsendem Wohlstand

immer weniger ansprechbar, immer weniger bereit ist, die Wahrheit zu hören. (S. 733 Gafj)

Die Privilegierten, die drinnen sitzen, wollen allen anderen, die hereinwollen, das Leben sauer machen. Frage ich nach dem Geist, der hinter all diesen Bemühungen steht, dann bin ich zu harter Antwort genötigt: Es ist der pure Egoismus und nichts anderes, der versucht, solche Forderung mit gesellschaftswirtschaftlichen Idealen und ethischen Prinzipien zu verbrämen. Tatsächlich möchte man sich abschirmen, Zäune um Berufe ziehen, man möchte abwehren, möchte schützen, Positionen mit künstlichen Mitteln bewahren. Die Wirkung kann keine andere sein als die, die Nachrückenden und Nachdrängenden, unter denen sich oft gerade jene befinden, die sich „berufen“ fühlen, in ihrer Entfaltung zu behindern (...). Man kann sich nur empört von solchem Muckertum abkehren. (S. 147 f. WfA)

331

4. AUS DER SICHT VON LUDWIG ERHARD

In meinem eigenen Lebensweg und persönlichen Schicksal spiegelt sich im Guten und im Bösen, in den glücklichen und sorgenvollen Tagen ein Stück

deutscher Geschichte wider. (S. 528 GafJ)

Neben nüchternen ökonomischen Überlegungen spielte bei mir auch der Gedanke eine Rolle, es der übrigen Welt zu zeigen, dass wir von einem Wahn geheilt sind und unsere ganze Sehnsucht danach geht, uns wieder friedlich einzugliedern in den Kreis der demokratischen und gesitteten Welt. Man mag uns das um so eher glauben, wenn sich dabei die ideologische Tugend mit dem ökonomischen und materiellen Interesse harmonisch verbindet. (S. 323 GafJ)

So kam in der Welt der Slogan von dem „deutschen Wirtschaftswunder“ auf. Wenn ich diesen Begriff ablehne, so deshalb, weil sich in Deutschland kein Wunder ereignet hat, sondern eine auf freiheitlichen Prinzipien begründete Wirtschaftspolitik der menschlichen Arbeit Wert und Sinn verhiess und der Fleiß und die Hingabe eines Volkes wieder Zwecken der menschlichen Wohlfahrt nutzbar gemacht wurden. (S. 549 GafJ)

Man mag immer dazwischen einmal zu diesen oder jenen Notlösungen bereit sein – ich sage noch einmal: Der Boden, auf dem wir stehen, ist die Freiheit. Das gilt besonders für den Unternehmer. Und ich bin nur so lange Wirtschaftsminister (...), als es freie Unternehmer in Deutschland gibt. (S. 405 GafJ)

In meiner Eigenschaft als Wirtschaftsminister kann mir füglich nicht zugemutet werden, für das Seelenheil des ganzen Volkes verantwortlich zu sein. In dieser Funktion habe ich eine ganz spezifische Aufgabe zu erfüllen. Diese lautet unter dem hier gekennzeichneten Aspekt dahin, aus der Volkswirtschaft so viel an Kraft und Leistung herauszuholen, dass die Menschen frei von Sorgen und Nöten leben können, dass sie die Möglichkeit gewinnen, Eigentum zu erwerben und dadurch unabhängig zu werden, dass sie mehr an menschlicher Würde entfalten können, weil sie dann nicht mehr auf die Gnade anderer, auch nicht auf die Gnade des Staates angewiesen sind. Mir will scheinen, dass mit der Erreichung eines solchen Zieles der Wirtschaftsminister seinen vollen Beitrag zur Überwindung eines vermeintlichen oder tatsächlichen Materialismus geleistet haben würde. (S. 230 WfA)

Damals, als noch Städte und Landkreise untereinander Tauschhandel trieben, Kartoffeln gegen Rasierklin- gen, Heringe gegen Kohlen nicht nach Preisen, sondern nach Quantitäten gehandelt wurden, verstieg ich mich als Bayerischer Wirtschaftsminister schon zu der ketzerischen Aussage, dass ich mir unter einer bayerischen Wirtschaft im wirtschaftspolitischen Sinn beim besten Willen nichts vorstellen könne, ja, dass mir unter den Zeichen der Zeit, die wir erkennen sollten, selbst der Begriff einer deutschen Wirtschaft zu eng gefasst erschiene

und es darum unsere Aufgabe wäre, über die nationale Begrenzung hinaus in europäischen Kategorien zu denken. (S. 694 f. GafJ)

Wenn nämlich jemals eine Theorie die Zeichen der Zeit richtig zu deuten wusste und einer ihren Erkenntnissen gemäßen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik neue Impulse gab, dann waren es die Gedanken der Männer, die heute als Neo- oder Ordoliberalen gelten. Sie haben der Wirtschaftspolitik immer mehr gesellschaftspolitische Akzente verliehen und sie aus der Isolierung eines mechanistisch-rechenhaften Denkens gelöst; sie haben die Nationalökonomien wieder in Funktionen zu denken gelehrt und deutlich gemacht, dass das wirtschaftliche Leben der Menschen und Völker nicht losgelöst von ihren anderen Seinsbereichen begriffen und darum auch nicht isoliert geordnet werden darf. (S. 696 GafJ)

Zuerst Prediger in der Wüste, haben es meine Freunde und ich und vor allem dann der Erfolg selbst doch zu erreichen vermocht, die Widersacher zu ermatten. (S. 722 GafJ)

Zwar habe ich schon mit der Einführung der neuen Wirtschaftsordnung deutlich genug gesagt, welche Illusion es wäre, zu glauben, dass sich die Eröffnung der Freiheit zwangsläufig oder vielleicht sogar einseitig zu Gunsten

des Unternehmers und damit zu Lasten des Verbrauchers auswirken müsse. Man hat es mir aber offenbar nicht geglaubt, denn sonst wäre es kaum verständlich, dass auf der einen Seite das „Hosianna“ allenthalben in ein „kreuzigt ihn“ umschlug, während sich der zunächst skeptische Verbraucher mehr und mehr mit der Marktwirtschaft anzufreunden und am Ende zu versöhnen begann. (S. 725 GafJ)

Ich hege nicht ohne Grund die tiefe Besorgnis, dass man in der freien Welt am Ende gar befürchten könnte, ein Volk, das aus tiefer Tragik heraus so Großes vollbracht hat, könnte in erneuter Maßlosigkeit seiner Wünsche und Vorstellungen noch einmal zum Störenfried werden. (S. 736 GafJ)

Weil ich in Deutschland die Regeln der ökonomischen Vernunft und des gesunden Menschenverstandes achtete, darum lautete die an mich ergangene Forderung dahin: Jetzt Preisstopp oder abtreten! Nun, ich bin weder abgetreten noch habe ich einen Preisstopp verfügt. Dass meine sozialistischen Widersacher die Verhältnisse unter parteipolitischen Aspekten gesehen haben, kann ich ihnen gar nicht verübeln. Schlimmer war, dass auch gute Freunde irre geworden sind und meinten, dass mit meiner Wirtschaftspolitik Deutschland die Felle davonschwimmen würden. Ich setzte dagegen, dass man nur

etwas Ruhe bewahren müsste, und das hat sich denn auch ehrlich gelohnt. (S. 52 WfA)

Die Höhe des Einkommens ist weder Maßstab noch Grenzscheide für eine sittliche Wertung des Verbrauchs. Ich weiß deshalb auch nicht, warum und inwiefern die menschliche Seele durch Wohlstand und Reichtum an sich gefährdet sein sollte. Man müsste dann folgerichtig die Gegenfrage stellen: Von welcher Einkommenshöhe ab ist die menschliche Seele durch Reichtum eigentlich nicht mehr gefährdet? Ist diese Fragestellung aber nicht schon reiner Hohn? (S. 227 WfA)

336 Ich glaube, dass sowohl für das Individuum wie auch für ein Volk als Ganzes eine funktionsfähige Wirtschaft sichergestellt sein muss, um die Grundlage für jedes höhere Streben und die Erfüllung geistig-seelischer Anliegen zu gewinnen. Erst wenn die materielle Basis der Menschen geordnet ist, werden diese selbst frei und reif für ein höheres Tun. (S. 228 WfA)

Bei jeder Äußerung zu dem Thema „Soziale Sicherheit“ laufe ich Gefahr, dass mir die Überschreitung meiner Zuständigkeiten vorgeworfen wird. Wenn ich dazu also nicht sosehr als Wirtschaftsminister denn als Wirtschaftspolitiker spreche, so ist es doch für den Kenner der Materie selbstverständlich, dass im Gefüge einer sozialen

Marktwirtschaft auch der Wirtschaftsminister allen Anlass hat, sich um die weitere Gestaltung unserer Sozialpolitik zu kümmern. (S. 245 WfA)

Ich nehme gern die Unpopularität auf mich, einer der lautesten Verkünder der Freiheit zu sein, – gerade aus der Sorge um die Gestaltung der freien Welt und um die Zusammenarbeit der freien Völker. Ich sehne auch im übernationalen Rahmen eine ehrliche Ordnung herbei. Dazu gehört in erster Linie die Wahrung der menschlichen Freiheit. Wir müssen überall die Ordnungsgrundsätze verwirklichen, die freiheitliche und echte menschliche Beziehungen sicherstellen, – sowohl auf dem wirtschaftlichen Felde als auch im Bereich des politischen Lebens. (S. 301 WfA)

337

Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass derjenige, der für eine freie Wirtschaftsgesellschaft im Innern eintritt, auch zu den Vorkämpfern einer freien weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und einer engen zwischenstaatlichen Zusammenarbeit gehört. (S. 302 WfA)

Muss etwa der Wohlstand eines Landes in einer freien Welt für die Nachbarn Anlass zu Sorge oder Angst sein? Selbstverständlich ist das mit aller Entschiedenheit zu verneinen. Es ist eine ökonomische Binsenweisheit, dass es dem einen Partner nur gut gehen kann, wenn auch sei-

ne Mitspieler wirtschaftlich gedeihen. Mit Bettlern kann man keine Geschäfte machen. (S. 303 WfA)

In jenen turbulenten Tagen galt es, standhaft zu bleiben, nicht all das zu tun, was von echten und falschen Freunden empfohlen wurde. Ja, ich sah mich damals sogar genötigt, manche „Kriegslist“ anzuwenden, um dem überstarken politischen Druck nach Anwendung gefährlicher und weit über das Ziel hinausschießender Maßnahmen zu begegnen. (S. 44 WfA)

Armut

Armut ist das sicherste Mittel, um den Menschen in den kleinen materiellen Sorgen des Alltags verkümmern zu lassen. Vielleicht mögen Genies sich über solche Drangsale erheben können; die Menschen im Allgemeinen aber werden durch materielle Kümmernisse nur immer unfreier.

(S. 228 WfA)

Bauerntum schützen

Niemand soll an meinem guten Willen und an dem festen Entschluss zweifeln dürfen, alles Zweckmäßige zu unternehmen, um ein lebenskräftiges deutsches Bauerntum zu erhalten und die in ihm tätigen Menschen von der Unruhe und Unsicherheit zu befreien, dass es für sie keine gesicherte und glückliche Zukunft geben könne. (S. 843 GafJ)

341

Behördliche Planung

Trotzdem scheut man sich nicht, uns die Rückkehr zu einer Ordnung (gemeint ist die Planwirtschaft) - so lassen sich die Begriffe missbrauchen - zu empfehlen, die es noch nicht einmal zuwege brachte, den Hausfrauen durch die behördliche Planung einige Nadeln, ein paar Meter Stopfgarn und ein paar Hosenknöpfe zuzuteilen.

(S. 132 GafJ)

Berufsordnung

Eine Berufsordnung darf nicht zu einer Erstarrung des Einzelhandels führen, sondern muss seine Beweglichkeit und Elastizität berücksichtigen und fördern. Dann nur hat sie Sinn und Wert. (S. 149 WfA)

Einzelhandel

Dieser harte und stete Kampf meinerseits um die Erhaltung des Wettbewerbs kommt dem Einzelhandel unmittelbar zugute, denn er gewährleistet das gesunde Verhältnis zwischen Kaufkraft und Preisen, er sorgt dafür, dass immer weitere Bevölkerungskreise kaufkräftig werden und an einen gehobenen Bedarf heranreichen. Das alles aber mündet ja schließlich in die Einzelhandels-sphäre ein. (S. 151 WfA)

Europa

Europa ist aber eben nicht mit kleinen Mittelchen zu bauen oder auszustückeln, sondern ist nur als eine komplexe ökonomische und politische Funktion zu begreifen. (S. 444 GafJ)

Europa

Soweit alle Bemühungen, zur Integration Europas zu gelangen, überhaupt auf einen Nenner gebracht werden können, so auf den: Verwirklicht die Freiheit in allen Lebensbereichen! (S. 305 WfA)

Ewig-Gestrige

Die Ewig-Gestrigen, die wenn auch mit freiheitlichem Wortschwall, im Grunde noch immer glauben, dass der wachsende Wohlstand vom Staat reglementiert und verteilt werden müsste, werden das wirkliche Leben nie einholen können; sie hinken dem tatsächlichen Geschehen immer hinterher. (S. 700 GafJ)

Experimente

Sozialistische Wirtschaftsexperimente haben die nationalen Volkswirtschaften in Unordnung gestürzt und die menschliche Freiheit untergraben. (S. 376 GafJ)

Falsche Ratgeber

Die gleichen Leute, die nicht einen Hosenkнопf produzieren und verteilen konnten, sind gar nicht berechtigt, uns Empfehlungen über eine gesunde Wirtschaft zu machen. (S. 198 GafJ)

Fortschritt

Ja, es ist immer wieder notwendig zu sagen, dass beides ein Gleiches bedeutet, dass wirtschaftlicher Fortschritt und soziale Wohlfahrt gar nicht voneinander zu trennen sind. (S. 237 GafJ)

Freie Wirtschaft

Je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie auch. (Ludwig Erhard. Rede 1953)

Freiheit

Der Ruf nach Freiheit, nicht nach Klassenkampf, kennzeichnet die Revolution unserer Zeit. (Ludwig Erhard. Rede Berlin, 12. Januar 1965)

Freiheit

Die Freiheit ist ein staatsbürgerliches Recht, das von niemandem außer Kraft gesetzt werden darf. (S. 352 GafJ)

Freiheit

344 Freiheit ohne das Gefühl der Bindung und Verantwortung treibt zur Entartung und zum Chaos! (S. 214 WfA)

Früchte nicht Sprüche

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, und nicht – das sage ich unseren Kritikern – an ihren Sprüchen. (S. 496 GafJ)

Gemeinschaft

Deutschland kann ohne die übrige Welt nicht leben; es kann nur in Verbindung mit der freien westlichen Welt leben. (S. 362 GafJ)

Gerechtigkeit

Ich habe es mir angewöhnt, das Wort Gerechtigkeit fast immer nur in Anführungszeichen auszusprechen, weil ich erfahren habe, dass mit keinem Wort mehr Missbrauch getrieben wird als gerade mit diesem höchsten Wert. (S. 862 GafJ)

Gesellschaft

Es liegt im Wesen dieser modernen Gesellschaft – und das macht zugleich ihre Stärke aus - dass sie den permanenten sozialen Ausgleich anstrebt, aber auch gewährleistet. (Ludwig Erhard: Das gesellschaftspolitische Leitbild der Formierten Gesellschaft 1965/66, S. 82)

Gesprächsstoff

Es gibt drei Gesprächsstoffe, bei denen alle und jeder glauben mitreden und urteilen zu können, das ist das Wetter, die Politik und die Wirtschaft. (S. 603 GafJ)

Gewissen

Ohne menschliches Gewissen ist auch keine freie demokratische Ordnung denkbar. (S. 502 GafJ)

Handeln und Denken

Das Handeln entspringt anderen Gesetzen als das Denken; aber gleichwohl sind beide aufeinander angewiesen. (S. 818 GafJ)

Hoffnung

Hoffnung strahlt Stärke und neuen Willen aus. Aber Hoffnung kann auch trügerisch sein. Darum gilt es, in großer Wachsamkeit die Grenze zwischen Hoffnung und Illusion scharf zu ziehen und darauf zu achten, nicht den Kompass zu verlieren. (S. 869 GafJ)

Hoffnung

Die Menschen sind wohl so geartet, dass sie ohne Hoffnung nicht leben können. Ja, selbst wenn ein Wunderglaube dazu gehörte, auf die Erfüllung dieser oder jener Erwartung und Sehnsucht zu vertrauen: Die Menschen werden am Ende doch immer wieder gläubig sein und damit sogar Recht behalten. (S. 555 GafJ)

Ideen

Ideen, die nicht untergründig reif sind, ans Licht zu rücken, haben kaum Aussicht, von den Organen des Staates willkommen geheißen oder gar anerkannt zu werden (...) (S. 707 GafJ)

Individualismus

Wir laufen Gefahr, in einem beziehungslosen Individualismus zu ersticken. (S. 518 GafJ)

Inflation

Auch nur eine leicht inflationäre Entwicklung ist so et-

was wie eine entschädigungslose Enteignung zu Gunsten der öffentlichen Hand. (S. 218 WfA)

Interessenausgleich

Ich habe nie einen Zweifel darüber gelassen, dass jedes Einzelinteresse seine Rechtfertigung nur dadurch finden kann, dass es geeignet ist, auch dem Interesse des Ganzen zu dienen. Keine Gruppe der Wirtschaft kann mithin Sonderrechte beanspruchen. Allerdings schließt diese Feststellung die Erkenntnis nicht aus, dass sich die Wirtschaft zwangsläufig, vom Individuum her gesehen, aus Einzelinteressen zusammensetzt. Es kommt eben nur darauf an, den Ausgleich dieser Interessen in Bahnen zu zwingen, die mit dem Wohl aller letztlich in Einklang stehen. (S. 137 WfA)

Kapitulation

Mit Kapitulationen können wir unsere Welt und können wir unser menschliches Leben nicht retten. (S. 683 GafJ)

Katastrophen

Es ist überhaupt so: Um meinen Schreibtisch „katas-troph“ es vom Morgen bis zum Abend - und ich warte noch immer auf die Katastrophe! (S. 336 GafJ)

Kaufkraft

Dem volkswirtschaftlichen Güterangebot steht jeweils

nur ein bestimmtes Kaufkraftvolumen gegenüber, und darum können nicht alle zugleich ein Mehr an Kaufkraft für sich gewinnen. Das wäre wahrlich die Praktizierung des Hexen-Einmaleins. (S. 183 WfA)

Keine Privilegien

Wir wollen kein Privileg; wir wollen uns ehrlich miteinander messen zum Wohle und Segen aller! (S. 367 GafJ)

Klassenkampf

Wir haben nicht nur den Klassenkampf überwunden; wir haben zugleich mit der von uns eingeleiteten gesellschaftlichen und sozialen Neuordnung zu innerer politischer Stabilität gefunden. (Ludwig Erhard. Das gesellschafts-politische Leitbild der Formierten Gesellschaft. 1965/66, S. 82)

Kollektivismus

Gegen das kollektivistische Gift aus dem Osten kann uns nur der Geist der menschlichen Freiheit und die Entfaltung von Persönlichkeitswerten wirksamen Schutz verleihen. (S. 235 GafJ)

Konzeptionen

Konzeptionen fallen niemandem auf den Schreibtisch. Sie wollen entwickelt und dann auch befolgt werden. (S. 632 GafJ)

Lohnkosten

Die Lohnkosten sind in ihrer jeweiligen Höhe ein Ausfluss der Produktivität und nicht die Voraussetzung einer gleichen Leistungskraft. (S. 287 WfA)

Macht

Macht! – ja ich sage immer: wer Macht besitzt und dazu rechtschaffen ist, wird fast demütig sein vor den Möglichkeiten, die ihm die Macht an die Hand gibt. Man wirft mir ja allenthalben vor, dass ich kein richtiges Verhältnis zur Macht hätte. Nun, ich möchte das anders ausdrücken: Ich habe kein Verständnis für den Missbrauch der Macht und gehe deshalb damit pfleglich um. (S. 863 GafJ)

Marktpreis

Der volkswirtschaftlich allein „richtige“ und vertretbare Marktpreis ist begrifflich gar nicht zu errechnen. Er ergibt sich vielmehr aus der Ausgleichsfunktion des Preises in einem freien Markt. (S. 177 WfA)

Minderheiten schützen

Minderheiten müssen des Schutzes des Staates gewiss sein. Wer die menschliche Gewissensentscheidung, wer die selbstverantwortliche freie Meinungsäußerung und die unbeeinflusste Willensbekundung des einzelnen antastet, handelt nicht nur wider christliches Gebot, sondern verstößt gegen die demokratische Ordnung. Wer

– vor wem auch immer – in Furcht lebt, ist nach Gottes Gebot nicht wahrhaft frei. (S. 985 Gafj)

Misstände

Selbst Misstände – so scheint es jedenfalls – werden akzeptiert, wenn man sich nur lange genug an sie gewöhnt hat. Ja, die sie beseitigen möchten, gelten dann vielleicht gar noch als Störenfriede. (S. 725 Gafj)

Nationales Selbstbewusstsein

In einer Welt, die immer mehr in die Weite strebt, bedarf ein freies Volk eines gesunden nationalen Selbstbewusstseins. Nur wer sicher in sich selbst ruht und um seine Wurzeln weiß, wird diesen Weg gehen können, ohne sich zu verlieren. (S. 845 Gafj)

Neujahr

Kaum haben wir die Schwelle eines neuen Jahres überschritten, so hält uns der Alltag schon wieder ganz gefangen. (S. 523 Gafj)

Not und Elend

Zu Beginn meiner Arbeit als Wirtschaftsminister sagte man mir, dass es meine Aufgabe sei, Not und Elend zu verwalten. Meine Antwort darauf war: »Den Teufel werde ich tun und alles einsetzen, was in meiner Macht steht, um Not und Elend

zu überwinden!« (Ludwig Erhard, Interview von 1972)

Notwendigkeit

Wir sind fähig, die sachlichen Aufgaben zu bewältigen, aber schwerer ist es, die Menschen zu bändigen und ihre meist noch parteipolitisch beeinflussten Vorstellungen mit den politischen und sachlichen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen. (S. 759 Gafj)

Optimismus

Resignation vermag das Schicksal nicht zu wenden; es gibt grundsätzlich keine wirtschaftliche Situation, aus der nicht Wille und Vernunft Auswege und Wege zu neuem Aufstieg finden lassen. (S. 53 Gafj)

Ordnung

Endlich sollten wir uns auch freimachen von der Ansicht, dass ein Maximum von Ordnung dort herrscht, wo sich möglichst viele Menschen mit der Erzwingung der Ordnung und der Bändigung der Unordnung beschäftigen müssen. Wenn niemand sichtbar wird, der die Ordnung wahrht, dann glauben noch allzu viele in einer merkwürdigen Verblendung, dass so überhaupt eine Ordnung nicht bestehen könne. (S. 307 WfA)

Original

Eine Kopie hat noch nie das Original zu ersetzen vermocht! (S. 758 GafJ)

Pinscher

Da hört der Dichter auf, da fängt der ganz kleine Pinscher an! – (Ludwig Erhard im Wahlkampf 1965 gegen intellektuelle Kritiker)

Preisstabilität

Die Soziale Marktwirtschaft ist ohne konsequente Politik der Preisstabilität nicht denkbar. Nur stabile Preise gewährleisten, dass sich einzelne Bevölkerungskreise nicht zu Lasten anderer bereichern. (S. 15 WfA)

Produktivität

Wir dürfen über dem sich ausweitenden Konsum die Mehrgang der Produktivität der Wirtschaft nicht vergessen. (S. 8 WfA)

Produktivitätshemmnisse

Von welcher Seite man auch immer die heutige Wirtschaft betrachtet, so stößt man fast nur auf Elemente, die die Produktivität hemmen. (S. 93 GafJ)

Ruhe

Ruhe und Besonnenheit schaffen die beste Voraussetzung

für die Meisterung aller zur Lösung anstehenden Aufgaben. (S. 277 GafJ)

Schicksal

Wenn Menschen von der Sorge gequält sind, was morgen ihr Schicksal sein wird, kann man nicht von Freiheit sprechen. (Ludwig Erhard)

Sozialer Markt

Ich meine, dass der Markt an sich sozial ist, nicht dass er sozial gemacht werden muss. (Ludwig Erhard)

Sport

Die Förderung von Turnen und Sport, gleichviel ob in den Schulen, in Vereinen oder auf andere Weise betrieben, ist in unserer Gesellschaft auch eine öffentliche Aufgabe. (S. 957 GafJ)

Umverteilung

Diejenigen, die ihre Aufmerksamkeit den Verteilungsproblemen widmen, werden immer wieder zu dem Fehler verleitet, mehr verteilen zu wollen als die Volkswirtschaft nach Maßgabe der Produktivität herzugeben in der Lage ist. (S. 216 WfA)

Unbekanntes

Nur das Unbekannte vermag uns zu erschrecken.
(S. 261 Gafj)

Ursache und Wirkung

Wollen wir uns aber immer der Ursache und Wirkung bewusst sein! (Ludwig Erhard. Das gesellschaftspolitische Leitbild der Formierten Gesellschaft 1965/66, S. 82)

Verantwortung

In einer gesunden Volkswirtschaft hat jeder für den anderen einzutreten, jeder für alle Verantwortung zu tragen.
(S. 449 Gafj)

Verdienst

Es gehört zu den Eigenheiten der Willensbildung eines demokratischen Staatswesens, dass man selten einem einzigen Manne das alleinige Verdienst an einer geglückten Entscheidung oder Entwicklung zuschreiben kann.
(S. 707 Gafj)

Wahrheit und Logik

Die Wahrheit ist nun einmal nicht so wandelbar, dass sie, der Mode gleich, jeder Laune gerecht werden könnte, so wenig sich die Gesetze der Logik aus der ihr immanenten Zwangsläufigkeit lösen lassen.
(S. 607 Gafj)

Wahrheit vertragen

Wer die Wahrheit nicht hören will oder nicht vertragen kann, versucht sie umzufälschen oder besser noch totzuschreien. (S. 730 Gafj)

Wettbewerbsfähigkeit

Wenn wir dessen eingedenk sind, dass wir nicht exportieren, um unser Leben abwechslungsreicher zu gestalten, sondern um überhaupt leben zu können, dann stellt sich uns auch die Aufrechterhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit als nationale und soziale Forderung zugleich dar.
(S. 239 Gafj)

Wohlfahrtsstaat

Nichts ist darum in der Regel unsozialer als der sogenannte Wohlfahrtsstaat. (Ludwig Erhard)

Wohlstand

Was ist wirtschaftlicher Wohlstand? Lassen Sie mich es so sagen: Die Russen können Riesendämme bauen und gigantische Kraftwerke errichten. Aber sie können nicht ohne Gefahr all die tausend kleinen Dinge herstellen, die das Leben abwechslungsreich und lebenswert machen.
(S. 784 Gafj)

Würde

Der Mann, der die kleinste Arbeit verrichtet, kann eine größere Würde ausstrahlen als irgendeiner, der mit Hunderttausenden herumwirft, aber seelenlos und nur aus Sucht und aus falschem Geist heraus tätig ist.

(S. 629 Gafj)

Zwangsschutz

Der staatliche Zwangsschutz aber muss oder sollte dort haltmachen, wo der Einzelne und seine Familie in der Lage sind, selbstverantwortlich und individuell Vorsorge zu treffen. (S. 254 WfA)

XIV. BIOGRAPHISCHES ZU LUDWIG ERHARD

1897

Am 4. Februar in Fürth geboren.

1913-1916

Kaufmännische Lehre in Nürnberg.

1916-1918

Artillerist im Ersten Weltkrieg. 1918 schwer verwundet.

1919-1922

Studium an der Handelshochschule Nürnberg.

1922-1925

Studium der Wirtschaftswissenschaften und Soziologie an der Universität Frankfurt/Main. Promotion zum Dr. rer. pol. zum Thema „Die Bedeutung der Welteinheit“.

359

1923

Heirat mit Luise Schuster. Aus der Ehe geht eine Tochter hervor.

1925-1928

Geschäftsführer im elterlichen Betrieb.

1928-1942

Wissenschaftlicher Assistent und später stellv. Leiter des „Instituts für Wirtschaftsbeobachtung der

deutschen Fertigware“ in Nürnberg.

1945/46

Mitglied des bayerischen Kabinetts unter Wilhelm Hoegner als Wirtschaftsminister.

1947

Leiter der Expertenkommission „Sonderstelle Geld und Kredit“ bei der Verwaltung der Finanzen der britisch-amerikanischen Bizone. Vorbereitung der Währungsreform. Honorarprofessor für Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität München.

1948

Direktor der Verwaltung für Wirtschaft.
Einleitung der Aufhebung der Bewirtschaftung und der Freigabe der Preise in den westlichen Besatzungszonen.

1949

Juli: In den „Düsseldorfer Leitsätzen“ übernimmt die CDU der britischen Besatzungszone Erhards wirtschaftspolitisches Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. September: Einzug in den Bundestag bei den Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag, (Wiederwahl: 1953, 1957, 1961, 1965, 1969, 1972, 1976), Wirtschaftsminister im 1. Kabinett Adenauer.

1949-1963

Bundesminister für Wirtschaft

1950

Honorarprofessor für Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Bonn.

1952

Mitglied des Ministerrates der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Deutscher Gouverneur der Weltbank.

1953

Veröffentlichung des Buchs „Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt“.

1957

Veröffentlichung: „Wohlstand für alle“. 29. Oktober: Vizekanzler 1957 - 1963.

1959

24. Februar: Adenauer schlägt gegen den Willen Erhards dessen Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten vor. 3. März: Erhard lehnt Kandidatur ab.

1962

Erhards Buch „Deutsche Wirtschaftspolitik“ erscheint.

1963

23. April: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nominiert Erhard mit 159 zu 47 Stimmen zum Kanzlerkandidaten.

16. Oktober: Nach dem Rücktritt Adenauers wählt der Deutsche Bundestag Erhard mit 279 zu 180 Stimmen zum Bundeskanzler.

1964

4. November: Bundeskabinett lehnt Verlängerung der Verjährungsfristen für NS-Verbrechen gegen die Stimme Erhards ab.

1965

20. Oktober: Wiederwahl zum Bundeskanzler.

1966

23. März: Wahl zum CDU-Bundsvorsitzenden. 27. Oktober: Rücktritt des Ministers für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Walter Scheel, die übrigen FDP-Minister schließen sich auf Druck der FDP-Bundestagsfraktion an. 10. November: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nominiert Kurt Georg Kiesinger zum Kanzlerkandidaten. 1. Dezember: Rücktritt Ludwig Erhards als Bundeskanzler. Sein Nachfolger wird Kiesinger mit einer Regierung der Großen Koalition.

1967

Mai: CDU-Ehrenvorsitzender.

1977

5. Mai: Ludwig Erhard stirbt in Bonn an Herzversagen.

11. Mai: Staatsakt aus Anlass des Todes Ludwig Erhards im Plenarsaal des Deutschen Bundestages. 12. Mai: Nach dem Trauergottesdienst in Tegernsee auf dem Bergfriedhof in Gmund beigesetzt.

XV. QUELLENANGABEN

GafJ –
Karl Hohmann (Hrsg.): Ludwig Erhard. Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften, Econ-Verlag, 1988.

GSM –
Wolfgang Stützel u.a. (Hrsg.): Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft: Zeugnisse aus 200 Jahren ordnungspolitischer Diskussion. Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. Bonn. Stuttgart, New York: Fischer, 1981.

Ludwig Erhard: Wirtschaftliche Ordnung nicht durch Polizeigewalt. Rundfunkansprache, 8. Dezember 1945.

Ludwig Erhard: Die neuen Tatsachen. 1948, Rede vor dem 2. Parteikongress der CDU der britischen Zone, Recklinghausen. 28. August 1948.

Ludwig Erhard: Das Programm der Wirtschaftsreform, 1948.

Ludwig Erhard: Beiträge zu seiner politischen Biographie, Propyläen, 1972.

Ludwig Erhard: Aufgaben und Grenzen zentraler Wirtschaftsverwaltungsstellen, 1947.

Ludwig Erhard: Deutsche Wirtschaftspolitik. Econ-Neuaufgabe, 1992.

Ludwig Erhard, Rede auf dem 1. Bundesparteitag der CDU, Goslar, ‚Kühle Köpfe – Starke Herzen‘, 22. Oktober 1950.

Ludwig Erhard: Das gesellschaftspolitische Leitbild der Formierten Gesellschaft, 1965/66.

WfA –
Ludwig Erhard: Wohlstand für Alle, Econ Verlag Düsseldorf/Wien, 8. Auflage 1964. Online als PDF-Dokument abrufbar über www.ludwig-erhard-stiftung.de

Biographische Angaben
Deutsches Historisches Museum – www.dhm.de

XVI. STICHWORTREGISTER

Alter	S. 128, 146, 152, 157, 158, 161,
Arbeit	S. 28 ff., 34, 39, 44, 81, 96, 102, 114, 118 ff., 134, 152, 155, 158, 172, 235, 241, 244, 251 – 282,
Arbeitslosigkeit	S. 47, 99, 128
Arbeitsmarkt	S. 251 – 282
Arbeitsplatz	S. 99, 255, 258, 281
Arbeitszeit	S. 230, 262, 271 – 273
Armut	S. 127 – 130, 137, 177, 200, 329, 341
Außenhandel	S. 34, 50, 291, 313 f.
Außenpolitik	S. 49 f., 289, 317
Bauerntum	S. 341
Behörde	S. 36, 73, 76, 178
Berlin	S. 44
Berufsordnung	S. 342
Berufswahl	S. 36, 62, 291
Beschränkung	S. 30, 32, 93
Bildung	S. 157, 165, 173, 214, 243, 275 – 279,
Bürger	S. 227– 235
Bürokratie	S. 33, 56, 71 f., 111, 123 – 127, 178
CDU/ CSU	S. 321 – 325, 328
DDR	S. 37 – 44
Demokratie	S. 64, 70, 107, 194 – 202

Dirigismus	S. 61, 95, 105, 123 – 127, 176 – 181,	Gemeinschaft	S. 247 – 249
Eigentum	S. 112, 153, 160, 167, 192, 215, 218, 288, 330, 333	Gerechtigkeit	S. 91, 93, 113, 125, 127 – 130, 184, 254, 345
Eigenverantwortung	S. 114, 119 – 122, 147, 232 – 234, 254, 294	Gesellschaft	S. 237 – 249
Einkommen	S. 27, 62, 81, 118, 145, 150 ff., 167, 176, 256, 268, 296, 328, 336	Gesellschaftsordnung	S. 65 f., 76, 88, 107, 126, 136, 141, 155, 166, 184, 208, 214, 217, 224, 234, 273, 290, 293
Einzelhandel	S. 342	Gesprächsstoff	S. 345
Europa	S. 301 – 317	Gewalt	S. 45 f., 108
Ewig-Gestrige	S. 343	Gewerkschaft	S. 57, 196, 209, 260, 265, 267, 269 f., 273, 329
Experimente	S. 321, 343	Gewinnstreben	S. 280
Fachkräfte	S. 276 – 279	Gewissen	S. 35, 43, 75, 108, 118, 146, 233, 245, 274, 345
³⁷² Falsche Ratgeber	S. 343	Gleichmacherei	S. 26, 113, 115, 209
Familie	S. 114, 118 f., 146, 152, 159, 161, 235, 243, 282, 356	Grundrechte	S. 31, 70 f., 94, 106, 172, 189, 217, 290
Fortschritt	S. 66, 86 f., 91, 110, 117, 140, 146 f., 150, 157, 161, 167, 191, 241, 279 – 282, 329, 343	Handelspolitik	S. 48, 50
Frau	S. 244, 281	Handwerk	S. 114, 211
Freibeutertum	S. 32, 35, 57, 73, 78	Hoffnung	S. 31, 44, 137, 187, 281, 346
Freiheit	S. 74 – 77, 101 – 110, 216 – 221, 303 – 309	Ideologie	S. 192, 222, 315
Frieden	S. 29, 174, 316 f.	Individualismus	S. 83, 346
Funktionäre	S. 37, 111, 192, 229, 246, 328	Individuum	S. 57, 71 ff., 148, 151, 166, 180, 229, 234, 294, 336
Fußball	S. 170, 292	Industrie	S. 89, 97, 136, 211, 221
		Inflation	S. 33, 48, 71, 235, 346
		Interessenausgleich	S. 347

Interessengruppen	S. 126, 134, 159, 232	Leitidee	S. 29, 275
Intervention	S. 125, 148, 166, 180, 222	Liberal	S. 34 ff., 60, 64 f., 73, 77 f., 83, 88, 124, 190, 219, 304, 308, 334
Intoleranz	S. 57, 78	Logik	S. 61, 82, 354
Jugend	S. 157, 243, 245, 287	Lohn	S. 263 – 270
Kalter Krieg	S. 37 – 39, 65	Lohnforderung	S. 266, 269
Kapitalismus	S. 76 f., 199	Lohnkosten	S. 349
Kapitulation	S. 347	Lohnpolitik	S. 181, 263 – 270
Kartell	S. 96 – 101	Macht	S. 47, 49, 78, 125, 165, 166 f., 172, 188, 200, 216, 306, 349
Katastrophen	S. 347	Marktpreis	S. 56, 82, 349
Kaufkraft	S. 98, 100, 111, 135, 175, 211 f., 269 f., 342, 347	Marshallplan	S. 34
Kernaufgaben	S. 123 – 127	Maßlosigkeit	S. 247, 259 – 262, 267, 335
Klassenkampf	S. 328, 344, 348	Materialismus	S. 277, 333
Kollektivismus	S. 57, 76, 83, 153, 179, 200 f., 247, 323, 348	Mauer	S. 44
Kommunismus	S. 43 f., 323	Menschenrechte	S. 43, 44
Konsumwahl	S. 31 f., 36, 68, 70 f., 77, 189, 291, 296	Minderheiten	S. 349
Konzeptionen	S. 348	Missstände	S. 74, 126, 158, 350
Kurswechsel	S. 34	Mitarbeiterbeteiligung	S. 215
Lebensangst	S. 26, 33, 149	Mittelstand	S. 20, 100, 101, 184, 207 – 212, 222, 326
Lebensgestaltung	S. 25, 114, 142, 224 f.	Monopol	S. 78, 81, 96 – 101, 111
Leistung	S. 110 – 117	Monotonie	S. 280
Leistungsfähigkeit	S. 112, 125, 128, 269	Motor	S. 61, 62, 81, 89, 93, 207
Leistungswettbewerb	S. 61 f., 68, 78, 82, 94, 104, 111 ff., 135, 219 f., 222, 303, 314	Mut	S. 20, 27, 32, 34, 40, 109, 114, 154, 197, 211, 230, 231, 329

Nationales Selbstbewusstsein	S. 48, 195, 350	Preisniveau	S. 27, 260
Nationalfeiertag	S. 44	Preisstabilität	S. 191, 266, 352
Nationalsozialismus	S. 45, 47, 51	Privateigentum	S. 112
Neid	S. 245 – 247, 295	Privilegien	S. 78, 98, 111, 256, 331, 348
Neujahr	S. 350	Produktivität	S. 62, 66 f., 70, 87, 123, 133, 135 f., 143, 157, 161, 209, 262, 264 – 270, 349, 352
Normalverbraucher	S. 33, 73, 189	Produktivitätshemmnisse	S. 352
Not	S. 26, 34, 63, 118, 121, 137, 262, 350	Prophet	S. 33
Optimismus	S. 30, 351	Qualifizierung	S. 278 f.
Ordnungsfanatiker	S. 30	Rationalisierung	S. 30, 96, 219, 265
Ordnungsprinzip	S. 61, 65, 77, 84, 95, 112	Rationierung	S. 35
Ordnungsrahmen	S. 62, 84, 92	Rechtspolitik	S. 124
Original	S. 352	Reformen	S. 124, 169
Partei	S. 187, 274, 324, 325	Rente	S. 157, 160 f.
376 Pessimismus	S. 30, 240, 298	Ruhe	S. 40, 91, 176, 241, 242, 322, 336, 352
Pflichten	S. 168, 232 – 234	Schicksal	S. 30, 47, 67 f., 89, 120, 124, 150, 159, 187, 231 f., 235, 353
Phantasie	S. 69, 217	Schutzmaßnahmen	S. 41
Phantasielosigkeit	S. 33	Schwarzarbeit	S. 271
Pinscher	S. 352	Schwarzmarkt	S. 33, 56, 135
Planwirtschaft	S. 29, 33, 36, 70 – 74, 74 – 77, 78, 82, 88, 90, 91, 94, 126, 133, 134, 178, 181, 286, 303, 326, 341	Selbständigkeit	S. 160, 208, 211, 222 – 225
Politiker	S. 59, 69, 102, 125, 144, 185, 202, 324, 326		
Potemkinsche Dörfer	S. 37		

Selbstbestimmung	S. 43, 317		225, 232 – 324, 304
Sicherheitsbedürfnis	S. 120, 143	Staatswesens	S. 60, 168 f., 275, 354
Solidarität	S. 118, 157	Steuern	S. 19, 115, 148, 182 – 184, 261
Sonderinteressen	S. 86	Steuerpolitik	S. 182 – 184, 221
Soziale Marktwirtschaft	S. u.a. 53 – 129	Subsidiarität	S. 117 f.
Soziale Sicherheit	S. 29, 137, 139, 142, 145, 158, 169, 336	Tarifpartner	S. 274
Sozialer Markt	S. 353	Tatkraft	S. 40, 110
Sozialismus	S. 76, 77, 199, 305	Technik	S. 69, 151, 112, 276, 278 ff., 329
Sozialleistungen	S. 115, 129	Totalitarismus	S. 36, 57, 144, 198 – 202, 256, 288
Sozialpartner	S. 260, 273 – 275	Tyrannie	S. 57, 74, 78
Sozialpolitik	S. 106, 131 – 161, 242, 294, 323, 330, 337	Ulbricht	S. 37 – 39
Sozialprodukt	S. 77, 81 f., 90, 93, 111, 123, 135 f., 138, 140, 161, 169, 172, 183 f., 189, 256, 257, 329	Umverteilung	S. 353
Sozialromantiker	S. 156	Unbekanntes	S. 354
Sparen	S. 73, 115, 161, 230, 298	Unfreiheit	S. 35, 57, 78, 83, 84, 103, 106, 229
SPD	S. 326 – 328	Unternehmen	S. 99, 101, 109
Sport	S. 353	Unternehmer	S. 65, 83, 88 – 90, 92 f., 96 – 99, 113, 125, 165, 168, 171, 181, 190, 205 – 225, 229, 260, 265, 270, 277, 296 f., 332, 335
Staatsausgaben	S. 172 – 175	Unternehmerfreiheit	S. 216 – 221,
Staatsbürger	S. 71, 72, 77, 84, 88, 92, 106, 118, 123, 141, 142, 149, 152, 158 f., 165 f., 172 f., 175, 178, 182 f., 190, 197, 199, 217, 220,	Untertan	S. 111, 150, 229 – 232

	Ursache und Wirkung	S. 254		215, 217, 220, 246, 292, 313 – 316	
	Verantwortung	S. 119 – 122			
	Verantwortungsbewusstsein	S. 57, 82, 155, 193, 269			
	Verbraucher	S. 27, 33, 62, 66, 68, 87, 135, 180, 189, 220, 291, 296 f., 335			
	Verdienst	S. 128, 354			
	Vergangenheit	S. 48, 50, 90, 186, 190, 316			
	Verschuldung	S. 34			
	Versicherung	S. 117, 121, 139, 149, 151 f., 154, 157, 259			
	Versorgungsstaat	S. 141, 144 – 156, 229			
380	Vielfalt	S. 110 – 117, 308,			
	Volkswirtschaft	S. 90, 99, 101, 112, 139, 143, 151, 157, 168, 172, 209, 251 – 282			
	Vorschriften	S. 55, 126, 182			
	Wahrheit	S. 40, 285, 328 – 331, 354 f.			
	Währungsreform	S. 26 f., 29 f., 34, 55, 57			
	Weltkrieg	S. 50, 128, 316			
	Westen	S. 41			
	Wettbewerb	S. 27, 39, 50, 61, 66 f., 81, 86 – 95, 97, 99, 109, 110 – 112, 115, 125, 134, 140, 167, 171, 207, 208,			
			Wettbewerbsdruck	S. 34	
			Wettbewerbsfähigkeit	S. 168, 355	
			Wettbewerbsordnung	S. 78, 112, 172, 304 f.	
			Wettbewerbspolitik	S. 92, 179	
			Wettbewerbswirtschaft	S. 29, 90, 140, 167, 279	
			Widerstand	S. 31 – 36, 126, 267, 323	
			Wiedervereinigung	S. 39 – 44, 316	
			Willkür	S. 49, 70, 89, 176, 189, 199 – 202, 290	
			Wirtschaftslenkung	S. 27	
			Wirtschaftsminister	S. 85, 177, 180, 190, 264, 266, 332 f., 336 f., 350	
			Wirtschaftsordnung	S. 62, 84, 106, 112, 133, 142, 155, 220, 225, 287 – 294, 334	381
			Wirtschaftspsychologie	S. 297 – 299	
			Wirtschaftsreform	S. 27, 58	
			Wirtschaftswunder	S. 62, 332	
			Wissenschaft	S. 36, 157, 172, 299	
			Wohlfahrt	S. 19, 28, 39, 90, 112, 143, 151, 174, 177, 245, 288, 343	
			Wohlfahrtsstaat	S. 111, 144, 146 f., 151, 177, 168, 355	

Wohlstand	S. 20, 59, 62 f., 65, 86 – 95, 112, 118, 129, 137, 145, 147, 148, 153, 158, 169, 191, 193, 234, 240 f., 245, 255, 273, 280, 313, 330, 336 f., 343, 355
Würde	S. 83, 119, 137, 189, 216, 231, 234, 240, 242, 248, 256
Zukunft	S. 26, 28 – 31, 44, 59, 63 f., 102, 106, 120, 122 f., 147, 185, 187, 198, 202 f., 230, 240, 248, 278 – 282, 293, 295, 312, 341
Zusammenhänge	S. 82, 99, 119, 268, 277, 285 – 287
Zwangsschutz	S. 118, 152, 356
Zwangsversicherung	S. 141, 152, 154
Zwangsversorgung	S. 154, 225
Zwangswirtschaft	S. 26, 33, 35 f, 56 f., 68, 72, 90, 92, 126, 124, 173, 259, 311





Ludwig Erhard gilt als „Vater des deutschen Wirtschaftswunders“. Er selbst wies dies in der Regel mit der Erklärung zurück, dass die Erfolge seiner Politik kein Wunder, sondern Resultat einer gut bedachten Konzeption und konsequenter Politik seien. Erhards Überzeugung war, dass marktwirtschaftliche Politik jederzeit sorgfältig auf die jeweiligen sozialen Verhältnisse abgestimmt sein muss. Politik im Sinne Erhards sorgt dafür, dass sich mit der Herstellung und Ver-

vollkommenung der marktwirtschaftlichen Ordnung auch die soziale Lage der Bevölkerung verbessert – eben Wohlstand für alle. Erhard erreichte dies, indem er bei jeder aufkommenden Frage nach systematischen marktwirtschaftlichen Lösungen gesucht und punktuelle staatliche Interventionen ausgeschlossen hat. Er erkannte die Wirtschaft als zentralen Lebensbereich an, der angemessen geordnet sein muss, damit sich die gesellschaftlichen und sozialen Bedingungen zufriedenstellend entwickeln.

In diesem Ludwig-Erhard-Zitatenschatz wurden prägnante Zitate Erhards zusammengestellt. Sie geben in ihrer Summe einen Gesamtüberblick über das Ordnungsmodell „Soziale Marktwirtschaft“ und nicht zuletzt über das Wirken von Erhard als Politiker und erster Bundesminister für Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg.

www.mittelstand-deutschland.de

